

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

43. Jahrgang (2017), Heft 4

Inhalt

Editorial

60 Jahre Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Arbeiterkammer
Wien: Ein programmatischer Ausblick 487

Begutachteter Artikel

Benjamin Ferschli, Jakob Kapeller, Bernhard Schütz, Rafael Wildauer
Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich 2014/2015 . . . 499

Weitere Hauptartikel

Stefan Vogtenhuber, David Baumegger, Lorenz Lassnigg
Überqualifikation und Verdrängung am österreichischen Arbeitsmarkt
im Zeitverlauf 535

Philipp Heimberger
Die Strukturen der österreichischen Staatsausgaben im europäischen
Ländervergleich 569

Günther Chaloupek
Ein *think tank* für die Arbeiterbewegung. Die Wirtschaftswissenschaftliche
Abteilung der AK Wien in ihren ersten zwei Jahrzehnten 587

Bücher

Torsten Müller, Thorsten Schulten, Guy Van Gyes (Hrsg.), Lohnpolitik
unter europäischer „Economic Governance“. Alternative Strategien
für inklusives Wachstum;

Steffen Lehndorff, Heiner Dribbusch, Thorsten Schulten (Hrsg.),
Rough waters. European trade unions in a time of crises (Michael Mesch) . . . 621

Tim Engartner, Staat im Ausverkauf. Privatisierung in Deutschland
(Gregor Lahounik) 631

Christoph E. Mandl, Auf der Suche nach Industrie-4.0-Pionieren.
Die vierte industrielle Revolution im Werden (Fridolin Herkommer) 636

Heide Gerstenberger, Markt und Gewalt. Die Funktionsweise
des historischen Kapitalismus (Josef Schmee) 640

Ute Lampalzer, „... die ökonomische Theorie in einen breiteren Rahmen
stellen ...“. Das Lebenswerk von Louise Sommer (Günther Chaloupek) 645

István Deák, Kollaboration, Widerstand und Vergeltung im Europa des Zweiten Weltkriegs (Martin Mailberg)	650
Erhöhung der Abonnementpreise	656
Jahresregister 2017	657

Unsere Autoren:

David Baumegger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Wien.

Günther Chaloupek war vor seiner Pensionierung langjähriger Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik und in der Folge Leiter des Bereichs Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Benjamin Ferschli ist Doktoratsstudent an der Wirtschaftsuniversität Wien und Projektmitarbeiter am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft an der Johannes Kepler-Universität Linz.

Philipp Heimberger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW).

Jakob Kapeller ist Vorstand des Instituts für die Gesamtanalyse der Wirtschaft und Universitätsassistent am Institut für Volkswirtschaftslehre der Johannes Kepler-Universität Linz.

Lorenz Lassnigg ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Wien.

Bernhard Schütz ist Universitätsassistent am Institut für Volkswirtschaftslehre sowie Mitarbeiter des Instituts für die Gesamtanalyse der Wirtschaft an der Johannes Kepler-Universität Linz.

Stefan Vogtenhuber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Wien.

Rafael Wildauer ist Lecturer in Economics an der Greenwich University in London.

Editorial

60 Jahre Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Arbeiterkammer Wien: Ein programmatischer Ausblick

Im Jahr 1957 wurde in der Arbeiterkammer Wien auf Initiative des stellvertretenden Kammeramtsdirektors und späteren OeNB-Direktorsmitglieds Stefan Wirlandner eine Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung (wieder-)gegründet. Wirlandners Ziel war es, eine Grundlagenabteilung zu etablieren, die die neuen, aus England kommenden bahnbrechenden Ideen des Keynesianismus in wirtschaftstheoretischer Basis und wirtschaftspolitischer Praxis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie in Österreich verankern sollte (siehe dazu den Beitrag von Günther Chaloupek im Heft).

Seit 60 Jahren arbeitet die Abteilung für Wirtschaftswissenschaft der AK kritisch an den neuen Ideen der Ökonomie, genauso wie sie seit 60 Jahren, mit Bedacht auf eine gewisse Distanz zur Tagespolitik, als Ideengeberin für eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik agiert.

***Brain trust* nahe an der Wissenschaft**

Diese enge Beziehung sowohl zur akademischen Wissenschaft als auch zur politischen Praxis ist auch heute für die Abteilung konstitutiv. Denn uns geht es weder um Ökonomie als *l'art pour l'art*, in der sich alles um hoch artifizielle theoretische Modelle dreht, deren primärer Praxisbezug die Suche nach beliebigen Daten darstellt, mit denen man die Konstrukte illustrieren kann. Noch geht es uns um akademische Fliegenbeinzählerei, in der vorhandene empirische Daten aller Art mithilfe hoch entwickelter Methoden in allen Facetten doch meist ohne Bezug zur Lebensrealität der Menschen untersucht werden. Wir wollen relevante Ökonomie betreiben: Wirtschaftswissenschaft auf der Höhe der Zeit und mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen der (arbeitenden) Menschen.

Wirtschaftspolitik, die diesem Zweck dient, muss theoretisch fundiert sein. Deshalb setzen wir uns intensiv mit den neuen Entwicklungen in der akademischen Ökonomie auseinander. Doch Wirtschaftspolitik kann nicht nur in der Wirtschaftstheorie fundiert, sondern muss auch gesellschaftstheoretisch verankert werden. In diesem Sinn wollen wir

kritische „politische Ökonomie“ betreiben. Eine explizite wirtschaftswissenschaftliche und bewusste gesellschaftstheoretische Positionierung ergibt sich schon notwendigerweise daraus, dass wir Wissenschaft in einer Interessenvertretung betreiben. Das hat eine Reihe von Besonderheiten: Für uns ist ein klares emanzipatorisches Weltbild prägend, und wir widmen besonderes Augenmerk strategisch wichtigen Bereiche wie der Verteilungsforschung, den Budget- und Beschäftigungsfragen oder den Arbeitsbeziehungen in Österreich und der EU. Damit versuchen wir auch jenen Kriterien zu genügen, die der schwedische Nobelpreisträger Gunnar Myrdal für die Objektivität in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften definiert hat: Er forderte, Werturteile offenzulegen und an nachvollziehbaren Fakten orientiert zu arbeiten. Vor allem in den für die Beschäftigten relevanten Forschungsgebieten suchen wir auf dieser wissenschaftstheoretischen Basis eine enge Vernetzung mit den Forschungsinstituten und Universitäten und sind dabei bemüht, diese stets auf Augenhöhe zu gestalten.

Traditionell ergab sich eine besonders enge Kooperation der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK mit dem Wirtschaftsforschungsinstitut. Denn das WIFO war lange Zeit – und ist es teils noch heute – von einer keynesianisch-makroökonomischen Weltsicht geprägt, die Fragen der Beschäftigung und Verteilung großen Stellenwert zumisst, einer aktiven, interventionistischen Wirtschaftspolitik anhängt und die empirischen wissenschaftlichen Grundlagen für die Zusammenarbeit der Sozialpartner schafft. Ähnliches gilt für das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW), mit dem eine laufende Kooperation in makroökonomischen und europapolitischen Fragen besteht. Die Abteilung steht darüber hinaus in engem Kontakt zu vielen anderen außeruniversitären Forschungsinstituten und zu den Universitäten selbst, vor allem zu den volkswirtschaftlich ausgerichteten Departments der Wirtschaftsuniversität Wien und der Johannes-Kepler-Universität in Linz.

Unser besonderes Augenmerk gilt dabei dem wissenschaftlichen Nachwuchs. Unsere Fachleute lehren an den Universitäten und Fachhochschulen, und wir messen dieser Lehrtätigkeit hohe Bedeutung zu: Denn sie zwingt uns nicht nur zur Auseinandersetzung mit den neuen Strömungen in der akademischen Ökonomie und verstärkt den Kontakt mit den Departments und Lehrenden an den Universitäten; sie fördert darüber hinaus die wertvolle Fähigkeit, wirtschaftliche Zusammenhänge einfach und verständlich zu erklären, ohne sie zu simplifizieren; und sie bereichert die akademische Lehre mit unverzichtbaren Praxiserfahrungen aus dem realen Wirtschaftsleben. Studierende mit besonders relevanten Masterarbeitsthemen binden wir als Forschungsassistentinnen aktiv in die wissenschaftliche und politische Tätigkeit der AK ein.

Mit der jährlichen „Young Economists Conference“, bei der der renommierte Eduard-März-Preis – benannt nach dem ersten Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung – vergeben wird, wurde inzwischen eine wichtige Tradition kritischer akademischer Nachwuchsökonomie begründet. Die jungen österreichischen Ökonomie-Studierenden profitieren dabei auch von den guten internationalen Kontakten der AK.

SpitzenökonomInnen der Welt stellen ihre Forschungsergebnisse in der AK vor. Wir haben dabei zwei Veranstaltungsreihen entwickelt und wollen diese weiter aktiv bespielen. Eine widmet sich der internationalen Verteilungsforschung: Hier reicht die Liste der Vortragenden von Thomas Piketty über Tony Atkinson, Eva Sierminska und Branko Milaović bis zu Gabriel Zucman. Eine zweite stellt die gesamtwirtschaftliche Analyse in den Mittelpunkt: Hier haben unter anderen Stephen Marglin, Engelbert Stockhammer, Eckhard Hein, Till van Treeck und Özlem Onaran referiert. Auf diese Weise finden die neuesten internationalen wissenschaftlichen Erkenntnisse Eingang in die öffentliche und politische Debatte sowie in die Arbeit von AK und Gewerkschaften. Dem gleichen Ziel dient das wissenschaftliche Journal der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung „Wirtschaft und Gesellschaft“, das heuer im 43. Jahrgang erscheint. „Wirtschaft und Gesellschaft“ dient als anerkanntes Publikationsorgan für wissenschaftliche Arbeiten von AK-MitarbeiterInnen und arrivierten ÖkonomInnen ebenso wie von WissenschaftlerInnen am Beginn ihrer Karriere, für die die Rubrik „begutachtete Artikel“ sukzessive ausgeweitet wird. Darüber hinaus bietet „Wirtschaft und Gesellschaft“ die umfangreichste Rubrik von Buchbesprechungen einer deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschrift; dieser Schwerpunkt ist gerade angesichts der auch in der Ökonomie erfreulicherweise wieder an Bedeutung gewinnenden Buchpublikation durch bekannte ÖkonomInnen gut gewählt. Der Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse dienen auch viele andere Medien, zu deren Inhalten die WirtschaftswissenschaftlerInnen der AK beitragen, darunter besonders der „Arbeit und Wirtschaft“-Blog und das „Arbeit und Wirtschaft“-Magazin.

Denkfabrik für die Wirtschaftspolitik

Unsere wirtschaftswissenschaftliche Tätigkeit findet nicht im luftleeren Raum statt. Am deutlichsten manifestiert sich die enge Verbindung mit der Wirtschaftspolitik vielleicht im Rahmen der sozialpartnerschaftlichen Kollektivvertragspolitik. Die AK spielt keine direkte Rolle bei den Lohnverhandlungen, berät aber mit umfangreichen Branchenanalysen der Abteilung für Betriebswirtschaft und gesamtwirtschaftlichen Analy-

sen der Abteilung für Wirtschaftswissenschaft die Gewerkschaften. Die traditionelle Lohnleitlinie der Benya-Formel ist bekannt: Die Löhne sollen um die Summe aus mittelfristigem Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität und der Inflationsrate steigen. Damit soll der Doppelrolle der Löhne als Einkommen der Beschäftigten einerseits, die die Konsumnachfrage bestimmen, und als Kosten für die Unternehmen andererseits, die für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit relevant sind, genüge getan werden. Die kollektivvertraglichen Lohnverhandlungen bringen eine markante Verringerung an Transaktionskosten für Beschäftigte und Unternehmen mit sich und erweisen sich nicht zuletzt deshalb als mikroökonomisch effizient. Sie sind aber auch von hohem gesamtwirtschaftlichen Wert. Mit einer stabilen (funktionellen) Verteilung soll ein Beitrag zur Stabilisierung der Erwartungen von InvestorInnen und KonsumentInnen und damit zur gesamtwirtschaftlichen Stabilität geleistet werden. Doch jedes Jahr stellt sich die Frage aufs Neue, wie diese Formel ins aktuelle Bild von Wirtschaftslage und -aussichten passt? Wie ist die Lohnentwicklung in Relation zu jener der Handelspartner zu sehen, und wie entwickelt sich die Einkommensverteilung im Inland? Wie sind die Aussichten für Produktivitätswachstum und Verbraucherpreise, somit für den Spielraum der Gehaltsforderungen? Wie steht es um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Export, und welche Impulse braucht die Konsumnachfrage der Haushalte?

Die AK-Analysen zu Gesamtwirtschaft und jeweiliger Branche basieren auf den Expertisen der eigenen Fachleute, aber auch jenen der Wirtschaftsforschungsinstitute. Hier ist eine tragfähige Gesprächsbasis zwischen AK und WIFO entscheidend, um Detailinformationen, qualitative Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen austauschen zu können. Mindestens ebenso wichtig ist die Übersetzung der empirischen Erkenntnisse und Zusammenhänge für die Verhandlungen. Dabei macht es sich bezahlt, dass die AK-Fachleute in der Ausbildung von BetriebsrätInnen und GewerkschaftsfunktionärInnen in der Sozialakademie, der BetriebsrätInnenakademie und der Gewerkschaftsschule eine wesentliche Rolle spielen und auch danach den regelmäßigen Meinungsaustausch pflegen: Gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, internationale Vergleichszahlen, die Determinanten der konjunkturellen Dynamik und das Prinzip der Faktenbasierung als Grundlage interessenpolitischer Auseinandersetzung sind allen Beteiligten wohlvertraut.

Das Interesse der Abteilung im Rahmen der Vorbereitung der Lohnverhandlungen beschränkt sich nicht nur auf Österreich. Schon lange werden Arbeitsbeziehungen und Korporatismus auch anhand von internationalen Beispielen untersucht und enge Kontakte zu gewerkschaftsnahen Forschungsinstituten mit ähnlichen Forschungsinter-

sen im Ausland gesucht. Die österreichische Sozialpartnerschaft gilt vielen internationalen ForscherInnen weiterhin als Vorbild. Die Abteilung stellt ExpertInnen und Geschäftsführung des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen, des sozialpartnerschaftlichen *Think tank*, der in den Anfangsjahrzehnten eine wesentliche Rolle in der wirtschaftspolitischen Steuerung des Landes einnahm. Über die Jahrzehnte ist der Einfluss des Beirats (und der Sozialpartnerschaft im Allgemeinen) allerdings sukzessive geschwunden. Dies ist zum einen Ergebnis des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union, mit dem eine Verlagerung wichtiger wirtschaftspolitischer Kompetenzen nach Brüssel verbunden war. Dort wurde lange Zeit der Ausgleich unterschiedlicher Interessen zugunsten einseitiger Marktorientierung vernachlässigt, was sich nicht zuletzt in der Finanzkrise als wirtschaftlich und sozial verheerend herausstellte. Zum anderen hat auch in Österreich, dem traditionellen Land des Konsenses, eine stärker konfliktbeladene Form der Interessendurchsetzung an Bedeutung gewonnen. Dies wurde unmittelbar mit der ersten schwarz-blauen Regierung (2000-2006) offensichtlich, in der Sozialpartnerschaft und Arbeitnehmerinteressenvertretungen im Besonderen an den Rand gedrängt wurden.

Auf Basis einer wirtschaftswissenschaftlichen Ausrichtung mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen der (arbeitenden) Menschen ergeben sich eine Reihe von strategischen Themen, mit denen sich die Abteilung im Grunde über Jahrzehnte hinweg beschäftigt, auch wenn sich Schwerpunkte und Wege mit dem Wandel der Herausforderungen geändert haben.

Vollbeschäftigung und gute Arbeit

Vollbeschäftigung als ein zentrales Ziel keynesianisch ausgerichteter und gewerkschaftlich orientierter Wirtschaftspolitik prägte die Arbeit der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung von Beginn an. Wir sehen Vollbeschäftigung vor allem als Ergebnis einer geglückten gesamtwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftspolitik an, die zahlreiche nachfrage- und angebotsseitige Determinanten hat. Vollbeschäftigung und latente, leichte Arbeitskräfteknappheit spiegeln eine gut ausgelastete Wirtschaft und bilden eine wesentliche Voraussetzung für eine günstig austarierte Machtverteilung zwischen Arbeit und Kapital. Seit dem Jahr 1981 blieb die Gesamtwirtschaft in Österreich in wechselndem Ausmaß unterausgelastet. Besonders ausgeprägt war diese Unterauslastung im Jahrzehnt der Finanzkrise seit 2008, die einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit mit sich brachte. Vor allem in diesem letzten Jahrzehnt war der Arbeitsmarkt allerdings durch zwei,

deutlich über seine traditionelle nachfrageseitige Bestimmung hinausgehende angebotsseitige Aspekte geprägt. Das war zum einen die starke Ausweitung des Arbeitskräfteangebots durch Zuwanderung, Erhöhung des effektiven Pensionsantrittsalters und Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit sowie zum anderen die Dualisierung des Arbeitsmarktes, die ein wachsendes Segment prekärer Erwerbstätigkeit offensichtlich werden ließ. Ganz besonders instabile Erwerbsverläufe mit Befristungen und Unterbrechungen behindern Beschäftigungs- und Einkommenskarrieren einschneidend und nachhaltig.

Deshalb geht es heute nicht mehr nur um die Zahl der Beschäftigten und der Arbeitslosen, sondern unter dem Titel „gute Arbeit“ besonders auch um die Qualität der Beschäftigung. Das Forschungsinteresse betrifft die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch die sukzessive Anhebung der Mindestlöhne (WuG-Editorial 2/2017) und der geleisteten Arbeitszeiten im unteren Verteilungsbereich ebenso wie die Frage der den Lebensstandard erhöhenden Wirkungen von Arbeitszeitverkürzung für Vollzeitbeschäftigte. Die arbeitenden Menschen sollen am gesellschaftlichen Wohlstand nicht allein durch hohe Realeinkommen, sondern auch durch mehr Freizeit und verbesserte Lebensqualität teilhaben. Mit diesem Schwerpunkt, in dessen Rahmen wir auch neue und innovative gewerkschaftliche Modelle wie die Freizeitoption oder Schichtmodelle begleitet haben, knüpft die Abteilung an die wichtigen Arbeiten etwa ihres ehemaligen Mitarbeiters Erwin Weissel in den 1970er-Jahren an.

Gerechte Verteilung des Wohlstands

Verteilungsfragen spielen in der wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit der AK traditionell eine wesentliche Rolle. Lange Zeit bezog sich das Forschungsinteresse von Maria Szécsi und anderen MitarbeiterInnen auf die funktionelle Einkommensverteilung, deren mittelfristige Stabilität einen wesentlichen Anker für die Lohnverhandlungen darstellte. Lohnstrukturanalysen, auch mit Augenmerk auf Bildungsfragen, wurden laufend vorgenommen; Fragen der personellen Einkommensverteilung rückten besonders in den 1990er-Jahren ins Zentrum des Interesses, vor allem auch in Hinblick auf die zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen infolge von hoher Arbeitslosigkeit und voranschreitender Globalisierung sowie in Bezug auf die distributiven Wirkungen von budgetpolitischen Maßnahmen. Die letzten Jahre waren allerdings vor allem von Analysen der Verteilung der Vermögen der privaten Haushalte geprägt.

Denn für Österreich lagen mit dem „Household Finance and Con-

sumption Survey“ des Europäischen Zentralbankensystems 2012 zum ersten Mal belastbare Daten über Höhe, Zusammensetzung und Verteilung des Vermögens der privaten Haushalte vor. Die zweite Welle der Erhebung wurde 2016 publiziert. Aufbauend auf die wertvolle Grundlagenarbeit in Bezug auf Daten und wissenschaftliche Verwertung durch die international hoch angesehene OeNB-Vermögensforschungsgruppe rückte das Thema ins Zentrum der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung in Österreich. Weitere Forschungsgruppen wurden am neu gegründeten INEQ-Forschungsinstitut an der WU, am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft der JKU (ICAE), am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, an den Soziologie- und Politikwissenschaftsinstituten der Universitäten Wien und Linz sowie der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien etabliert. Letztere konzentrierte sich neben der Abfassung zahlreicher eigenständiger Forschungsberichte zu Vermögensfragen auch auf die strategische Vergabe von Forschungsaufträgen, die Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Forschungsgruppen und die politischen Ableitungen aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Die Forschungsthemen sind außerordentlich vielfältig und interessant. Sie reichen von den Determinanten der Vermögensungleichheit, die Erfassung der Spitze der Vermögensverteilung und die Analyse sozioökonomischer Charakteristika der Millionärshaushalte über soziologische Analysen unterschiedlicher Vermögentypen, Genderunterschiede im Vermögensbesitz, Determinanten der Höhe der Erbschaften und die Bedeutung von Kapitaleinkommen bis zu den Verteilungseffekten von Wohneigentum und Miete. Die meisten dieser wissenschaftlichen Studien sind in der *Working-Paper*-Reihe der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien („Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“) elektronisch verfügbar. Der Schwerpunkt Vermögensanalyse entstand primär aufgrund der drängenden gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Probleme von Vermögenskonzentration und Finanzkapitalismus. Er wurde durch die markante Verbesserung der Datengrundlage durch den HFCS und seine Aufbereitung in der OeNB ermöglicht. Generell gewinnen Fragen der Verteilung mit steigendem gesellschaftlichen Wohlstand in der Ökonomie an Bedeutung.

Macroeconomics beyond GDP

Der materielle Wohlstand ist in Österreich über die letzten Jahrzehnte in enormem Ausmaß gestiegen. Das Land, nach dem Krieg ein Armen-

haus Europas, steht heute an der EU-Spitze etwa in Bezug auf die Wirtschaftsleistung oder die Industrieproduktion. Seit Gründung der Abteilung im Jahr 1957 sind das reale BIP auf das Fünffache, die Reallöhne je Beschäftigten auf das Vierfache und die Zahl der unselbstständig Beschäftigten um etwa 1½ Millionen gestiegen. Die Arbeit der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung war mit diesem wirtschaftlichen Aufstieg des Landes eng verbunden. Standen anfangs Fragen der Förderung privater und öffentlicher Investitionen im Vordergrund, so verschob sich später das Interesse in Richtung konjunkturpolitischer Steuerung und der aktiven Gestaltung des Strukturwandels. Das Wirtschaftswachstum als unverzichtbarer Motor des Anstiegs des Lebensstandards und der Bewältigung von Verteilungskonflikten blieb über Jahrzehnte weitgehend unhinterfragt.

Dies änderte sich seit den 1980er-Jahren. Erstens wurden Umweltprobleme auch in ihren schädlichen Wirkungen auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung in stärkerem Ausmaß wahrgenommen; zweitens bot die Phase des Finanzbooms Anschauungsmaterial für kräftiges Wirtschaftswachstum, das in nur geringem Ausmaß bei den Beschäftigten ankam, und zeigte die Finanzkrise die wirtschaftliche und soziale Bedeutung kollektiver sozialer Absicherungsformen, die weit über die konjunkturelle Stabilisierungsfunktion hinausgehen; drittens wurde der mit steigendem Wohlstand beobachtbare Wertewandel von materiellen zu immateriellen Bedürfnissen offensichtlich. Deshalb hat sich der ursprünglich primär auf das Wirtschaftswachstum ausgerichteter wirtschaftspolitischer Zielkatalog („magisches Vieleck“) erheblich gewandelt. Die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung hat zunächst versucht, Beschäftigungs- und Verteilungsfragen stärker in den Fokus der Wirtschaftspolitik zu rücken. Nun geht es noch einen Schritt weiter, und wir streben in enger Zusammenarbeit mit mehreren anderen AK-Abteilungen wie jener für Umwelt und Verkehr sowie jener für Sozialpolitik eine „wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik“ an (WuG-Editorial 1/2017). Dieser Zugang basiert auf einem internationalen Trend, der wesentlichen Anstoß vom richtungsweisenden Sen-Fitoussi-Stiglitz-Report bekommen hat. Die OECD erfasst und vergleicht mit ihrem „Better Life Index“ das gesellschaftliche Wohlergehen in Bezug auf Lebensbedingungen und Lebensqualität in ihren Mitgliedsländern. Statistik Austria gehört in der EU mit dem Bericht „Wie geht’s Österreich?“ zu den Vorreitern in Bezug auf eine moderne Wohlstandsmessung. Die AK nimmt eine treibende Rolle in Bezug auf einen breiteren Wohlstandsbegriff ein, der Fragen der Verteilung, des Lebensstandards, des Zugangs zu öffentlichen Leistungen und der ökologischen Nachhaltigkeit betont.

Fiskalpolitik für Verteilung und Beschäftigung

Mit dem Fokus auf die wirtschaftspolitischen Ziele Vollbeschäftigung und gerechter Verteilung kommt auf der Instrumentenebene dem Staatshaushalt und seinen allokativen, distributiven und konjunkturellen Wirkungen große Bedeutung zu. Traditionell bilden die Analyse des (Bundes-)Budgets und die Ausarbeitung von budgetpolitischen Vorschläge einen der Kernbereiche der Kompetenz der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung. Umfassende Analysen des Bundesfinanzgesetzes und der mittelfristigen Haushaltsplanung werden seit Jahrzehnten regelmäßig durchgeführt. Lange Zeit – bis zur Einrichtung eines Budgetdienstes im Parlament – bildeten sie zusammen mit den entsprechenden Analysen des WIFO die einzigen umfassenden und kritischen externen Darstellungen der Ausrichtung der österreichischen Budgetpolitik. In unserer Analyse stehen die konjunkturelle Angemessenheit sowie die Beschäftigungs- und Verteilungseffekte des Staatshaushalts im Mittelpunkt.

Seit dem EU-Beitritt Österreichs und dem umfassenden Fiskalregelwerk, das im Zuge der Finanzkrise etabliert wurde, hat der makroökonomische Spielraum der nationalstaatlichen Budgetpolitik deutlich abgenommen, während die europäische Ebene an Bedeutung gewonnen hat. Wir haben darauf mit einer Ausweitung unserer Kapazitäten zur Analyse der EU-Fiskalpolitik geantwortet und insbesondere von Beginn an versucht, eine kritische Position zur primär neoklassisch bestimmten Ausrichtung der EU-Fiskalpolitik zu etablieren. Dies begann mit der Kritik am Stabilitäts- und Wachstumspakt über die Warnung vor den negativen gesamtwirtschaftlichen und sozialen Folgen der Austeritätspolitik im Zuge der Finanzkrise und mündete in zahlreichen Vorschlägen für eine alternative Ausrichtung der EU-Fiskalpolitik. Besondere Bedeutung erlangten dabei jüngst die Vorschläge für die Einführung einer goldenen Investitionsregel zum Schutz der kurz- und langfristig bedeutenden öffentlichen Investitionen.

Kritik und Alternativvorschläge werden in enger Kooperation mit europäischen Partnern vorgebracht. Besondere Bedeutung messen wir dabei der engen Zusammenarbeit mit dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf zu. Mit ihrem Direktor Gustav Horn und allen MitarbeiterInnen teilen wir das Forschungsinteresse, die Herangehensweisen und die Arbeitsschwerpunkte seit vielen Jahren und pflegen einen regelmäßigen Austausch. Aus dieser Kooperation entstand auch der „Unabhängige Jahreswachstumsbericht“, der seit mehreren Jahren die makroökonomische Ausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik kritisch hinterfragt.

Pluralismus in der Wirtschaftswissenschaft und Vernetzung

Die starke Kooperation der WirtschaftswissenschaftlerInnen der AK mit Universitäten und Forschungsinstituten im In- und Ausland bringt mit sich, dass wir uns auch eingehend mit der „wirtschaftswissenschaftspolitischen“ Fragestellung beschäftigen, woran geforscht, wie und was gelehrt und wie Forschungsergebnisse öffentlich debattiert werden. Gerade seit Beginn der Finanzkrise ist die akademische Ökonomie unter inneruniversitären und öffentlichen Druck geraten, vor allem Studierenden-Organisationen fordern weltweit ein Nachdenken über die Angemessenheit der praktizierten Lehre und die Aussagekraft der Forschung ein, sie verlangen mehr Pluralismus in Bezug auf Theorien, Methoden und Lehre sowie eine stärkere Interdisziplinarität ökonomischer Ausbildung und Forschung. Dies ganz zu Recht, denn die neoklassische *Mainstream*-Ökonomie hat in der Finanzkrise ihre massiven Schwächen offenbart: Die Hypothese von der Effizienz der Finanzmärkte ist widerlegt, die Wunschvorstellung expansiv wirkender Budgetkonsolidierung („nicht-keynesianische Effekte“) hat sich in Luft aufgelöst, die wirtschaftspolitische Empfehlung beschäftigungsschaffender Lohnsenkungen ist im Praxistest gescheitert.

Aus diesen empirischen Erfahrungen muss auch die akademische Ökonomie ihre Lehren ziehen. Im Bereich der Mikroökonomie gewinnen verhaltensökonomische Ansätze an Bedeutung, agentenbasierte Modelle ermöglichen eine neue Mikrofundierung der Makroökonomie, die Besonderheiten des spekulationsgetriebenen Finanzkapitalismus finden Eingang in die Modelle, und in der Makroökonomie selbst ist eine Renaissance grundlegender keynesianischer Konzepte offensichtlich: Dies wird exemplarisch in der Etablierung makroprudentieller Aufsicht über Banken und Finanzmärkte, der Rückkehr des Multiplikatorkonzepts in Forschung und Politikanalyse und der Berücksichtigung von Verteilungsfragen als grundlegende Elemente und Determinanten ökonomischer Entwicklungen offensichtlich.

Die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der AK will sich an dieser Debatte aktiv und intensiv beteiligen. Nicht nur, weil es unserem Zugang zu einer relevanten, an den Lebensbedingungen der Menschen orientierten Ökonomie entspricht, sondern auch weil damit wieder Themen in den Vordergrund der Wirtschaftsforschung rücken, bei denen wir sechzig Jahre Erfahrung in Theorie und Politik in Rechnung stellen können.

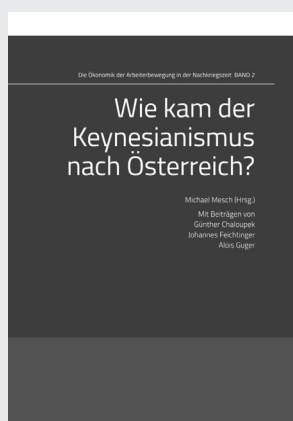
Faktenbasierter Fortschritt

In den letzten Jahren sind in Wirtschaftswissenschaft und Politik zahlreiche neue Akteure aufgetaucht. Im rechten politischen Spektrum wurden mehrere finanzstarke Denkfabriken gegründet. Viele von ihnen sind rasch wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwunden, andere haben sich vor allem in der medialen Szene etabliert. Institute mit emanzipatorischer Forschungsagenda und mit Blick auf ArbeitnehmerInneninteressen haben es hingegen schwer, auch weil kritische Wissenschaft vor allem in der Ökonomie an den Rand gedrängt wird. Dies ändert sich nur langsam. Aber ganz besonders in den Fragen der Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit, ihrer Ursachen und Folgen ist die Trendwende unübersehbar: Viele der besten jungen NachwuchswissenschaftlerInnen forschen heute mit höchsten wissenschaftlichen Standards zu Verteilungsfragen. Dies gilt es zu verstärken, zu vernetzen, und die Übersetzungsarbeit für die mediale Verbreitung sowie die Politik ist zu intensivieren. Wir können dazu in Österreich auf Basis unserer jahrzehntelangen Erfahrung wesentlich beitragen.

AK und Gewerkschaften waren beim Erkämpfen von hohen Arbeitsstandards, sozialstaatlicher Absicherung und der Steigerung des materiellen und immateriellen Wohlstandes der Beschäftigten über die letzten Jahrzehnte auch deshalb so erfolgreich, weil sie ihre Interessenpolitik stets auf Fakten basiert haben und offen für neue wissenschaftliche Erkenntnisse waren. Der wirtschaftswissenschaftlichen Grundsatzabteilung in der AK kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu. Sie führt eigene Forschungsarbeiten durch, beteiligt sich intensiv an der wissenschaftlichen und politischen Debatte und pflegt den Austausch mit internationalen ForscherInnen. Die gesetzliche Mitgliedschaft in und eine gute finanzielle Ausstattung der AK sind unabdingbare Voraussetzungen für diese Grundlagenarbeit, will man das Feld nicht den von Vermögenden finanzierten Denkfabriken überlassen. Unser Ziel: den gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Fortschritt für die ArbeitnehmerInnen nutzbar zu machen.

OGB VERLAG

www.ogbverlag.



Wie kam der Keynesianismus nach Österreich?

Michael Mesch (Hrsg.), Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien und Geschäftsführender Redakteur der Quartalszeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“.

Mit Beiträgen von

Günther Chaloupek, Johannes Feichtinger, Alois Guger.

Die Ökonomik der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit Band 2

112 Seiten / ÖGB-Verlag / 2016

ISBN 978-3-99046-227-0 / EUR 19,90

Von jenen österreichischen ÖkonomInnen, die in den 1930er-Jahren Österreich verlassen mussten, machten sich einige im britischen oder amerikanischen Exil mit den neuen ökonomischen Ideen von John Maynard Keynes und dessen Umfeld vertraut. Nach dem Krieg sorgten Zurückgekehrte aus diesem Personenkreis wie Josef Steindl, Kurt Rothschild, Stefan Wirlandner, Philipp Rieger, Eduard März, Maria Szécsi, Karl Forchheimer, Theodor Prager und andere dafür, dass diese theoretischen Ansätze und wirtschaftspolitischen Konzepte in Österreich zur Verbreitung und praktischen Anwendung gelangten. Aufnahme fanden die KeynesianerInnen vor allem am WIFO und in der Arbeiterkammer Wien. Die von Rothschild, Steindl und später auch von Kazimierz Łaski am WIFO entwickelten theoretischen Ansätze bildeten die konzeptionelle Grundlage für den wirtschaftspolitisch erfolgreichen Austro-Keynesianismus. Auf Initiative von Wirlandner erfolgte in der Wiener AK 1957 die (Neu-)Gründung der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung. Eduard März war ihr erster Abteilungsleiter. Diese Abteilung profilierte sich in der Folge als Denkfabrik keynesianischer Wirtschafts- und Wachstumspolitik. In den 1950er- und 1960er-Jahren gelang es diesen keynesianischen ÖkonomInnen, führende FunktionärInnen des ÖGB, der Wiener Arbeiterkammer und der SPÖ von der Eignung ihrer wirtschaftspolitischen Konzepte zu überzeugen.

BESTELLUNG IM THEMENSCHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21



BEGUTACHTETER ARTIKEL**Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich 2014/2015***

**Benjamin Ferschli, Jakob Kapeller, Bernhard Schütz,
Rafael Wildauer**

1. Einleitung und Forschungsfrage

Ein präziser Wissenstand über die Bestände und Verteilung der privaten Vermögen einer Volkswirtschaft ist nicht nur Ausgangspunkt wirtschaftspolitischer Richtungsentscheidungen, sondern leistet auch einen wesentlichen Beitrag zum wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs, der so transparenter und objektiver geführt werden kann. Aus akademischer Sicht ist derartige Wissen zentral für die Beurteilung und Diskussion unterschiedlicher ökonomischer Theorien und Modelle, während in praktischer Hinsicht Fragen nach den sozialen Folgen der Vermögensungleichheit oder möglichen Steueraufkommen relevant erscheinen. Besondere Bedeutung gewinnt diese Fragestellung vor dem Hintergrund sukzessive steigender Ungleichheit im Bereich der Vermögen und Einkommen und ihren sozialen Folgen, wobei die jüngere Forschung vor allem die negativen Effekte zunehmender Ungleichverteilung von Vermögenswerten betont.¹ Vor diesem Hintergrund haben Fragen der Verteilung auch in der internationalen Debatte massiv an Bedeutung gewonnen. So konstatierte jüngst der Internationale Währungsfonds (2015, S. 5), dass zunehmende Ungleichheit mit negativen Folgen einhergeht:

„Widening inequality [...] has significant implications for growth and macroeconomic stability, it can concentrate political and decision making power in the hands of a few, lead to a suboptimal use of human resources, cause investment-reducing political and economic instability, and raise crisis risk.“

Trotz der großen praktischen Relevanz von Verteilungsdaten war das akademische und statistische Interesse an deren Erhebung lange relativ

* Eine ausführliche Version der Studie erschien als „Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“ Nr. 167/2017. Der spezielle Dank der Autoren gilt Stefan Steinerberger für seine wertvollen Hinweise im Rahmen der Erstellung dieser Arbeit.

schwach ausgeprägt, sodass bis vor wenigen Jahren kaum verlässliche Daten zur Vermögensverteilung in entwickelten Ländern aufzufinden waren. Der Arbeit einzelner Forscher zum Trotz² hat das Interesse an Erhebungen zur Vermögensverteilung erst in den letzten Jahren – wesentlich bedingt durch die Finanzkrise und ihre Folgen – zugenommen. Die Gründe für eine solche verstärkte Aufmerksamkeit gehen dabei über die Rolle von Vermögensungleichheit als eine Ursache der Finanzkrise hinaus und betreffen auch allgemeinere Fragen, etwa jene nach dem Zusammenhang zwischen dem Ausmaß und der Verteilung privater Vermögensbestände und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Für die konkrete empirische Befassung mit privaten Vermögensbeständen und deren Verteilung gilt dabei selbstverständlich, dass unser Verständnis aktueller ökonomischer Konstellationen immer nur so gut sein kann wie die uns zur Verfügung stehenden Daten. An diesem Punkt setzt daher auch die vorliegende Studie zu den Beständen und der Verteilung der privaten Vermögen in Österreich an.

Trotz zahlreicher Verbesserungen in den letzten Jahren besteht auf der Ebene der Daten zur Vermögensverteilung weiterhin das Problem fehlender vollständiger Transparenzmechanismen auf nationaler und internationaler Ebene. So existiert zwar eine Zahl unterschiedlicher Datensätze, basierend auf unterschiedlichen Erhebungsgrößen und -methoden, es fehlt aber weiterhin an einer vollständig normierten, harmonisierten und international vergleichbaren Datengrundlage. Die wichtigsten Anlaufstellen zu Vermögensdaten sind Eurostat, nationale Statistikinstitute, die „Luxembourg Wealth Study Database“, die „World Wealth and Inequality Database“, der „Survey of Consumer Finances“ (SCF) und der „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS) des Europäischen Zentralbankensystems. Gerade letztere Erhebung leistet einen wichtigen Beitrag zur Objektivierung und besseren Vergleichbarkeit privater Vermögen im europäischen Wirtschaftsraum. Der von der Europäischen Kommission initiierte HFCS wurde erstmals im Jahre 2013 publiziert und stellt die bislang umfassendste Erhebung von Vermögen im europäischen Raum dar. Die teilweise Harmonisierung der Erhebung, die von den teilnehmenden Nationalbanken durchgeführt wurde, erlaubt es, die Daten für internationale Vergleiche heranzuziehen. Darüber hinaus bietet der HFCS für die meisten Mitgliedsländer die einzige bzw. umfassendste Datenbasis zur Analyse privater Vermögen. Eine zweite Welle des HFCS, die 2016 veröffentlicht wurde, schließt an die Zielsetzung der ersten Welle an und beinhaltet Verbesserungen der Erhebungsmethoden sowie eine Erweiterung der teilnehmenden Länder.³

Obwohl der HFCS eine vergleichsweise solide Basis für die Schätzung von Vermögensbeständen und deren Verteilung bildet, ist auch er von den generellen statistischen Problemen umfragebasierter Vermögensschätz-

zungen betroffen. Diese bestehen vor allem in einer unzureichenden Erfassung der Spitze der Vermögensverteilung sowie in selektiven Antwortverweigerungen. Generell gilt, dass Vermögensverteilungen einen „*fat tail*“ aufweisen, also dass (besonders) reiche Haushalte zwar nur sehr selten vorkommen (und daher zumeist nicht Teil der Zufallsstichprobe sind), aber einen großen Einfluss auf die finalen Schätzwerte nehmen. Diese Problematik der Erfassung der Haushalte am oberen Rand der Verteilung (*non-observation bias*⁴) führt dabei in den meisten Fällen zu einer Unterschätzung der Größe und Ungleichverteilung der tatsächlichen Vermögensbestände.⁵ Eine zweite Quelle von Unsicherheit in den HFCS-Daten bildet die Möglichkeit selektiver Antwortverweigerungen (*non-response bias*) – also, dass reichere Haushalte eher dazu tendieren, eine Teilnahme an der Befragung zu verweigern.⁶ Theoretisch können beide Formen der Verzerrung durch ein gezieltes „*oversampling*“ besonders vermögender Haushalte kompensiert werden – allerdings wurde im Zuge der Erhebung der österreichischen HFCS-Daten kein derartiges *Oversampling*-Verfahren eingesetzt.⁷ Diese beiden Einflussfaktoren stellen daher ein Problem für die Verwendung der Daten der HFCS zur Bestimmung der Bestände und Verteilung der österreichischen Privatvermögen dar. Die vorliegende Untersuchung versucht diese Schwächen mit Hilfe eines geeigneten statistischen Verfahrens zumindest teilweise zu kompensieren.

Die vorliegende Arbeit zielt darauf ab, eine realistischere Schätzung des Vermögens der privaten Haushalte zu erzielen, wobei angenommen wird, dass der oberste Rand (d. h. die Verteilung der reichsten Vermögen) einer Pareto-Verteilung folgt. Die Arbeit baut auf der von Eckerstorfer et al. (2013, 2016) vorgeschlagenen Methode auf und entwickelt diese weiter, um auch das Problem des *non-response bias* zu berücksichtigen, das in Eckerstorfer et al. (2013, 2016) außer Acht gelassen wurde.

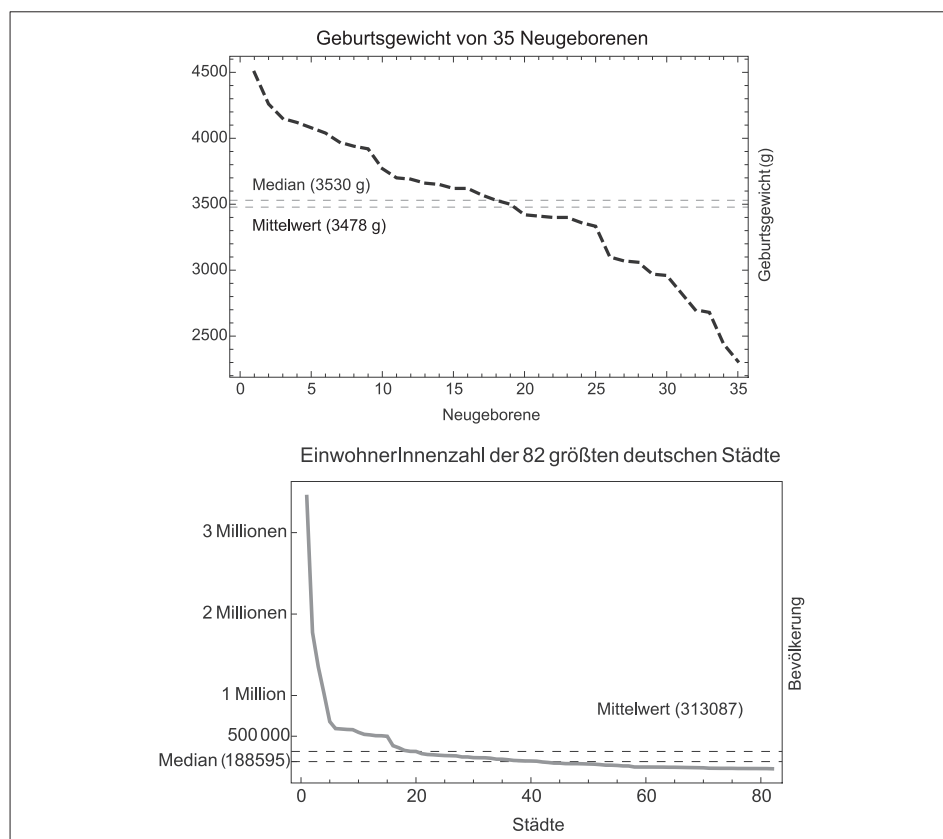
2. Methodisches Vorgehen

Die meisten konventionellen statistischen Verfahren – darunter auch das Verfahren der (stratifizierten) Zufallsziehung und Randomisierung, das dem HFCS zugrunde liegt – gehen von Variablen als Standardfall aus, die so verteilt sind, dass die Abweichungen zwischen geschätztem und wahren Wert grob einer Normalverteilung folgen. Eine allgemeine Herausforderung der Sozialstatistik ist dabei, dass viele Variablen von gesellschaftlicher Relevanz einer solchen Annahme nicht genügen, sondern davon abweichende statistische Eigenschaften aufweisen. Eine im sozialen Raum häufig auftretende Verteilung ist dabei die Potenzverteilung (auch: Zipf'sche Verteilung, in der Ökonomie und im Folgenden als „Pareto-Verteilung“ bezeichnet), die etwa geeignet ist, Worthäufigkeiten in Tex-

ten, die Größenverteilung von Städten oder die Verteilung der Anzahl verkaufter Bestseller statistisch abzubilden.⁸ Der Wert der Pareto-Verteilung liegt dabei vor allem darin, dass diese imstande ist, den oberen Rand der relevanten Verteilungen statistisch zu beschreiben – ein Umstand, der insofern von Interesse ist, als Messwerte an der Spitze der jeweiligen Skala einen besonders großen Einfluss auf die finalen Schätzwerte nehmen. Genau diese Eigenschaft – und der Umstand, dass Vermögen in entwickelten Gesellschaften zumeist einer solchen Pareto-Verteilung folgen – macht die Pareto-Verteilung auch für die ökonomische Verteilungsforschung zu einem besonders wertvollen Instrument.

Zur besseren Illustration zeigt Abbildung 1 eine normalverteilte Variable (links oben) im Vergleich zu drei Variablen, deren oberer Rand einer Potenzverteilung folgt, wobei die Messwerte jeweils vom größten zum kleinsten Wert sortiert sind. Die Normalverteilung zeichnet sich dadurch aus, dass die Werte einer Variable relativ stark rund um den Mittelwert konzentriert liegen. Ausreißer sind sehr unwahrscheinlich, und Rück-

Abbildung 1: Vergleich einer normalverteilten Variable (schwarz) mit

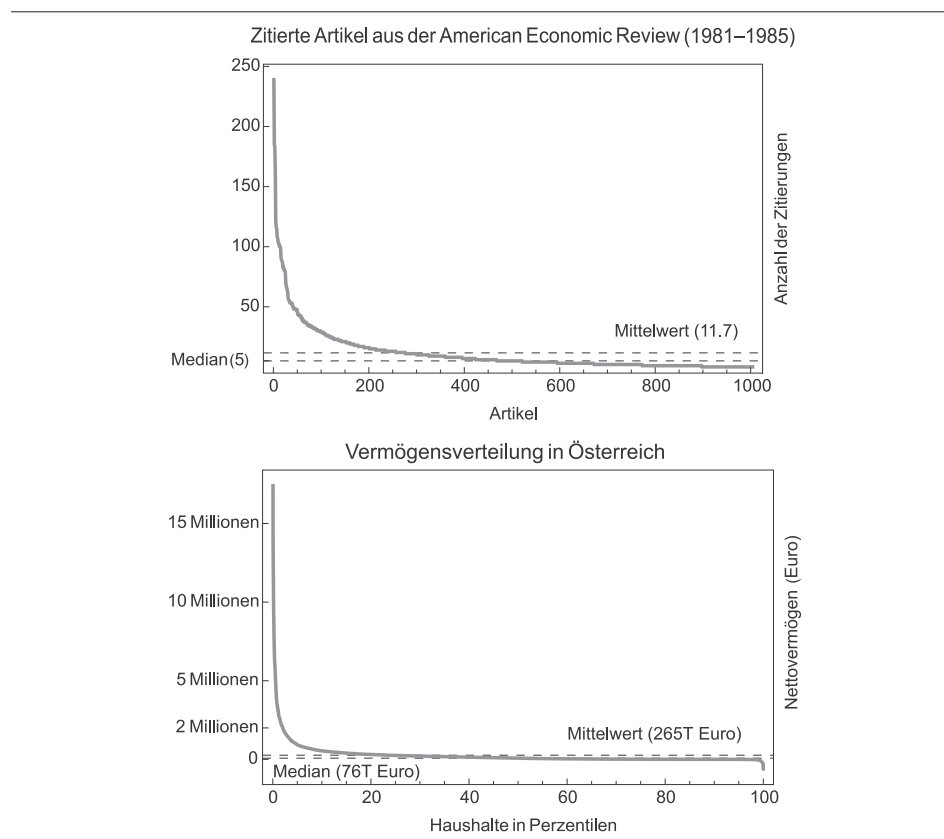


schlüsse auf die Population sind schon mit relativ kleinen Zufallsstichproben möglich.

An Abbildung 1 lassen sich daher einige wesentliche Unterschiede zwischen normalverteilten Variablen und Variablen, die an der Spitze einer Potenzverteilung folgen, festmachen: Erstens zeigen normalverteilte Variablen relativ kontinuierliche Steigerungsraten, während potenzverteilte Variablen starke Diskontinuitäten aufweisen. Zweitens liegen Mittelwert und Median bei annähernd normalverteilten Variablen üblicherweise nah beieinander, während bei potenzverteilten Größen der Mittelwert den Median zumeist um ein Vielfaches übersteigt. Die Relation von Mittelwert und Median kann dabei auch als ein erstes grobes Verteilungsmaß herangezogen werden. Drittens ist die Streuung der Messwerte bei Potenzverteilungen typischerweise weitaus größer, ein Effekt, der wesentlich durch den oberen Rand der Verteilung bestimmt ist.

Eine der möglichen theoretischen Ursachen für die Häufung solcher Potenzverteilungen im sozialen Raum liegt dabei in der Theorie kumulativer

drei Variablen, deren oberer Rand einer Potenzverteilung folgt (grau)



Effekte, nach der bestehende Stärken (bestehende Vermögen, bestehendes akademisches Prestige, bestehende urbane Vielfalt) auch höhere Wachstumsraten nach sich ziehen⁹ – ein Ansatz, der auch für die Theorie der Vermögensbildung relevant erscheint,¹⁰ in der vorliegenden Arbeit aber nicht weiter verfolgt werden kann.

Grundsätzlich beschreibt eine Pareto-Verteilung also ein Potenzgesetz das in vielen natur- und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen zur Anwendung kommt und auch für die Vermögensforschung von zentraler Relevanz ist. In den meisten empirischen Vermögensverteilungen zeigt sich eine entsprechende Konzentration von wenigen, hohen Vermögenswerten am oberen Rand, die mittels einer Pareto-Verteilung näherungsweise beschrieben werden können. Die Verteilungsfunktion Letzterer sieht folgendermaßen aus:

$$F(x) = \Pr(X \leq x) = 1 - \left(\frac{m}{x}\right)^\alpha \quad \forall x \geq m \quad (1)$$

Hier steht x für das gemessene Nettovermögen eines Haushaltes. Der Parameter m ist der Schwellenwert, ab dem die Verteilung der Nettovermögen einer Pareto-Verteilung folgt. Der Formparameter α (das sogenannte „Pareto-Alpha“) beschreibt schließlich die genaue Form dieser Verteilung.

Die Annahme der Pareto-Verteilung des oberen Randes der Vermögen wird dabei im Folgenden aufrechterhalten, da die Pareto-Verteilung nicht nur denselben Erkenntnisgewinn wie konkurrierende Verteilungsannahmen bringt, sondern darüber hinaus mit weniger Annahmen einhergeht, robustere Ergebnisse liefert und daher im wissenschaftlichen Diskurs stärker etabliert ist. Jüngere Studien, die eine Pareto-Verteilung zur Schätzung des obersten Vermögenssegments herangezogen haben, inkludieren u. a. Atkinson (2006), Cowell (2009) und Klass et al. (2006).

2.1 Datenquelle und Erhebung

Datengrundlage der vorliegenden Arbeit ist die mit Dezember 2016 veröffentlichte zweite Welle des HFCS. Beide Wellen folgen einem international standardisierten Erhebungsverfahren.¹¹ Im Fall von Österreich hat sich der Erhebungszeitraum über neun Monate, von Juni 2014 bis Februar 2015, erstreckt (vgl. Welle I: 09/10-05/11). Beide Wellen wurden durch die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) unter Mitarbeit des Instituts für empirische Sozialforschung (IFES) erhoben. Die Stichprobe für Österreich umfasst 2.997 Beobachtungen, im Vergleich zu 2.380 aus Welle I, und repräsentiert rund 3,9 Mio. Haushalte. Eine Beobachtung aus dieser Stichprobe entspricht einem Haushalt, dessen Vermögenswerte von einer KompetenzträgerIn¹² im Laufe eines Interviews beschrieben worden ist.

Die „Repräsentativität“ der so erhobenen Haushaltswerte für die Gesamtpopulation wird durch die von der OeNB zugewiesene Gewichtung dargestellt. Methodisch relevant ist hier noch die Verwendung von multipler Imputation in der Datenerhebung durch die OeNB. Dies bedeutet, dass fehlende Datenpunkte aus dem Zusammenhang anderer Datenpunkte geschätzt werden. Diese Methode hilft dabei, einzelne ausgelassene Werte (*item non-response*) zu ergänzen, erfordert aber die Generierung mehrerer ähnlicher Datensätze, so genannte Imputationen, um die im Schätzverfahren auftretenden statistischen Unsicherheiten adäquat abzubilden. Für die Generierung von Schätzwerten müssen dabei alle Imputationen berücksichtigt werden.¹³ Der publizierte Datensatz zur zweiten Welle des HFCS umfasst fünf derartige Imputationen. Strukturelle Probleme der umfragebasierten Vermögensschätzung, wie *non-response* oder *non-observation*, werden durch das Imputationsverfahren *nicht* korrigiert. In Tabelle 1 sind ausgewählte Erhebungsindikatoren der HFCS-Wellen I und II für Österreich zum Vergleich dargestellt.

Tabelle 1: Eckdaten zur HFCS-Erhebung in Österreich – Welle I und Welle II

HFCS-Erhebung	Nettostichprobe	repräsentierte Haushalte	Antwortrate	Verweigerungsrate	Oversampling-Rate der Top 10%
Welle I	2.380	3.773.956	55,7%	39,6%	1
Welle II	2.997	3.862.526	49,8%	44,1%	-7

Quellen: ECB (2016a) 35, 39, 43; ECB (2013) 38, 41, 45.

Während sich die Größe der Nettostichprobe und die dadurch repräsentierten Haushalte kaum geändert haben, hat sich im Zuge der zweiten Wellen des HFCS die Antwortrate (*response rate*), also der Anteil jener Personen, die auf die Befragungsanfrage reagiert haben, weiter verringert. Parallel dazu hat die Verweigerungsrate (*refusal rate*), also der Anteil von Personen, die erfolgreich kontaktiert wurden, dann aber nicht an der Befragung teilgenommen bzw. es abgelehnt haben, Auskunft über ihre Vermögen zu geben, zugelegt. Antwortverweigerungen sind dabei insofern problematisch, als sie nicht zufällig auftreten, sondern mit dem Reichtum eines Haushaltes zunehmen.¹⁴ Eine wesentliche Frage für die Beurteilung der Vergleichbarkeit beider Wellen des HFCS ist also, ob sich der Zusammenhang zwischen bestehendem Vermögen und der Wahrscheinlichkeit der Antwortverweigerung verändert hat – ein Aspekt, der sich aus der Verweigerungsrate allein nicht erschließen lässt.

Relevant ist in diesem Kontext vor allem die Veränderung der „*effective oversampling rate*“ (EOR), die in Österreich aufgrund des fehlenden *oversampling* generell niedrig ausfällt. Diese gibt an, inwieweit reiche Haushal-

te stärker oder schwächer in der Stichprobe repräsentiert sind als ihr relativer Anteil in der Gesellschaft.¹⁵ Der Rückgang der *Oversampling*-Rate zeigt dabei an, dass reichere Haushalte in der zweiten Welle des HFCS eine geringere Beteiligung aufweisen als in der ersten Welle – ein Umstand, der einen stärkeren Zusammenhang zwischen bestehendem Vermögen und Antwortverweigerung nahelegt und der aus diesem Grund in Kapitel 3.2 genauer untersucht wird. Generell zeigt eine negative EOR (wie für Österreich in Welle II) an, dass wohlhabende Haushalte unterproportional repräsentiert sind.

2.2 Statistische Verzerrungen im Kontext von Vermögensbefragungen

Trotz des bereits erwähnten präzedenzlosen Umfangs des HFCS leiden die so gesammelten Daten (für Länder ohne weitreichende *Oversampling*-Verfahren) de facto weiterhin an den zentralen methodischen Schwächen von Vermögensumfragen. Die bedeutendsten dieser Schwierigkeiten entstehen hierbei durch „*non-response*“ und „*non-observation*“ sowie durch „*underreporting*“ (Unterschätzung von Vermögenswerten durch Umfrageteilnehmer).

An Bedeutung gewinnen diese Phänomene vor allem dann, wenn sie nicht zufällig auftreten. Wenn beispielsweise aber Finanzvermögen im Sinne von *underreporting* unterschätzt wird und Finanzvermögen überwiegend von wohlhabenden Haushalten gehalten wird, stellt dies ein zu Verzerrungen führendes Problem dar. Da es empirische Nachweise gibt, dass reichere Haushalte höheren *non-response* aufweisen,¹⁶ ist dies ebenso problematisch. Verringern sich die Antwortraten einer Umfrage bzw. verändert sich die Partizipation besonders vermögender Haushalte, wie für Österreich zwischen Welle I und II, dann bedeutet dies, dass sich die Anzahl der reichsten Haushalte in der Stichprobe verringert und sich daher die Qualität der Daten in dieser Hinsicht verschlechtert. Die im Folgenden angestellten Überlegungen beschäftigen sich dabei mit Verzerrungen, die aufgrund von *non-observation* und *non-response* entstehen, jedoch nicht mit jenen, die auf *underreporting* beruhen.

2.3 Alternativen Strategien zur Schätzung von privaten Vermögen

Grundsätzlich bestehen mehrere Möglichkeiten zur Erhebung von Vermögensdaten. Der Rückgriff auf Steuerdaten ist einer davon. Da Vermögenssteuern nicht in jedem Land eingehoben werden, ist deren Verwendung aber nur für wenige europäische Länder möglich.¹⁷ Ähnlich verhält es sich mit Erbschaftssteuerdaten. Dabei bestehen außerdem die Probleme, dass erstens nicht erfasst wird, was von der Besteuerung ausgenommen ist, und zweitens nicht erfasst wird, was der Besteuerung entzogen

wird. Eine andere Strategie besteht darin, auf Basis der in Einkommensteuerdaten angegebenen Kapitaleinkommen auf Vermögenswerte zu schließen. Die zentrale Komplikation dabei ist, dass die hierfür nötigen Kapitalertragsraten geschätzt werden müssen. Eine letzte Möglichkeit sind die bereits diskutierten, speziell konzipierten Vermögensumfragen. Der Vorteil dieser Erhebungsmethode ist, trotz der oben geschilderten statistischen Probleme, nach Vermeulen (2016) der Umstand, dass sie darauf ausgelegt sind, alle einzelnen Vermögenskomponenten zu erfassen und für alle Haushalte repräsentativ zu sein. Darüber hinaus erheben sie zusätzlich zum Vermögensbestand des Haushalts eine Vielzahl weiterer Charakteristika, die eine weiterführende, detaillierte Analyse ermöglichen. Obwohl umfassende und transparente internationale Steuerdaten für den reinen Zweck der Haushaltsvermögensschätzung zu bevorzugen wären, bieten Vermögenserhebungen wie der HFCS oftmals die verhältnismäßig beste Basis für Vermögensschätzungen. Diese Feststellung motiviert klarer, warum Anstrengungen zur Lösung der Probleme von „*non-response*“, „*non-observation*“ und „*underreporting*“ von derartiger Wichtigkeit sind und es deshalb wert sind, weiter verfolgt zu werden. Im Folgenden werden für diese Studie relevante Schätzmethoden genauer besprochen und angeführt.

Eine häufig verwendete Methode ist die Verwendung von Reichenlisten. Unter Reichenlisten sind die meist journalistisch zusammengetragenen Schätzungen der reichsten Haushalte/Personen in Volkswirtschaften zu verstehen. Die wohl bekannteste diesbezügliche Publikationsplattform ist das Magazin „Forbes“. Die Verwendung von Reichenlisten adressiert direkt das Problem der *non-observation*, also das Fehlen der reichsten Haushalte in der Stichprobe. Reichenlisten beinhalten aber ihre eigenen Schwierigkeiten. So ist deren Erhebung nicht frei von Problemen, da sie zum einen auf den Schätzungen von Journalisten basieren und zum anderen Vermögenswerte oft nicht sauber zwischen Individuen getrennt, sondern vielmehr ganzen Familien zugeordnet werden.

Ein anderes Beispiel ist die von Eckerstorfer et. al (2013, 2016) entwickelte Methode zur (partiellen) Schätzung des aufgrund von *non-observation* nicht abgebildeten Vermögens. In Eckerstorfer et al. führt die Schätzung nicht erfasster Vermögen reicher Haushalte zu einer bedeutend realistischeren Schätzung des Gesamtvermögens. Die Schritte des Schätzverfahrens lassen sich wie folgt zusammenfassen: Zuerst werden auf Basis der verfügbaren HFCS-Daten für zunehmend größere Abschnitte der geordneten Daten Pareto-Verteilungsfunktionen geschätzt. Aus diesen Pareto-Verteilungen wird mit Hilfe einer Maxi-Min-Analyse der Teststatistiken eines Cramer-von-Mises-Tests (ein Test zur Überprüfung der statistischen Güte der geschätzten Verteilung) der Punkt gewählt, ab dem die zugrunde liegenden Daten am ehesten einer Pareto-Verteilung ent-

sprechen, woraufhin der Pareto-Steigungsparameter (Pareto-Alpha) an diesem Punkt bestimmt wird. In einem nächsten Schritt werden alle enthaltenen Haushalte ab einem gewissen Schwellenwert (Haushalte mit mehr als 4 Mio. Euro Nettovermögen) entfernt, da die dort vorgefundenen Vermögenswerte als nicht repräsentativ für das tatsächliche Vermögen eingeschätzt werden. In einem letzten Schritt werden synthetische Haushalte auf Basis der zuvor geschätzten Pareto-Verteilung generiert, dem Datensatz hinzugefügt und das Vermögen neuerlich geschätzt.

Eine ähnliche Methode auf Basis einer Pareto-Verteilung wurde von Vermeulen (2014) entwickelt. Zentraler Unterschied zur Methode von Eckerstorfer et al. ist, dass Vermeulen Beobachtungen aus Reichenlisten in seine Schätzung integriert. Eckerstorfer et al. verwenden hingegen Reichenlisten nur als Robustheitstest. Außerdem sind Vermeulens Reichenlisten allgemeiner gehalten (Forbes-Billionaires) als bei Eckerstorfer et al., die sich auf die umfassendere, auch Millionäre inkludierende „Trend“-Publikation der reichsten ÖsterreicherInnen beziehen. Bedingt durch diese unterschiedliche Vorgehensweise unterscheidet sich auch die Art des Schätzers, der für die Schätzung des Pareto-Alphas verwendet wird. Der von Eckerstorfer et al. verwendete Maximum-Likelihood-Schätzer steht hier einem OLS-Schätzer bei Vermeulen gegenüber. In seiner Arbeit aus 2016 inkludiert Vermeulen ferner einen Vorschlag zur Behebung von *underreporting* über einen „Korrekturfaktor“, der Schätzergebnisse mit den aggregierten Werten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) gegenüberstellt. Großer Vorteil der Methode von Eckerstorfer et al. ist, dass diese eine statistische Basis für die Wahl des Startpunkts der Pareto-Verteilung der oberen Vermögenswerte verwendet (Rückgriff auf Cramer-von-Mises-Test und Maxi-Min-Analyse) und so die Schätzmethode weiter präzisiert.

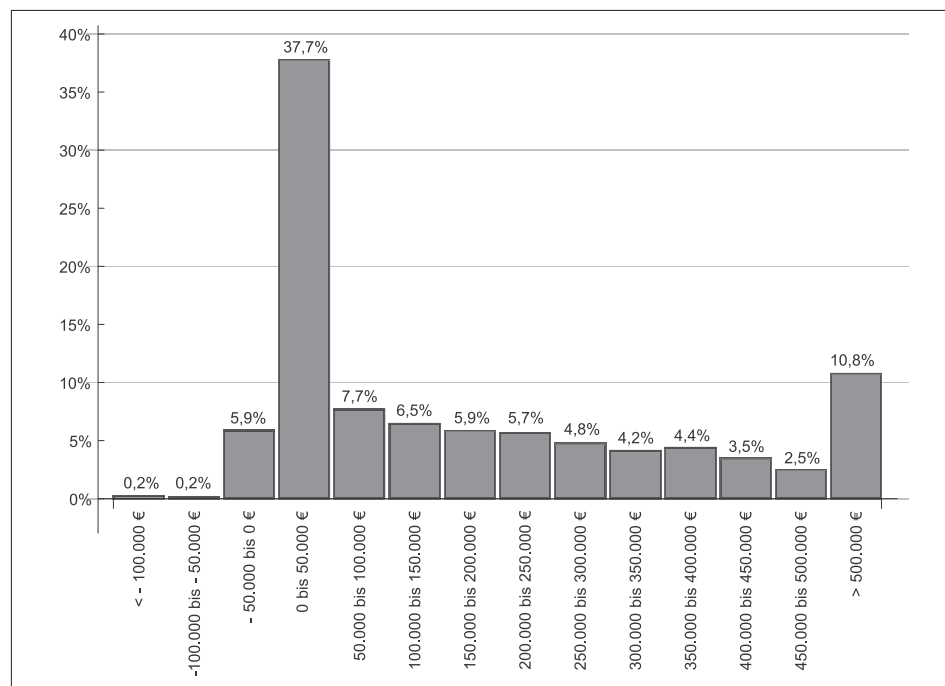
3. Deskriptive Merkmale der untersuchten Daten

Um einen ersten Überblick über die im Rahmen der zweiten Welle des HFCS erhobenen Daten zu ermöglichen,¹⁸ werden im Folgenden einige deskriptive Merkmale des untersuchten Datensatzes vorgestellt (3.1). In einem zweiten Schritt werden die im HFCS erfassten Beobachtungen am oberen Rand der Verteilung genauer analysiert. An dieser Stelle wird, vor dem Hintergrund der veränderten Kontextvariablen der Datenerhebung (vgl. Tabelle 1) und deren Relevanz für die Identifizierung geeigneter Schätzmethoden, auch ein expliziter Vergleich zu den Daten aus der ersten Welle des HFCS vorgenommen (3.2).

3.1 Allgemeine deskriptive Statistiken

Das aus den Originaldaten des HFCS II für Österreich geschätzte Nettogesamtvermögen beträgt 998 Mrd. Euro. Zum Vergleich: das Gesamtvermögen der Welle I lag mit 1.000 Mrd. Euro knapp darüber; die österreichischen Vermögensbestände wären demnach zwischen 2010 und 2014 leicht zurückgegangen. Auch bei den durchschnittlichen Vermögenswerten ist ein entsprechender Rückgang zu verzeichnen – so sinkt das Durchschnittsvermögen von rund 265.000 Euro auf etwa 258.000 Euro ab. Beim Median der Vermögen hingegen weisen die Daten der zweiten Welle einen deutlichen Anstieg gegenüber der ersten Welle aus (von rund 80.000 Euro auf rund 90.000 Euro).

Abbildung 2: Vermögensverteilung in Österreich nach Vermögensklassen



Quelle: Originaldaten HFCS II.

Eine erste mögliche Darstellung der in der zweiten Welle des HFCS gemessenen Vermögensverteilung bietet die Zuordnung der beobachteten Haushalte zu unterschiedlichen Vermögensklassen. Abbildung 2 nimmt eine solche Zuordnung vor und zeigt die Verteilung der österreichischen Bevölkerung auf 14 Vermögensklassen, wie sie aus der zweiten Welle des HFCS hervorgeht. Die Vermögensklassen beginnen bei –100.000 Euro,

enden bei 500.000 Euro und haben eine Bandbreite von jeweils 50.000 Euro. Dabei ist zu sehen, dass sich mehr als ein Drittel der österreichischen Bevölkerung in der Vermögensklasse von 0 bis 50.000 Euro wiederfindet (knapp 38%). Während knapp mehr als 10% der Bevölkerung ein Nettovermögen von über 500.000 Euro aufweisen, sind knapp über 6% der österreichischen Haushalte Netto-Schuldner, die offenen Schulden übersteigen in diesen Fällen also das verfügbare Vermögen.

Während die Darstellung nach Vermögensklassen einen guten Überblick über die Häufigkeitsverteilung der privaten Vermögenswerte innerhalb der Bevölkerung bietet, lässt sie keine Rückschlüsse auf die genaue Verteilung der Vermögen am oberen Rand der Verteilung zu, da dieser in Abbildung 2 nur pauschal ausgewiesen ist. Die nachstehende Tabelle 2 hingegen zeigt das Gesamt- und Durchschnittsvermögen der obersten 5 Perzentile der Vermögensverteilung im Detail und lässt erkennen, dass unter jenen 10,8% der Haushalte mit einem Nettovermögen größer als 500.000 Euro eine erhebliche Variation besteht. Speziell markant ist hierbei der Unterschied zwischen dem 100. Perzentil und dem 99., mit einer Gesamtvermögensdifferenz von 192,2 Mrd. Euro.

Tabelle 2: Vermögensverteilung der obersten 5 Perzentile (HFCS II)

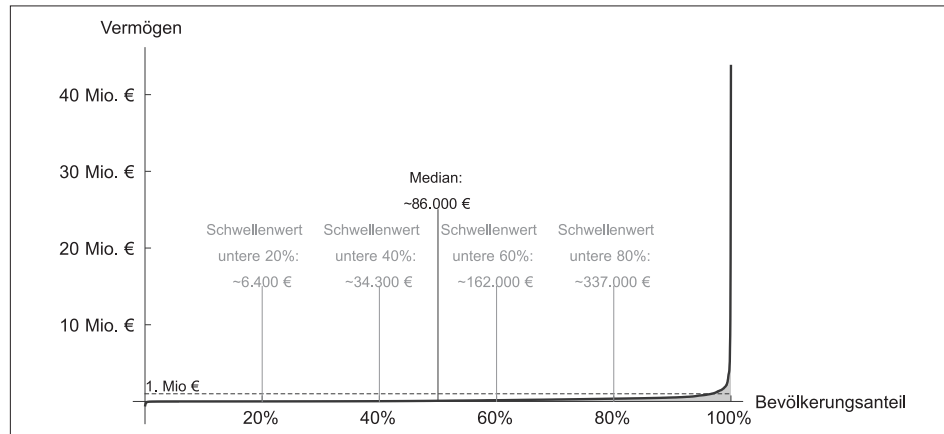
Perzentil	Gesamtnettovermögen im Perzentil	Durchschnittsnettovermögen im Perzentil
96	€ 33 Mrd.	€ 847.449
97	€ 37,4 Mrd.	€ 980.399
98	€ 47,1 Mrd.	€ 1,22 Mio.
99	€ 62,4 Mrd.	€ 1,62 Mio.
100	€ 254,5 Mrd.	€ 6,7 Mio.

Quelle: Originaldaten HFCS II.

Nachstehend folgen zwei Darstellungen der Verteilungsfunktion der österreichischen Vermögen. Die inverse Verteilungsfunktion zeigt, über welches Vermögen jener Haushalt verfügt, der reicher als x% der anderen Haushalte ist. Grundsätzlich bildet diese also das Verhältnis von Vermögen relativ zur Bevölkerung ab und erlaubt Aussagen folgender Art: Die oberen 20% der Vermögensverteilung verfügen über ein Nettovermögen von mehr als 337.000 Euro. Dabei zeigt Abbildung 3 eine inverse Verteilungsfunktion anhand der absoluten Vermögenswerte; die Skalierung der y-Achse ergibt sich hier aus der Beobachtung im Datensatz mit dem größten Vermögen.

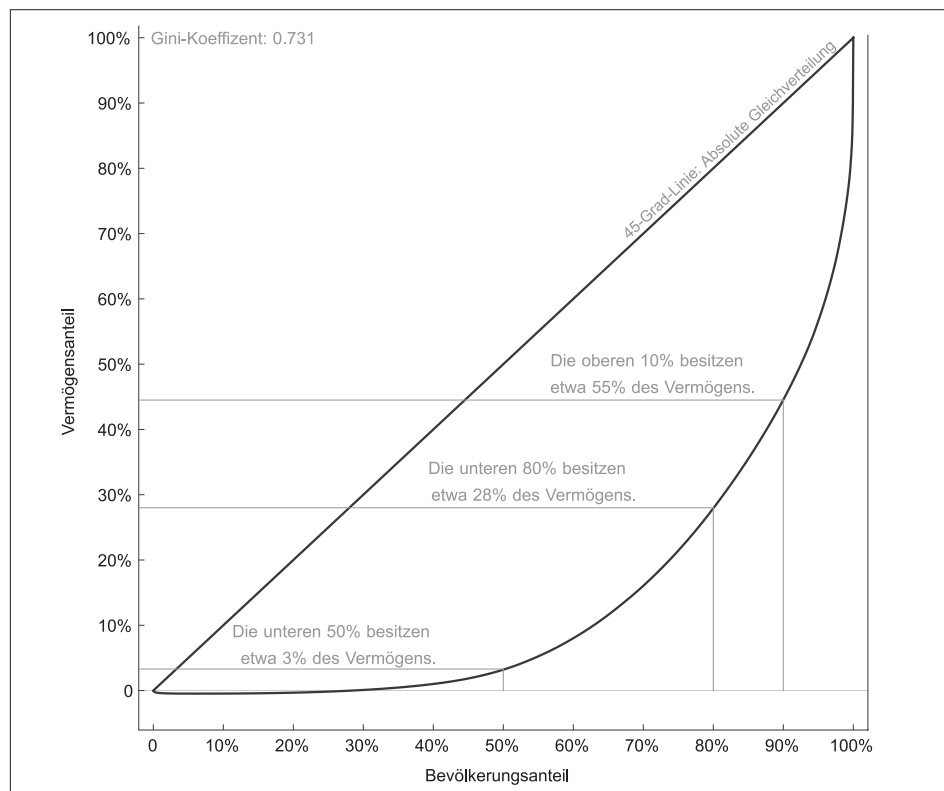
Abbildung 4 hingegen zeigt eine sogenannte Lorenzkurve, in der die Skalierung der Vermögen normalisiert wird – die inverse Verteilungsfunktion wird damit wesentlich übersichtlicher und leichter zu interpretieren; die Interpretation entspricht jener von Abbildung 3. Die Lorenzkurve bildet

Abbildung 3: Inverse Verteilungsfunktion der österreichischen Privatvermögen



Quelle: Originaldaten HFCS II.

Abbildung 4: Lorenzkurve auf Basis der HFCS-Daten



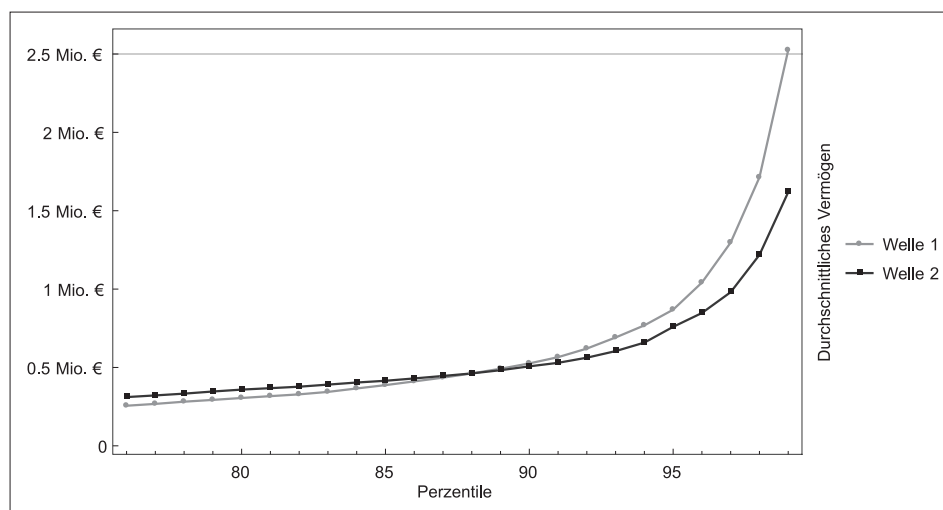
Quelle: Originaldaten HFCS II.

auch die Grundlage für die Berechnung des Gini-Koeffizienten, der oftmals als Maß zur Messung von Ungleichheit herangezogen wird. Der Gini-Koeffizient beschreibt den Unterschied zwischen einer hypothetischen Situation absoluter Gleichverteilung (grafisch repräsentiert durch die 45-Grad-Linie) und der realen Verteilungssituation. Die Fläche zwischen den beiden Linien repräsentiert das durch den Gini-Koeffizient gemessene Ausmaß der Ungleichheit – je größer der Wert, desto größer ist demnach auch die gemessene ökonomische Ungleichheit. Der Gini-Koeffizient für Welle I lag bei 0,76, jener für Welle II bei 0,73. Die Vermögen in Österreich sind demnach in der zweiten Welle etwas gleichmäßiger verteilt als in der ersten Welle des HFCS. Aufgrund des Vergleichs der Struktur der Daten aus Welle I und II, speziell der fehlenden Beobachtungen an der Spitze der Daten, ist diese Aussage aber als sehr unzuverlässig einzustufen.

3.2 Die Erfassung vermögender Haushalte im HFCS: Ergebnisse aus beiden Wellen

Die in Kapitel 3.1 dargestellten Veränderungen weisen insgesamt auf einen leichten Rückgang der gemessenen Ungleichheit hin, da sich sowohl der Unterschied zwischen Median und Mittelwert als auch der Gini-Koeffizient in der zweiten Welle verringern. Ein genauerer Blick zeigt, dass die Daten der ersten Welle im obersten Dezil signifikant höhere Vermögenswerte aufweisen als die Daten der zweiten Welle, während unterhalb des reichsten Dezils Umgekehrtes gilt (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Durchschnittliches Nettovermögen in den Perzentilen 76-99 – Österreich, Wellen I und II



Die gleichmäßigere Verteilung der Vermögen ist demnach durch zwei Faktoren zu erklären: Zum einen wachsen die Vermögen der unteren 90% leicht an, zum anderen gehen die Vermögen der reichsten 10% der Haushalte stark zurück (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Ausgewählte deskriptive Statistiken zu beiden HFCS-Wellen für Österreich

	Welle I	Welle II	Differenz
Vermögen Top-10%	617,2 Mrd.	554,9 Mrd.	–62,3 Mrd.
Vermögen untere 90%	383,0 Mrd.	443,3 Mrd.	60,3 Mrd.
Vermögen untere 50%	27,0 Mrd.	32,0 Mrd.	5,0 Mrd.
Anzahl Millionäre	174.552	129.304	–45.248
Durchschn.Vermögen	265.034	258.414	–6.620
Vermögen insgesamt	1.000,2 Mrd.	998,1 Mrd.	–2,1 Mrd.

Während das Wachstum des Vermögens der unteren 90% vor dem Hintergrund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Entwicklung der Immobilienpreise nicht völlig überraschend kommt, ist der Rückgang des Vermögens des obersten Dezils sowohl an sich als auch hinsichtlich seiner quantitativen Intensität durchaus überraschend: Letzteres schrumpft um 62 Mrd. Euro, während Ersteres um rund 60 Mrd. Euro wächst.

Besonders der Rückgang der Zahl der in der Gesamtstichprobe abgebildeten Millionärshaushalte schrumpft von Welle I auf Welle II um knapp ein Viertel oder etwa 45.000 Haushalte (vgl. Tabelle 3) – scheint nur schwer mit den Ergebnissen der ersten Welle in Einklang zu bringen zu sein. Schließlich ist eine derart massive Abschmelzung von (Top-)Vermögen vor dem Hintergrund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung unplausibel, vor allem auch da bereits in der ersten Welle der Anteil der reichsten Haushalte unterschätzt wurde.¹⁹ Darüber hinaus liegen die Ertragsraten größerer Vermögen tendenziell über den durchschnittlichen Ertragsraten²⁰ – die asymmetrischen Veränderungen in den gemessenen Vermögensbeständen sind damit kaum in Einklang zu bringen.

Die OeNB (2016a, S. 4f) verweist in diesem Zusammenhang auf die steigende Bedeutung von *non-response* und *underreporting* – ein Erklärungsansatz, der vor allem vor dem Hintergrund der angestiegenen Verweigerungsrate (siehe Tabelle 1) im Zuge des Surveys naheliegt. Dabei ist davon auszugehen, dass die Wahrscheinlichkeit zur Antwortverweigerung bei vermögenderen Haushalten zunimmt²¹ – ein Zusammenhang, der sich im Zuge der zweiten Welle des HFCS offensichtlich verstärkt hat, wie auch der Abfall der *Effective Oversampling Rate* nahelegt. Die dokumentierte höhere Verweigerungsrate in Kombination mit einem Anstieg der Vermö-

genssensitivität bei *non-response* ist daher geeignet, den Rückgang des gemessenen Vermögens an der Spitze der Verteilung zu erklären.

Aufgrund dieses Befunds ließe sich der Rückgang des Gesamtvermögens in der zweiten Welle vor allem durch verändertes Teilnahme- und Antwortverhalten im oberen Teil der Verteilung erklären. Damit ergeben sich allerdings neue Herausforderungen für die Entwicklung adäquater statistischer Schätzverfahren – so fokussieren etwa Eckerstorfer et al. (2013, 2016) vor allem auf das Problem des *non-observation bias* und lassen den Einfluss eines möglichen *non-response bias* außer Acht. Während die Annahmen von Eckerstorfer et al. aufgrund der geringeren Verweigerungsrate in der ersten Welle näherungsweise plausibel scheinen, ist *ex ante* unklar, inwieweit eine reine Replikation ihrer Anwendung vor dem Hintergrund gestiegener Antwortverweigerungsraten überhaupt sinnvoll ist. Aus diesem Grund nimmt das nachfolgende Kapitel einen Vergleich unterschiedlicher Schätzverfahren mittels Monte Carlo-Simulationen vor, um jene Verfahren zu bestimmen, die unter gegebenen Umständen die präzisesten Ergebnisse liefern.

4. Zur statistischen Eignung unterschiedlicher Schätzverfahren

4.1 Schätzvarianten

Auf Basis der in Kapitel 2 und 3 aufgeworfenen Problematik einer Verschlechterung der Datenqualität im Rahmen der zweiten Welle des HFCS stellt sich nun die Frage nach den technischen Möglichkeiten zur Schätzung der entsprechenden Verteilungsfunktion. Dabei orientieren wir uns im Folgendem an dem von Eckerstorfer et al. (2013, 2016) entwickelten Verfahren, das im Wesentlichen darauf beruht, (1) die Parameter der Pareto-Verteilung anhand der HFCS-Daten zu bestimmen, (2) die Beobachtungsdaten über einem gewissen Schwellenwert (in Eckerstorfer et al. 2013, 2016: 4 Mio. €) aus dem Datensatz zu entfernen und (3) durch aus der Pareto-Verteilung gewonnene Werte zu ersetzen. Mit Hilfe des so gewonnenen modifizierten Datensatzes lassen sich alle relevanten Schätzwerte zum Vermögen in Österreich von Neuem berechnen.

Diesem Ansatz folgend, betrifft die Frage nach der adäquaten statistischen Bestimmung der Verteilungsfunktion vor allem den ersten der oben angeführten Schritte. Dabei finden sich in der Literatur unterschiedliche Möglichkeiten zur Schätzung einer solchen Verteilungsfunktion, die sich in drei wesentlichen Punkten unterscheiden:

- Die Art des verwendeten Schätzverfahrens: Hier kommen typischerweise Quasi-Maximum-Likelihood-Schätzer (ML) und OLS-basierte QQ-Schätzungen²² zum Einsatz.

- Die Verwendung von *Sampling*-Gewichten: Diese werden in der Praxis oft ignoriert, müssen bei Datensätzen mit starkem *oversampling* bzw. der Verwendung von Reichenlisten jedoch berücksichtigt werden.
- Die Ergänzung der Daten um weitere Informationsquellen, insbesondere diversen Medien entnommenen Reichenlisten: Derartige Listen besonders vermögender Haushalte werden vor allem dann verwendet, wenn die Beobachtungsdaten am oberen Rand von starken Verzerrungen betroffen sind.

Grundsätzlich ist zu beachten, dass die Beobachtungen des HFCS-Datensatzes mittels ihrer Gewichtung eine bestimmte Anzahl an Haushalten in der Zielpopulation repräsentieren. Werden nun Beobachtungen aus Reichenlisten für eine Schätzung verwendet, so muss bedacht werden, dass diese Beobachtungen jeweils bloß einen Haushalt repräsentieren und sich in dieser Eigenschaft fundamental von den Beobachtungen des HFCS unterscheiden. Sobald Reichenlisten in der Schätzung verwendet werden, ist es demnach nötig, die *Sampling*-Gewichte zu berücksichtigen. Während dieser Aspekt in vorhergehenden Arbeiten zur ersten Welle des österreichischen HFCS (aufgrund des Verzichts auf die Verwendung von Reichenlisten) relativ problemlos ignoriert werden konnte,²³ ist dies im Fall der zweiten Welle nicht möglich, da es mit Hinblick auf das obig dokumentierte veränderte Antwortverhalten nicht zielführend erscheint, die Verwendung von Reichenlisten *ex ante* auszuschließen. Die nachfolgenden Monte-Carlo-Simulation vergleichen daher im Wesentlichen vier Szenarien:

- 1.) QQ-Schätzer, Berücksichtigung von *Sampling*-Gewichten, keine Berücksichtigung einer Reichenliste;
- 2.) QQ-Schätzer, Berücksichtigung von *Sampling*-Gewichten, Berücksichtigung einer Reichenliste;
- 3.) Quasi-Maximum-Likelihood-Schätzer, Berücksichtigung von *Sampling*-Gewichten, keine Berücksichtigung einer Reichenliste;
- 4.) Quasi-Maximum-Likelihood-Schätzer, Berücksichtigung von *Sampling*-Gewichten, Berücksichtigung einer Reichenliste.

4.2 Monte-Carlo-Simulationen

Um die relative Eignung der unterschiedlichen Schätzmethoden besser beurteilen zu können und das geeignetste Schätzverfahren auszuwählen, wurden Monte-Carlo-Simulationen durchgeführt. Bei einer Monte-Carlo-Simulation handelt es sich grundsätzlich um in großer Zahl wiederholte, simulierte Zufallsexperimente, die dazu dienen, analytische Probleme der Wahrscheinlichkeitstheorie numerisch zu lösen. Dies lässt sich in folgendem Versuchsaufbau veranschaulichen: In einem ersten Schritt wird eine

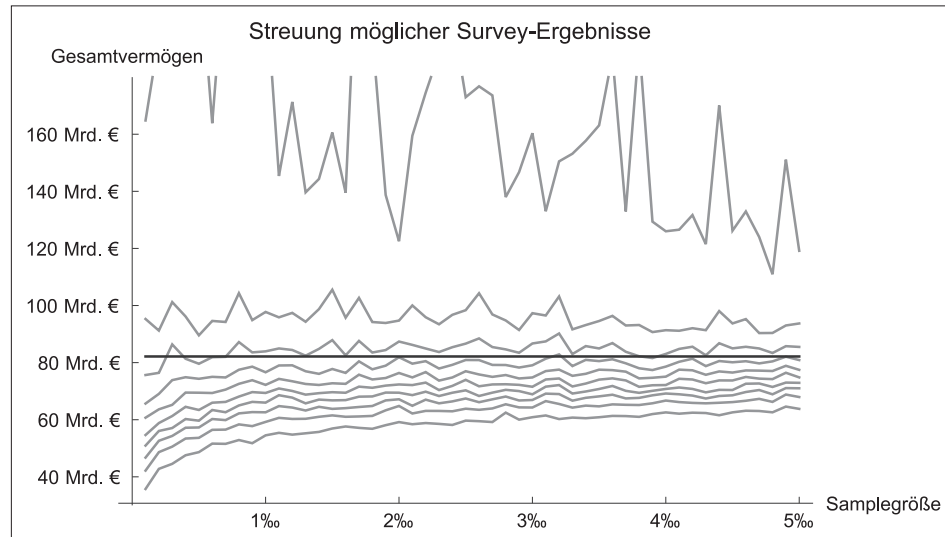
synthetische Vermögensverteilung aus $N = 200.000$ Haushalten generiert, deren Vermögen bei 100.000 Euro beginnt und ab diesem Punkt einer Pareto-Verteilung von $\alpha = 1,3$ folgt. In einem zweiten Schritt werden insgesamt 10.000 Befragungen dieser Population simuliert, wobei die Größe der Stichprobe zwischen 0,1‰ und 5‰ der generierten Population variiert und die Möglichkeit der Antwortverweigerung gegeben ist. Pro Stichprobengröße werden dabei 200 simulierte Befragungen durchgeführt – da die Stichprobengröße jeweils in Schritten von 0,1‰ variiert wird und somit fünfzig unterschiedliche Stichprobengrößen untersucht werden, ergibt sich eine Gesamtzahl von 10.000 simulierten Befragungen ($200 \cdot 50$). Die Frage ist nun, wie gut unterschiedliche Schätzvarianten den wahren Wert dieser simulierten Vermögensverteilung unter gegebenen Annahmen abbilden können.

Zum Vergleich, die Nettostichprobe des HFCS II für Österreich umfasst 2.997 Haushalte. Bei einer Population von 3.862.526 lt. Gewichten entspricht dies 0,78‰ der Bevölkerung, liegt also im unteren Fünftel der Stichprobengrößen, wie sie in den Monte-Carlo-Simulationen untersucht werden.

Auf Basis dieser simulierten Datensätze werden die Gesamtvermögen der jeweiligen Population geschätzt – die Ergebnisse werden in der Folge für jede Stichprobengröße in zehn Dezile (je 20 Befragungen pro Dezil) gruppiert und geplottet, um die Streuung möglicher Ergebnisse zu veranschaulichen. Dabei beschreibt die horizontale Achse die jeweilige Stichprobengröße und die vertikale Achse den geschätzten Vermögenswert (siehe Abbildung 6).

Die unterste Linie in Abbildung 6 zeigt das erste Dezil der durchschnittlich geschätzten Gesamtvermögen für eine zunehmende Größe der Stichproben. Entsprechend stellt die oberste Linie das durchschnittlich geschätzte Gesamtvermögen für das zehnte Dezil dar. Bei 200 simulierten Stichprobenziehungen (Befragungen) entspricht somit jede Linie dem Durchschnitt aus 20 Befragungen. Die graue horizontale Linie entspricht dem tatsächlichen Vermögensstand der zugrunde liegenden Population. Es zeigt sich, dass unabhängig von der Stichprobengröße die unteren 7 Dezile das Gesamtvermögen unterschätzen. Eine Umfrage, die rein auf einer Zufallsstichprobe basiert, unterschätzt somit in 7 von 10 Fällen den wahren Wert. Gleichzeitig ist sichtbar, dass Schätzungen im zehnten Dezil das Gesamtvermögen enorm überschätzen – hier wurden besonders reiche Haushalte in die Stichprobe gezogen, die die entsprechenden Schätzwerte nach oben verzerren. Zu sehen ist darüber hinaus, dass sich die unteren Dezile mit wachsender Stichprobengröße dem wahren Wert leicht annähern. Dies bedeutet grundsätzlich Folgendes: Wenn Vermögen auf Basis von Zufallsziehungen geschätzt wird, ist die Chance hoch, dass der tatsächliche Wert des Vermögens unterschätzt wird.

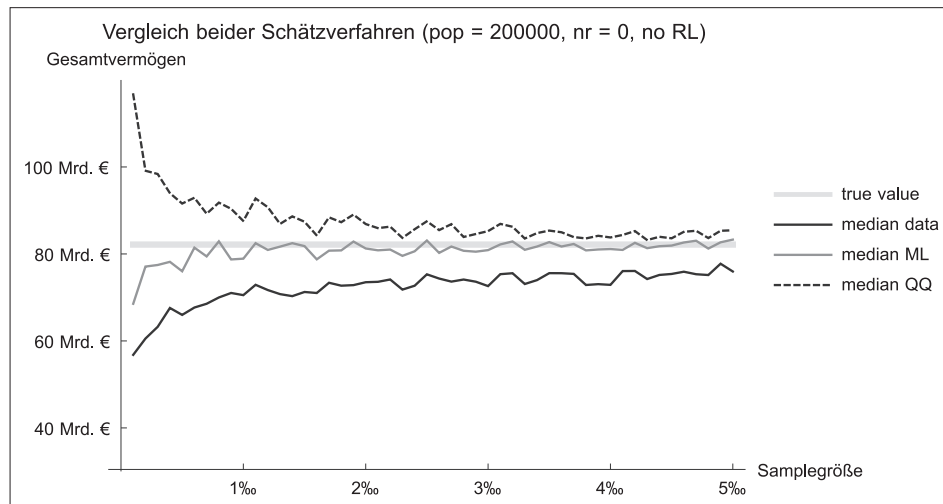
Abbildung 6: Durchschnitte nach Dezilen der geschätzten Vermögenswerte der Population in Abhängigkeit von der Stichprobengröße



Während Abbildung 6 die Streuung der möglichen Befragungsergebnisse überblicksmäßig darstellt, wird im Folgenden die Performance unterschiedlicher Schätzverfahren analysiert. Konkret untersucht werden die Performance des Quasi-Maximum-Likelihood-Schätzers (ML) und des QQ-Schätzers, jeweils mit bzw. ohne Inkorporation einer Reichenliste. Die Performance dieser vier Varianten wird dabei mit jenen Ergebnissen verglichen, die sich aus den unangepassten Befragungsdaten ergeben. In den untenstehenden Abbildungen 7-10 werden die Schätzergebnisse des ML sowie des QQ-Schätzers verglichen und dabei auch die aus den Erhebungsdaten bestimmten Werte sowie der „wahre“ Wert des synthetischen Datensets angeführt. Für jede Variante ist der Median der Schätzungen angegeben, um die Bandbreite der möglichen Resultate in Abhängigkeit von den Eigenschaften der tatsächlichen Stichprobe abzubilden.

Abbildung 7 basiert auf einer Simulation ohne *non-response* und ohne Reichenliste bei einer Population von 200.000. In diesem Szenario, das im Wesentlichen den Annahmen von Eckerstorfer et al. (2013, 2016) entspricht, ist die Verwendung eines Maximum-Likelihood-Schätzers zu empfehlen, da dieser Ansatz eine viel bessere Annäherung an den wahren Wert ermöglicht, speziell in kleinen Stichproben. Zwar sind grundsätzlich beiden Methoden geeignet, allerdings kann die Verwendung eines QQ-Schätzers unter Umständen zu einer signifikanten Überschätzung des Vermögens führen, weswegen der von Eckerstorfer et al. (2013, 2016) verwendete Maximum-Likelihood-Schätzer für diesen Anwendungsfall als geeigneter anzusehen ist.

Abbildung 7: Vergleich der Leistungsfähigkeit unterschiedlicher Schätzmethoden anhand von simulierten Stichprobenziehungen ohne *non-response* und ohne Integration einer Reichenliste



In der nachfolgenden Abbildung 8 gilt grundsätzlich derselbe Versuchsaufbau wie zuvor – mit der Ausnahme, dass hier eine (geringe) Nichtbeantwortungsneigung von 0,2 für den vermögendsten Haushalt vorliegt, die linear zurückgeht und beim ärmsten²⁴ Haushalt schließlich bei 0 liegt. Es wird also von einer linear fallenden Nichtbeantwortungswahrscheinlichkeit ausgegangen, die für den reichsten Haushalt in der Stichprobe 20% beträgt. Dies entspricht einem sehr konservativem Wert. Zum Vergleich beobachtet der in den USA regelmäßig durchgeführten „Survey of Consumer Finances“ (SCF) für die Welle 2007 eine Nichtbeantwortungsrate von 65,3% bei der Gruppe der reichen Haushalte, während die restlichen Haushalte zu 32,2% nicht teilnahmen.²⁵

In Abbildung 8 ist zu sehen, dass das Schätzergebnis des Maximum-Likelihood-Schätzers in etwa jenem auf Basis der Originaldaten entspricht. Der QQ-Schätzer liefert hier Ergebnisse, die näher am tatsächlichen Gesamtvermögenswert sind, diesen aber dennoch unterschätzen. Sprich, im Falle von ungleichmäßiger Antwortverweigerung produziert der Maximum-Likelihood-Schätzer tendenziell problematische Ergebnisse, die weit abseits der korrekten Werte (graue Linie) liegen. Ergo ist im Fall von nennenswerten Antwortverweigerungsrate, wie sie bei den Daten der zweiten Welle des HFCS für Österreich vorliegen, der QQ-Schätzer zu bevorzugen und liefert grundsätzlich vertrauenswürdiger Ergebnisse. Dabei ist zu erwähnen, dass dieses Ergebnis grundsätzlich robust ist, da auch bei einer Erhöhung der Population bzw. der *non-response* (0,2-0,8) der QQ-Schätzer bessere Resultate im Median liefert. Robustheitstests

zeigen allerdings, dass die Qualität der Ergebnisse beider Schätzmethoden mit steigender Nichtbeantwortungsrate weiter zurückgeht. Offen ist nun noch die Frage, wie die Qualität der Ergebnisse durch die Ergänzung von Reichenlisten beeinflusst wird.

Abbildung 8: Vergleich der Leistungsfähigkeit unterschiedlicher Schätzmethoden anhand simulierter Stichprobenziehungen mit geringer *non-response* (0,2) ohne Verwendung einer Reichenliste

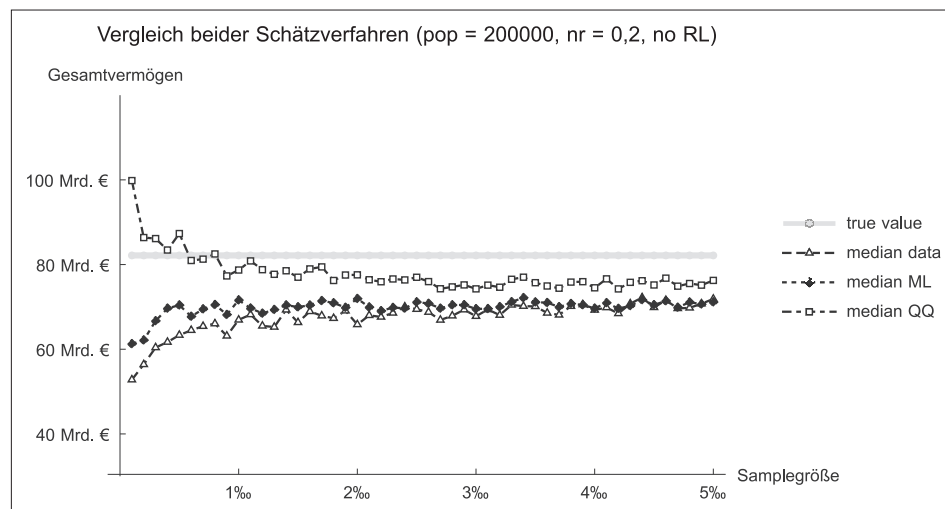


Abbildung 9 zeigt, dass bei Hinzufügen einer Reichenliste die Ergebnisse des QQ-Schätzers die wahren Werte sehr gut approximieren und vor allem dem Maximum-Likelihood-Schätzer sowie einer Schätzung auf Basis der Originaldaten klar überlegen sind.

Eine Erhöhung der Nichtbeantwortungsrate auf 0,8 ist in Abbildung 10 dargestellt. Auch hier bleiben die Ergebnisse aus Abbildung 8 stabil: Unter der Bedingung ungleich verteilter Antwortverweigerung ergeben sich bei Verwendung des QQ-Schätzers wesentlich robustere Ergebnisse.

Zusammenfassend bedeuten diese Ergebnisse, dass es notwendig ist, die Schätzmethode anzupassen, da sich das Antwortverhalten bei beiden Wellen des HFCS unterscheidet. Wie oben dargestellt, lässt sich ein Maximum-Likelihood-Schätzer als optimal ausweisen, solange keine nennenswerten, nach Vermögen differenzierte *non-response* auftritt. Während Eckerstorfer et al. (2013, 2016) mit der Annahme der Absenz signifikanter Nichtbeantwortungseffekte plausible Resultate erzielen konnten, scheint es vor dem Hintergrund der weiter gesunkenen Datenqualität wenig zielführend zu sein, diese Annahme weiter aufrechtzuerhalten. Dies bedeutet wiederum, dass für die HFCS-Daten der Welle II für Österreich der QQ-Schätzer in Kombination mit einer Reichenliste die vielversprechendsten

Abbildung 9: Vergleich der Leistungsfähigkeit unterschiedlicher Schätzmethoden anhand simulierter Stichprobenziehungen mit geringer *non-response* (0,2) und mit Integration einer Reichenliste

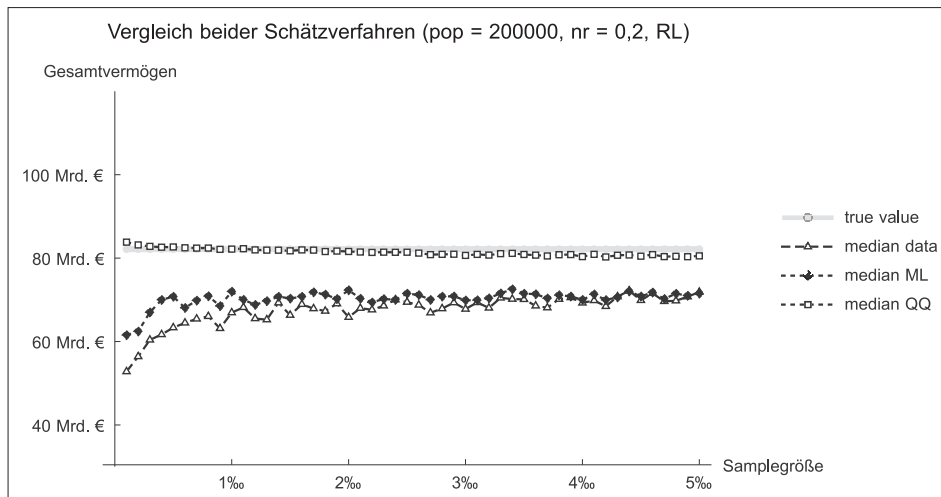
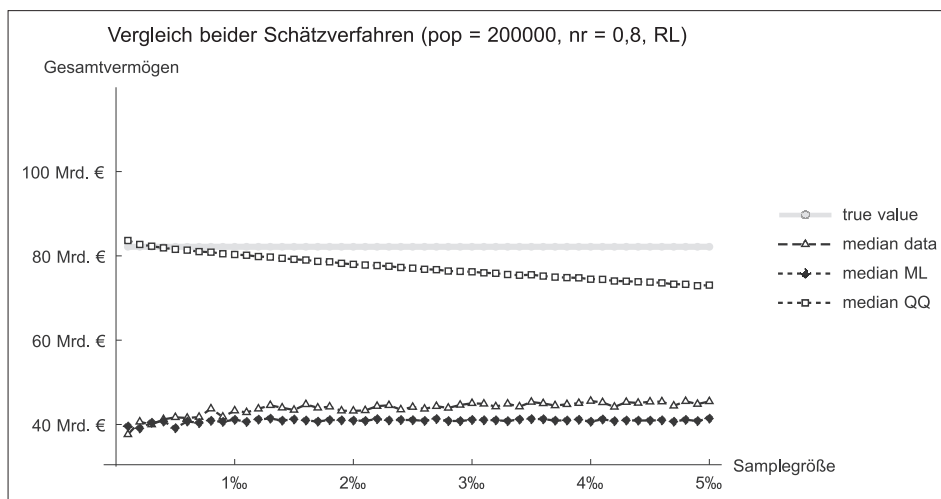


Abbildung 10: Vergleich der Leistungsfähigkeit unterschiedlicher Schätzmethoden anhand von simulierten Stichproben mit starker *non-response* (0,8) und mit Verwendung einer Reichenliste bei einer Population von 200.000



Ergebnisse liefert. Eine Anpassung der Daten der ersten Welle mit Hilfe der hier diskutierten Methode (d. h. QQ-Schätzer unter Einbeziehung einer Reichenliste), liefert sehr ähnliche Ergebnisse wie jene in Eckerstorfer et al. (2013, 2016). Dies verdeutlicht einerseits die Robustheit vergan-

gener Schätzungen, zeigt aber andererseits die Notwendigkeit, die Analyse-methode für Welle II anzupassen. Die einzelnen Arbeitsschritte und Ergebnisse dieser angepassten Methode werden im anschließenden Kapitel dargestellt.

5. Schätzung von privaten Vermögenswerten

Nachdem die Ergebnisse des Verfahrens von Eckerstorfer et al. (2013, 2016) grundsätzlich validiert worden sind und das darin verwendete Schätzverfahren hinsichtlich der Berücksichtigung nicht gleichverteilter Nichtbeantwortungseffekte angepasst wurde, wird dieses im Folgenden auf die Daten der zweiten Welle des HFCS angewendet. Hierzu werden die einzelnen Arbeitsschritte nochmals im Detail beleuchtet.

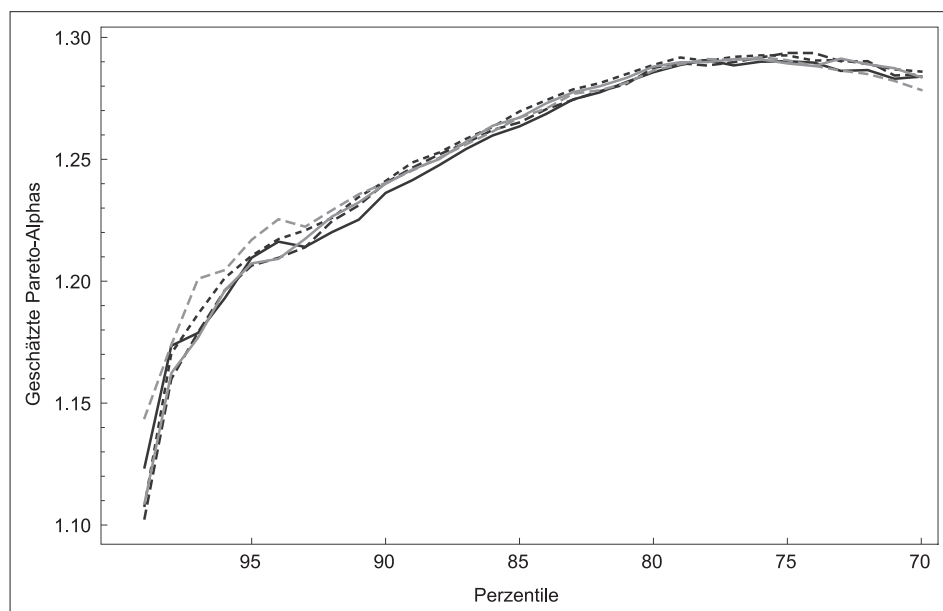
5.1 Erfassung der Vermögensverteilung

Wie in Kapitel 4 gezeigt wurde, ist bei Verwendung des QQ-Schätzers die Hinzuziehung einer Reichenliste anzuraten, da diese die Qualität und Präzision der Ergebnisse nochmals verbessert. Daher werden in einem ersten Schritt Daten der „Trend“-Reichenliste (Bezugsjahr 2014; parallel zur Durchführung der Erhebung) zu den HFCS-Daten hinzugefügt und mit einem Gewicht von 1 versehen (Gewichte drücken im Rahmen des HFCS die Zahl der repräsentierten Haushalte aus). Da die Durchführung der Schätzung unter Hinzuziehung der Gewichte vorgenommen wird, bleibt der spezifische Charakter dieser Datenpunkte auch formal erhalten. An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass in der „Trend“-Reichenliste Familienclans angeführt werden, die vor der Verwendung in einzelne Haushalte gespalten werden. Es ergeben sich dabei sieben zusätzliche Haushalte.²⁶

Im Gegensatz zu Arbeiten, die den Schwellenwert der Pareto-Verteilung von Vermögen schlicht annehmen,²⁷ wird dieser im Zuge der Methode von Eckerstorfer et al. (2013, 2016) auf Basis statistischer Kriterien bestimmt. Dabei werden Vermögenswerte an den ersten 30 Perzentilgrenzen der Vermögensverteilung als mögliche Schwellenwerte für die Pareto-Verteilung in Betracht gezogen. In einem nächsten Schritt werden mit Hilfe des QQ-Schätzers an all diesen Punkten der Formparameter α der Pareto-Verteilung bestimmt.²⁸ Es ergeben sich so über alle fünf Imputationen der Daten für die obersten 30 Perzentile geschätzte Pareto-Verteilungen. Diese geschätzten Verteilungen werden in Folge mittels eines Cramer-Von-Mises-Tests dahingehend geprüft, inwieweit sie mit der Verteilung der vorliegenden Daten übereinstimmen. Dieser beruht im Wesentlichen auf der Idee, den Erwartungswert der quadrierten Differenz zwischen der geschätzten hypothetischen Verteilung und der empirischen Verteilungs-

funktion der Daten zu berechnen. Anhand dieses Tests wird jenes Schätzergebnis bestimmt, das die geringste Abweichung zu den gegebenen Daten aufweist. Da die Null-Hypothese des Cramer-von-Mises-Tests lautet, dass die Daten der Verteilung entsprechen, sind jene Punkte zu wählen, die die niedrigsten Teststatistiken ausweisen. Die Abbildungen 11 und 12 zeigen zum einen die Werte der geschätzten Pareto-Alpha (Steigungsparameter) für alle fünf Imputationen der Daten über die obersten 30 Perzentile, zum anderen die für selbige anhand des Cramer-von-Mises-Tests errechneten Teststatistiken.

Abbildung 11: Pareto-Alpha-Parameter über fünf Imputationen und 30 Perzentile



Die daraus resultierenden Teststatistiken werden mit Hilfe einer Maxi-Min-Analyse²⁹ untersucht, um das geeignetste Perzentil zu ermitteln, ab dem von einer Pareto-Verteilung in den Daten gesprochen werden kann. Die Datenpunkte oberhalb dieses Ansatzpunktes bilden dann die Basis für die Schätzung der Pareto-Verteilung. Als Schätzungsparameter ergeben sich auf Basis dieser Vorgangsweise das 93. Perzentil sowie ein Pareto-Alpha von 1,218. Zum Vergleich, in Eckerstorfer et al. ergaben sich als respektive Werte das 78. Perzentil und 1,277. Die nachstehende Tabelle zeigt die geschätzten Werte für die Pareto-Alphas sowie die Nettovermögen der jeweiligen Ansatzpunkte (Schwellenwert des 93. Perzentils) über alle fünf Imputationen.

Abbildung 12: Cramer-von-Mises-Teststatistiken über fünf Imputationen und 30 Perzentile

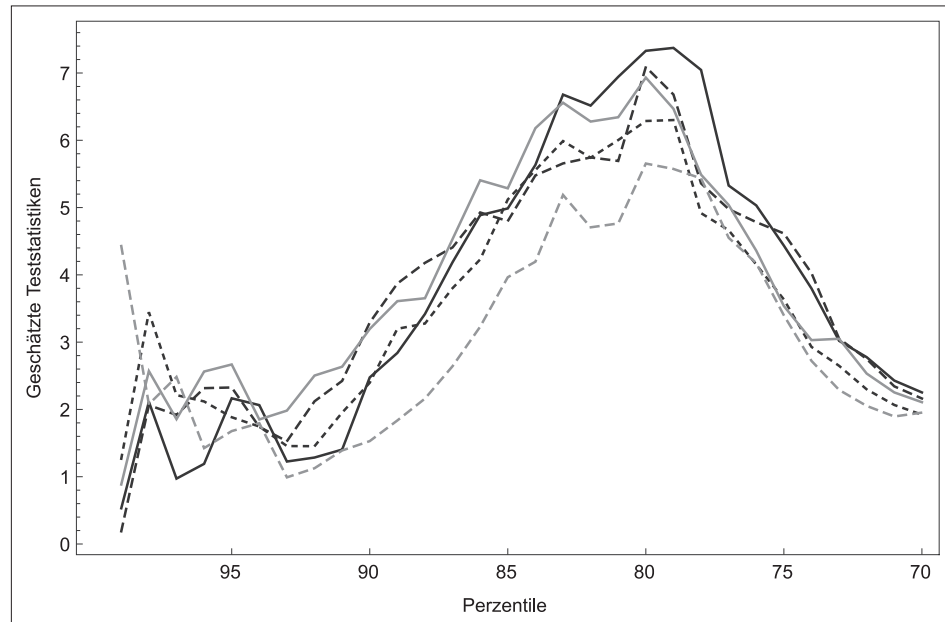


Tabelle 4: Nettovermögen und geschätzte Pareto-Alphas am Schwellenwert des 78. Perzentils

Imputation	Pareto-Alpha	Ansatzpunkt für Pareto-Verteilung
1	1,21408	Nettovermögen von € 620.700
2	1,21393	Nettovermögen von € 617.480
3	1,22088	Nettovermögen von € 630.800
4	1,21740	Nettovermögen von € 617.515
5	1,22237	Nettovermögen von € 642.700
Durchschnitt	1,21773	Nettovermögen von € 625.839

5.2 Datenanpassung

Die Schätzung des nicht erhobenen oberen Verteilungsrandes auf Basis der oben errechneten Parameter erfolgt in folgenden Schritten. Zuerst werden alle Beobachtungen mit einem Nettovermögen größer als 4 Mio. Euro aus dem Datensatz entfernt. Dies entspricht durchschnittlich acht Beobachtungen pro Imputation. Im nächsten Schritt wird die zuvor geschätzte Pareto-Verteilung herangezogen, um die Anzahl der Haushalte (H_i) zu errechnen, die ein Vermögen über 4 Mio. Euro aufweisen. Hierzu wird aus dem HFCS-Datensatz die Anzahl der Haushalte (HH_i) berechnet,

welche zwischen dem jeweiligen Ansatzpunkt (m_i) für die Pareto-Verteilung und der 4-Mio.-Grenze (μ) liegen. Die Zahl der Haushalte mit einem Nettovermögen größer als 4 Mio. Euro (H_i) kann mit Hilfe der Pareto-Verteilung schließlich wie folgt berechnet werden (H_{x_i} steht für den Rang des Haushalts mit Vermögen x_i in der Vermögensverteilung):

$$H_i = HH_i \frac{1 - P_i(\mu)}{P_i(\mu)} \quad (2)$$

Im nächsten Schritt wird die so berechnete Anzahl an Haushalten mit einem Nettovermögen größer als 4 Mio. Euro mit Hilfe der Pareto-Verteilung generiert, wobei die Anzahl der zu generierenden Haushalte von Imputation zu Imputation unterschiedlich ist. Hierbei kann das Vermögen (x_i) eines jeden Haushaltes oberhalb der 4-Mio.-Grenze wie folgt berechnet werden:³⁰

$$x_i = m_i \left(\frac{HH_i + H_i}{H_{x_i}} \right)^{1/\alpha_i} \quad (3)$$

Die generierten Beobachtungen werden in der Folge dem HFCS-Datensatz mit einem Gewicht von 1 hinzugefügt. Jede repräsentiert also exakt einen Haushalt. Zuletzt müssen die – durch die vorgenommene Anpassung nicht mehr 100% kohärenten – Gewichtungen der Original-Haushalte korrigiert werden. Dabei wird die Nettoveränderung innerhalb der jeweiligen Imputation in Relation zur jeweiligen Gesamtbevölkerung gesetzt und zur Korrektur die jeweiligen Gewichte linear abgeschmolzen bzw. aufgewertet. Die generierten Vermögenswerte wurden in diesem Prozess mit 1 Mrd. Euro gedeckelt. Dies liegt einerseits an einer gewissen Präferenz für konservative Berechnungen sowie andererseits an einer gewissen Skepsis dahingehend, dass die vorliegenden statistischen Schätzungen eine solide Grundlage für Aussagen über eine so kleine Gruppe von Haushalten am äußersten Rand der Verteilung bieten.

5.3 Verteilungsstatistik auf Basis angepasster Daten

Basierend auf den, von obigen Simulationen gestützten, Schätzparametern (QQ-Schätzer, mit Gewichten, mit Reichenliste) ergeben sich folgende angepasste Werte für den österreichischen Vermögensbestand (in Tabelle 5 im Vergleich zur Schätzung ohne eine Pareto-Annahme basierend auf Daten des HFCS II und den Resultaten von Eckerstorfer et al. [2016] zum HFCS I).

Wie zu sehen ist, wächst der Stand des Gesamtvermögens um 319 Mrd. Euro, das Durchschnittsvermögen wächst um 83.000 Euro und der Anteil des obersten Prozents steigt von 25% auf 41%. Diese Ergebnisse sind trotz leicht abweichender Berechnungsmethode und unterschiedlicher Datenlage in einer ähnlichen Größenordnung wie die Schätzung mit den

Tabelle 5: Schätzergebnisse

Vermögensschätzung	Originaldaten HFCS II	Pareto-Methode – Daten HFCS II	Eckerstorfer et al. (2016) HFCS I
Durchschnittsvermögen	258k	341k	339k
Gesamtvermögen	998 Mrd.	1.317 Mrd.	1.278 Mrd.
Anteil Top-1%	25%	41%	38%
Anteil Top-5%	43%	56%	59%
Anteil Top-10%	56%	66%	69%
Anteil Top-20%	72%	79%	82%
Anteil unterste 50%	3,2%	2,5%	2,2%
Anzahl MillionärInnen	129k	148k	181k
Anzahl MilliardärInnen	0	35,8	30,6
Feldforschung	06/2014-02/2015		09/2010-05/2011

Daten der ersten Welle des HFCS. In weiterer Folge werden nun die grafischen Darstellungen aus Kapitel 3 auf Basis der angepassten Vermögensdaten repliziert. Tabelle 6 zeigt die angepassten Werte für Gesamt- und Durchschnittsvermögen für die obersten fünf Perzentile. Hier wird deutlich, dass der überwiegende Teil des Zugewinns an Vermögen im obersten Perzentil auftritt. Hier wird der Vermögensbestand mehr als verdoppelt. Dahingegen sind die Auswirkungen auf die Ergebnisse für die restliche Bevölkerung eher gering. Ein Vergleich von Abbildung 13 und Abbildung 2 zeigt hier, dass sich an der Verteilung der Haushalte auf die verschiedenen Vermögensklassen nicht viel ändert, da der überwiegende Teil der Veränderung innerhalb der Klasse der Haushalte mit einem Nettovermögen über € 500.000 auftritt.

Die Lorenzkurve in Abbildung 14 zeigt wiederum eine signifikante Verschärfung der ökonomischen Ungleichheit durch die Anpassung der HFCS-II-Daten.

Tabelle 6: Vermögensverteilung der obersten 5 Perzentile, HFCS-II-Schätzung

Perzentil	Gesamtnettovermögen im Perzentil	Durchschnittsnettovermögen im Perzentil
96	€ 35,2 Mrd.	€ 904.206
97	€ 41,6 Mrd.	€ 1,07 Mio.
98	€ 53,5 Mrd.	€ 1,39 Mio.
99	€ 76,9 Mrd.	€ 2,01 Mio.
100	€ 534 Mrd.	€ 14,05 Mio.

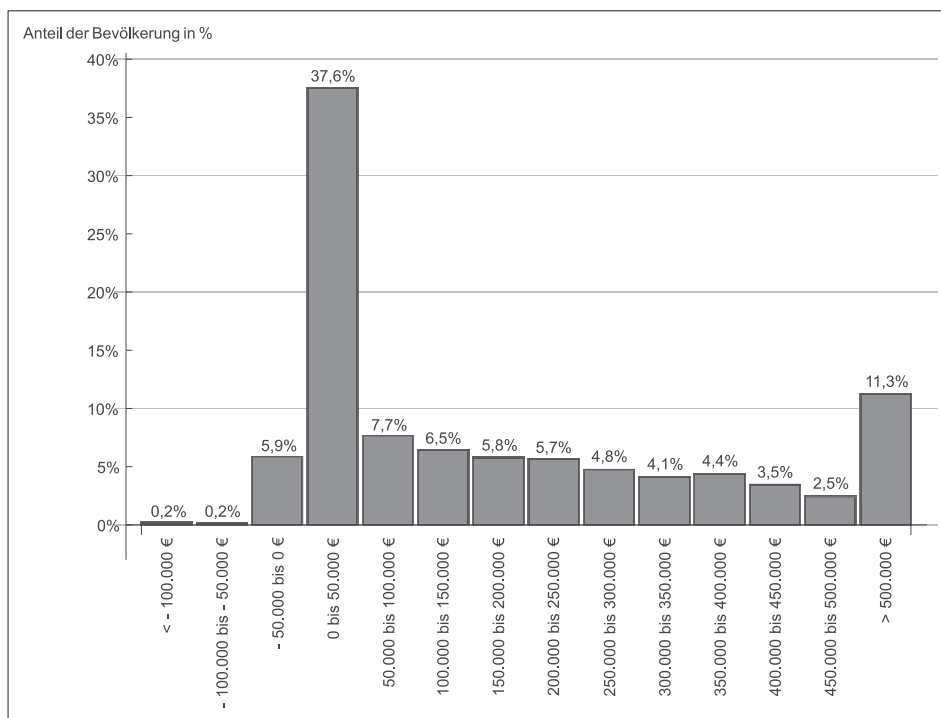
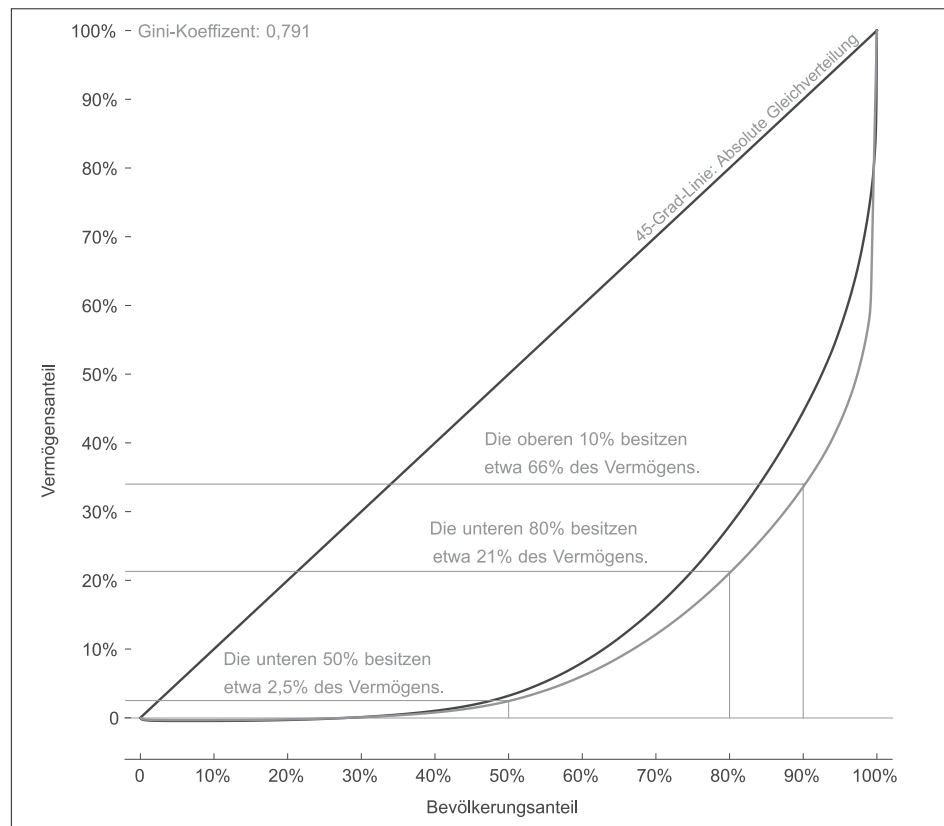
Abbildung 13: Vermögensverteilung in Österreich nach Vermögensklassen (Schätzung)

Abbildung 14: Lorenzkurve der originalen (schwarz) und angepassten (grau) HFCS-Daten im Vergleich



6. Robustheit der Ergebnisse

Aufgrund der signifikanten Unterschiede zwischen den Implikationen der Originaldaten des HFCS und den angepassten Daten soll im Folgenden der Grad der Unsicherheit des Schätzverfahrens genauer besprochen werden, um die Robustheit der erzielten Resultate besser beurteilen zu können. Dabei werden die dem Datensatz beigelegten Replikationsgewichte genutzt, um Varianz und Standardabweichung des geschätzten Pareto-Alphas zu bestimmen.

Vor dem Hintergrund des Umstands, dass die Daten des HFCS in fünf Imputationen vorliegen, die vornehmlich dazu dienen, *Item-non-response*-Probleme zu beheben, ist es für die Berechnung der Varianz einzelner Schätzer notwendig, die im Zuge der Datenerhebung und des damit verbundenen Stratifizierungsverfahrens auftretenden Unsicherheiten zu berücksichtigen.³¹ Zu diesem Zweck ist dem HFCS ein entsprechender Da-

tensatz von 1.000 Replikationsgewichten beigelegt. Vor diesem Hintergrund stehen die in diesem Kapitel angestrebten Berechnungen zur Robustheit. Dabei werden die Replikationsgewichte herangezogen, um die in der Datenerhebung auftretenden Unsicherheiten und damit verbundene Schwankungen in den Ergebnissen zu errechnen. Konkret lassen sich mit Hilfe der genannten Replikationsgewichte 1.000 unterschiedliche Schätzwerte des Alpha-Parameters der Pareto-Verteilung errechnen, die die aus den Unsicherheiten in der Datenerhebung hervorgehenden Schwankungen abbilden. Diese wurden dabei auf zwei Arten ausgewertet: Zum einen wurde die Rangfolge der 1.000 Schätzer verglichen und jener Bereich eingegrenzt, der die mittleren 95% der erhaltenen Schätzwerte repräsentiert (Indikator „Rank“ in Tabelle 7). Zum anderen lässt sich mit Hilfe der Replikationsgewichte die Standardabweichung des geschätzten Pareto-Alpha errechnen. Diese kann dazu verwendet werden, um ein Intervall von zwei Standardabweichungen rund um den Punktschätzer zu definieren (Indikator „Double SD“ in Tabelle 7), wobei hier sowohl die Variation innerhalb der Imputation als auch jene zwischen den Imputationen Berücksichtigung findet.³² In folgender Tabelle sind diese Werte dargestellt; dabei wurden auch die korrespondierenden Schätzungen zum Nettovermögen errechnet.

Tabelle 7: Ergebnisse des Robustheitschecks auf Basis der *Replicate Weights*

	Lower Bound Double SD	Upper Bound Double SD	Point Estimate	Lower Bound Rank	Upper Bound Rank
Pareto- α	1,318	1,117	1,22	1,304	1,106
Nettogesamtvermögen	1.163 Mrd. €	1.562 Mrd. €	1.317 Mrd. €	1.180 Mrd. €	1.597 Mrd. €

In Tabelle 7 zeigt sich nicht nur, dass beide gewählten Indikatoren sehr ähnliche Ergebnisse liefern, sondern auch, dass die unteren Schwellenwerte immer noch um fast 200 Mrd. über dem aus den Originaldaten des HFCS errechneten Wert von 998 Mrd. Euro liegen. Das Ergebnis einer Unterschätzung des Gesamtvermögens in den Originaldaten ist vor diesem Hintergrund als robust einzustufen; darüber weist auch die Symmetrie der errechneten Schwellenwerte auf eine valide Schätzung hin.

7. Resümee

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, die Untererfassung reicher Haushalte in der zweiten Welle des HFCS unter der Annahme einer Pareto-Verteilung für den oberen Rand der Vermögensverteilung zu korrigieren und damit eine realistischere Darstellung der Bestände und Verteilung privater

Vermögen in Österreich zu liefern. Dabei wurden auf Basis von Monte-Carlo-Simulationen verschiedene Varianten der Implementierung dieser Pareto-Methode überprüft. Es hat sich gezeigt, dass bei Vorliegen nicht-gleichverteilter Antwortverweigerungen, die insbesondere die Spitze der Vermögensverteilung betreffen, der QQ-Schätzer in Kombination mit einer Liste der reichsten ÖsterreicherInnen gut geeignet ist, um den oberen Rand der österreichischen Vermögensverteilung statistisch abzubilden. Die Methode von Eckerstorfer et al. (2013, 2016) wurde damit um Überlegungen zu Nichtbeantwortungsproblemen erweitert. Unter der Annahme einer Pareto-Verteilung am oberen Rand der Vermögensverteilung beläuft sich das geschätzte Gesamtvermögen auf 1,317 Mrd. Euro. Wird im Vergleich dazu das Gesamtvermögen der österreichischen Haushalte basierend auf den HFCS-Daten geschätzt, ohne weitere Versuche zu unternehmen, für die Untererfassung der Vermögensspitze zu korrigieren, ergibt sich ein Wert von 998 Mrd. Euro. Der Unterschied entspricht einem Anstieg des Durchschnittsvermögens um 81.000 Euro (von 258.000 Euro auf 339.000 Euro). Der Anteil der reichsten 1% der Haushalte am österreichischen Gesamtvermögen steigt dadurch von 25% auf 41%.

Anmerkungen

¹ Siehe Guttman, Plihon (2010); Stiglitz (2012); Piketty (2014).

² Milanovic (2005, 2016); Atkinson (1995, 2008, 2014).

³ Teilnehmende Länder in Welle I waren: Österreich, Belgien, Zypern, Deutschland, Spanien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Portugal, Slowenien und die Slowakei. Welle II wurde um Daten für Estland, Ungarn, Irland, Lettland und Polen erweitert.

⁴ Der Begriff „*non-observation bias*“ wird im Rest der vorliegenden Studie verwendet um zu verdeutlichen, dass herkömmliche Verfahren zur Schätzung des Haushaltsvermögens „*median-biased*“ sind. Dies bedeutet, dass im Fall einer mehrfachen Wiederholung der Untersuchung der Median der geschätzten Gesamtvermögenswerte unterhalb des wahren Wertes liegt (siehe dazu auch die Monte-Carlo-Simulationen in Kapitel 4).

⁵ Avery et al. (1986); Kennickell (2005); Eckerstorfer et al. (2016) bzw. Kapitel 4 der vorliegenden Arbeit.

⁶ D'Alessio, Faiella (2002); Kennickell (2008); Kennickell, McManus (1993); OeNB (2016a); Osier (2016); Singer (2006).

⁷ Alle teilnehmenden Länder des HFCS, mit Ausnahme von Griechenland, Österreich und Malta, wenden hingegen, in verschieden starkem Ausmaß, *oversampling* an.

⁸ Newman (2005); Gabaix (2016).

⁹ Gibrat (1931); Rigney (2010).

¹⁰ Borgherhoff-Mulder et al. (2009).

¹¹ ECB (2016a).

¹² Als KompetenzträgerIn wird jene Person bezeichnet, die aus Sicht der Haushaltsmitglieder die beste Kenntnis über die Haushaltsfinanzen, also Verbindlichkeiten, Vermögen, Einkommen und Ausgaben des Haushalts, hat. Diese Person beantwortete alle Fragen, die sich auf den gesamten Haushalt beziehen.

- ¹³ Rubin (1987); Little, Rubin (2002).
- ¹⁴ Siehe Endnote 6.
- ¹⁵ Wenn der Anteil reicher Haushalte des obersten Dezils in der Stichprobe etwa 10% ist, so beträgt die *effective oversampling rate* (der Top 10%) 0. Wenn der Anteil der Haushalte des wohlhabendsten Dezils in der Stichprobe 20% entspricht, ist die EOR gleich 100. Sprich, es sind 100% mehr reiche Haushalte in der Stichprobe als wenn alle Haushalte gleich gewichtet wären. Deutschlands *oversampling rates* für Welle I und II lagen beispielsweise bei 117 bzw. 141.
- ¹⁶ Siehe Endnote 6.
- ¹⁷ In Österreich etwa wurde die Vermögenssteuer 1994 abgeschafft.
- ¹⁸ Siehe auch OeNB (2016a).
- ¹⁹ Eckerstorfer et al. (2016); Vermeulen (2016).
- ²⁰ Piketty (2014) 448.
- ²¹ Siehe Endnote 6.
- ²² Kratz, Resnick (1996).
- ²³ Eckerstorfer et al. (2013, 2016).
- ²⁴ Anzumerken ist hier, dass der „ärmste“ Haushalt der dargestellten Reihe am Beginn der Pareto-Verteilung liegt – es handelt sich also nicht um den „ärmsten“ Haushalt der betreffenden Gesellschaft, da die Pareto-Verteilung nur die den oberen Rand der gesamten Verteilung beschreibt (siehe Kapitel 2).
- ²⁵ Kennickell (2010). Osier (2016, S. 13) bestimmt für einige teilnehmende Länder des HFCS die Antwortraten von Haushalten, bei der die Einschätzung des Interviewers berücksichtigt wurde, ob es sich hierbei um besser gestellte oder ärmere Behausungen handelte. Diese hat ergeben, dass in den meisten Ländern die Klassifikation als „bessere gestellte Behausung“ und „besser gestellte“ Nachbarschaft mit einer generellen Abnahme der Antwortraten einhergeht. In demselben Bericht genannte Informationen der Nationalbank Spaniens zeigen eine abnehmende Kooperationsrate spanischer Haushalte mit steigender Vermögensklasse.
- ²⁶ Siehe dazu auch den Online-Appendix von Eckerstorfer et al. (2016).
- ²⁷ Vgl. Bach et al. (2012); Bach, Beznoska (2012).
- ²⁸ Vgl. Clauset et al. (2009).
- ²⁹ Wald (1945).
- ³⁰ Dies folgt aus dem Umstand, dass $1 - P(x_i) = \Pr(X_i > x_i) = \left(\frac{m_i}{x_i}\right)^{\alpha_i} \equiv \frac{H_{x_i}}{HH_i + H_i}$.
- ³¹ ECB (2016a) 61.
- ³² Ebendort.

Literatur

- Atkinson, A., *Incomes and the welfare state* (Cambridge 1995).
- Atkinson, A., *Concentration among the rich* (= Research Paper, UNU-WIDER, United Nations University (UNU), No. 2006/151).
- Atkinson, A., *The changing distribution of earnings in OECD countries* (Oxford 2008).
- Atkinson, A., *Inequality: What Can Be Done?* (Cambridge, MA, 2014).
- Avery, R.; Elliehausen, G.; Kennickell, A., *Measuring Wealth with Survey data: An Evaluation of the 1983 Survey of Consumer Finances*, in: *Review of Income and Wealth* 34/4 (1986) 339-369.
- Bach, S.; Beznoska, M., *Aufkommens- und Verteilungswirkung einer Wiederbelebung der Vermögenssteuer* (= Politikberatung Kompakt 68, DIW, Berlin 2012).
- Bach, S.; Beznoska, M.; Steiner, V., *Aufkommens- und Verteilungswirkung einer Grünen Vermögensabgab* (= Politikberatung Kompakt 59, DIW, Berlin 2012).

- Clauset, A.; Shalizi, C.; Newman, M., Power-Law Distributions in Empirical Data, in: *SIAM Review* 51/4 (2009) 661-703.
- Cowell, F., *Measuring inequality* (Oxford 2009).
- D'Alessio, G.; Faiella, I., Non-response behaviour in the Bank of Italy's Survey of Household Income and Wealth (= No 462, Temi di discussione (Economic working papers), Bank of Italy, Economic Research and International Relations Area, Rom 2002).
- Eckerstorfer, P.; Halak, J.; Kapeller, J.; Schütz, B.; Springholz, F.; Wildauer, R., Correcting for the Missing Rich: An Application to Wealth Survey Data, in: *Review of Income and Wealth* 62/4 (2016) 605-627.
- Eckerstorfer, P.; Halak, J.; Kapeller, J.; Schütz, B.; Wildauer, R., Bestände und Verteilung der Vermögen in Österreich (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 122, Wien 2013).
- European Central Bank, The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey. Methodological Report for the first wave (= Statistics Paper Series No 1/2013, Frankfurt am Main 2013).
- European Central Bank, The Household Finance and Consumption Survey: Methodological report for the second wave (= Statistics Paper Series No 17/2016, Frankfurt am Main 2016).
- Gabaix, X., Power Laws in Economics: An Introduction, in: *Journal of Economic Perspectives* 30/1 (2016) 185-206.
- Gibrat, R., *Les Inégalités économiques, applications* (Paris 1931).
- Guttmann, R.; Plihon, D., Consumer debt and financial fragility, in: *International Review of Applied Economics* 24/3 (2010) 269-283.
- IMF, Causes and Consequences of Income Inequality: A Global Perspective (= IMF Staff Discussion Note, Washington, D. C., 2015).
- Kennickell, A. B., The Good Shepherd: Sample Design and Control for Wealth Measurement in the Survey of Consumer Finances (Luxembourg Wealth Study Conference, Luxemburg 2005).
- Kennickell, A. B., The Role of Over-sampling of the Wealthy in the Survey of Consumer Finances, in: *Irving Fisher Committee Bulletin* 28 (2008) 403-408.
- Kennickell, A. B., Try, Try Again: Response and Nonresponse in the 2009 SCF Panel. Proceedings of the Section on Survey Research Methods (2010).
- Kennickell, A.; McManus, D., Sampling for Household Financial Characteristics Using Frame Information on Past Income (= Paper presented at the 1993 Joint Statistical Meetings, Atlanta 1993).
- Klass, O.; Biham, O.; Levy, M.; Malcai, O.; Solomon, S., The Forbes 400 and the Pareto wealth distribution, in: *Economics Letters* 90/2 (2006) 290-295.
- Kratz, M.; Resnick, S. I., The qq-estimator and heavy tails, in: *Communications in Statistics. Stochastic Models* 12/4 (1996) 699-724.
- Little, R. J. A.; Rubin, D. B., *Statistical Analysis with Missing Data* (Hoboken, N. J., 2002).
- Milanovic, B., *Worlds Apart. Measuring International and Global Inequality* (Princeton 2005).
- Milanovic, B., Income inequality is cyclical, in: *Nature* 537/7621 (2016) 479-482.
- Newman, M., Power Laws, Pareto Distributions and Zipf's law, in: *Contemporary Physics* 46 (2005) 323-351.
- Oesterreichische Nationalbank, Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2014: Erste Ergebnisse für Österreich (zweite Welle) (Wien 2016a); online: https://www.hfcs.at/dam/jcr:f1c6641e-f691-426b-a690-1da5cbf0203d/HFCS%20Erste%20Ergebnisse%20Juni_16-screen.pdf (zuletzt eingesehen am 28.10.2017).
- Oesterreichische Nationalbank, Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2014: Methodische Grundlagen für Österreich (zweite Welle) (Wien 2016b);

- online: https://www.hfcs.at/dam/jcr:13f31fd0-af99-4dce-980d-7fbd1f24ac80/HFCS_Methodische%20Grundlagen_2016.pdf (zuletzt eingesehen am 28.10.2017).
- Osier, G., Unit non-response in household wealth surveys. Experience from the Eurosystem's Household Finance and Consumption Survey (= European Central Bank Statistics Paper Series No 15/2016, Frankfurt am Main 2016).
- Piketty, T., Capital in the twenty-first century (Cambridge, MA, 2014).
- Rigney, D., The Matthew effect (New York 2010).
- Rubin, D., Multiple imputation for nonresponse in surveys (Hoboken, N. J., 1987).
- Stiglitz, J., The Price of Inequality: How Today's Divided Society Endangers Our Future (New York 2012).
- Vermeulen, P., How fat is the top tail of the wealth distribution? (= ECB Working Paper Series 1692, Frankfurt am Main 2014).
- Vermeulen, P., Estimating the Top Tail of the Wealth Distribution, in: American Economic Review 106/5 (2016) 646-650.
- Wald, A., Statistical Decision Functions Which Minimize the Maximum Risk, in: Annals of Mathematics 46 (1945) 265-280).

Zusammenfassung

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, die Untererfassung reicher Haushalte in der zweiten Welle des HFCS unter der Annahme einer Pareto-Verteilung für den oberen Rand der Vermögensverteilung zu korrigieren und damit eine realistischere Darstellung der Bestände und Verteilung privater Vermögen in Österreich zu liefern. Dabei wurden auf Basis von Monte-Carlo-Simulationen verschiedene Varianten der Implementierung dieser Pareto-Methode überprüft. Es hat sich gezeigt, dass bei Vorliegen nicht-gleichverteilter Antwortverweigerungen, die insbesondere die Spitze der Vermögensverteilung betreffen, der QQ-Schätzer in Kombination mit einer Liste der reichsten ÖsterreicherInnen gut geeignet ist, um den oberen Rand der österreichischen Vermögensverteilung statistisch abzubilden. Die Methode von Eckerstorfer et al. (2013, 2016) wurde damit um Überlegungen zu Nichtbeantwortungsproblemen erweitert. Unter der Annahme einer Pareto-Verteilung am oberen Rand der Vermögensverteilung beläuft sich das geschätzte Gesamtvermögen auf 1,317 Mrd. Euro. Wird im Vergleich dazu das Gesamtvermögen der österreichischen Haushalte basierend auf den HFCS-Daten geschätzt, ohne weitere Versuche zu unternehmen, für die Untererfassung der Vermögensspitze zu korrigieren, ergibt sich ein Wert von 998 Mrd. Euro. Der Unterschied entspricht einem Anstieg des Durchschnittsvermögens um 81.000 Euro (von 258.000 Euro auf 339.000 Euro). Der Anteil der reichsten 1% der Haushalte am österreichischen Gesamtvermögen steigt dadurch von 25% auf 41%.

Abstract

This report provides an estimation of the Austrian wealth distribution based on the second wave of the Household Finance Consumption Survey (HFCS). The HFCS, conducted by the European System of Central Banks, is the best data source for empirical research on private wealth across Europe and is therefore of great importance for studying issues of distribution and wealth. This article particularly focuses on the top of the wealth distribution and introduces an estimation process for the consideration of differential non-response. While the HFCS data is an indispensable source for inequality research, it still faces the common problems of survey data on private wealth, namely the lacking coverage of the richest households. This leads to a systematic underestimation of total wealth and wealth inequality. In this paper, we aim to adjust for the undercoverage at the top of the distribution

based on the assumption that the top of the wealth distribution follows a power-law. We extend this approach by also considering the role of non-response bias, as there is some evidence that this aspect has become more important in the second wave of the HFCS in Austria. To account for this problem, we initially test different estimation methods by the use of Monte-Carlo simulations. Subsequently, we adjust the data accordingly to estimate the amount of wealth held by the top of the distribution. Our results show that total wealth and wealth inequality are underestimated in the HFCS raw data. Using the adjusted data, total wealth rises from 998 bn. to 1,317 bn. euro, average wealth rises 83,000 euro, and the top one percent's share of total wealth jumps from 25 to 41 percent. These results are qualitatively in line with previous research of Eckerstorfer et al. (2013) on the first wave of the HFCS.

OGB VERLAG

www.oegbverlag.



Der Wandel des industriepolitischen Leitbilds der Arbeiterbewegung

Michael Mesch (Hrsg.), Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien und Geschäftsführender Redakteur der Quartalszeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“.

Romana Brait (Hrsg.), Mitarbeiterin der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien.

Mit Beiträgen von

Kurt Bayer, Oskar Grünwald, Ferdinand Lacina, Roland Lang, Miron Passweg, Andreas Resch.

Die Ökonomie der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit Band 3

136 Seiten / ÖGB-Verlag / 2017

ISBN 978-3-99046-307-9 / EUR 19,90

Die Beiträge des Bandes befassen sich mit der langfristigen Entwicklung der Sachgüterproduktion, der Praxis der nationalen Industriepolitik und dem Wandel des industriepolitischen Leitbilds der Arbeiterbewegung von den 1950er-Jahren bis in die Gegenwart. Mit welchen unterschiedlichen Argumenten wurde Industriepolitik im Laufe der Zeit begründet (bzw. abgelehnt)? Im Mittelpunkt stehen also wesentliche Aspekte der politischen Ökonomie der Zweiten Republik. In erster Linie über die einschlägigen Studien des „Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen“ wirkten die Sozialpartner an der Konzeption der Industriepolitik mit. ÖkonomInnen der Arbeiterbewegung waren in ganz verschiedenen Funktionen am Entwurf, der konkreten Ausgestaltung und der Umsetzung von Industriepolitik beteiligt: in Forschungseinrichtungen wie der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien, in Gremien der Sozialpartnerschaft, in Ministerien, in Steuerungseinrichtungen der verstaatlichten Industrie wie der ÖIAG, in Vorständen und Aufsichtsräten verstaatlichter Unternehmen und auf Regierungsposten. Die Brücke zur Gegenwart schlagen Beiträge, die sich mit neuen Entwicklungen in Bezug auf Industrie-, Forschungs- und Innovationspolitik befassen. Unter dem Schlagwort „Industrie 4.0“ wird heute wieder sehr intensiv über die Zukunft der Industrie diskutiert. Findet also in der EU eine Renaissance der Industriepolitik statt?

BESTELLUNG IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21



WEITERE HAUPTARTIKEL

**Überqualifikation und Verdrängung
am österreichischen Arbeitsmarkt
im Zeitverlauf**

Stefan Vogtenhuber, David Baumegger, Lorenz Lassnigg

1. Einleitung

In der vorliegenden Studie wird das Zusammenspiel von Qualifikation und Beschäftigung am österreichischen Arbeitsmarkt im Zeitverlauf untersucht. Grundlage für die Analysen bietet eine Zeitreihe der Arbeitskräfteerhebung des Mikrozensus, die von 1994 bis 2015 reicht. Auf Basis dieser Daten werden Veränderungen in der Bildungsstruktur und in der Berufsstruktur nach Bildungsabschlüssen dargestellt und wird das Ausmaß der Passung zwischen den beiden Marktseiten des Arbeitsangebotes und der Nachfrage untersucht.

Ziel der Studie ist es, auf Basis von Trendanalysen zu überprüfen, ob Verdrängungsphänomene am Arbeitsmarkt beobachtbar sind. Angebotsseitig ist der Beobachtungszeitraum 1994 bis 2015 von einer Bildungsexpansion und der damit einhergehenden Höherqualifizierung der Bevölkerung geprägt, die sich insbesondere in den jüngeren Kohorten als Trend hin zur Hochschulbildung manifestiert hat. Geht die steigende Zahl an formal hoch qualifizierten Arbeitskräften nicht mit einer entsprechend gestiegenen Nachfrage nach höheren beruflichen Positionen einher, so müssen die AbsolventInnen beim Arbeitsmarkteintritt auf niedrigere bzw. mittlere berufliche Positionen ausweichen. Hier werden dann Verdrängungseffekte vermutet, die Arbeitskräfte mit geringen bzw. mittleren Qualifikationen betreffen.

Wenn zunehmend hoch Qualifizierte auf andere berufliche Qualifikationssegmente ausweichen, dann verschärft sich die Arbeitsmarktsituation in jenen Bereichen, die von unterdurchschnittlichem Beschäftigungswachstum bzw. rückläufigen Anteilen in der Berufsstruktur geprägt sind. Auch wenn umstritten ist, ob die Hypothese der Polarisierung auf den ös-

terreichischen Arbeitsmarkt zutrifft,¹ so ist klar, dass in einigen Berufsfeldern des mittleren beruflichen Qualifikationssegments die Entwicklung der Nachfrage unterdurchschnittlich ist.² Wie in dieser Studie gezeigt wird, hat trotz der insgesamt stark gestiegenen Zahl an Erwerbstätigen die Zahl der in den Handwerks- und verwandten Berufen Tätigen zwischen 1994 und 2015 stagniert und ist die Zahl an Anlagen- und Maschinenbedienungskräften sowie in Montageberufen gesunken.

In Kapitel 2 folgt nun eine theoretische Rahmung und Beschreibung der Ansätze, wie Verdrängungsmechanismen am Arbeitsmarkt analytisch gefasst werden können. In Kapitel 3 werden die Datengrundlage sowie die verwendeten Methoden beschrieben. Hierbei wird auch kurz auf die Bereinigung der Zeitreihenbrüche eingegangen, die nötig war, um einen möglichst konsistenten Vergleich zwischen 1994 und 2015 zu ermöglichen. Im Ergebniskapitel 4 werden zunächst bildungsspezifische Erwerbs- und Arbeitslosigkeitsquoten berichtet (4.1). Darauf folgen Analysen zu den Veränderungen im Qualifikationsangebot (4.2) und in der Berufsstruktur sowie zu Verschiebungen in der Bildungsstruktur innerhalb von Berufsgruppen (4.3). Die Veränderungen im Zusammenspiel zwischen den beiden Marktseiten im Zeitverlauf auf Basis des Indikators der formalen Überqualifikation werden in Kapitel 4.4 untersucht. Daran anschließend werden die monetären Bildungserträge für die wichtigsten Bildungsebenen in der längeren Zeitreihe 1981 bis 2015 sowie darüber hinaus ein Zehnjahresvergleich der Bildungserträge nach Bildungsebenen und Fachrichtungen präsentiert (4.5). Kapitel 5 beschließt die Analysen und fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen.

2. Theoretische Ansätze und empirische Befunde

2.1 Verdrängung gering Qualifizierter und *Mismatch*

Das *Matching*-Modell³ kann zur Erklärung der vergleichsweise schwierigen Arbeitsmarktsituation von Arbeitskräften mit geringer oder auch mittlerer Qualifikation, die von einer Verdrängung durch die steigende Zahl höher qualifizierter Arbeitskräfte betroffen sind, herangezogen werden. Strukturelle Verdrängungseffekte entstehen bei einem dauerhaften Überangebot an hoch qualifizierten Arbeitskräften. Zyklische Verdrängungsprozesse erfolgen dagegen in wirtschaftlich schwierigen Phasen. In Zeiten geringer Nachfrage sind primär die gering Qualifizierten mit Kündigungen, Arbeitslosigkeit und erhöhten Schwierigkeiten bei der Arbeitsuche konfrontiert. Am stärksten betroffen sind Personen ohne berufliche Qualifikationen oder tätigkeitsspezifische Kompetenzen. In Deutschland ist eher zyklische als strukturelle Verdrängung für die sich erhöhende Kluft in den

Arbeitslosenquoten zwischen gering und höher Qualifizierten verantwortlich.⁴

Aufgrund von Veränderungen in der Berufsstruktur und von Verdrängungsprozessen auf Kosten gering Qualifizierter finden sich vermehrt höher und hoch qualifizierte Personen, laut Literatur insbesondere jene mit hochschulischen Abschlüssen, in Berufen mit niedrigeren Anforderungen. Entsprechend der *Job-competition*-Theorie entsteht eine solche überqualifizierte Beschäftigung deshalb, weil Arbeitgeber nach Verfügbarkeit tendenziell höher qualifizierte BewerberInnen bevorzugen.⁵ Aus Sicht der Arbeitsuchenden postuliert die *Career-mobility*-Theorie,⁶ dass sie Arbeitsplätze mit niedrigeren Anforderungen, für die sie formal überqualifiziert sind akzeptieren, weil sie darin ein Sprungbrett zu einer höher qualifizierten bzw. adäquaten Beschäftigung sehen. Es ist allerdings in der Literatur umstritten, ob es sich dabei tatsächlich um ein Sprungbrett handelt und die Überqualifikation ein temporäres Phänomen darstellt oder ob die überqualifizierte Beschäftigten in diesen Positionen „gefangen“ sind und diese Situation somit zum dauerhaften Zustand wird. Das ist u. a. von der institutionellen Verfasstheit nationaler, regionaler und sektoraler Arbeitsmarktsegmente sowie von der wirtschaftlichen Situation beim Arbeitsmarkteinstieg abhängig.⁷

Im Unterschied zur Humankapitaltheorie und zu ihren Derivaten (z. B. *Signaling* und *Screening*) fasst die *Job-competition*-Theorie Bildung als positionales Gut auf, das keinen absoluten Wert am Arbeitsmarkt besitzt, sondern einen relativen Wert in Abhängigkeit vom Bildungsstand anderer Arbeitskräfte bzw. BewerberInnen hat. In der letzten Zeit hat eine Reihe von soziologischen Arbeiten das Konzept der Bildung als positionales Gut im Sinne von Hirsch (1976) wieder aufgenommen und interessante Ergebnisse in Bezug auf die Ungleichheit im Bildungserwerb und den Wert von Bildung am Arbeitsmarkt hervorgebracht. In einer vergleichenden Studie zeigen Di Stasio et al. (2016), dass in Ländern mit starker beruflicher Bildung in Verbindung mit beruflich regulierten Arbeitsmärkten (wie in Österreich, das in der Studie allerdings nicht dabei ist) Bildung weniger positionalen Charakter hat als in anderen Ländern. Damit ist auch das Ausmaß an Überqualifikation in diesen Ländern geringer, denn es lohnt sich weniger, über eine zusätzliche, über den beruflichen Abschluss hinausgehende Bildung zu investieren, um seine Chancen am Arbeitsmarkt zu verbessern.

Für Österreich gibt es in Bezug auf qualifikatorischen *Mismatch* und *Skill-Mismatch* eine Reihe von Befunden, die das Ausmaß im Querschnitt zu bestimmten, meist rezenten Zeitpunkten untersuchten und dies häufig explizit im Hinblick auf die Überqualifikation von MigrantInnen taten.⁸ Jedoch gibt es keine Analysen zur Entwicklung im Zeitverlauf. Dieser Forschungslücke soll in der gegenständlichen Studie durch eine Analyse des qualifikatorischen *Mismatch* im Zeitverlauf Rechnung getragen werden.

2.2 Entwicklung der Bildungserträge im Zeitverlauf

Monetäre Bildungserträge („Bildungsrenditen“) können zur Einschätzung von Entwertungs- und Verdrängungsprozessen am Arbeitsmarkt herangezogen werden. Steht der Nachfrage nach Arbeitskräften eines bestimmten Qualifikationssegmentes ein dauerhaftes Überangebot gegenüber, dann müsste sich der neoklassischen Humankapitaltheorie zufolge der Preis der Arbeitskraft in diesem Segment – also ihr Lohn – verringern. Andererseits müsste eine Knappheit des Arbeitskräfteangebots zu Lohnsteigerungen führen. In Österreich wurde in den 1980ern ein Rückgang der Bildungserträge beobachtet, der insbesondere in den höheren Bildungsebenen und bei den Frauen, bei denen die Bildungsexpansion stärker war, relativ stark ausgefallen ist.⁹ Seit den 1990er-Jahren sind die Bildungserträge allerdings nicht mehr weiter gesunken, sondern haben sich in allen Bildungsebenen, jeweils relativ im Vergleich zu Arbeitskräften mit Pflichtschulbildung als Referenzkategorie, stabilisiert.¹⁰

Auf der aggregierten Ebene der Bildungsstufen (Pflichtschule, Lehre, BMS, AHS/BHS, UNI/FH) deuten diese Befunde darauf hin, dass der österreichische Arbeitsmarkt in den 1990ern und 2000ern das durch die weitere Bildungsexpansion zusätzlich entstandene Angebot an qualifizierten Arbeitskräften gut aufgenommen hat. Allerdings gibt es deutliche Unterschiede innerhalb der Bildungsebenen nach Fachrichtungen.¹¹ Diese Ergebnisse zeigen beispielsweise, dass LehrabsolventInnen in bestimmten Fachrichtungen im Durchschnitt keine höheren Einkommen erzielen als Personen mit Pflichtschulbildung; auch in den höheren Bildungsebenen sind die Erträge nach Fachrichtung und Geschlecht unterschiedlich, was auch ein Hinweis auf Verdrängungseffekte bzw. *Mismatch*-Beschäftigung sein kann. Diese Ergebnisse sind bisher allerdings nicht im Zeitverlauf verfügbar, und auch für die Bildungsrendite nach Fachrichtungen der absolvierten Ausbildung stehen rezente Analysen aus. Auch diese Lücke soll durch die vorliegende Arbeit geschlossen werden.

3. Untersuchungsmethode und Datenbasis

Im folgenden Abschnitt wird dargestellt, mit welcher Untersuchungsmethode und mit welchen Daten die Entwicklung von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt für den Zeitraum 1994 bis 2015 anhand österreichspezifischer Charakteristika untersucht wird. Die primäre Datengrundlage für diese Studie bildet die Arbeitskräfteerhebung (AKE) der Jahre 1994 bis 2015, die von Statistik Austria im Rahmen des Mikrozensus durchgeführt wird. Auf dieser Grundlage kann, durch langfristige Informationen über Lohnentwicklungen als auch Informationen zum Bildungsabschluss und

zum Beruf sowie zu den Wirtschaftsbereichen, die Entwicklung des Angebots und der Nachfrage am Arbeitsmarkt untersucht werden.

Im Zeitraum 1994 bis 2015 gibt es mindestens zwei Zeitreihenbrüche in den Daten der Arbeitskräfteerhebung, die für die vorliegende Untersuchung relevant und deshalb zu berücksichtigen sind. Der erste Bruch zwischen 2003 und 2004 ist einer Umstellung in der Durchführung der Erhebung geschuldet, der zweite betrifft die Berufsklassifikation, die im Jahr 2011 von ISCO-88 auf ISCO-08 umgestellt wurde. Methodisch wurden die Zeitreihenbrüche anhand eines segmentierten linearen Regressionsansatzes bereinigt.¹²

Die Auswertungen beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf die Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen, wobei sowohl Lehrlinge als auch jene von den Analysen ausgeschlossen werden, die sich nach dem Lebensunterhaltskonzept als SchülerInnen bzw. Studierende bezeichnen. Wohl sind aber jene Erwerbspersonen in den Analysen inkludiert, die sich in einer formalen Bildung befinden, ihren Lebensunterhalt aber aus eigener Erwerbstätigkeit bestreiten bzw. im Falle von Arbeitslosigkeit bestritten haben. Die Bevölkerung wird nach dem *Labour-Force*-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingeteilt in Erwerbstätige und Arbeitslose, die zusammen die Erwerbspersonen ergeben sowie in Nichterwerbspersonen, die entweder nicht willens oder fähig sind, am Arbeitsmarkt aktiv zu sein (Inaktive). Da SchülerInnen und Studierende aus den Analysen ausgeschlossen sind, sofern sie ihren Unterhalt nicht aus eigener Erwerbstätigkeit bestreiten, zählen zu den Nichterwerbspersonen Personen im Ruhestand, im Haushalt oder in der Pflege Angehöriger Tätige, Zivil- und Präsenzdiener sowie Arbeitsunfähige und die sogenannte stille Reserve, die zwar grundsätzlich am Erwerbsleben teilnehmen möchte, jedoch ihre Arbeitskraft unter den gegebenen Bedingungen aus verschiedenen Gründen nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellt, z. B. wegen zu geringer Bezahlung oder mangelnden Erwerbsaussichten.

3.1 Schätzung der monetären Bildungserträge

Die Untersuchung knüpft an die bisher für Österreich vorliegenden Analysen zu den Bildungserträgen an und erweitert die vorhandene Zeitreihe (1981 bis 2005) um die Jahre 2009 bis 2015. Fersterer (2000) hat die Analysen für die Jahre 1981 bis 1999 vorgelegt, Steiner et al. (2007) haben die Bildungserträge von 1999 bis 2005 geschätzt.

Um möglichst konsistente Ergebnisse erzielen zu können, wurde die Methodik von Fersterer (2000), die auf der Mincer'schen Lohnfunktion basiert, soweit wie möglich repliziert. Dabei wird die abhängige Variable (logarithmierter Nettostundenlohn) durch Unterschiede im formalen Bildungsabschluss und in der Arbeitsmarkterfahrung erklärt. Es werden

unselbstständig Erwerbstätige mit einer Wochenarbeitszeit zwischen 15 und 80 Stunden berücksichtigt, deren Monatseinkommen über der Geringfügigkeitsgrenze liegt und die mehr als vier Euro Stundenlohn bezogen. Personen in Ausbildung (Lehrlinge, Studenten) wurden bei den Berechnungen nicht berücksichtigt.

Bei der Interpretation der geschätzten Bildungserträge im Zeitverlauf sind Datenumstellungen in der Messung zentraler Variablen (Bildung, Einkommen, Arbeitszeit) zu berücksichtigen. Bis 1999 wurde das Einkommen direkt im Mikrozensus erhoben. Seit 2009 wird das monatliche Nettoeinkommen der Haupttätigkeit für jeden unselbstständigen Erwerbstätigen durch eine Verknüpfung von Mikrozensus und Lohnsteuerdaten generiert.¹³ Als Haupttätigkeit wird dabei die Tätigkeit mit dem höchsten Monatseinkommen definiert.¹⁴ Diese Fokussierung auf die Haupttätigkeit könnte u. U. zu einer Verzerrung des berechneten Stundenlohns führen, da in der Frage nach der wöchentlichen Arbeitszeit nicht zwischen Haupt- und Nebentätigkeiten unterschieden wird. Einen Einfluss auf die Schätzung der Bildungserträge hat diese Unterschätzung des Stundenlohns von Personen mit Einkommen aus mehreren Beschäftigungsverhältnissen nur dann, wenn sich Mehrfachstätigkeiten systematisch nach Bildungsebenen unterscheiden.

4. Ergebnisse

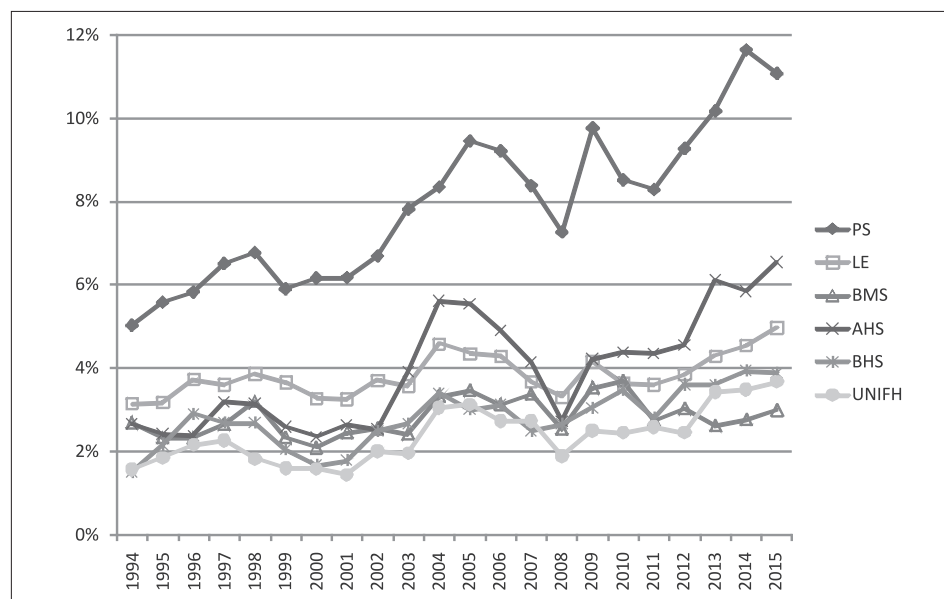
4.1 Bildungsspezifische Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit

Betrachtet man die Entwicklung der Erwerbsquoten der Bevölkerung im Haupterwerbsalter im Beobachtungszeitraum, so zeigt sich ein relativ konstanter Verlauf in allen Bildungsebenen.¹⁵ Aufgrund dieser konstanten Entwicklung bleiben die Abstände zwischen den Bildungsebenen relativ stabil. Allenfalls lässt sich eine leichte Annäherung in den Erwerbsquoten von Personen mit weiterführenden Bildungsabschlüssen erkennen, die sich im Jahr 2015 im Bereich zwischen 80% und 90% bewegen. Rund 80% der Bevölkerung mit Lehrabschlüssen sowie der BMS- und AHS-AbsolventInnen waren am Ende der Beobachtungsperiode am Arbeitsmarkt aktiv. Die Erwerbsquote von BHS-AbsolventInnen hat sich im Zeitverlauf leicht erhöht und jener von HochschulabsolventInnen angeglichen (90%). Personen mit maximal Pflichtschulbildung weisen konstant eine deutlich niedrigere Erwerbsquote von rund 60% auf.

Innerhalb der aktiven Bevölkerungsgruppen kam es im Zeitverlauf je nach Bildungsebene zu einer unterschiedlichen Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Die Gruppe mit der geringsten Arbeitsmarktintegration – jene mit maximal Pflichtschulbildung – hat das höchste Arbeitslosigkeitsniveau im

Vergleich der Bildungsebenen, das sich im Beobachtungszeitraum von 5% auf rund 11% mehr als verdoppelt hat (Abbildung 1). Auch unter den Erwerbspersonen mit weiterführenden Bildungsabschlüssen hat sich die Arbeitslosigkeit erhöht, jedoch auf niedrigerem Niveau und mit Unterschieden. Deutlich verschlechtert hat sich die Situation für AHS-AbsolventInnen: Die Arbeitslosenquote stieg von 2,7% im Jahr 1994 auf 6,5% im Jahr 2015, nach der Pflichtschulkategorie der zweithöchste Wert. Die Gruppe der Lehr- sowie insbesondere die Gruppe der BMS-AbsolventInnen verzeichneten einen deutlich geringeren Anstieg der Arbeitslosigkeit, während sie sich in den Gruppen mit BHS- bzw. Hochschulabschluss mehr als verdoppelt hat. Die sehr niedrigen Ausgangswerte des Jahres 1994 (1,5% BHS bzw. 1,6% UNIFH) liegen nunmehr über jener der BMS-Kategorie (3,9% BHS bzw. 3,7% UNI/FH).

Abbildung 1: Entwicklung der Arbeitslosenquoten nach Bildungsebene 1994 bis 2015 (25- bis 64-Jährige)



Quelle: Mikrozensus AKE 1994-2015, eigene Berechnungen.

Deuten diese Ergebnisse nicht auf eine Verdrängung von Personen mit mittleren beruflichen Qualifizierungen (Lehre, BMS) hin, so zeigen die Arbeitslosenquoten nach dem Alter, dass insbesondere jüngere Erwerbspersonen von steigender Arbeitslosigkeit betroffen sind. Hier ist im Zeitverlauf eine gegenläufige Entwicklung beobachtbar: Lagen zu Beginn der Periode die Arbeitslosenquoten der 50- bis 64-jährigen Frauen und Männer über jenen der Jüngeren (25 bis 34 Jahre), so ist es am Ende der Peri-

ode umgekehrt.¹⁶ Auch wenn die Umkehr rund um den Mikrozensus-Strukturbruch des Jahres 2004 auftritt und die Entwicklung damit mit Vorsicht zu interpretieren ist, so deutet der mehrjährige Verlauf dennoch auf eine disproportionale Anspannung der Arbeitsmarktsituation in den jüngeren Kohorten hin, was auch im Einklang mit der Literatur steht, wonach junge Erwachsene von Anspannungen am Arbeitsmarkt in besonderem Maße betroffen sind.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit unter jungen Erwerbspersonen (25 bis 34 Jahre) nach Bildungsebene zeigt eine ähnliche Entwicklung wie jene aller Erwerbspersonen, wenngleich auf einem teilweise deutlich höheren Niveau.¹⁷ Die Beschäftigungschancen der Jungen mit maximal Pflichtschulbildung haben sich im Zeitverlauf sehr stark verschlechtert. Betrug die Arbeitslosenquote zu Beginn der Periode rund 5,5%, so stieg sie bis 2015 auf 19,1% und damit auf das Vielfache an. Dieser drastische Anstieg der Arbeitslosigkeit ist auch auf Selektionseffekte zurückzuführen, denn die Gruppe der jungen Erwerbstätigen ohne weiterführende Bildung ist im Zeitverlauf stark gesunken. Doch obwohl sich die Zahl der Jungen mit nur Pflichtschulbildung im Zeitverlauf mehr als halbiert hat (von 211.700 auf 80.900), ist die absolute Zahl der Arbeitslosen in dieser Gruppe gewachsen (von 11.600 auf 15.500).

Die Arbeitslosenquoten der jungen Erwerbspersonen in weiterführenden Bildungsebenen bewegen sich mit leicht steigender Tendenz auf deutlich niedrigerem Niveau, wobei die Streuung im Zeitverlauf zugenommen hat. Lag am Beginn der Periode die Arbeitslosigkeit zwischen weniger als 2% (BHS) und 3% (Lehre), so lag sie am Ende der Periode zwischen rund 4% (BMS, BHS und UNIFH) und knapp 8% (AHS). Die ungünstige Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Gruppe der AHS-AbsolventInnen legt nahe, dass Personen ohne berufsbildenden Abschluss mit zunehmenden Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt konfrontiert sind, auch wenn sie über eine höhere Allgemeinbildung verfügen. Neben der fehlenden formalen beruflichen Spezialisierung haben AHS-AbsolventInnen und Erwerbspersonen mit Pflichtschulbildung gemeinsam, dass ihre Zahl im Zeitverlauf schrumpft: Im Falle von Erwerbspersonen mit AHS-Abschluss waren es Mitte der 1990er-Jahre zwischen 70.000 und 80.000 und am Ende des Beobachtungszeitraumes zwischen 50.000 und 60.000.

4.2 Entwicklung des Arbeitskräfteangebots nach Bildung

Im Beobachtungszeitraum zeichnet sich die Veränderung der Bildungsstruktur in der Bevölkerung im Haupterwerbsalter (25 bis 64 Jahre) durch eine Höherqualifizierung aus. Der Anteil der Personen mit maximal Pflichtschulbildung hat sich von 32% auf knapp 15% mehr als halbiert, jener mit hochschulischen Abschlüssen ist im gleichen Zeitraum von knapp 9,5%

auf rund 17% angestiegen (Tabelle 1). Die Anteile an Personen mit Abschlüssen des oberen Sekundarbereiches (Lehre, BMS, AHS und BHS) haben sich, im Vergleich zum Anstieg im Tertiärbereich, nur leicht erhöht: Während die Gruppen mit BMS (+0,2 Prozentpunkte) und AHS-Abschluss (+1,8 Prozentpunkte) anteilmäßig kaum gewachsen sind, war der Zuwachs des Anteils von Lehr- (+4,2 Prozentpunkte) und BHS-Abschlüssen (+3,8 Prozentpunkte) etwas stärker. Insgesamt ist die Bildungsexpansion in der Bevölkerung von einer starken Ausweitung tertiärer Bildungsabschlüsse gekennzeichnet.

Betrachtet man die erwerbstätige Bevölkerung, so bleibt die Tendenz erhalten, jedoch weist in dieser schon fast ein Fünftel eine hochschulische Qualifikation auf, während nur noch 10% der Erwerbstätigen maximal Pflichtschulbildung haben. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind HochschulabsolventInnen unter den Erwerbstätigen überrepräsentiert und Personen mit Pflichtschulbildung unterrepräsentiert. Mit Ausnahme von BHS-Abschlüssen entsprechen die Anteile der Personen mit mittleren Qualifikationen an allen Erwerbstätigen relativ genau ihren Anteilen in der Bevölkerung. BHS-AbsolventInnen sind am Ende der Beobachtungsperiode hingegen in ähnlichem Ausmaß überrepräsentiert wie HochschulabsolventInnen (jeweils Faktor 1,15), wobei das Ausmaß der Überrepräsentation im Zeitverlauf gesunken ist, und zwar stärker jenes von HochschulabsolventInnen (von 1,26 im Jahr 1994), als in der Gruppe mit BHS-Abschluss (1,20).

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Bildungsabschluss unterscheidet sich von der Bildungsstruktur der Bevölkerung bzw. der Erwerbstätigen, wenngleich der allgemeine Trend ähnlich ist. Allerdings springt der starke relative Zuwachs der Anteile von Arbeitslosen mit BHS-Abschluss bzw. mit Hochschulabschluss ins Auge, der sich von 4,5% bzw. 7,4% im Jahr 1994 auf 9,0% bzw. 13,3% im Jahr 2015 jeweils fast verdoppelt haben.

Zusammenfassend sind in Tabelle 1 die Anteile und die Veränderungen in den Anteilen der verschiedenen Bildungsebenen an der Bevölkerung, den Erwerbstätigen und den Arbeitslosen (jeweils im Haupterwerbsalter zwischen 25 und 64 Jahren) dargestellt.¹⁸

In der jungen Bevölkerung zwischen 25 und 34 Jahren zeichnet sich die Bildungsexpansion im Zeitverlauf noch deutlicher ab, insbesondere bei den jungen Frauen. Bei ihnen stieg die Tertiärquote im Zeitverlauf von 11,1% auf 25,7% an (Männer: 10,3% auf 17,8%, Tabelle 2). Der Rückgang im Anteil an Personen ohne weiterführenden Bildungsabschluss war in dieser Bevölkerungsgruppe bei den Frauen ebenfalls höher als bei den Männern (23,9% auf 11,1% bzw. 16,1% auf 10,1%), wobei auffällt, dass auch in der jungen Bevölkerung der Anteil an formal Unqualifizierten bei Frauen nach wie vor etwas höher ist als bei Männern. Sowohl unter jungen

Tabelle 1: Entwicklung der Bildungsstruktur zwischen 1994 und 2015 (25 bis 64 Jahre)

	Bevölkerung			Erwerbstätige			Arbeitslose		
	1994	2015	Diff. (PP)	1994	2015	Diff. (PP)	1994	2015	Diff. (PP)
PS	32,0%	14,6%	−17,4	25,1%	10,2%	−14,9	36,5%	25,2%	−11,4
LE	35,9%	40,2%	4,2	38,5%	40,3%	1,7	35,4%	37,6%	2,2
BMS	13,1%	13,4%	0,2	13,9%	13,7%	−0,2	12,5%	8,3%	−4,2
AHS	3,5%	5,3%	1,8	3,6%	5,4%	1,8	(3,6%)	6,6%	(3,0)
BHS	6,0%	9,8%	3,8	7,2%	11,2%	4,0	(4,5%)	9,0%	(4,5)
UNIFH	9,5%	16,7%	7,2	11,6%	19,2%	7,6	(7,4%)	13,3%	(5,8)

Quelle: Mikrozensus AKE 1994-2015, eigene Berechnungen. Anteile und Veränderungen in Prozentpunkten. (): Werte sind sehr stark zufallsbehaftet. Die für die Berechnung der Veränderung zwischen 1994 und 2015 herangezogenen Zahlen basieren auf einem Verfahren, das die Mikrozensus-Strukturbrüche (2003 auf 2004 bzw. 2010 auf 2011) bereinigt (siehe Kapitel 3).

Tabelle 2: Entwicklung der Bildungsstruktur der Bevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppe zwischen 1994 und 2015

	Frauen			Männer			Gesamt		
	1994	2015	Diff. (PP)	1994	2015	Diff. (PP)	1994	2015	Diff. (PP)
25- bis 34-jährige Bevölkerung									
PS	23,9%	11,1%	−12,9	16,1%	10,1%	−6,1	20,0%	10,6%	−9,4
LE	30,7%	27,2%	−3,5	52,0%	46,4%	−5,6	41,4%	36,8%	−4,7
BMS	18,7%	13,6%	−5,1	8,8%	7,8%	−1,1	13,7%	10,7%	−3,0
AHS	5,6%	7,0%	1,4	3,5%	5,3%	1,8	4,5%	6,2%	1,6
BHS	10,0%	15,4%	5,4	9,3%	12,6%	3,4	9,6%	14,0%	4,4
UNIFH	11,1%	25,7%	14,6	10,3%	17,8%	7,5	10,7%	21,7%	11,1
50- bis 64-jährige Bevölkerung									
PS	59,9%	25,6%	−34,4	35,9%	12,8%	−23,1	48,3%	19,3%	−29,0
LE	16,3%	30,4%	14,1	43,0%	53,1%	10,2	29,2%	41,6%	12,4
BMS	15,3%	21,3%	6,0	6,3%	9,2%	3,0	11,0%	15,4%	4,4
AHS	2,3%	4,7%	2,3	2,2%	4,7%	2,5	2,3%	4,7%	2,4
BHS	1,8%	5,1%	3,3	4,1%	7,2%	3,2	2,9%	6,1%	3,2
UNIFH	4,3%	12,9%	8,7	8,6%	12,9%	4,3	6,3%	12,9%	6,6

Quelle: Mikrozensus AKE 1994-2015, eigene Berechnungen. Die für die Berechnung der Veränderung zwischen 1994 und 2015 herangezogenen Zahlen basieren auf einem Verfahren, das die Mikrozensus-Strukturbrüche (2003 auf 2004 bzw. 2010 auf 2011) bereinigt (siehe Kapitel 3).

Frauen als auch Männern sind neben der Pflichtschulkategorie auch die Anteile der Lehr- und BMS-Abschlüsse im Zeitverlauf rückläufig.

Insgesamt weisen junge Frauen ein deutlich höheres formales Bildungs-

niveau auf als junge Männer: Verfügte im Jahr 2015 knapp die Hälfte der jungen Frauen zumindest über Matura, so traf dies auf 36% der jungen Männer zu, bei denen die Lehrabschlusskategorie mit 46,4% nach wie vor die mit Abstand größte Qualifikationsgruppe darstellte. Bei den jungen Frauen war der Lehrabschluss-Anteil mit 27,2% dagegen deutlich niedriger als der Anteil mit Matura oder Hochschulabschluss. Im Vergleich zur älteren Bevölkerungen hat sich die Veränderung in der Bildungsstruktur verlagert. Ist bei den Jungen die Veränderung in den Hochschulabschlüssen am größten, so übersteigt bei den Älteren die Differenz in der Pflichtschulkategorie alle anderen Veränderungen, wobei den größten Zuwachs die in der jüngeren Gruppe rückläufigen Lehrabschlüsse aufweisen.

4.2.1 Entwicklung der Qualifikationen nach Fachrichtungen

Seit dem Jahr 2004 liegen im Mikrozensus Informationen über die Fachrichtung der höchsten abgeschlossenen Bildung vor. Auf Basis einer Bildungsklassifikation, die Bildungsebene und Fachrichtung kombiniert,¹⁹ kann dargestellt werden, auf welche Bereiche innerhalb der Bildungsebenen sich die Veränderungen konzentrieren. Aufgrund der teilweise geringen Fallzahlen in einzelnen Kategorien wird jeweils der Durchschnitt aus zwei Jahren herangezogen und somit die Veränderung zwischen 2004/05 und 2014/15, jeweils getrennt nach Geschlecht, betrachtet.

Die absolvierten Fachrichtungen von Personen mit Lehrabschluss veränderten sich im Zehnjahresverlauf wenig, was auch daran liegt, dass sich die beobachtete Gruppe der 25- bis 64-Jährigen in diesem Zeitraum nur zu rund einem Viertel erneuerte. Bei den Frauen ist ein relativer Rückgang im Handel zu beobachten, dessen Anteil an allen Lehrabsolventinnen um 3,6 PP gesunken ist.²⁰ Der Anteil an Lehrabsolventinnen des Bereichs Gesundheits- und Sozialwesen ist dagegen mit 3,3 PP relativ stark angewachsen.²¹ Anteilige Zugewinne an den Lehrabschlüssen von Frauen verzeichnen auch Gastgewerbe sowie Friseure und Schönheitsgewerbe.

Bei Männern stieg der relative Anteil an Lehrabschlüssen in den Bereichen Elektrizität, Elektronik und Chemie sowie Kfz um 4,2 bzw. 3,3 PP an (in absoluten Zahlen von 85.000 auf 124.000 bzw. 62.000 auf 92.000), während die beiden größten Bereiche Maschinenbau und Metall sowie Baugewerbe um 1,8 bzw. 2,6 PP einbüßten (Rückgang in absoluten Zahlen von 149.000 auf 144.000 bzw. 150.000 auf 139.000).

Unter den Frauen mit BMS-Abschlüssen kam es zu einer Verschiebung vom kaufmännischen Bereich (Handelsschule, -4,7 PP) hin zum Dienstleistungsbereich (Fachschulen für wirtschaftliche Berufe bzw. im Gastgewerbe, +3,4 PP). Bei den Männern verschoben sich die Anteile hin zu den technischen Abschlüssen (Fachschule, +5,4 PP), während die Anteile in

allen anderen berufsbildenden mittleren Fachrichtungen sanken, am stärksten in der Land- und Forstwirtschaft (–2,4 PP).

BHS-Abschlüsse von Frauen verlagerten sich relativ stark auf den Dienstleistungsbereich (Höhere Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe bzw. Tourismus, +6,4 PP) sowie in deutlich geringerem Ausmaß auch auf den Bereich Bildung und Erziehung (BA für Kindergarten und Sozialpädagogik, +1,4 PP). Abgenommen hat im Zeitverlauf der Anteil an BHS-Abschlüssen in der restlichen Kategorie (z. B. HLA für bildnerische und künstlerische Gestaltung, –7,4 PP). Bei den Männern fand ein relativer Zuwachs in Ingenieurwissenschaften und Technik statt (HLA bzw. Kolleg für Maschinenbau, Elektrotechnik, Chemie, etc., +5,8 PP) sowie im kaufmännischen Bereich (HAK, +1,5 PP). Anteilsverluste sind in den anderen Bereichen zu beobachten, unter anderem auch in Herstellung und Bau (HLA bzw. Kolleg für Bautechnik, Holztechnik, Bekleidungstechnik etc., –1,5 PP).

Aufgrund der starken Expansion des Tertiärbereichs kam es im Zeitverlauf in fast allen Fachrichtungskategorien zu Zuwächsen in den AbsolventInnenzahlen. Da einige Bereiche stärker gewachsen sind als andere, kam es zu Verschiebungen in den Anteilswerten. Zurückgegangen ist der Anteil an AbsolventInnen des Bereichs Pädagogik (Hochschulen einschließlich Akademien: –11,8 PP bei Frauen und –5,8 PP bei Männern).²² Zuwächse verzeichnete bei Frauen die Sozialwissenschaften (+5,7 PP) und die Wirtschaftswissenschaften (+3,3 PP) und bei den Männern die Naturwissenschaften (+4,3 PP), Wirtschaftswissenschaften (+4,0 PP), Ingenieurwesen und Technik (+3,5 PP) sowie die Sozialwissenschaften (+2,9 PP).

4.3 Entwicklung der Qualifikationsnachfrage nach Bildung

Zunächst wird nun die Entwicklung der Erwerbstätigen nach ISCO-Berufshauptgruppen in den Blick genommen, um eine erste Einschätzung der Entwicklungslinien auf der Nachfrageseite zu erhalten, bevor im Anschluss daran die Qualifikationsstruktur innerhalb der ISCO-Berufshauptgruppen untersucht wird. Der Projektbericht der Studie geht darüber hinaus auf die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen nach Berufen im Zeitraum 2008 bis 2016 ein.²³

Im Beobachtungszeitraum zwischen 1994 und 2015 ist eine Verschiebung hin zu den hoch qualifizierten beruflichen Tätigkeitsfeldern zu beobachten (Tabelle 3). Auch die um die zwei Mikrozensus-Strukturbrüche (2003 auf 2004 bzw. 2010 auf 2011) bereinigten Analysen bestätigen diesen generellen Trend, der z. B. von Mesch (2015) dargestellt wurde. Vergrößert haben sich unseren Analysen zufolge insbesondere die Anteile der Akademischen Berufe (ISCO 2, +4,0 PP) sowie der TechnikerInnen

und gleichrangigen nichttechnischen Berufe (ISCO 3, +2,8 PP). Mit am stärksten gewachsen sind aber auch die Dienstleistungsberufe (ISCO 5, +3,9 PP), während die Anteile der anderen Berufshauptgruppen im mittleren Qualifikationssegment zum Teil deutlich gesunken sind, insbesondere Anlagen- und MaschinenbedienerInnen und Montageberufe (ISCO 8: –5,7 PP) und auch die Handwerksberufe (ISCO 7: –3,3 PP). Obwohl sich die Zahl der Erwerbstätigen in Hilfsberufen im Zeitverlauf erhöht hat, ist ihr Anteil an allen Erwerbstätigen relativ stabil geblieben bzw. leicht gesunken (–0,4 PP).

Tabelle 3: Entwicklung der Berufsstruktur der Erwerbstätigen zwischen 25 und 64 Jahren nach ISCO-Berufshauptgruppen 1994 bis 2015

	Erwerbstätige		Anteile		Anteils-Diff. (PP)
	1994	2015	1994	2015	
1: Führungskräfte	129.205	177.635	5,6%	5,9%	0,2
2: Akademische Berufe	290.724	503.655	12,7%	16,7%	4,0
3: Techniker und gleichrangige Berufe	391.268	601.941	17,1%	19,9%	2,8
4: Bürokräfte und verwandte Berufe	315.184	368.116	13,8%	12,2%	–1,6
5: Dienstleistungsberufe und Verkäufer	241.749	437.351	10,6%	14,5%	3,9
7: Handwerks- und verwandte Berufe	363.430	381.874	15,9%	12,6%	–3,3
8: Anlagen-/Maschinenbedienkräfte, Montageberufe	295.901	219.177	12,9%	7,3%	–5,7
9: Hilfsarbeitskräfte	260.027	332.989	11,4%	11,0%	–0,4
Summe	2.287.488	3.022.738	100,0%	100,0%	–

Quelle: Mikrozensus AKE 1994-2015, eigene Berechnungen. Aufgrund von zu geringen Fallzahlen ohne Berufshauptgruppe 0 (Angehörige der regulären Streitkräfte) und 6 (Fachkräfte in der Landwirtschaft und Fischerei). Die für die Berechnung der Veränderung zwischen 1994 und 2015 herangezogenen Zahlen basieren auf einem Verfahren, das die Mikrozensus-Strukturbrüche (2003 auf 2004 bzw. 2010 auf 2011) bereinigt (siehe Kapitel 3).

Dieser Befund steht im Einklang mit Mesch (2015), der auf Basis der Entwicklung in den ISCO-Berufsgruppen keine Polarisierung am österreichischen Arbeitsmarkt gefunden hat. Auch die Analyse von Hofer et al. (2017) hat anhand einer Dreiteilung der Berufsgruppen entsprechend ihrer durchschnittlichen Entlohnung (hoch – mittel – niedrig) keine Polarisierung im eigentlichen Sinne gefunden, obwohl das Beschäftigungsausmaß in den mittleren Berufen im Zeitverlauf deutlich stärker gesunken ist als im Niedriglohnbereich. Die OECD (2017) hat hingegen jüngst in ihrem „Employment Outlook“ u. a. auch für Österreich auf deutliche Polarisierungstendenzen hingewiesen. Grund für dieses Ergebnis ist, dass in dieser Analyse die expansiven Dienstleistungsberufe (ISCO 5) gemeinsam mit den Hilfsberufen den Berufen mit niedrigem Qualifikationsbedarf zugeordnet wurden. Zwar sind auch bei der Untersuchung von Hofer et al.

(2017) die Berufsgruppen der Berufshauptgruppe 5 den Niedriglohnberufen zugeordnet, die jedoch zusätzlich auch Berufsgruppen der Hauptgruppen 7 und 8 umfassen.

Zentral für die vorliegende Untersuchung ist der Befund, dass sich im Zeitverlauf zusätzliche Beschäftigungschancen insbesondere in hoch qualifizierten Berufen sowie im Dienstleistungsbereich ergeben haben. Die Tatsache, dass die relativen Erwerbschancen im mittleren Qualifikationssegment gesunken sind und am Ende der Periode nominell deutlich mehr Erwerbstätige in Hilfsberufen beschäftigt sind als zu Beginn, bei gleichzeitig starkem Rückgang der Zahl gering Qualifizierter, deutet jedoch auch auf Anspannungen im mittleren Qualifikationssegment hin.

Wir wenden uns diesem Bereich nun zu, indem wir die Qualifikationsstruktur in den ISCO-Berufshauptgruppen im Zeitverlauf untersuchen. Die Entwicklung in Berufshauptgruppe 2 der Akademischen Berufe, deren Qualifikationsanforderungen nominal auf einen Hochschulabschluss zielen, war im Beobachtungszeitraum von einer Professionalisierung geprägt. Verfügten zu Beginn der Periode 55% der Erwerbstätigen in diesen Berufen über ein Hochschulstudium, so waren es im Jahr 2015 knapp 70% (Tabelle 4).²⁴

Tabelle 4: Entwicklung der Bildungsstruktur der Erwerbstätigen zwischen 25 und 64 Jahren in den ISCO-Berufshauptgruppen 1-3 (1994-2015)

	ISCO 1			ISCO 2			ISCO 3		
	1994	2015	Diff. (PP)	1994	2015	Diff. (PP)	1994	2015	Diff. (PP)
PS	16,0%	(3,1%)	(-12,9)	3,5%	(1,0%)	(-2,5)	9,4%	3,0%	-6,4
LE	41,0%	26,1%	-14,9	10,5%	6,6%	-3,9	38,4%	26,7%	-11,8
BMS	15,2%	10,5%	-4,7	8,6%	5,6%	-3,0	21,1%	24,3%	3,3
AHS	5,6%	6,8%	1,2	8,3%	4,4%	-3,9	3,8%	8,4%	4,6
BHS	15,6%	17,0%	1,4	13,8%	12,7%	-1,1	15,6%	20,8%	5,2
UNIFH	6,6%	36,4%	29,9	55,3%	69,7%	14,4	11,7%	16,8%	5,1

Quelle: Mikrozensus AKE 1994-2015, eigene Berechnungen. (): Werte sind sehr stark zufallsbehaftet. Die für die Berechnung der Veränderung zwischen 1994 und 2015 herangezogenen Zahlen basieren auf einem Verfahren, das die Mikrozensus-Strukturbrüche (2003 auf 2004 bzw. 2010 auf 2011) bereinigt (siehe Kapitel 3).

Diesem Zuwachs von knapp 15 PP steht ein Rückgang des Anteils aller anderen Bildungsebenen gegenüber. Im Jahr 2015 hatten knapp 13% der in akademischen Berufen Beschäftigten einen BHS-Abschluss, 4% einen AHS-Abschluss und jeweils rund 6% einen Lehr- oder BMS-Abschluss.

In der Berufshauptgruppe 3 der TechnikerInnen und gleichrangigen nichttechnischen Berufe nahmen im Zeitverlauf die Anteile an AHS-, BHS- und HochschulabsolventInnen jeweils um rund 5 PP zu, wobei im Jahr

2015 mehr als ein Fünftel in der Berufsgruppe über einen BHS-Abschluss verfügte, knapp 17% über einen Hochschulabschluss und 8% über einen AHS-Abschluss. Mit insgesamt 54% hatten auch am Ende der Beobachtungsperiode mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen weniger als Matura, wobei dieser Anteil zu Beginn der Periode mit knapp 70% noch deutlich höher war. Mehr als ein Viertel hatte 2015 noch Lehrabschluss (–11,8 PP) und knapp ein Viertel BMS-Abschluss (+3,3 PP). Auch wenn die Zahl der HochschulabsolventInnen in der Berufshauptgruppe 3 stark gestiegen ist, so ist eine Verdrängung von Personen mit Matura bzw. mit mittleren beruflichen Abschlüssen nicht beobachtbar. Zwar ist der Anteil an Erwerbstätigen mit Lehrabschluss relativ stark gesunken, doch aufgrund der starken Expansion in der Berufsgruppe ist auch deren absolute Zahl von 150.000 auf knapp 161.000 gestiegen. Gesunken ist die Zahl der Erwerbstätigen mit Pflichtschulbildung (von 37.000 auf 18.000).

In den Büroberufen (ISCO-Berufshauptgruppe 4, Tabelle 5) deutet die Analyse auf eine Verdrängung von BMS-AbsolventInnen hin. Der Rückgang von –6,2 PP ist zwar teilweise auf die Höherqualifizierung der Erwerbstätigen mit kaufmännischen Abschlüssen (von Handelsschulen zu Handelsakademien, vgl. vorigen Abschnitt) zurückzuführen. Dennoch ist es für HandelsschulabsolventInnen, deren Zahl im Zeitverlauf nur leicht gesunken ist, schwieriger geworden, in Arbeitsplätzen dieser Berufsgruppe unterzukommen. Interessant ist dabei auch, dass dies auf Personen mit Lehrabschlüssen in diesem Bereich nicht zutrifft, deren Anteil im Zeitverlauf leicht gestiegen ist. Neben Erwerbstätigen mit BHS-Abschluss verzeichneten die Büroberufe Zuwächse an AHS-AbsolventInnen (+4,1 PP) und auch an HochschulabsolventInnen (+3,6 PP).

Tabelle 5: Entwicklung der Bildungsstruktur der Erwerbstätigen zwischen 25 und 64 Jahren in den ISCO-Berufshauptgruppen 4, 5 und 7 (1994-2015)

	ISCO 4			ISCO 5			ISCO 7		
	1994	2015	Diff. (PP)	1994	2015	Diff. (PP)	1994	2015	Diff. (PP)
PS	19,2%	7,7%	–11,5	26,6%	12,1%	–14,5	22,7%	7,6%	–15,1
LE	36,6%	37,6%	1,0	44,9%	55,7%	10,8	64,9%	79,4%	14,6
BMS	26,4%	20,2%	–6,2	16,5%	15,4%	–1,1	6,2%	4,8%	–1,4
AHS	4,1%	8,1%	4,1	(2,4%)	5,5%	(3,1)	(0,6%)	1,8%	(1,3)
BHS	8,7%	17,8%	9,0	6,7%	6,4%	–0,4	4,4%	4,7%	0,3
UNIFH	5,0%	8,6%	3,6	2,9%	5,0%	2,1	1,2%	1,6%	0,3

Quelle: Mikrozensus AKE 1994-2015, eigene Berechnungen. (): Werte sind sehr stark zufallsbehaftet. Die für die Berechnung der Veränderung zwischen 1994 und 2015 herangezogenen Zahlen basieren auf einem Verfahren, das die Mikrozensus-Strukturbrüche (2003 auf 2004 bzw. 2010 auf 2011) bereinigt (siehe Kapitel 3).

Die stark expandierenden Dienstleistungsberufe (ISCO-Berufshauptgruppe 5)²⁵ sind geprägt von einem weiteren Zuwachs an LehrabsolventInnen, die im Jahr 2015 rund 56% der Erwerbstätigen in dieser Gruppe stellten. Das entspricht einem Zuwachs ihres Anteils von 10,8 PP. Stark rückläufig war der Anteil an Erwerbstätigen mit Pflichtschulbildung, von mehr als ein Viertel zu Beginn der Periode auf 12% am Ende (–14,5 PP). Damit liegt ihr Anteil an dieser Berufsgruppe nach wie vor über jenem an allen Erwerbstätigen bzw. nur geringfügig unter ihrem Anteil an der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren (10,2% bzw. 14,6%, siehe Tabelle 1). Der Anteil an HochschulabsolventInnen in den Dienstleistungsberufen ist bis 2015 auf 5%, und damit fast auf das Niveau von AHS- bzw. BHS-AbsolventInnen, gewachsen.

In den Handwerksberufen (ISCO-Hauptgruppe 7) dominieren erwartungsgemäß die LehrabsolventInnen mit knapp 80%, wobei dieser Anteil im Zeitverlauf um 14,6 PP zulegte. Dieser Zuwachs ging auf Kosten von Erwerbstätigen mit Pflichtschulabschluss, deren Anteil im Zeitverlauf von knapp 23% auf knapp 8% (–15,1 PP) gesunken ist.

Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Berufshauptgruppe 8 (Anlagen- und Maschinenbediener und Montageberufe), wobei hier der Anteil der LehrabsolventInnen am Ende der Periode knapp zwei Drittel ausmacht (+20,6 PP, Tabelle 6) und der Anteil der Erwerbstätigen mit Pflichtschulbildung immerhin noch knapp ein Fünftel. Bei Letzteren war der Rückgang mit –24,1 PP sehr stark ausgeprägt, denn im Jahr 1994 war der Anteil von beiden Gruppen mit rund 44% noch ähnlich hoch.

Zu noch größeren Verschiebungen zwischen Erwerbstätigen mit Pflichtschulbildung und LehrabsolventInnen ist es in den Hilfsberufen (ISCO-

Tabelle 6: Entwicklung der Bildungsstruktur der Erwerbstätigen zwischen 25 und 64 Jahren in den ISCO-Berufshauptgruppen 8 und 9 (1994-2015)

	ISCO 8			ISCO 9		
	1994	2015	Diff. (PP)	1994	2015	Diff. (PP)
PS	43,9%	19,8%	–24,1	72,3%	39,3%	–33,0
LE	44,6%	65,2%	20,6	12,6%	41,5%	29,0
BMS	6,9%	6,4%	–0,5	9,9%	8,0%	–1,9
AHS	(1,6%)	(2,6%)	(1,0)	2,8%	4,1%	1,3
BHS	(1,8%)	3,1%	(1,3)	(0,9%)	4,2%	(3,3)
UNIFH	(1,2%)	2,9%	(1,7)	(1,5%)	2,9%	(1,3)

Quelle: Mikrozensus AKE 1994-2015, eigene Berechnungen. (): Werte sind sehr stark zufallsbehaftet. Die für die Berechnung der Veränderung zwischen 1994 und 2015 herangezogenen Zahlen basieren auf einem Verfahren, das die Mikrozensus-Strukturbrüche (2003 auf 2004 bzw. 2010 auf 2011) bereinigt (siehe Kapitel 3).

Hauptgruppe 9, Tabelle 6) gekommen. Hatte 1994 noch der Großteil der Erwerbstätigen maximal Pflichtschulbildung (72%), so ist dieser Anteil bis 2015 auf 39% gesunken (–33 PP). Dafür hat sich im selben Zeitraum der Anteil der LehrabsolventInnen von knapp 13% auf rund 42% erhöht (+29 PP), und sie stellen damit nunmehr die größte Gruppe in diesen Berufen.

Betrachtet man nun die beruflichen Tätigkeiten der Gruppe der LehrabsolventInnen im Zeitverlauf, so machen sich Verschiebungen bemerkbar, die mit Verdrängungseffekten zusammenhängen (Tabelle 7). Wenngleich ihre geringere Präsenz in den hoch qualifizierten Berufen mit dem allgemeinen Trend zur Höherqualifizierung bzw. mit Professionalisierungsprozessen erklärt werden kann, so haben sich im Zeitverlauf, mit Ausnahme der Dienstleistungsberufe, ihre Anteile auch in den ihnen angestammten Berufsfeldern des mittleren Qualifikationssegmentes reduziert. Das bedeutet, dass Erwerbstätige mit Lehrabschluss zunehmend auch auf Hilfsberufe sowie auf Berufe im Dienstleistungsbereich ausweichen müssen. Knapp ein Drittel der erwerbstätigen LehrabsolventInnen findet sich im Jahr 2015 in diesen beiden Berufszweigen, im Jahr 1994 war dieser Anteil mit 16,5% nur halb so hoch. Andererseits zeigt sich, dass im Jahr 2015 fast 161.000 LehrabsolventInnen in Arbeitsplätzen der ISCO-Berufsgruppe 3 (TechnikerInnen und gleichrangige Berufe) tätig waren, die sich formal an Erwerbstätige mit Matura richten.

Tabelle 7: Entwicklung der Berufsstruktur von LehrabsolventInnen nach ISCO-Berufshauptgruppen 1994 bis 2015 (25- bis 64-jährige Erwerbstätige)

	Erwerbstätige		Anteile		Anteils-Diff. (PP)
	1994	2015	1994	2015	
1: Führungskräfte	52.949	46.336	6,2%	3,8%	–2,3
2: Akademische Berufe	30.533	33.117	3,6%	2,7%	–0,8
3: Techniker und gleichrangige Berufe	150.401	160.573	17,5%	13,3%	–4,2
4: Bürokräfte und verwandte Berufe	115.203	138.364	13,4%	11,5%	–2,0
5: Dienstleistungsberufe und Verkäufer	108.559	243.460	12,7%	20,2%	7,5
7: Handwerks- und verwandte Berufe	235.775	303.380	27,5%	25,1%	–2,3
8: Anlagen-/Maschinenbedienkräfte, Montageberufe	131.938	142.917	15,4%	11,8%	–3,5
9: Hilfsarbeitskräfte	32.719	138.302	3,8%	11,5%	7,7
Summe	858.079	1.206.450	100,0%	100,0%	–

Quelle: Mikrozensus AKE 1994-2015, eigene Berechnungen. Aufgrund von zu geringen Fallzahlen ohne Berufshauptgruppe 0 (Angehörige der regulären Streitkräfte) und 6 (Fachkräfte in der Landwirtschaft und Fischerei). Die für die Berechnung der Veränderung zwischen 1994 und 2015 herangezogenen Zahlen basieren auf einem Verfahren, das die Mikrozensus-Strukturbrüche (2003 auf 2004 bzw. 2010 auf 2011) bereinigt (siehe Kapitel 3).

Im Hinblick auf BMS-AbsolventInnen ist eine differenzierte Entwicklung zu beobachten (Tabelle 8). Einerseits hat sich der Anteil an der ISCO-Berufsgruppe 3 (TechnikerInnen und gleichrangige Berufe) im Zeitverlauf deutlich erhöht (+11,3 PP), während andererseits der Anteil an den Büroberufen (ISCO 4) zurückgegangen ist (–7,2 PP, siehe im Anhang). Erhöht hat sich der Anteil in den Dienstleistungsberufen (+4,6 PP), in allen anderen Berufsgruppen ist der Anteil leicht gesunken.

Tabelle 8: Entwicklung der Berufsstruktur von AbsolventInnen Berufsbildender Mittlerer Schulen nach ISCO-Berufshauptgruppen 1994 bis 2015 (25- bis 64-jährige Erwerbstätige)

	Erwerbstätige		Anteile		Anteils-Diff. (PP)
	1994	2015	1994	2015	
1: Führungskräfte	19.654	18.673	6,2%	4,7%	–1,4
2: Akademische Berufe	25.000	28.078	7,8%	7,1%	–0,7
3: Techniker und gleichrangige Berufe	82.430	146.389	25,8%	37,2%	11,3
4: Bürokräfte und verwandte Berufe	83.323	74.416	26,1%	18,9%	–7,2
5: Dienstleistungsberufe und Verkäufer	39.800	67.189	12,5%	17,1%	4,6
7: Handwerks- und verwandte Berufe	22.585	18.482	7,1%	4,7%	–2,4
8: Anlagen-/Maschinenbedienkräfte, Montageberufe	20.451	14.029	6,4%	3,6%	–2,8
9: Hilfsarbeitskräfte	25.827	26.628	8,1%	6,8%	–1,3
Summe	319.071	393.884	100,0%	100,0%	–

Quelle: Mikrozensus AKE 1994-2015, eigene Berechnungen. Aufgrund von zu geringen Fallzahlen ohne Berufshauptgruppe 0 (Angehörige der regulären Streitkräfte) und 6 (Fachkräfte in der Landwirtschaft und Fischerei). Die für die Berechnung der Veränderung zwischen 1994 und 2015 herangezogenen Zahlen basieren auf einem Verfahren, das die Mikrozensus-Strukturbrüche (2003 auf 2004 bzw. 2010 auf 2011) bereinigt (siehe Kapitel 3).

Die Erwerbschancen von Personen mit AHS-Abschluss, die keine weitere formale berufsspezifische Qualifizierung absolvieren, haben sich im Beobachtungszeitraum verschlechtert. Waren 1994 noch knapp 31% der Erwerbstätigen mit dieser Qualifikation in den Akademischen Berufen tätig, so ist dieser Anteil bis 2015 auf 13% gefallen (–17,1 PP, siehe Tabelle 9). Am Ende der Periode ist der Anteil an AHS-AbsolventInnen in Arbeitsplätzen der ISCO-Berufsgruppe 3 (TechnikerInnen und gleichrangige Berufe) um 11,7 PP höher als zu Beginn, und in den Dienstleistungsberufen um (+7,1 PP).

Unter Erwerbstätigen mit BHS-Abschluss ist es vergleichsweise zu geringeren Verschiebungen gekommen. Geringeren Anteilen in Führungspositionen (ISCO 1), Akademischen Berufen (ISCO 2) sowie auch in Handwerksberufen (ISCO 7) stehen höhere Anteile in den angestammten Berufen der ISCO-Berufshauptgruppe 3 (TechnikerInnen und gleichrangige

Tabelle 9: Entwicklung der Berufsstruktur von AbsolventInnen Allgemeinbildender Höherer Schulen nach ISCO-Berufshauptgruppen 1994 bis 2015 (25- bis 64-jährige Erwerbstätige)

	Erwerbstätige		Anteile		Anteils-Diff. (PP)
	1994	2015	1994	2015	
1: Führungskräfte	7.284	12.135	9,2%	7,3%	-1,9
2: Akademische Berufe	24.043	22.133	30,5%	13,4%	-17,1
3: Techniker und gleichrangige Berufe	14.961	50.793	19,0%	30,7%	11,7
4: Bürokräfte und verwandte Berufe	12.822	29.970	16,3%	18,1%	1,9
5: Dienstleistungsberufe und Verkäufer	5.891	24.109	7,5%	14,6%	7,1
7: Handwerks- und verwandte Berufe	(x)	7.043	(x)	4,3%	(x)
8: Anlagen-/Maschinenbedienkräfte, Montageberufe	4.616	5.645	(5,9%)	(3,4%)	(-2,4)
9: Hilfsarbeitskräfte	7.186	13.633	9,1%	8,2%	-0,9
Summe	78.897	165.461	100,0%	100,0%	-

Quelle: Mikrozensus AKE 1994-2015, eigene Berechnungen. Aufgrund von zu geringen Fallzahlen ohne Berufshauptgruppe 0 (Angehörige der regulären Streitkräfte) und 6 (Fachkräfte in der Landwirtschaft und Fischerei). Die für die Berechnung der Veränderung zwischen 1994 und 2015 herangezogenen Zahlen basieren auf einem Verfahren, das die Mikrozensus-Strukturbrüche (2003 auf 2004 bzw. 2010 auf 2011) bereinigt (siehe Kapitel 3).

Berufe) sowie in den Büroberufen gegenüber. Allerdings sind am Ende der Periode im Jahr 2015 immerhin 4% (siehe Tabelle 10) der BHS-AbsolventInnen in Hilfsberufen tätig.

Die Bildungsexpansion im Tertiärbereich hat dazu geführt, dass sich die Zahl der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss in den beobachteten acht Berufshauptgruppen im Zeitverlauf mehr als verdoppelt hat (Tabelle 11). Allerdings ist am Ende der Periode ein geringerer Anteil davon in Akademischen Berufen tätig als zu Beginn (-5,1 PP), was aber durch den gestiegenen Anteil in Führungspositionen mehr als kompensiert wurde (+7,5 PP). Die Anteile in den anderen Berufsgruppen stagnieren im Zeitverlauf, weshalb es trotz der starken Expansion auf dieser aggregierten Ebene nicht danach aussieht, dass HochschulabsolventInnen in nennenswertem Maße auf Berufe mit niedrigeren Qualifikationsanforderungen ausweichen müssten. Immerhin sind den Daten nach inzwischen rund 22.000 HochschulabsolventInnen in einfachen Dienstleistungsberufen tätig (ISCO-Berufshauptgruppe 5) sowie knapp 10.000 in Hilfsberufen, was jedoch einem sehr geringen Prozentsatz entspricht.

Tabelle 10: Entwicklung der Berufsstruktur von AbsolventInnen Berufsbildender Höherer Schulen nach ISCO-Berufshauptgruppen 1994 bis 2015 (25- bis 64-jährige Erwerbstätige)

	Erwerbstätige		Anteile		Anteils-Diff. (PP)
	1994	2015	1994	2015	
1: Führungskräfte	20.202	30.247	10,7%	8,6%	-2,1
2: Akademische Berufe	40.031	63.835	21,2%	18,2%	-3,1
3: Techniker und gleichrangige Berufe	60.891	125.151	32,3%	35,6%	3,3
4: Bürokräfte und verwandte Berufe	27.533	65.435	14,6%	18,6%	4,0
5: Dienstleistungsberufe und Verkäufer	16.288	27.862	8,6%	7,9%	-0,7
7: Handwerks- und verwandte Berufe	15.859	17.877	8,4%	5,1%	-3,3
8: Anlagen-/Maschinenbedienkräfte, Montageberufe	5.295	6.748	(2,8%)	1,9%	(-0,9)
9: Hilfsarbeitskräfte	(x)	14.099	(x)	4,0%	(x)
Summe	188.450	351.253	100,0%	100,0%	–

Quelle: Mikrozensus AKE 1994-2015, eigene Berechnungen. Aufgrund von zu geringen Fallzahlen ohne Berufshauptgruppe 0 (Angehörige der regulären Streitkräfte) und 6 (Fachkräfte in der Landwirtschaft und Fischerei). Die für die Berechnung der Veränderung zwischen 1994 und 2015 herangezogenen Zahlen basieren auf einem Verfahren, das die Mikrozensus-Strukturbrüche (2003 auf 2004 bzw. 2010 auf 2011) bereinigt (siehe Kapitel 3).

Tabelle 11: Entwicklung der Berufsstruktur von AbsolventInnen im Tertiärbereich nach ISCO-Berufshauptgruppen 1994 bis 2015 (25- bis 64-jährige Erwerbstätige)

	Erwerbstätige		Anteile		Anteils-Diff. (PP)
	1994	2015	1994	2015	
1: Führungskräfte	8.465	64.681	3,4%	10,9%	7,5
2: Akademische Berufe	160.860	351.274	64,4%	59,3%	-5,1
3: Techniker und gleichrangige Berufe	45.869	101.113	18,4%	17,1%	-1,3
4: Bürokräfte und verwandte Berufe	15.715	31.587	6,3%	5,3%	-1,0
5: Dienstleistungsberufe und Verkäufer	6.908	21.794	2,8%	3,7%	0,9
7: Handwerks- und verwandte Berufe	4.496	6.051	(1,8%)	1,0%	(-0,8)
8: Anlagen-/Maschinenbedienkräfte, Montageberufe	3.578	6.443	(1,4%)	1,1%	(-0,3)
9: Hilfsarbeitskräfte	3.988	9.545	(1,6%)	1,6%	(0,0)
Summe	249.880	592.488	100,0%	100,0%	–

Quelle: Mikrozensus AKE 1994-2015, eigene Berechnungen. Aufgrund von zu geringen Fallzahlen ohne Berufshauptgruppe 0 (Angehörige der regulären Streitkräfte) und 6 (Fachkräfte in der Landwirtschaft und Fischerei). Die für die Berechnung der Veränderung zwischen 1994 und 2015 herangezogenen Zahlen basieren auf einem Verfahren, das die Mikrozensus-Strukturbrüche (2003 auf 2004 bzw. 2010 auf 2011) bereinigt (siehe Kapitel 3).

4.4 *Mismatch*: Ausmaß an formaler Überqualifikation im Zeitverlauf

In diesem Abschnitt wird das Ausmaß an formaler Überqualifikation insgesamt und nach Bildungsebene im Zeitverlauf dargestellt. Es handelt sich dabei um eine formale Einteilung von *Match* und *Mismatch* am Arbeitsmarkt, die sich aus einem Vergleich zwischen dem in den ISCO-Berufshauptgruppen typischerweise erforderlichen *Skill-Level* (1-4) und der höchsten abgeschlossenen Ausbildung der in diesen Berufen Beschäftigten ergibt (Abbildung 2). Beispielsweise ist der ISCO-Berufshauptgruppe 9 (Hilfsberufe) der niedrigste *Skill-Level* 1 zugeordnet. Erwerbstätige in Hilfsberufen, die keinen über die Pflichtschulbildung hinausgehenden Bildungsabschluss erworben haben, werden als formal adäquat qualifiziert eingeschätzt, während jene mit weiterführenden Abschlüssen als formal überqualifiziert gelten. Da die Pflichtschulbildung die niedrigste Bildungsebene darstellt, kann man folglich für Hilfsberufe formal nicht unterqualifiziert sein. Umgekehrt können HochschulabsolventInnen, die im höchsten ISCO-*Skill-Level* 4 (Akademische Berufe) als adäquat qualifiziert gelten, in keinem Berufsfeld formal unterqualifiziert sein. Sind sie hingegen in Berufen mit niedrigeren *Skill-Levels* tätig (ISCO-Berufshauptgruppen 3 bis 9), so gelten sie als formal überqualifiziert.²⁶

Abbildung 2: Formaler *Match* und *Mismatch* zwischen Ausbildung und Beschäftigung

ISCO Skill Level	PS	LE/BMS	AHS/BHS	UNI/FH
1: ISCO 9				Überqualifiziert
2: ISCO 4-8				
3: ISCO 3				
4: ISCO 2				Unterqualifiziert

Schema: IHS. Die Diagonale bezeichnet die formal adäquat qualifizierten Erwerbstätigen (*Match*).

Wie schon angedeutet, handelt es sich bei diesem *Mismatch*-Maß um einen Indikator des formalen Zusammenspiels zwischen den beiden Marktseiten, der die individuelle Passung zwischen den tatsächlichen Anforderungen bestimmter Berufe und ihrer jeweiligen Stelleninhaber nicht einschätzen kann. So können auch formal Unterqualifizierte über die notwendigen Kompetenzen verfügen, um eine Arbeit auf einem höheren *Skill-Level* adäquat ausüben zu können, die sie z. B. durch Berufserfahrung oder im Zuge anderen Lernformen erworben haben. Andererseits können formal Überqualifizierte in ihren Arbeitsplätzen durchaus adäquat beschäftigt sein, weil sie beispielsweise noch nicht über die notwendige Berufserfahrung verfügen. Letztlich ist es auch möglich, dass formal adäquat Qualifizierte im Hinblick auf ihre Kompetenzen nicht adäquat beschäftigt

sind. Trotz dieser Einschränkungen kann eine Anwendung dieses Indikators wertvolle Hinweise über die Entwicklung von Ungleichgewichten am Arbeitsmarkt im Zeitverlauf geben.

In Tabelle 12 ist die Entwicklung des Ausmaßes an Überqualifikation zwischen 1994 und 2015 dargestellt. Unter allen Erwerbstätigen zwischen 25 und 64 Jahren nahm die Überqualifikation im Zeitverlauf um 7,6 PP zu. Knapp ein Fünftel der Erwerbstätigen war am Ende der Periode im Jahr 2015 für ihre berufliche Tätigkeit formal überqualifiziert, zu Beginn waren es nur 12%. Das Ausmaß an Überqualifikation ist in allen Bildungsebenen gestiegen, am stärksten unter AHS-AbsolventInnen (+9,5 PP), gefolgt von HochschulabsolventInnen (+6,7 PP) und BHS-AbsolventInnen (+5,7 PP).

Feststellbar ist, dass ein erheblicher Teil der beobachteten Bildungsexpansion im Tertiärbereich mit einem Zuwachs an formaler Überqualifikation einhergeht. Bei AHS-AbsolventInnen macht der Anstieg in der Überqualifikation im Zeitverlauf rund zwei Drittel des gesamten Zuwachses an Erwerbstätigen zwischen 1994 und 2015 aus, bei BHS-AbsolventInnen etwa die Hälfte und bei HochschulabsolventInnen knapp 40%.

Während 2015 etwa ein Drittel der HochschulabsolventInnen formal überqualifiziert war, ist das Phänomen unter AbsolventInnen einer AHS (54%) bzw. einer BHS (44%) noch stärker verbreitet. Im Vergleich zu Männern ist ein höherer Anteil an Frauen mit höheren Bildungsabschlüssen in ihrer Erwerbstätigkeit formal überqualifiziert, wobei der Zuwachs im Zeitverlauf bei beiden Geschlechtern ähnlich hoch war.

Tabelle 12: Entwicklung der Überqualifikation von Erwerbstätigen zwischen 1994 und 2015 nach Bildungsebene und Geschlecht (25- bis 64-Jährige)

	Frauen			Männer			Gesamt		
	1994	2015	Diff. (PP)	1994	2015	Diff. (PP)	1994	2015	Diff. (PP)
LE	13,6%	16,1%	2,5	6,8%	9,3%	2,6	8,8%	11,8%	3,0
BMS	(5,5%)	7,8%	(2,3)	(x)	(5,3%)	(x)	5,7%	7,1%	1,4
AHS	49,7%	58,0%	8,3	39,2%	49,2%	10,0	44,6%	54,1%	9,5
BHS	48,5%	53,6%	5,1	30,4%	33,2%	2,8	38,8%	44,4%	5,7
UNIFH	29,7%	35,6%	5,9	23,6%	29,9%	6,3	26,5%	33,2%	6,7
ALLE	14,5%	23,5%	9,0	10,0%	15,6%	5,6	12,0%	19,6%	7,6

Quelle: Mikrozensus AKE 1994-2015, eigene Berechnungen. Die für die Berechnung der Veränderung zwischen 1994 und 2015 herangezogenen Zahlen basieren auf einem Verfahren, das die Mikrozensus-Strukturbrüche (2003 auf 2004 bzw. 2010 auf 2011) bereinigt (siehe Kapitel 3).

Betrachtet man das Ausmaß der Überqualifikation unter jungen Erwerbstätigen im Zeitverlauf (Tabelle 13), so sind Unterschiede sowohl zu

den älteren Erwerbstätigen als auch zu den Erwerbstätigen im Haupterwerbsalter erkennbar. Unter den jungen AHS-AbsolventInnen ist die Überqualifikation zwischen 1994 und 2015 nicht mehr so stark gestiegen wie unter allen Erwerbstätigen bzw. wie unter den älteren Erwerbstätigen. In allen Altersgruppen der AHS-AbsolventInnen hat sich das Ausmaß bis zum Jahr 2015 an das sehr hohe Niveau von rund 50% (Männer) bzw. bis zu 58% (Frauen) angenähert, das unter den jungen Erwerbstätigen bereits zu Beginn des Beobachtungszeitraumes im Jahr 1994 fast schon erreicht war. Das bedeutet, dass der Prozess der Entwertung des AHS-Abschlusses ohne weitere berufsfachliche Spezialisierung am Arbeitsmarkt bereits vor mehreren Jahrzehnten eingesetzt hat und in den vergangenen Jahren an Schärfe verloren hat. Aktuell verfügen rund 5% der Bevölkerung im Haupterwerbsalter sowie in der jüngeren und älteren Altersgruppe über eine AHS-Matura als höchsten Bildungsabschluss (siehe Tabelle 1 und Tabelle 2).

Im Vergleich zum AHS-Abschluss verfügen deutlich mehr Personen bzw. Erwerbstätige über einen BHS- bzw. Hochschulabschluss. Die Bildungsexpansion der vergangenen Jahrzehnte macht sich in den stark gestiegenen Anteilen an höheren Qualifikationen in der jüngeren Bevölkerung bemerkbar und hier noch stärker bei den jungen Frauen als bei den jungen Männern. Wie sich zeigt, geht dies mit einer erheblichen Überqualifikation einher, die bei jungen Frauen stärker ausgeprägt ist. Das Ausmaß an überqualifizierten Frauen mit BHS-Abschluss ist im Zeitverlauf um 9,0 PP gestiegen und befindet sich 2015 mit rund 56% auf dem Niveau von AHS-AbsolventInnen. Mit knapp 43% sind am Ende der Periode auch deutlich mehr junge Hochschulabsolventinnen in ihrer Erwerbstätigkeit formal überqualifiziert als zu Beginn, das entspricht einem Zuwachs von 7,8 PP.

Im Vergleich zu den Frauen ist bei den jungen Männern mit BHS- bzw. Hochschulabschluss das Ausmaß der Überqualifikation niedriger. Im Zeitverlauf kaum gestiegen ist die Überqualifikation unter BHS-Absolventen, sie liegt am Ende Periode bei immerhin knapp 36%. Gleich hoch ist inzwischen die Überqualifikation unter Hochschulabsolventen, die zwischen 1994 und 2015 um 5,8 PP gestiegen ist.

Vergleicht man das aktuelle Niveau der Überqualifikation unter jungen HochschulabsolventInnen mit dem Niveau unter den Erwerbstätigen dieser Qualifikation im Haupterwerbsalter zu Beginn der Periode (1994), so treten die Veränderungen in der Platzierung am Arbeitsmarkt noch stärker hervor, ein Prozess, der im Unterschied zu den Erwerbstätigen mit AHS-Matura derzeit noch nicht so weit fortgeschritten ist. Es hängt vor allem von der weiteren Entwicklung der Arbeitsmarktnachfrage in den hoch qualifizierten Berufen ab, wie sich dieser Prozess weiter entwickeln wird.

Tabelle 13: Entwicklung der Überqualifikation von Erwerbstätigen zwischen 1994 und 2015 nach Bildungsebene, Geschlecht und Alter

	Frauen			Männer			Gesamt		
	1994	2015	Diff. (PP)	1994	2015	Diff. (PP)	1994	2015	Diff. (PP)
25- bis 34-jährige Bevölkerung									
LE	12,1%	9,6%	-2,5	8,5%	7,6%	-0,9	9,6%	8,3%	-1,3
BMS	(x)	(x)	(x)	(x)	(x)	(x)	(7,2%)	(4,7%)	(-2,5)
AHS	54,2%	56,2%	2,0	47,4%	51,6%	4,2	51,6%	54,3%	2,7
BHS	46,8%	55,8%	9,0	34,5%	35,5%	1,0	40,8%	46,8%	6,1
UNIFH	34,9%	42,7%	7,8	30,1%	35,9%	5,8	33,0%	40,0%	7,1
ALLE	19,5%	28,0%	8,5	13,0%	17,4%	4,4	15,9%	22,6%	6,7
50- bis 64-jährige Bevölkerung									
LE	(12,2%)	21,6%	(9,4)	4,6%	11,3%	6,6	6,4%	14,8%	8,4
BMS	(x)	9,5%	(x)	(x)	(x)	(x)	6,0%	8,1%	2,0
AHS	(42,5%)	54,3%	(11,7)	(22,9%)	51,5%	(28,6)	30,8%	53,4%	22,7
BHS	(50,4%)	55,9%	(5,5)	(21,7%)	29,6%	(7,9)	32,1%	41,1%	9,0
UNIFH	(x)	27,2%	(x)	(20,2%)	22,2%	(2,0)	20,9%	24,9%	4,0
ALLE	8,3%	20,0%	11,7	6,4%	14,5%	8,1	7,2%	17,2%	10,1

Quelle: Mikrozensus AKE 1994-2015, eigene Berechnungen. Die für die Berechnung der Veränderung zwischen 1994 und 2015 herangezogenen Zahlen basieren auf einem Verfahren, das die Mikrozensus-Strukturbrüche (2003 auf 2004 bzw. 2010 auf 2011) bereinigt (siehe Kapitel 3). (): Werte sind sehr stark zufallsbehaftet. (x): statistisch nicht sinnvoll interpretierbar.

4.5 Entwicklung der Bildungserträge

Wie im vorigen Abschnitt gezeigt wurde, hat sich die Platzierung am Arbeitsmarkt in den höheren Bildungsebenen dergestalt verändert, dass zunehmend berufliche Tätigkeiten mit niedrigeren Anforderungen ausgeübt werden. Im Folgenden wird nun untersucht, ob sich dieser Sachverhalt auch in den Arbeitsmarkteinkommen der Erwerbstätigen widerspiegelt.

In Abbildung 3 und Abbildung 4 sind die Bildungserträge der unselbstständig Erwerbstätigen im längeren Zeitverlauf zwischen 1981 und 2015 für Frauen und Männer dargestellt. Die hier gewählte Darstellung der Bildungserträge gibt jene Differenz im Nettostundenlohn wieder, die im Durchschnitt zwischen Erwerbstätigen mit Pflichtschulbildung (Referenzkategorie) und Erwerbstätigen mit weiterführenden Bildungsabschlüssen besteht, wobei jeweils Personen mit gleicher, d. h. durchschnittlicher, Arbeitsmarkterfahrung verglichen werden.

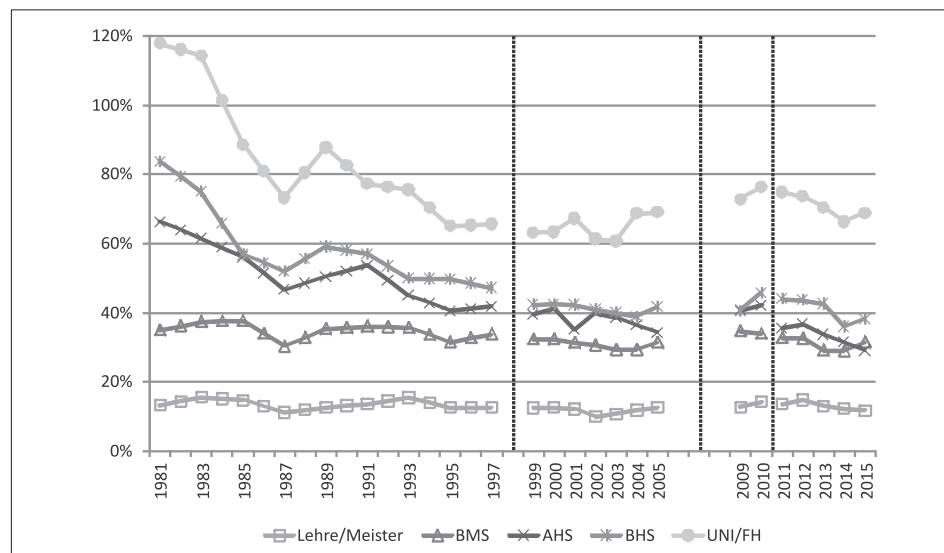
Die Bildungserträge der Frauen haben sich seit Mitte der 1990er-Jahre relativ konstant entwickelt. Davor kam es seit den 1980er-Jahren zu einem Rückgang in den Bildungserträgen in den höheren Bildungsebenen. Diese Entwertung der Bildung am Arbeitsmarkt ist mit der Bildungsexpansion

und dem Anstieg des Angebots an hoch qualifizierten Arbeitskräften in Verbindung gebracht worden.²⁷ Die auch danach weiter anhaltende Bildungsexpansion, die oben dargestellt wurde, hat jedoch nicht weiter zu einer Bildungsinflation geführt. Dieses Ergebnis legt nahe, dass sich die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften am Arbeitsmarkt stabilisiert bzw. entsprechend der Angebotsentwicklung ausgeweitet hat und das zusätzliche Angebot an hoch qualifizierten Arbeitskräften, zumindest im Hinblick auf das von den Erwerbstätigen erzielbare Einkommen, gut aufgenommen worden ist.

Die Verschiebungen in der Berufsstruktur innerhalb der Bildungsebenen, die im vorigen Abschnitt gezeigt wurden, dürften damit nicht systematisch mit Lohneinbußen verbunden sein. Im Gegenteil scheint der Abstand zwischen HochschulabsolventInnen und den Erwerbstätigen mit anderen Bildungsabschlüssen in den letzten Jahren tendenziell etwas größer geworden zu sein. Erwerbstätige mit AHS-Abschluss haben hingegen im Vergleich zu BMS-AbsolventInnen keinen Einkommensvorsprung mehr.

Bei den Männern war die Bildungsinflation in den 1980er-Jahren nicht so stark ausgeprägt wie bei den Frauen (Abbildung 4). Ansonsten trifft mit eini-

Abbildung 3: Monetäre Bildungserträge der Frauen 1981-2015
(Nettostundenlohn der 15- bis 64-jährigen Erwerbstätigen, Referenz: Frauen mit Pflichtschulbildung)

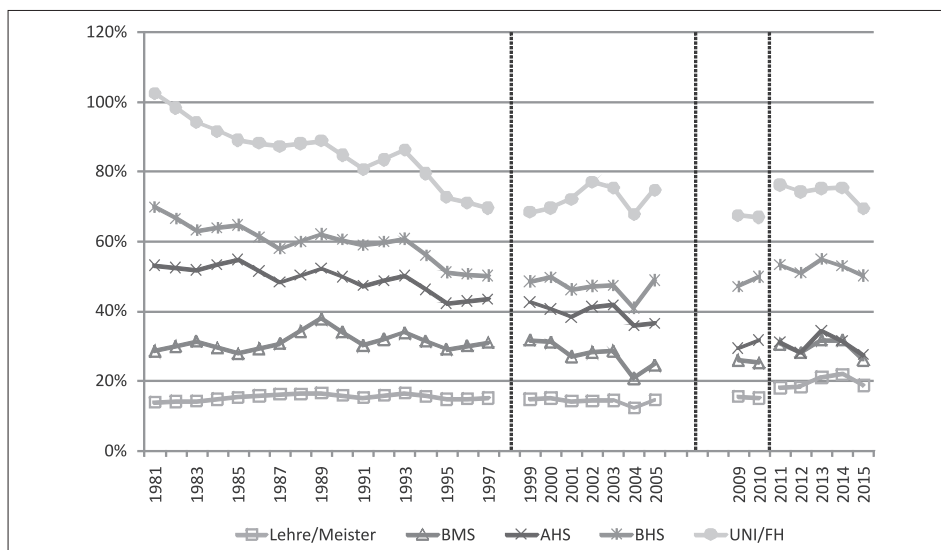


Quelle: Fersterer (2000): 1981-1997, Steiner et al. (2007): 1999-2005, eigene Berechnungen: 2009-2015. Erwerbstätige mit einem Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze, mit einer normalen wöchentlichen Arbeitszeit von 15 bis 80 Stunden und einem Stundenlohn von über 4 Euro. Ohne Lehrlinge und Erwerbstätige, die sich als vorwiegend in Ausbildung befindlich bezeichnen.

gen Ausnahmen das zuvor bei den Frauen diagnostizierte auch auf den weiteren Verlauf bei den Männern weitgehend zu. Die Ausnahmen betreffen die rezente Entwicklung seit 2009. Die Erträge der Hochschulbildung haben sich im Verlauf recht konstant entwickelt. Der Abstand zu Männern mit BHS-Abschluss ist hingegen tendenziell etwas kleiner geworden. Bei Männern ist ein BHS-Abschluss mit höheren Erträgen verbunden als bei Frauen, und der Abstand zu männlichen Erwerbstätigen mit BMS- bzw. AHS-Abschluss ist vergleichsweise groß.

Wie bei den Frauen liegen BMS- und AHS-Abschluss etwa gleichauf, während die Einkommensvorteile von Männern mit Lehrabschluss, bei leicht steigender Tendenz, etwas höher sind als jene von Frauen, jeweils im Vergleich zur Pflichtschulkategorie. Generell sind die Ergebnisse jedoch mit Vorsicht zu interpretieren. Keinesfalls sind jährliche Schwankungen sinnvoll interpretierbar, sondern nur allgemeine Tendenzen im Zeitverlauf.

Abbildung 4: Monetäre Bildungserträge der Männer 1981-2015 (Nettostundenlohn der 15- bis 64-jährigen Erwerbstätigen, Referenz: Männer mit Pflichtschulbildung)



Quelle: Fersterer (2000): 1981-1997, Steiner et al. (2007): 1999-2005, eigene Berechnungen: 2009-2015. Erwerbstätige mit einem Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze, mit einer normalen wöchentlichen Arbeitszeit von 15 bis 80 Stunden und einem Stundenlohn von über 4 Euro. Ohne Lehrlinge und Erwerbstätige, die sich als vorwiegend in Ausbildung befindlich bezeichnen.

Innerhalb der Bildungsebenen unterscheiden sich die Bildungserträge nach der Fachrichtung, in der die Bildung abgeschlossen wurde.²⁸ In der

Folge werden nun die Veränderungen in den geschätzten Bildungserträgen zwischen 2004/05 und 2014/15 beschrieben (siehe Tabelle 14). Bei den Frauen mit Lehrabschluss haben sich die Erträge relativ konstant entwickelt, während bei den Männern zum Teil ein deutlicher Anstieg in den Bildungserträgen von Lehrabsolventen verzeichnet werden kann. Im Vergleich zu männlichen Erwerbstätigen mit Pflichtschulbildung haben erwerbstätige Lehrabsolventen in den Bereichen Büro/Handel bzw. Technik

Tabelle 14: Durchschnittliche monetäre Bildungserträge 2004/05 und 2014/15 (Nettostundenlohn der 15- bis 64-jährigen Erwerbstätigen, Referenz: Pflichtschulbildung)

	Frauen			Männer		
	04/05	14/15	Diff. (PP)	04/05	14/15	Diff. (PP)
Lehre: Büro/Handel	17,2%	17,1%	0,1	19,8%	23,7%	4,0
Lehre: technisch	14,3%	14,6%	0,3	17,9%	24,2%	6,3
Lehre: Fertigung/Verarbeitung	0,5%	1,5%	1,0	5,1%	10,0%	4,8
Lehre: Bau	(x)	(20,3%)	(x)	7,8%	10,7%	2,9
Lehre: sozial/gesundheitlich	(19,4%)	14,4%	(-5,0)	(x)	(18,3%)	(x)
Lehre: Dienstleistung	4,0%	3,4%	-0,6	0,0%	1,9%	2,0
Lehre: land-/forstwirtschaftlich	(3,7%)	(5,4%)	(1,7)	3,4%	5,6%	2,2
Meister	(x)	14,6%	(x)	31,8%	42,3%	10,5
BMS: kaufmännisch	33,5%	30,7%	-2,9	33,2%	33,7%	0,5
BMS: technisch	(16,1%)	19,7%	(3,5)	25,2%	33,1%	7,9
BMS: sozial/gesundheitlich	43,3%	42,9%	-0,4	25,5%	36,5%	11,0
BMS: wirtschaftsberuflich	20,6%	18,2%	-2,5	(x)	(9,2%)	(x)
BMS: land-/forstwirtschaftlich	(-0,4%)	13,6%	(14,0)	3,4%	8,0%	4,6
BHS: kaufmännisch	47,0%	40,1%	-6,9	47,6%	49,3%	1,8
BHS: technisch	(38,9%)	33,8%	(-5,1)	52,1%	55,5%	3,5
BHS: wirtschaftsberuflich	40,1%	35,4%	-4,6	(x)	(26,5%)	(x)
BHS: lehrer-/erzieherbildend	36,0%	40,4%	4,3	(x)	(x)	(x)
UNIFH: wirtschaftswissenschaftlich	89,2%	72,1%	-17,1	99,9%	75,1%	-24,8
UNIFH: rechtswissenschaftlich	(84,9%)	87,8%	(2,9)	81,2%	71,9%	-9,3
UNIFH: naturwissenschaftlich/technisch	(86,2%)	69,4%	(-16,7)	87,8%	80,0%	-7,8
UNIFH: geisteswissenschaftlich	(58,2%)	57,4%	(-0,8)	(50,7%)	37,1%	(-13,6)
UNIFH: sozialwissenschaftlich	(65,1%)	61,9%	(-3,2)	(78,8%)	58,7%	(-20,1)
UNIFH: medizinisch	81,5%	86,6%	5,1	74,4%	91,1%	16,7
UNIFH: pädagogisch	61,4%	62,6%	1,2	47,9%	60,9%	13,0

Quelle: Steiner et al. (2007): 2004/05, eigene Berechnungen: 2014/15. Erwerbstätige mit einem Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze, mit einer normalen wöchentlichen Arbeitszeit von 15 bis 80 Stunden und einem Stundenlohn von über 4 Euro. Ohne Lehrlinge und Erwerbstätige, die sich als vorwiegend in Ausbildung befindlich bezeichnen. (.): Werte sind sehr stark zufallsbehaftet. (x): statistisch nicht sinnvoll interpretierbar.

einen um rund 24% höheren Nettostundenlohn, was einen Anstieg von 4 bzw. 6 PP bedeutet. Höhere Erträge im Zeitverlauf konnten auch Lehrabsolventen in Verarbeitung und Fertigung bzw. im Bau erzielen.

Ähnliches trifft auch auf die Bildungsebenen Meister und BMS-Abschluss zu. Während bei Frauen kaum belastbare Veränderungen zwischen 2004/05 und 2014/15 auftreten, konnten Männer zum Teil deutliche Zuwächse in den Bildungserträgen einzelner Fachrichtungen verzeichnen, insbesondere Meister sowie BMS-Absolventen in der Technik bzw. im Gesundheits- und Sozialwesen. Auch in den BHS-Abschlüssen verzeichneten Frauen mit Ausnahmen der Kindergarten- und Sozialpädagoginnen niedrigere Erträge im Zeitverlauf, während sich bei den Männern ein leichtes Plus zeigt. Zu beachten ist der Zuwachs bei technischen BHS-Absolventen (HTL), die am Ende der Beobachtungsperiode auf einen durchschnittlich knapp 56% höheren Nettostundenlohn kommen als Erwerbstätige mit Pflichtschulabschluss und damit fast auf das durchschnittliche Niveau von Absolventen sozialwissenschaftlicher Studien kommen.

In den Bildungserträgen von HochschulabsolventInnen zeigen sich bemerkenswerte Entwicklungen nach Fachrichtung. Deutliche Rückgänge gibt es in den Wirtschaftswissenschaften, deren Erträge im Jahr 2004/05 sowohl bei Frauen als auch bei Männern am höchsten eingeschätzt wurden. Bei den Frauen können Absolventinnen rechtswissenschaftlicher Studien sowie der Medizin mit einem rund 88% bzw. 87% höheren Lohn im Vergleich zu weiblichen Erwerbstätigen mit Pflichtschulbildung die höchsten Erträge am Arbeitsmarkt lukrieren. Bei den Männern sind es die Mediziner, die im Vergleich zu 2004/05 nun im Durchschnitt die höchsten Stundenlöhne erreichen, gefolgt von den Naturwissenschaftlern und Technikern.

5. Diskussion und Fazit

In dieser Studie wurden auf Basis von Querschnittsdaten der Arbeitskräfteerhebung 1994 bis 2015 eine Vielzahl von Auswertungen zu Indikatoren des Zusammenspiels von Qualifikation und Beschäftigung am österreichischen Arbeitsmarkt durchgeführt. Das Hauptaugenmerk lag dabei auf den Veränderungen in der Bildungs- und Berufsstruktur sowie im Ausmaß der Passung zwischen den beiden Marktseiten im Zeitverlauf. Dadurch sollte gezeigt werden, ob mit der Bildungsexpansion und der damit einhergehenden Höherqualifizierung Verdrängungsphänomene am Arbeitsmarkt feststellbar sind.

Insgesamt hat die steigende Zahl an formal hoch qualifizierten Arbeitskräften zu Verschiebungen in den Bildungs- und Berufsstrukturen geführt, die sich in unterschiedlichem Maße auf die verschiedenen Arbeitsmarkt-

gruppen ausgewirkt haben. Im Zeitverlauf haben hoch qualifizierte ArbeitsmarkteinsteigerInnen zunehmend auf berufliche Positionen im mittleren Segment ausweichen müssen, zulasten von Personen im mittleren und niedrigen Qualifikationssegment. Allerdings handelt es sich dabei nicht um einen eindimensionalen Prozess, denn die Anspannungen konzentrieren sich auf einige Bereiche des Arbeitsmarktes, wovon bestimmte Gruppen von Personen mit niedrigen, mittleren und auch höheren Qualifikationen betroffen sind. Trotz Bildungsexpansion sind jedoch keine flächendeckenden Verdrängungsprozesse beobachtbar, was einerseits auf die gestiegene Nachfrage nach hoch qualifizierten Personen zurückzuführen ist und andererseits auch damit zusammenhängt, dass sich am österreichischen Arbeitsmarkt die Polarisierung im Beobachtungszeitraum noch nicht so deutlich abgezeichnet hat wie in anderen Ländern, weshalb nach wie vor Arbeitsmarktchancen im mittleren Qualifikationssegment bestehen.

Die Anspannungen betreffen insbesondere Personen mit Pflichtschulbildung und auch die zweite Gruppe ohne formale berufsfachliche Spezialisierung, nämlich jene mit AHS-Abschluss. In den Gruppen mit berufsbildenden Abschlüssen (Lehre, BMS, BHS) sowie mit Hochschulabschluss differenzieren sich die Entwicklungen nach Fachrichtung und Geschlecht, wobei in einzelnen Bereichen auch hier Verdrängungseffekte bestehen.

Bei einer konstant niedrigen Beteiligung am Erwerbsleben sind Personen mit Pflichtschulbildung mit einem erheblich höheren Arbeitslosigkeitsrisiko im Zeitverlauf konfrontiert. Im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung ist die Gruppe der formal Unqualifizierten unter den Arbeitslosen im Haupterwerbsalter stark überrepräsentiert. In allen ISCO-Berufshauptgruppen ist ihr Anteil im Beobachtungszeitraum stark gesunken, so auch in den Hilfsberufen, in denen im Jahr 2015 bereits mehr LehrabsolventInnen als Personen mit Pflichtschulbildung tätig waren. Insbesondere den Jungen gelingt es immer weniger, erfolgreich am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Auch für die Gruppe der AHS-AbsolventInnen haben sich die Arbeitsmarktbedingungen bei überdurchschnittlicher Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf verschärft. Zwar hat sich ihr Anteil an der ISCO-Berufshauptgruppe 3 der Technischen und gleichrangigen nichttechnischen Berufe erhöht, doch ist ihr Anteil in den Akademischen Berufen im Zeitverlauf stärker gesunken. Ausgewichen sind sie insbesondere auf die Dienstleistungsberufe (ISCO 5) sowie auf Büroberufe (ISCO 4). Aktuell sind 54% der AHS-AbsolventInnen in ihren Stellen formal überqualifiziert, das ist die höchste Quote im Vergleich der Bildungsebenen. Frauen sind mit 58% stärker betroffen als Männer (49%). Auch die monetären Bildungserträge haben sich in den letzten Jahren vergleichsweise ungünstig für AHS-AbsolventInnen entwickelt: Sowohl bei Männern als auch Frauen liegt das im

Durchschnitt erzielbare Einkommen nicht mehr über jenen von BMS-AbsolventInnen. Insgesamt legen die Befunde nahe, dass die Arbeitsmarktschwierigkeiten trotz der hohen Allgemeinbildung auf die fehlende berufsfachliche Qualifizierung zurückzuführen ist.

Die Nachfrage nach Büroberufen (ISCO 4) hat sich im Zeitverlauf schwächer entwickelt als die gesamte Nachfrage, ebenso wie die Nachfrage nach Handwerks- und verwandten Berufen (ISCO 7) sowie vor allem jene nach Anlagen- und MaschinenbedienerInnen sowie Montageberufen (ISCO 8). Hier ist es zu Verschiebungen zwischen den berufsbildenden Abschlüssen gekommen. In den Büroberufen ist der Anteil an BHS-AbsolventInnen, aber auch jener an AHS- und HochschulabsolventInnen stark angestiegen. Dies ist neben den Personen mit Pflichtschulbildung zulasten von Personen mit BMS-Abschluss gegangen. Die Situation in diesem Bereich ist auch deshalb von erhöhter Konkurrenz um die wenigen offenen Stellen gekennzeichnet, weil die meisten Arbeitslosen nach einer Stelle im Bürobereich suchen und unter Arbeitslosen in allen weiterführenden Bildungsabschlüssen, von der Lehre über die AHS bis hin zu den Hochschulabschlüssen, Büroberufe die Rangliste der am häufigsten gesuchten Berufe anführen.

Obwohl die Zahl der LehrabsolventInnen in der ISCO-Berufshauptgruppe 3 der Technischen und gleichrangigen nichttechnischen Berufe im Zeitverlauf leicht gewachsen ist, ist ihr Anteil an dieser stark expandierenden Berufsgruppe um 11,8 PP auf knapp 27% gefallen. Deutlich gestiegen ist der Anteil der LehrabsolventInnen dagegen in den Dienstleistungs-, Handwerks-, Montage- und Hilfsberufen, jeweils zulasten der Personen mit Pflichtschulbildung. Aufgrund der erhöhten Beschäftigung von LehrabsolventInnen in Hilfsberufen ist das Ausmaß an formaler Überqualifikation leicht angestiegen, aber auf relativ niedrigem Niveau, insbesondere bei Männern (9% im Vergleich zu 16% bei Frauen). Im Vergleich zu Frauen verzeichnen Männer mit Lehrabschluss auch leicht steigende Bildungserträge.

Mit Ausnahme der Büroberufe ist bei BMS-AbsolventInnen keine Verdrängung feststellbar. Im Gegenteil, sie konnten ihren Anteil an den expandierenden Technischen und gleichrangigen nichttechnischen Berufen im Zeitverlauf ausbauen. Das Ausmaß an Überqualifikation ist dementsprechend niedrig und im Zeitverlauf nur wenig angestiegen.

Im Gegensatz dazu weichen formal hoch Qualifizierte mit BHS- bzw. Hochschulabschluss vermehrt auf Berufe mit niedrigeren Qualifikationsanforderungen aus, was, wie bereits geschildert, nur in geringem Maße zur Verdrängung von Personen mit beruflichen Spezialisierungen im Rahmen einer Lehre oder BMS geführt hat. Insbesondere junge AbsolventInnen von höheren Schulen und Hochschulen sind im Zeitverlauf mit zunehmenden Schwierigkeiten beim Übergang in die Erwerbstätigkeit und beim

Finden einer adäquaten Beschäftigung konfrontiert. Zwar ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor auf relativ niedrigem Niveau, doch ist sie im Beobachtungszeitraum stark gestiegen.

Die Geschlechtersegregation in der Wahl berufsbildender Fachrichtungen schlägt sich in Unterschieden im Ausmaß der Überqualifikation nieder. Mehr als die Hälfte der Frauen mit BHS-Abschluss sind formal überqualifiziert. Bei den Männern ist dieser Anteil, der im Zeitverlauf nur wenig angestiegen ist, mit einem Drittel vergleichsweise niedrig. Unter den HochschulabsolventInnen ist die Geschlechterdifferenz im Hinblick auf die Überqualifikation weniger groß, wenngleich vorhanden (36% der Frauen bzw. 30% der Männer).

Die Bildungsexpansion der vergangenen Jahrzehnte geht also mit einer erheblichen formalen Überqualifikation von HochschulabsolventInnen einher, die bei jungen Frauen stärker ausgeprägt ist als bei jungen Männern. Vergleicht man das aktuelle Niveau der Überqualifikation unter jungen HochschulabsolventInnen mit dem Niveau unter den Erwerbstätigen dieser Qualifikation im Haupterwerbsalter zu Beginn der Periode 1994, so treten die Veränderungen in der Platzierung am Arbeitsmarkt noch stärker hervor. Es hängt vor allem von der weiteren Entwicklung der Nachfrage nach hoch qualifizierten Personen ab, wie sich dieser Prozess in Zukunft gestalten wird.

Anmerkungen

¹ Goos et al. (2009, 2014) sowie jüngst OECD (2017) finden eine Polarisierung am österreichischen Arbeitsmarkt, während aus den österreich-spezifischen Analysen (u. a. Hofer et al. [2017], sowie Mesch [2015]) keine eindeutigen Polarisierungstendenzen ableitbar sind.

² Vgl. Hofer et al. (2017).

³ Z. B. Sørensen und Kalleberg (1981).

⁴ Klein (2015).

⁵ Thurow (1975).

⁶ Sicherman und Galor (1990).

⁷ Z. B. Wolbers (2003), Meroni und Vera-Toscano (2017).

⁸ Z. B. Gächter (2006); Huber et al. (2010); Bock-Schappelwein et al. (2014); Vogtenhuber (2014a, b).

⁹ Fersterer (2000).

¹⁰ Fersterer (2000); Steiner, Schuster, Vogtenhuber (2007).

¹¹ Vogtenhuber et al. (2012).

¹² Für nähere Informationen siehe Kapitel 3.1 im IHS-Projektbericht Vogtenhuber et al. (2017).

¹³ Zwischen 2000 und 2008 war keine Einkommensinformation in der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung verfügbar. Für ausgewählte Analysen wurden aber bereits die Lohnsteuerdaten genutzt, welche mit dem Mikrozensus verknüpft wurden; siehe dazu auch Steiner et al. (2007).

¹⁴ Vgl. Baierl et. al (2011).

- ¹⁵ Vgl. Vogtenhuber et al. (2017) Abbildung 7.
- ¹⁶ Vgl. Vogtenhuber et al. (2017) Abbildung 3.
- ¹⁷ Vgl. Vogtenhuber et al. (2017) Abbildung 8.
- ¹⁸ Die Schaubilder dazu finden sich im Anhang des Projektberichts zur Studie Vogtenhuber et al. (2017) Abbildung 9 bis Abbildung 17.
- ¹⁹ Lassnigg und Vogtenhuber (2007).
- ²⁰ Die Tabellen dieses Abschnitts finden sich im IHS-Projektbericht zur Studie Vogtenhuber et al. (2017) Tabelle 17 bis Tabelle 20.
- ²¹ Absolut ist auch die Zahl der Lehrabsolventinnen im Handel gestiegen (von 163.000 auf 174.000), die Gesamtgruppe der Lehrabsolventinnen ist jedoch stärker gewachsen. Die Zahl der Frauen mit Lehrabschlüssen im Gesundheits- und Sozialwesen stieg von 39.000 auf 61.000.
- ²² Die Zahl der Pädagogik-AbsolventInnen wuchs von rund 78.000 im Jahr 2004/05 auf 96.000 zehn Jahre später, jene der männlichen Kollegen sank hingegen von 33.000 auf 28.000.
- ²³ Vogtenhuber et al. (2017) Kapitel 4.3.2.
- ²⁴ In der Berufsgruppe der Führungskräfte (ISCO 1), die keinem ISCO-Skill-Level zugeordnet ist, ist ebenfalls eine deutliche Höherqualifizierung im Zeitverlauf beobachtbar.
- ²⁵ Nach Bereinigung der Mikrozensus-Strukturbrüche ergibt sich ein Wachstum in der Berufsgruppe im Ausmaß von 80% zwischen 1994 und 2015 (von 242.000 auf 437.000 Erwerbstätige).
- ²⁶ Die ISCO-Berufshauptgruppen 0 (SoldatInnen) sowie 1 (Führungskräfte) sind keinem ISCO-Skill-Level zugeordnet und sind daher in den Analysen zum *Mismatch* nicht inkludiert.
- ²⁷ Fersterer, Winter-Ebmer (2003).
- ²⁸ Vgl. Steiner et al. (2007).

Literatur

- Baierl, A.; Gumprecht, D.; Gumprecht, N., Monatliches Nettoeinkommen im Mikrozensus – Konzept, in: Statistische Nachrichten 7 (2011) 596-612.
- Bock-Schappelwein, J.; Egger-Subotitsch, A.; Bartok, L.; Schneeweiß, S., Formale Überqualifikation von Arbeitskräften und ihre Einflussfaktoren, in: Statistik Austria (Hrsg.), Schlüsselkompetenzen von Erwachsenen – Vertiefende Analysen der PIAAC-Erhebung 2011/12 (Wien 2014) 340-353.
- Di Stasio, V.; Bol, T.; Van de Werfhorst, H.G., What makes education positional? Institutions, overeducation and the competition for jobs, in: Research in Social Stratification and Mobility 43 (2016) 53-63.
- Fersterer, J., Erträge der Schulbildung in Österreich. Eine empirische Untersuchung (= Dissertation an der Johannes Kepler Universität Linz, Linz 2000).
- Fersterer, J.; Winter-Ebmer, R., Are Austrian returns to education falling over time?, in: Labour Economics 10 (2003) 73-89.
- Gächter, A., MigrantInnen für ihre Jobs oft überqualifiziert, in: Armutskonferenz (Hrsg.), Mut zum Möglichen! Armut ist vermeidbar. Wie ökonomische Mythen wirken. Warum soziale Alternativen realisierbar sind; Dokumentation der Sechsten Österreichischen Armutskonferenz (Wien 2006) 46-49.
- Hirsch, F., Social limits to growth (London 1977).
- Hofer, H.; Titlbach, G.; Vogtenhuber, St., Polarisierung am österreichischen Arbeitsmarkt? in: Wirtschaft und Gesellschaft 43/3 (2017) 379-404.

- Huber, P.; Nowotny, K.; Bock-Schappelwein, J., Qualification Structure, Over- and Under-qualification of the Foreign Born in Austria and the EU (= FIW Research Reports 2009/10 N 08, 2010).
- Klein, M., The increasing unemployment gap between the low and high educated in West Germany. Structural or cyclical crowding-out?, in: *Social Science Research* 50 (2015) 110-125.
- Lassnigg, L.; Vogtenhuber, St., Klassifikationsentwicklung für Ausbildung und Beruf, IHS-Projektbericht im Auftrag des BMUKK (Wien 2007).
- Meroni, E. C.; Vera-Toscano, E., The persistence of overeducation among recent graduates, in: *Labour Economics* 48 (2017) 120-143.
- Mesch, M., Der Berufs- und Branchenstrukturwandel der Beschäftigung in Österreich 1991-2012 (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 140, Wien 2015).
- OECD, Employment Outlook 2017 (Paris 2017); online: http://dx.doi.org/10.1787/empl_outlook-2017-en.
- Sicherman, N.; Galor, O., A Theory of Career Mobility, in: *Journal of Political Economy* 98/1 (1990) 169-192.
- Sørensen, A. B.; Kalleberg, A. L., An Outline of a Theory of the Matching of Persons to Jobs, in: Berg, I. (Hrsg.) *Sociological Perspectives on Labor Markets* (New York 1981) 49-74.
- Steiner, P. M.; Schuster, J.; Vogtenhuber, St., Bildungserträge in Österreich von 1999 bis 2005 (IHS, Wien 2007).
- Thurow, L., *Generating Inequality* (New York 1975).
- Vogtenhuber, St.; Lassnigg, L.; Radinger, R.; Gurtner-Reinthal, S. M., Outcome – Wirkungen des Schulsystems, in: Bruneorth, Michael; Lassnigg, Lorenz (Hrsg.), *Nationaler Bildungsbericht Österreich 2012, Band 1: Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren* (Graz 2012) 177-194.
- Vogtenhuber, St., The impact of within country heterogeneity in vocational specificity on initial job matches and job status, in: *Journal of Vocational Behavior* 84/3 (2014a) 374-384.
- Vogtenhuber, St., Die berufliche Nutzung mathematischer Kompetenzen: Determinanten der Utilisierung und Effekte auf das Einkommen, in: Statistik Austria (Hrsg.), *Schlüsselkompetenzen von Erwachsenen – Vertiefende Analysen der PIAAC-Erhebung 2011/12* (Wien 2014b) 354-375.
- Vogtenhuber, St.; Baumegger, D.; Lassnigg, L., Arbeitskräfteangebot und Nachfrage: Verdrängung durch Bildungsexpansion? IHS-Projektbericht im Auftrag der Arbeiterkammer Wien (Wien 2017).
- Wolbers, M. H. J., Job Mismatches and their Labour-Market Effects among School-Leavers in Europe, in: *European Sociological Review* 19/3 (2003) 249-266.

Zusammenfassung

Diese Studie untersucht das Zusammenspiel von Qualifikation und Beschäftigung am österreichischen Arbeitsmarkt im Zeitverlauf von 1994 bis 2015. Die Bildungsexpansion hat zu Verschiebungen in den Bildungs- und Berufsstrukturen geführt, wobei hoch qualifizierte ArbeitsmarkteinsteigerInnen zunehmend auf berufliche Positionen im mittleren Segment ausweichen müssen, zulasten von Personen im mittleren und niedrigen Qualifikationssegment. Aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften sind jedoch keine flächendeckenden Verdrängungsprozesse beobachtbar, denn nach wie vor bestehen Arbeitsmarktchancen im mittleren Qualifikationssegment. Die Anspannungen zeigen sich insbesondere bei Arbeitskräften ohne weiterführende formale berufs-

fachliche Qualifikationen sowie in den Büroberufen. Von Überqualifikation sind Frauen stärker betroffen als Männer.

Abstract

This study examines changes in the supply-demand relationship on the Austrian labor market between 1994 and 2015. In this period, educational expansion has contributed to structural shifts in qualification and employment. Highly qualified labor market entrants are increasingly allocated to occupational groups that had previously tended to require less education. This has limited the employment prospects of certain groups at the medium and low qualification level, however, due to rising skill demands no extensive labor market crowding out effects are observed. While there are still employment chances for large parts of the medium qualified, in particular those who have attained no more than compulsory schooling and those without vocational qualifications are at risk of displacement, like workers trained in office occupations. Women are disproportionately affected by overqualification.

Die Struktur der österreichischen Staatsausgaben im europäischen Ländervergleich

Philipp Heimberger

1. Einleitung

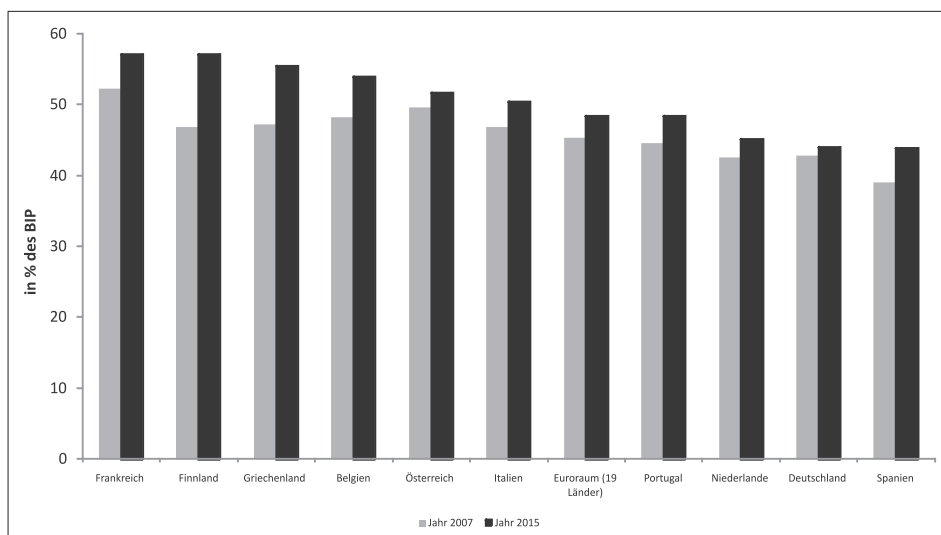
Die Frage nach Aufgaben und Finanzierung des österreichischen Sozialstaates steht im Mittelpunkt aktueller wirtschaftspolitischer Debatten. Wenn die politische Auseinandersetzung mit den Strukturen der österreichischen Staatsausgaben sachlich fundiert ausfallen soll, führt kein Weg an einer faktenbasierten Analyse vorbei. Eine finanzwissenschaftliche Untersuchung zu den Funktionen des Staates setzt Kenntnisse darüber voraus, welche Mittel zur Erreichung welcher Staatsziele aufgewendet werden.¹ Ein wesentlicher Anhaltspunkt für eine sachliche Herangehensweise ist in diesem Zusammenhang der Vergleich der staatlichen Ausgabenstrukturen Österreichs mit anderen europäischen Ländern.

Um die Frage zu beantworten, welche budgetären Mittel in Österreich für welche Zwecke aufgewendet werden und wie sich die staatlichen Ausgabencharakteristika im europäischen Vergleich darstellen, fasst dieser Artikel einige wesentliche Ergebnisse der umfassenderen Studie von Heimberger (2017) zusammen. Die Analyse beruht auf den COFOG-Daten („Classification of the Functions of Government“) von Eurostat, welche die Staatsausgaben nach Funktionen abbilden.² Die Analyse der COFOG-Daten ist in der bisherigen Literatur noch nicht sehr weit gediehen.³ In diesem Artikel sollen deshalb einige erste Erkenntnisse aus vertiefenden quantitativen Ländervergleichen der Staatsausgabenstrukturen dargestellt werden. Es zeigt sich, dass eine fundierte ländervergleichende Auseinandersetzung mit Staatsausgaben die Berücksichtigung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsfaktoren, der Organisation der staatlichen Leistungserbringung sowie von statistischen Besonderheiten erfordert.

2. Staatliche Bildungs-, Gesundheits- und Sozialausgaben im europäischen Vergleich

Abbildung 1 zeigt die Höhe der Staatsausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung. Österreich lag mit einer Staatsausgabenquote von 51,6% des BIP im Jahr 2015 im Mittelfeld jener Eurozoneländer, die mindestens ein Hundertstel zur Eurozone-Wirtschaftsleistung beitragen.⁴ Frankreich und Finnland wiesen mit Staatsausgaben in der Höhe von 57,0% des BIP die höchsten Werte aus, gefolgt von Griechenland und Belgien. Seit 2007 – dem Jahr vor dem Ausbruch der großen Finanz- und Wirtschaftskrise – stieg die Staatsausgabenquote in Österreich um 2,1 Prozentpunkte, wobei dieser Anstieg jedoch geringer ausfiel als in Ländern wie Frankreich (+4,8%-Punkte), Finnland (+10,2%-Punkte) und Belgien (+5,7%-Punkte).

Abbildung 1: Gesamte Staatsausgaben in % der Wirtschaftsleistung (2015)



Quelle: Eurostat (COFOG-Daten; Aktualisierung am 24.4.2017). Daten für Irland werden aufgrund von Datenproblemen nicht in der Darstellung berücksichtigt (Eurostat 2016).

Dieser erste Blick auf die Staatsausgabenquote bedarf jedoch einiger erster qualifizierender Anmerkungen. Erstens kann die Staatsausgabenquote bspw. auch dann steigen, wenn die Bezugsgröße – das BIP – in geringerem Maße ansteigt als die Ausgaben. In Griechenland geht der Anstieg der Staatsausgabenquote zwischen 2007 und 2015 beispielsweise auf das Absinken des BIP zurück; denn obwohl die nominellen Staatsausgaben in diesem Zeitraum um 11,1% sanken, stieg die griechische Staatsausgabenquote weiter an, weil das nominelle BIP um fast ein Viertel

schrumpfte. Zweitens erscheint es im Allgemeinen sinnvoll, die Betrachtung der Staatsausgabenquoten durch eine Berücksichtigung der Konsumausgaben privater Haushalte zu ergänzen, weil sich die europäischen Länder in der Ausgestaltung der öffentlichen bzw. privaten Ausgabenkomponenten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystems erheblich unterscheiden. Heimberger (2017) zeigt, dass der Anteil der privaten Konsumausgaben an den Gesamtausgaben in jenen EU-Ländern geringer ist, die eine höhere Staatsausgabenquote aufweisen (und *vice versa*).⁵ Dies deutet darauf hin, dass staatliche Ausgaben eine Entlastung für private Haushalte darstellen können. Drittens erlaubt Abbildung 1 noch keinerlei Aussagen darüber, zur Erreichung welcher Ziele der jeweilige Staat seine Mittel einsetzt – ein Problem, dem man jedoch anhand der COFOG-Daten beikommen kann, weil diese die Staatsausgaben nach Funktionen aufschlüsseln.

Tabelle 1 zeigt den Anteil der staatlichen Ausgaben für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung an den gesamten Staatsausgaben. In der EU-28 entfielen ebenso wie im Euroraum im Jahr 2015 rund zwei Drittel aller Staatsausgaben auf Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung. Die staatlichen Ausgaben für soziale Sicherung sind dabei höher als die Ausgaben für Bildung und Gesundheit zusammengefasst. Einige EU-Länder, darunter auch Österreich, weichen nach oben vom Durchschnitt ab. In den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten Dänemark, Schweden und Finnland, die durch ein dichtes Netz an Sozialleistungen sowie aktive Arbeitsmarktpolitik und staatliche Kinderbetreuungseinrichtungen charakterisiert sind,⁶ fallen insbesondere die Ausgaben für soziale Sicherung überdurchschnittlich hoch aus. Andere Staaten weichen nach unten vom EU-Durchschnitt des prozentualen Anteils der Ausgaben für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung an den Gesamtausgaben ab. Besonders in den im Zuge jüngster EU-Erweiterungsrunden hinzugekommenen Ländern wie Bulgarien und Rumänien sind die staatlichen Ausgaben für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung unterdurchschnittlich, aber auch in den baltischen Ländern ist dies der Fall.⁷

Die südeuropäischen Länder Griechenland, Spanien und Portugal weisen einen unterdurchschnittlichen Anteil der staatlichen Ausgaben für soziale Sicherung am BIP aus. In Österreich hingegen liegt der Anteil der Ausgaben für soziale Sicherung an den staatlichen Gesamtausgaben mit 42% im EU-Spitzenfeld. Zusammengefasst machten die Staatsausgaben für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung in Österreich im Jahr 2015 67,1% der gesamten Staatsausgaben aus. Tabelle 1 veranschaulicht jedoch, dass dies im europäischen Vergleich ein typischer Anteilswert für einen entwickelten Sozialstaat ist.

Tabelle 1: Prozentualer Anteil von staatlichen Ausgaben für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung an den gesamten Staatsausgaben (2015)

	Bildung	Gesundheit	Soziale Sicherung	Summe
Dänemark	12,8	15,6	43,0	71,5
Deutschland	9,6	16,3	43,1	68,9
Schweden	13,0	13,8	41,6	68,5
Finnland	11,0	12,6	44,9	68,4
Großbritannien	12,0	17,8	38,4	68,1
Luxemburg	12,4	10,9	44,8	68,0
Österreich	9,6	15,5	42,0	67,1
Frankreich	9,6	14,3	43,1	67,0
Niederlande	12,0	17,7	36,8	66,5
Europäische Union (28 Länder)	10,3	15,2	40,6	66,1
Euroraum (19 Länder)	9,7	14,9	41,5	66,1
Italien	7,9	14,1	42,6	64,6
Irland	12,4	19,3	32,7	64,5
Belgien	11,9	14,2	37,5	63,7
Litauen	15,4	16,5	31,7	63,7
Portugal	12,4	12,7	37,8	62,9
Spanien	9,3	14,2	39,1	62,6
Polen	12,6	11,2	38,3	62,1
Slowenien	11,6	14,0	36,1	61,7
Estland	15,1	13,7	32,1	60,9
Tschechische Republik	11,8	18,2	30,1	60,1
Slowakei	9,3	15,7	33,0	58,0
Malta	13,3	14,2	30,1	57,6
Lettland	16,2	10,3	31,0	57,5
Kroatien	10,1	14,1	32,3	56,5
Bulgarien	9,8	13,4	32,6	55,8
Griechenland	7,8	8,2	37,0	53,0
Rumänien	8,6	11,8	32,1	52,5
Ungarn	10,3	10,6	29,9	50,8
Zypern	14,2	6,4	29,9	50,5

Anmerkung: Die Reihung der EU-Länder basiert auf der Summe des Anteils der Bildungs-, Gesundheits- und Sozialausgaben (absteigend, beginnend mit dem Land, das die höchste Summe aufweist).

Quelle: Eurostat (COFOG-Daten; Daten-Update am 24.4.2017); eigene Berechnungen.

3. Österreich, Belgien und Deutschland: Ein Vergleich der Staatsausgabenstrukturen

Der Fokus der Analyse liegt im Anschluss auf einer Einordnung von Österreichs staatlichen Ausgabenstrukturen im Vergleich mit Belgien und Deutschland. Vertiefende Ländervergleiche sind wenig aussagekräftig, wenn sie hochproduktive Ökonomien bzw. entwickelte Sozialstaaten wie Österreich mit Ländern vergleichen, in denen generell weniger Mittel zur Verfügung stehen und öffentliche Leistungen damit eine geringere Rolle bei der Absicherung der Bevölkerung vor gesundheitlichen und sozialen Risiken spielen können.⁸ Österreich, Belgien und Deutschland teilen jedoch nicht nur eine gemeinsame Währung (den Euro), sondern sind anhand von wirtschaftlichem Entwicklungsniveau, historisch gewachsenen sozialpartnerschaftlichen Institutionen und Produktionsstrukturen sinnvoll miteinander vergleichbar.⁹

Tabelle 2: COFOG-Ausgaben in % des BIP (2015)

	Österreich	Belgien	Deutschland
Gesamt	51,6	53,9	44,0
Allgemeine öffentliche Verwaltung	6,9	8,1	5,9
<i>davon Staatsschuldentransaktionen (Zinsen)</i>	2,6	3,1	1,7
<i>davon sonstige allgemeine öffentliche Verwaltung</i>	4,3	5,0	4,2
Verteidigung	0,6	0,8	1,0
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	1,4	1,8	1,6
Wirtschaftliche Angelegenheiten	6,2	6,5	3,1
Umweltschutz	0,4	0,9	0,6
Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen	0,4	0,3	0,4
Gesundheitswesen	8,0	7,7	7,2
Freizeitgestaltung, Kultur und Religion	1,2	1,2	1,0
Bildungswesen	5,0	6,4	4,2
Soziale Sicherung	21,7	20,2	19,0

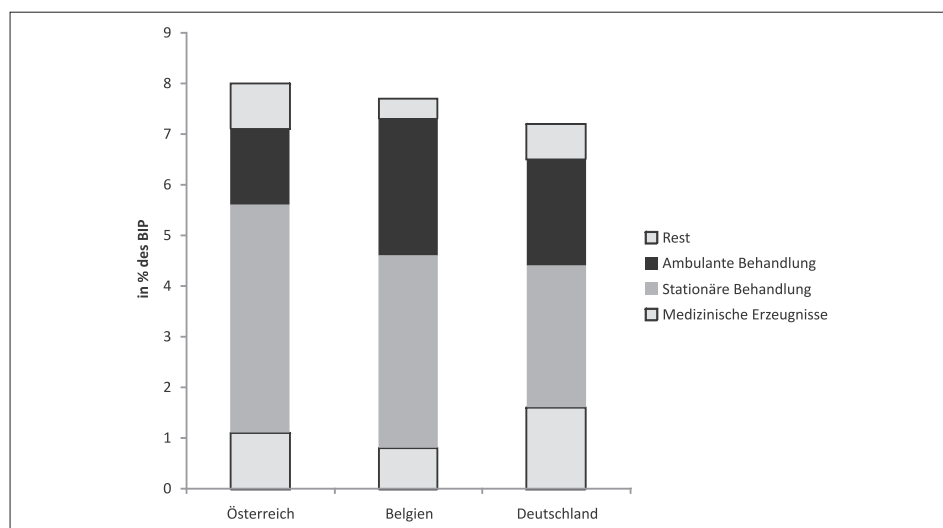
Anmerkung: In der Kategorie der sonstigen öffentlichen Verwaltung werden hier alle COFOG-Unterkategorien im Bereich öffentliche Verwaltung mit Ausnahme der Staatsschuldentransaktionen zusammengefasst: Exekutiv- und Legislativorgane, Finanz- und Steuerwesen, auswärtige Angelegenheiten; Wirtschaftshilfe für das Ausland; Allgemeine Dienste; Grundlagenforschung; Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich allgemeine öffentliche Verwaltung; Allgemeine öffentliche Verwaltung, a.n.g.; Transfers allgemeiner Art zwischen verschiedenen staatlichen Ebenen; vgl. Eurostat (2011) 157-159.

Tabelle 2 veranschaulicht die Zusammensetzung der staatlichen Ausgabenquoten für Österreich, Belgien und Deutschland anhand von staatlichen Funktionen. Anschließend wird auf die hervorstechendsten Ausga-

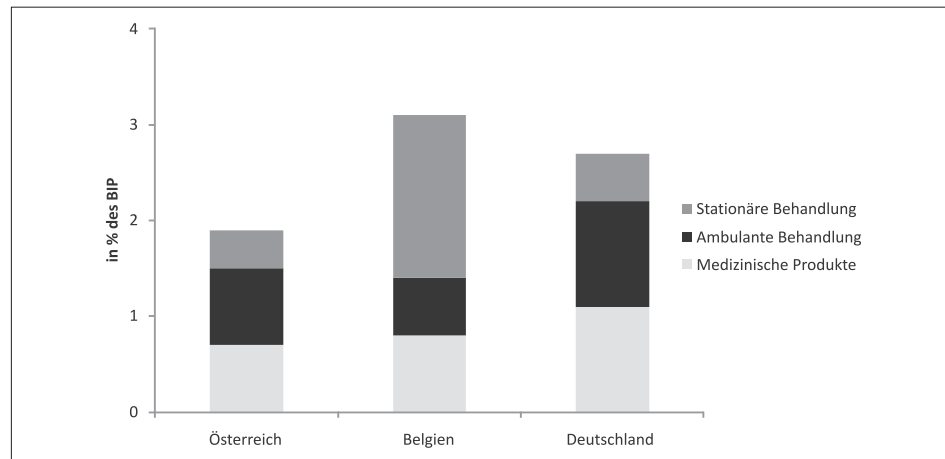
benunterschiede zwischen den drei Ländern einzugehen sein. Erstens ist Belgien mit 6,4% des BIP das Land mit der höchsten staatlichen Bildungsausgabenquote;¹⁰ Österreich (5,0%) und Deutschland (4,2% des BIP) fallen deutlich ab. Heimberger (2017) zeigt jedoch anhand von relevantem Datenmaterial, dass die Bevölkerung der unter 18-Jährigen in Deutschland seit 2001 markant geschrumpft, in Belgien hingegen kräftig angewachsen ist, was sich auch in den SchülerInnenzahlen niederschlägt. Während also die wachsende junge Bevölkerung in Belgien Aufwärtsdruck auf die Bildungsausgaben ausübte,¹¹ wirkte die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im Zeitverlauf dämpfend auf die Bildungsausgaben ein. Österreich liegt bei der Dynamik dieser Entwicklungen zwischen Belgien und Deutschland.¹²

Im Bereich der staatlichen Gesundheitsleistungen zeigen sich in Österreich relativ hohe Ausgaben für Krankenhäuser (siehe Abb. 2). In diesem Zusammenhang ist jedoch nicht nur darauf hinzuweisen, dass in Österreich die staatlichen Ausgaben im ambulanten Bereich relativ niedrig und auch die privaten Gesundheitsausgaben im Dreiländervergleich am geringsten sind (siehe Abb. 3). Heimberger (2017) zeigt darüber hinaus, dass Österreich seine Krankenhäuser in erheblich stärkerem Maße staatlich betreibt als Deutschland, was zwangsläufig zu Unterschieden in den Gesundheitsausgabenquoten führen muss.¹³ Derartige zentrale Fakten müssen im Rahmen von tiefergehenden Effizienzanalysen der Gesundheitsausgaben berücksichtigt werden.¹⁴ Denn die Organisation von privaten und öffentlichen Gesundheitsleistungen unterscheidet sich selbst im

Abbildung 2: Staatsausgaben für Gesundheit in % des BIP (2015)



Quelle: Eurostat (COFOG).

Abbildung 3: Privatausgaben für Gesundheit in % des BIP (2015)

Quelle: Eurostat (COICOP).

Vergleich reicher Industrieländer erheblich – mit Konsequenzen für die Gesundheitskosten, die private Haushalte übernehmen müssen.¹⁵

Aus Tabelle 2 geht zudem hervor, dass Österreichs Staatsausgaben für allgemeine öffentliche Verwaltung im Jahr 2015 mit 6,9% des BIP deutlich unter jenen Belgiens, aber um einen Prozentpunkt höher als in Deutschland lagen. Diese Unterschiede sind jedoch fast ausschließlich auf Divergenzen bei Zinszahlungen für Staatsanleihen zurückzuführen: Im Vergleich zu Österreichs Ausgaben für Staatsschuldentransaktionen in der Höhe von 2,6% des BIP waren die Zinsausgaben in Deutschland geringer (1,7% des BIP) und in Belgien höher (3,1% des BIP). Die Ausgaben für sonstige öffentliche Verwaltung¹⁶ waren in Österreich mit 4,3% des BIP dementsprechend fast gleich hoch wie in Deutschland (4,2% des BIP) und geringer als in Belgien (5,0% des BIP).¹⁷

4. Grenzen quantitativer Vergleiche von Staatsausgaben

Das vorangegangene Kapitel hat anhand der Ausführungen zu Ausgabenunterschieden in den Bereichen Bildung und Gesundheit bereits darauf verwiesen, dass eine rein quantitative Betrachtung der staatlichen Ausgabenstrukturen mehrerer Länder in die Irre führen kann, wenn wesentliche Kontextfaktoren nicht einbezogen werden. Dieses Kapitel beinhaltet ausgewählte Ergebnisse einer vertiefenden Analyse zu den Grenzen quantitativer Vergleiche von Staatsausgaben; dabei werden die aus Tabelle 2 ersichtlichen staatlichen Ausgabenunterschieden zwischen Österreich, Belgien und Deutschland in den Bereichen „Soziale Sicherung“ und „Wirtschaftliche Angelegenheiten“ näher untersucht.

4.1 Staatliche Ausgaben für soziale Sicherung: Die Organisation staatlicher Leistungen ist wesentlich

Aus Tabelle 3 geht klar hervor, dass Österreich mit staatlichen Ausgaben von 21,7% des BIP für soziale Sicherung über Belgien (20,2%) und Deutschland (19,0% des BIP) liegt. In diesem Zusammenhang ist jedoch auf zahlreiche Besonderheiten in der Organisation der Sozialsysteme zu verweisen, die im Hinblick auf direkte quantitative Ländervergleiche zur Vorsicht gemahnen.

Deutschland wies im Jahr 2015 mit 1,6% des BIP deutlich geringere staatliche Ausgaben für Familien und Kinder aus als Österreich (2,3%) und Belgien (2,4% des BIP). Hierbei spielen jedoch Besonderheiten der staatlichen Leistungserbringung eine wesentliche Rolle: So fließt in Österreich die Familienbeihilfe in Form von direkten staatlichen Transferzahlungen.¹⁸ Deutschland hingegen gewährt Familienunterstützung in hohem Maße in Form von Steuerermäßigungen im Rahmen des Ehegattensplitting und des Kinderfreibetrags in der Einkommensteuer.¹⁹ Im österreichischen Fall der Organisation der Familienbeihilfe werden also zuerst Steuern und Abgaben erhoben, was aus statistischer Sicht gegenüber Deutschland zu einer höheren Abgabenquote und höheren Staatsausgaben für Familienleistungen führt, weil die Leistungen in Deutschland größtenteils als Steuervorteile konstruiert sind.²⁰

Tabelle 3: COFOG-Ausgaben für soziale Sicherung in % des BIP (2015)

	Österreich	Belgien	Deutschland
Gesamt	21,7	20,2	19,0
Krankheit und Erwerbsunfähigkeit	1,9	3,5	3,1
Alter	13,1	9,1	9,2
Hinterbliebene	1,5	1,8	1,9
Familien und Kinder	2,3	2,4	1,6
Arbeitslosigkeit	1,5	2,0	1,7
Sonstige	1,3	1,4	1,5

Anmerkung: Die Kategorie „Sonstige“ fasst vier Unterkategorien der COFOG-Daten zusammen: Wohnraum; Soziale Hilfe a.n.g.; Angewandte Forschung; und Soziale Sicherung a.n.g.; vgl. Eurostat (2011) 180-181.

Quelle: Eurostat (COFOG-Daten; Daten-Update am 24.4.2017); eigene Berechnungen.

Die staatlichen Ausgaben für Alterssicherung machen in allen drei Ländern den mit Abstand größten Anteil der Sozialausgaben aus. Die österreichischen Pensionsausgaben betrugen, wie Tabelle 3 veranschaulicht, im Jahr 2015 rund 13,1% des BIP; damit waren sie rund 4 Prozentpunkte höher als in Belgien und Deutschland. Eine solche rein quantitative Be-

trachtung lässt allerdings Unterschiede in der Gestaltung des Pensionsystems zwischen den Ländern unberücksichtigt. Aus Tabelle 3 ist ebenfalls ersichtlich, dass Deutschland bei den Ausgaben für Krankheit und Erwerbsunfähigkeit mit 3,1% des BIP ebenso wie Belgien (3,5% des BIP) deutlich über Österreich (1,9%) liegt. Diese Zahlen deuten auf einen unmittelbaren Zusammenhang mit den ausgewiesenen Ausgaben für Pensionen hin: Während in Österreich ältere erwerbsunfähige Personen als PensionistInnen die COFOG-Statistiken im Bereich Alterssicherung belasten, sind in den anderen beiden Ländern die Sozialausgaben für alte, erwerbsunfähige Personen verstärkt unter „Krankheit und Erwerbsunfähigkeit“ ausgewiesen.

Die Beschäftigungsquote der 50- bis 64-Jährigen ist seit Mitte der 2000er-Jahre in Deutschland noch stärker angestiegen als in Österreich.²¹ Indem der Pensionsantritt nach hinten verschoben wurde, übten die Entwicklungen in Deutschland in besonderem Maße Aufwärtsdruck in der Kategorie „Krankheit und Erwerbsunfähigkeit“ aus, weil sie mit einer Zunahme von Erwerbsarmut²² sowie mit Krankheiten von älteren Menschen in Verbindung stehen, die nicht die Pension antreten konnten. Auch darüber hinaus sind bei der Einschätzung der COFOG-Pensionsausgaben strukturelle Unterschiede im Vergleich der Pensionssysteme zu berücksichtigen: Österreich setzt stärker auf das öffentliche System und stellt damit auch ein höheres Pensionsniveau aus der gesetzlichen Pensionsversicherung bereit als Deutschland. Höhere öffentliche Pensionsleistungen in Österreich im Vergleich zu Deutschland sind u. a. auf eine höhere Anrechnung für Versicherungsjahre, auf die Einbindung von Selbstständigen in die Pensionsversicherung sowie auf ein höheres Mindestsicherungsniveau zurückzuführen.²³

Auch ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen wirken auf die Sozialausgaben ein. Dieser Punkt lässt sich zum einen anhand der bereits diskutierten Pensionsausgaben beleuchten, deren langfristige Entwicklung maßgeblich von der Beschäftigungsentwicklung abhängt, weil in umlagefinanzierten Systemen die Leistungsansprüche der Menschen maßgeblich durch ihre Beschäftigungshistorie determiniert sind.²⁴ Das klassische Beispiel für die Abhängigkeit der Sozialausgaben von der wirtschaftlichen Entwicklung ist jedoch das Arbeitslosengeld. Hier zeigt eine Analyse von Arbeitslosenquote und der Höhe der COFOG-Ausgaben für Arbeitslosigkeit (in % des BIP) im Zeitraum 2001-2015 für Belgien, Deutschland und Österreich ganz klar einen engen, statistisch hoch signifikanten positiven Zusammenhang dieser beiden Variablen. Dies unterstreicht die hohe Konjunktursensibilität arbeitslosigkeitsbezogener Ausgaben und die Bedeutung einer an Vollbeschäftigung orientierten makroökonomischen Politik.²⁵

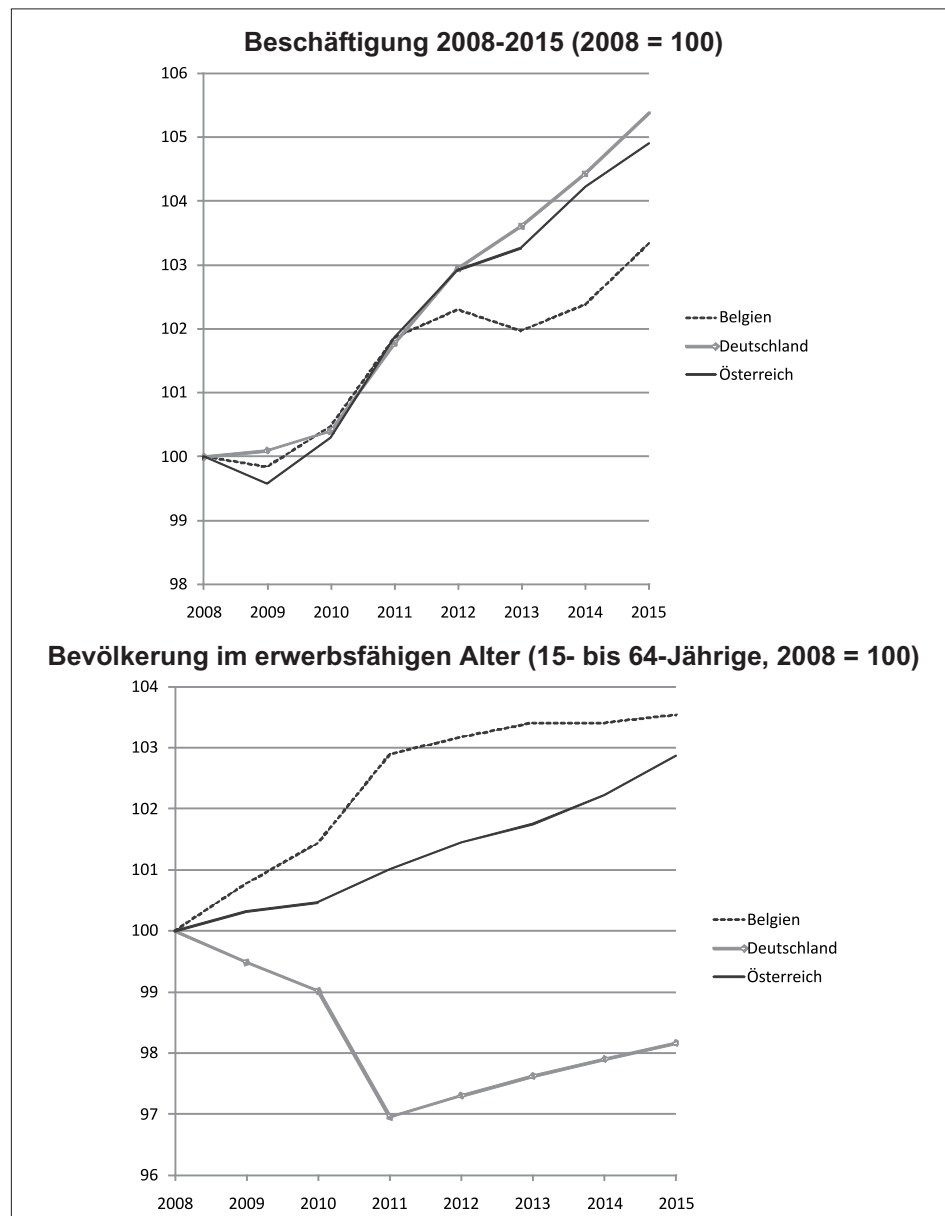
Die obigen Ausführungen verweisen darauf, dass die Sozialausgaben

des Staates keine exogene Größe darstellen, die fix von der Politik gesetzt werden könnte. Darauf ist bei vergleichenden Länderanalysen der Staatsausgabenstrukturen Bedacht zu nehmen. Denn Vergleiche können zu falschen Schlussfolgerungen führen, wenn unberücksichtigt bleibt, dass sich die verglichenen Länder beispielsweise nicht in der gleichen Konjunkturposition befinden oder hinsichtlich ihrer Bevölkerungsentwicklung unterscheiden.

In Deutschland und Österreich wuchs die Beschäftigung zwischen 2008 und 2015 ähnlich stark (siehe das obere Panel in Abbildung 4); dennoch sank in diesem Zeitraum die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition in Deutschland von 7,4% auf 4,6% der Erwerbsbevölkerung, in Österreich stieg sie hingegen von 4,1% auf 5,7% an. Der maßgeblichste Grund dafür, dass sich die Arbeitslosenquoten trotz ähnlichen Beschäftigungswachstums in andere Richtungen entwickelt haben, liegt in der divergierenden Entwicklung des Arbeitsangebotes: Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-jährige Menschen) sank in Deutschland zwischen 2008 und 2015 um mehr als 2%, stieg in Österreich jedoch um 3,2% an (siehe das untere Panel von Abbildung 4). Das schrumpfende Arbeitsangebot in Deutschland trug maßgeblich dazu bei, dass die Arbeitslosenquote im Zeitverlauf relativ rasch abgebaut werden konnte, während das steigende Arbeitsangebot in Österreich trotz Zugewinnen bei der Beschäftigung eine steigende Arbeitslosenquote bedeutete. Die im Vergleich zu Deutschland und Österreich schwächere Arbeitsmarktentwicklung Belgiens lässt sich dadurch erklären, dass zum einen das Beschäftigungswachstum hinterherhinkte, während zum anderen aber auch das Arbeitsangebot noch stärker stieg als in Österreich.

Abbildung 4 macht demnach deutlich, dass sich Österreich, Belgien und Deutschland in einem ganz wesentlichen Punkt unterscheiden, nämlich bei der Entwicklung von Bevölkerung und Arbeitsangebot. In allen drei Ländern handelt es sich um Sozialstaaten, deren zentrales Ziel darin besteht, Erwerbstätige gegen soziale Risiken – Krankheit, Unfall, Alter, Arbeitslosigkeit – und die damit verbundenen Folgen (Einkommensverluste, Notwendigkeit gesundheitlicher Behandlungen etc.) abzusichern: Staatliche Leistungen aus der Sozialversicherung sind grundsätzlich an bezahlte Arbeit bzw. Erwerbstätigkeit gebunden.²⁶ Zudem beruht die Finanzierung des Systems hauptsächlich auf Abgabenfinanzierung, und ausgabenseitig steht die Absicherung von den mit Lohnentgang verbundenen sozialen Risiken im Mittelpunkt. In einem solchen System ist die Entwicklung von Arbeitslosen- und Beschäftigungsquote von besonderer Bedeutung. Dieser Zusammenhang bleibt jedoch in der wirtschaftspolitischen Debatte vielfach unterbeleuchtet.

Abbildung 4: Bevölkerungs- und Beschäftigungswachstum in Österreich, Belgien und Deutschland



Quelle: Eurostat, AMECO; eigene Berechnungen.

4.2 Förderungen und Verkehrsinvestitionen: Ausgabenunterschiede bei „Wirtschaftlichen Angelegenheiten“

Anhand von Tabelle 2 hatte sich bereits gezeigt, dass ein wesentlicher Unterschied in den Ausgabenstrukturen darin besteht, dass Deutschlands Ausgaben für „Wirtschaftliche Angelegenheiten“ im Jahr 2015 mit 3,1% des BIP nur etwa halb so hoch waren wie in Belgien (6,5%) und Österreich (6,1% des BIP). Tabelle 4 bildet die Unterkategorien ab, in denen diese Unterschiede ihren Ursprung haben. Die quantitativ bedeutsamsten Differenzen zeigen sich dabei in den Bereichen „Allgemeine Angelegenheiten der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts“ sowie „Verkehr“. Um sie erklären zu können, greift ein quantitativer Vergleich wiederum zu kurz, weil Kontextfaktoren und statistische Zurechnungsprobleme eine wesentliche Rolle spielen.

Tabelle 4: Staatliche Ausgaben für „Wirtschaftliche Angelegenheiten“ in % des BIP (2015)

	Österreich	Belgien	Deutschland
Gesamt	6,2	6,5	3,1
Allgemeine Angelegenheiten der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts	1,9	3,3	0,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Jagd	0,4	0,1	0,2
Verkehr	2,9	2,6	1,6
Angewandte Forschung	0,8	0,3	0,2
Sonstige	0,2	0,2	0,6

Anmerkung: Die Kategorie „Sonstige“ beinhaltet fünf COFOG-Unterkategorien der Hauptkategorie „Wirtschaftliche Angelegenheiten“: Brennstoffe und Energie; Bergbau, Herstellung von Waren und Bauwesen; Nachrichtenübermittlung; Andere Wirtschaftsbereiche; Wirtschaftliche Angelegenheiten a.n.g.; vgl. Eurostat (2011) 164-168.

Quelle: Eurostat (COFOG-Daten; Daten-Update am 24.4.2017); eigene Berechnungen.

Heimberger (2017) zeigt, dass Besonderheiten in der staatlichen Leistungserbringung im Bereich der Förderungen einen Großteil der höheren staatlichen Ausgabenquote Belgiens erklären. Tatsächlich lag Belgien mit Förderungen – definiert anhand der VGR als Summe aus Subventionen und Vermögenstransfers²⁷ – in der Höhe von 4,7% des BIP rund 2 Prozentpunkte über Österreich. Der überwiegende Teil der Förderungen steckt dabei in der Transaktionskategorie „Allgemeine Angelegenheiten der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes“. Diese COFOG-Unterkategorie beinhaltet im Bereich der Subventionen klassische Wirtschaftsförderungen von Unternehmen sowie Teile der Arbeitsmarkt- und Forschungsförderung; bei den Vermögenstransfers werden insbesondere die defizitwirksamen Ausgaben des Staates für Bankenhilfen ausgewiesen.²⁸

Dass die Förderungen in Belgien so viel höher ausfallen, liegt an einem besonderen belgischen System von Lohnsubventionen: Wenn ein Arbeitgeber Löhne ausbezahlt, dann werden die persönlichen Einkommensteuern auf der Basis des Bruttolohnes berechnet. Der belgische Staat hat allerdings gezielt Ausnahmen zu diesem System entwickelt. Die Unternehmen erheben die Steuer, müssen sie jedoch nicht vollständig an den Staat abführen, denn ein Teil der erhobenen Summe bleibt dem jeweiligen Unternehmen in Form einer Subvention. Im Jahr 2015 wurden laut Eurostat rund 1,7% des BIP und damit fast zwei Drittel der gesamten unter „Allgemeine Angelegenheiten der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts“ ausgewiesenen Förderungen als Lohnsubvention verbucht. Dass Belgiens Förderungen im Bereich „Allgemeine Angelegenheiten der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes“ höher sind als in Österreich, ist also auf die angeführten Lohnsubventionen zurückzuführen.

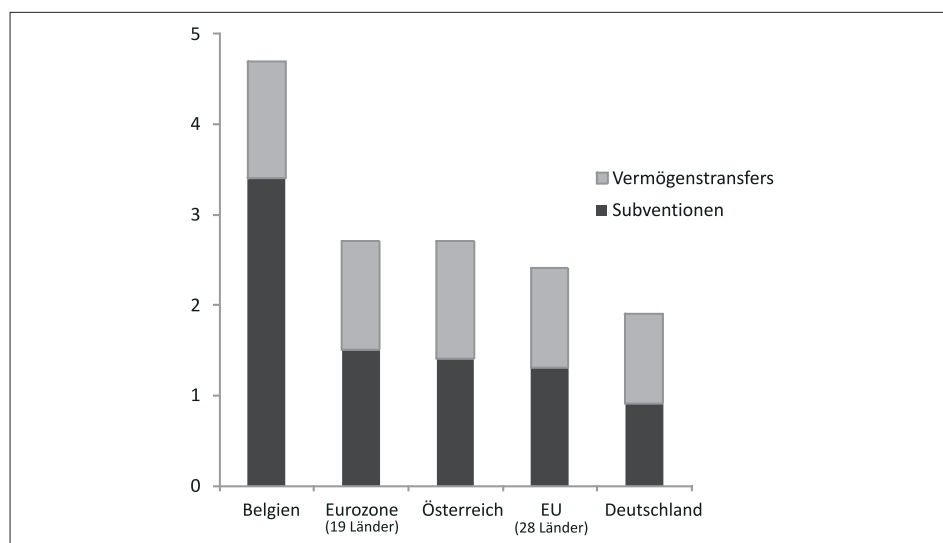
In Österreich sind im Gegensatz zu Belgien und Deutschland nennenswerte Förderungen für Land- und Forstwirtschaft zu verzeichnen. In Belgien und Deutschland sind hingegen die Förderungen für Verkehr höher als in Österreich. Der Grund dafür liegt wiederum in der Organisation der Leistungserbringung: Seit der Umstellung auf ESVG-2010 werden fast alle im öffentlichen Besitz stehenden Verkehrsunternehmen dem Sektor Staat zugerechnet; einige ausgegliederte Einheiten sind also nun wieder Teil des Staatssektors. Ein Teil der Ausgaben für Verkehr, der bis zur ESVG-Umstellung als Förderung ausgewiesen war, fällt seitdem wieder unter intragouvernementale Transfers. Tatsächlich zeigt ein Vergleich mit nicht mehr aktuellen VGR-Förderungsdaten, dass die Förderungen für Verkehr vor der Umstellung auf ESVG-2010 in Österreich nicht nur in Relation zum BIP deutlich höher waren, sondern auch über jenen Deutschlands lagen.²⁹ In Belgien und Deutschland dürfte es also im Vergleich zu Österreich so sein, dass die Verkehrsunternehmen in größerem Maße dem Privatsektor zugeordnet sind, was auch zu etwas höheren Förderungsausgaben in den COFOG-Statistiken führt.

Wenn wir den Blick auf die staatlichen Ausgaben im Verkehr lenken, sind jedoch auch Unterschiede in den Verkehrsinvestitionen maßgeblich; denn diese erklären rund die Hälfte der bestehenden Ausgabendifferenz zwischen Deutschland und Österreich, die aus Tabelle 4 hervorgeht.³⁰ Hierbei ist jedoch zu beachten, dass potenzielle Zurechnungsprobleme im Bereich der Schienen- und Straßeninvestitionen bestehen. Denn beim Vergleich Deutschlands, Belgiens und Österreichs stellt sich heraus, dass die Zuordnung von Investitionen in die Schienen- und Straßeninfrastruktur auf den Privat- und Staatssektor nicht ganz einheitlich erfolgt, was die direkte Vergleichbarkeit der Daten einschränkt. In Österreich sind jene Investitionen in den Straßenverkehr nicht als öffentliche Bruttoanlageinvestitionen ausgewiesen, welche die österreichische Autobahnen- und

Schnellstraßenfinanzierungsgesellschaft (ASFINAG) vornimmt. Denn die ASFINAG wird aufgrund ihrer Mauteinnahmen dem Privatsektor zugeordnet und belastet deshalb nicht die öffentlichen Haushalte.³¹ Mit der ASFINAG vergleichbare Modelle bestehen in Deutschland und Belgien jedoch nicht. Und auch im Bereich der Schieneninvestitionen gibt es Unterschiede. In der belgischen VGR ist das Eisenbahnunternehmen „Belgian Rail“ dem Privatsektor zugeordnet; deshalb werden sämtliche Investitionen in die Schieneninfrastruktur sowie in Züge und Schienenausrüstung nicht als öffentliche, sondern als private Investitionen ausgewiesen. In Österreich sind ebenso wie in Deutschland nur Teile der Infrastrukturinvestitionen im Bereich Schienenverkehr in den COFOG-Daten erfasst.³²

Am Beispiel der Förderungen und Verkehrsinvestitionen zeigt sich also, dass sich strukturelle Besonderheiten in der nationalen Systemgestaltung und potenzielle statistische Zurechnungsprobleme zwischen Privat- und Staatssektor auf die Ausgabenstatistiken niederschlagen können. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Ländervergleiche von Staatsausgabenstrukturen mit Bedacht vorgenommen werden sollten.

Abbildung 5: Gesamte staatliche Förderungen (2015)



Quelle: Eurostat (COFOG-Daten; Daten-Update am 24.4.2017); eigene Berechnungen. Förderungen sind definiert als Summe aus Subventionen und Vermögenstransfers.

5. Abschließende Bemerkungen

Dieser Artikel beinhaltet eine Zusammenfassung von zentralen Ergebnissen der Studie von Heimberger (2017), die auf Basis der von Eurostat

bereitgestellten COFOG-Daten („Classification of the Functions of Government“) eine erste detaillierte Analyse der Staatsausgabenstrukturen Österreichs liefert. Die Möglichkeit des Ländervergleichs von Staatsausgaben ermöglicht wertvolle Einsichten in strukturelle Unterschiede und Ähnlichkeiten der Mittelverwendung nach staatlichen Funktionen. Doch eine adäquate Verwendung der Daten für vertiefende Ländervergleiche macht es notwendig, institutionelle Gegebenheiten, wirtschaftliche und gesellschaftliche Kontextbedingungen sowie statistische Besonderheiten zu berücksichtigen. Zum Zwecke eines Vergleichs der Effizienz und Effektivität von staatlichen Ausgaben bedarf es eingehender Evaluierungen von wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen und den gesetzten Maßnahmen des jeweiligen Landes.

Die Relevanz der gewonnenen Erkenntnisse für die wirtschaftspolitische Debatte besteht darin, dass Einspar- oder Steigerungspotenziale bei den staatlichen Ausgaben in Land A nicht einfach durch einen Datenvergleich mit den Ländern B und C abgeleitet werden können – wenn dabei nicht gleichzeitig auch auf nationale Besonderheiten in der Aufgabenerbringung, relevante gesellschaftliche und wirtschaftliche Unterschiede und statistische Zurechnungsprobleme zwischen Privat- und Staatssektor eingegangen wird. Der internationale Vergleich von Staatsausgabenstrukturen muss über einen oberflächlichen Input-Vergleich hinausgehen. Das gilt nicht zuletzt für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung: Denn dieser Artikel hat gezeigt, dass Österreich zusammengenommen etwas mehr als zwei Drittel seiner gesamten Staatsausgaben für diese drei Bereiche aufwendet. Dies ist jedoch ein typischer Ausgabenanteil für einen entwickelten Sozialstaat, wie der Vergleich mit skandinavischen Wohlfahrtsstaaten und anderen Kernländern der Eurozone veranschaulicht. Im Eurozonenvergleich sind die staatlichen Ausgabenquoten – insbesondere für Bildung und Gesundheit – in den südlichen Peripherieländern (Griechenland, Portugal, Spanien und Italien) in der Regel deutlich geringer als in Kernländern wie Belgien, Österreich, Frankreich und Finnland. Zudem ist seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise ein weiteres Auseinanderdriften festzustellen, weil die realen Staatsausgaben in den Peripherieländern markant gesunken, in Kernländern wie Österreich und Deutschland hingegen angestiegen sind.³³ Die automatische Stabilisierungsfunktion des Sozialstaates³⁴ hat seit 2008 maßgeblich dazu beigetragen, dass Österreich und einige andere EU-Länder relativ glimpflich durch die Krise gekommen sind.

Anmerkungen

- ¹ Musgrave und Musgrave (1973).
- ² Siehe Heimberger (2017) 3f für eine Beschreibung der Charakteristika der COFOG-Daten.
- ³ Z. B. Leitner, Stehrer (2016).
- ⁴ In Abbildung 1 werden nur jene Eurozonenländer berücksichtigt, die mindestens ein Hundertstel zum Eurozonen-BIP beitragen. Dies dient der Übersichtlichkeit der Darstellung. Irland ist aufgrund von Datenproblemen nicht in der Abbildung enthalten; vgl. Eurostat (2016).
- ⁵ Vgl. Heimberger (2017) 20f.
- ⁶ Z. B. Halvorsen et al. (2016).
- ⁷ Vgl. Heimberger (2017) 8-18.
- ⁸ Z. B. Esping-Andersen (1990).
- ⁹ Siehe Heimberger (2017) 24ff für eine genauere Darlegung zur Vergleichbarkeit von Österreich, Belgien und Deutschland.
- ¹⁰ Tatsächlich weist Belgien die höchsten Bildungsausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung in der gesamten Eurozone aus.
- ¹¹ Z. B. Nusche et al. (2015).
- ¹² Vgl. Heimberger (2017) 30-35.
- ¹³ Vgl. Heimberger (2017) 36ff.
- ¹⁴ Z. B. London School of Economics and Political Science (2017).
- ¹⁵ Z. B. OECD (2016).
- ¹⁶ In der Kategorie der sonstigen öffentlichen Verwaltung werden alle COFOG-Unterkategorien im Bereich öffentliche Verwaltung mit Ausnahme der Staatsschuldentransaktionen zusammengefasst: Exekutiv- und Legislativorgane, Finanz- und Steuerwesen, auswärtige Angelegenheiten; Wirtschaftshilfe für das Ausland; Allgemeine Dienste; Grundlagenforschung; Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich allgemeine öffentliche Verwaltung; Allgemeine öffentliche Verwaltung, a.n.g.; Transfers allgemeiner Art zwischen verschiedenen staatlichen Ebenen; vgl. Eurostat (2011) 157ff.
- ¹⁷ Vgl. Heimberger (2017) 28f.
- ¹⁸ Z. B. Mayrbäurl (2010).
- ¹⁹ Z. B. Bonin et al. (2014).
- ²⁰ Vgl. Heimberger (2017) 41f.
- ²¹ Vgl. ebendort 46.
- ²² Spannagel et al. (2017).
- ²³ Blank et al. (2016).
- ²⁴ Z. B. Mayrhuber (2015).
- ²⁵ Vgl. Heimberger (2017), S. 44.
- ²⁶ Z. B. Talos (2004).
- ²⁷ Der Förderungsbegriff von Eurostat, der hier verwendet wird, betont staatliche Zahlungen an Marktproduzenten; „sonstige laufende Transfers“ an den Privatsektor werden nicht als Förderung erfasst. Der Förderungsbericht für Österreich folgt jedoch beispielsweise einer breiteren Begriffsdefinition (Bundesministerium für Finanzen [2015]) und ist damit nicht direkt mit den hier verwendeten COFOG-Daten vergleichbar.
- ²⁸ Vgl. Heimberger (2017) 51ff.
- ²⁹ Feigl (2014).
- ³⁰ Vgl. Heimberger (2017) 54f.
- ³¹ Nauschnigg (2015).
- ³² Seitens der ÖBB sind Bruttoanlageinvestitionen der ÖBB-Infrastruktur und der ÖBB-

Personenverkehr in der VGR als öffentliche Investitionen berücksichtigt, nicht jedoch Investitionen der Rail Cargo Austria.

³³ Vgl. Heimberger (2017) 8-30.

³⁴ Leoni et al. (2015).

Literatur

- Blank, Florian; Logeay, Camille; Türk, Erik; Wöss, Josef; Zwiener, Rudolf, Alterssicherung in Deutschland und Österreich: Vom Nachbarn lernen? (= WSI-Report Nr. 27, Düsseldorf 2016).
- Bonin, Holger; Schnabel, Reinhold; Stichnoth, Holger, Zur Effizienz der ehe- und familienbezogenen Leistungen in Deutschland im Hinblick auf soziale Sicherungs- und Beschäftigungsziele, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 83/1 (2014) 29-48.
- Bundesministerium für Finanzen, Förderungsbericht 2015. Bericht der Bundesregierung gemäß 47 Abs. 3 BHG 2013 (Wien 2015); https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Foerderungsbericht_2015.pdf?61neso (zuletzt abgerufen am 4.9.2017).
- Esping-Andersen, Gösta, The Three Worlds of Welfare Capitalism (Princeton 1990).
- Eurostat, Manual on sources and methods for the compilation of COFOG statistics (Luxemburg 2011).
- Eurostat, Irish GDP revision. Kommentar des Directorate C der Europäischen Kommission für National Accounts, Prices and Key Indicators (Luxemburg 2016); http://ec.europa.eu/eurostat/documents/24987/6390465/Irish_GDP_communication.pdf (zuletzt abgerufen am 8.8.2017).
- Feigl, Georg, 20 Milliarden Euro Unternehmensförderung? (= Blog Arbeit und Wirtschaft 29.7.2014); <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/20-mrd-unternehmensfoerderung/> (zuletzt abgerufen am 25.9.2017).
- Halvorsen, Rune; Hvinden, Björn; Schoyen, Mi, The Nordic Welfare Model in the Twenty-First Century: The Bumble-Bee Still Flies!, in: Social Policy and Society 15/1 (2016) 57-73.
- Heimberger, Philipp, Österreichs Staatsausgabenstrukturen im europäischen Vergleich (= wiiw Research Report 8, Wien 2017).
- Leitner, Sebastian; Stehrer, Robert, Development of Public Spending Structures in the EU Member States: Social Investment and Its Impacts on Social Outcomes (= wiiw Working Paper 128, Wien 2016).
- Leoni, Thomas; Marterbauer, Markus; Tockner, Lukas, Die stabilisierende Wirkung der Sozialpolitik in der Finanzmarktkrise, in: WIFO-Monatsberichte 3 (2011) 187-198.
- London School of Economics and Political Science, Efficiency Review of Austria's Insurance and Healthcare System (= Studie im Auftrag des österreichischen Ministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Wien 2017).
- Mayrbäurl, Andreas, Der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF): Entwicklung und Optionen (= Bundesministerium für Finanzen, Working Paper 5, Wien 2010).
- Mayrhuber, Christine, Arbeitsmarkt- und Einkommensverhältnisse als Determinanten der Alterssicherung, in: Wöss, Josef (Hrsg.), Alterssicherung. Kapitalgedeckte Zusatzpensionen auf dem Prüfstand (Wien 2015) 37-44.
- Musgrave, Richard; Musgrave, Peggy, Public Finance in Theory and Practice (New York 1973).
- Nauschnigg, Franz, Die österreichische Infrastrukturgesellschaft ASFINAG als verkehrspolitisches Modell, in: Wirtschaftsdienst 95/5 (2015) 342-346.
- Nusche, Deborah; Miron, Gary; Santiago, Paulo; Teese, Richard, OECD Reviews of School Resources: Flemish Community of Belgium (Paris 2015).

OECD, Education at a Glance: OECD indicators (Paris 2016).

Spannagel, Dorothee; Seikel, Daniel; Schulze Buschoff, Karin; Baumann, Helge, Aktivierungspolitik und Erwerbsarmut (= WSI Report 36, Düsseldorf 2017).

Talos, Emmerich, Umbau des Sozialstaates? Österreich und Deutschland im Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift 45/2 (2004) 213-236.

Zusammenfassung

Dieser Artikel analysiert Österreichs Staatsausgabenstrukturen im europäischen Kontext. Dabei zeigt sich, dass Österreich etwas mehr als zwei Drittel seiner gesamten Staatsausgaben für die Bereiche Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung aufwendet. Dies ist typisch für entwickelte europäische Wohlfahrtsstaaten. Ein vertiefter Vergleich mit Belgien und Deutschland fördert einige Besonderheiten in den österreichischen Ausgabenstrukturen zutage, die zu einem Großteil auf die Organisation staatlicher Leistungen, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen sowie statistische Besonderheiten zurückzuführen sind.

Abstract

This article analyses Austria's government expenditure structures in a European context. More than two thirds of Austria's total government expenditures are located in the areas education, health and social protection, which is typical for advanced European welfare states. A more in-depth comparison with Belgium and Germany sheds light on some special features of Austrian expenditure structures, which – to a large extent – can be explained by the organisation of government services, developments in economy and society, and statistical peculiarities.

Ein *think tank* für die Arbeiterbewegung. Die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der AK Wien in ihren ersten zwei Jahrzehnten

Günther Chaloupek

„Es wird beabsichtigt, wieder eine wirtschaftswissenschaftliche Abteilung zu bilden, da weder der ÖGB noch die Schwesterkammern eine solche besitzen“ – heißt es lapidar im Protokoll der Sitzung des Präsidiums der AK Wien vom 3. Mai 1956, mit einer etwas seltsam anmutenden Begründung. Und konkreter wenige Monate danach im Protokoll vom 7. September: „Für die in Aussicht genommene *Wiedererrichtung* der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung werden folgende neue Mitarbeiter vorgeschlagen: Dr. März, Dr. Honegger, Dr. Weselsky (*sic!*).“ Voll operativ tätig geworden ist die Abteilung dann 1957, also vor 60 Jahren. In diesem Beitrag werden Tätigkeit und Wirksamkeit der Abteilung in den ersten zwei Jahrzehnten ihres Bestehens behandelt. Mit der Begründung für diese Periodisierung werde ich mich am Ende meines Beitrags noch beschäftigen.

1. Die Vorgeschichte

Die heutige Abteilung Wirtschaftswissenschaft (im folgenden Text abgekürzt WwA) hat eine Vorgeschichte, von der es keine Zeitzeugen mehr gibt, die daher aus ihrem publizistischen Niederschlag und aus den Akten rekonstruiert werden muss. Unter diesem Namen wurde 1950 „zur Bearbeitung von grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Fragen“ mit den Aufgaben, „durch Beobachtung der Wirtschaftsvorgänge Entwicklungstendenzen festzustellen“ und „eine Klärung grundsätzlicher wirtschaftlicher Probleme herbeizuführen“, eine eigene Abteilung eingerichtet.¹ Unschwer ist hinter diesem Beschluss die Initiative Stefan Wirlandners zu erkennen, der im selben Jahr an der Universität Wien zum Dr. rer. pol. promovierte und der der führende Vertreter einer keynesianischen Orientierung in der Auseinandersetzung über die Wirtschaftspolitik von ÖGB und SPÖ war.² Die Vertretung der AK in den zahlreichen Kommissionen der damals immer noch sehr weitgehenden Wirtschaftslenkung wurde weiterhin von der

Wirtschaftspolitischen Abteilung wahrgenommen. Die wichtigste Aufgabe dieser ersten Abteilung Wirtschaftswissenschaft war die publizistische Tätigkeit. Daneben war die WwA aber auch zuständig für die Vertretung der AK in Fragen der Geld- und Währungspolitik in der Nationalbank, in dem damals bedeutenden „Österreichischen Produktivitätszentrum“, im interministeriellen „Komitee für Arbeitsmarktpolitik“ und für die Arbeiten an der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, die nach der Kürzung der Marshallplan-Hilfe 1951/52 notwendig geworden war.

Als Publikationsorgane hatte die Abteilung den seit Mai 1951 erscheinenden „Monatlichen Wirtschaftsbericht“³ und eine eigene Schriftenreihe, die im ÖGB-Verlag erschien, zur Verfügung. In der Schriftenreihe wurden bis 1954 elf Broschüren unterschiedlichen Umfangs veröffentlicht.⁴ Die Mehrzahl der Beiträge hatte aktuelle Themen zum Gegenstand, darunter zwei zur damals zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Gewerkschaftern heiß diskutierten Frage der Reallohnentwicklung nach dem Krieg.⁵ Neben diesen empirischen Untersuchungen gab es mehrere Schriften volksbildnerischen Charakters („Um das Brot des Volkes – Die Getreideversorgung Österreichs 1950“, „Die Brücke zur Welt – Österreichs Außenhandel gestern – heute – morgen“, u. a.). Drei Hefte waren theoretischen Fragen gewidmet: Joan Robinsons „Essay on Marxian Economics“ in der kommentierten Übersetzung Wirlandners, „Keynes' neue Wirtschaftslehre“ von Karl Forchheimer,⁶ und der letzte Band der Reihe „Mittel und Wege der Vollbeschäftigungspolitik“ (1954), ein Konferenzband mit Beiträgen u. a. von Hans Bayer, Alfred Braunthal, Rudolf Meidner, Ernst John, Benedikt Kautsky und Stefan Wirlandner.

Aus der bloßen Aufzählung ist das Bemühen zu erkennen, die Lehren der modernen ökonomischen Theorie des Keynesianismus für die wirtschaftspolitische Argumentation von AK und ÖGB nutzbar zu machen, gleichzeitig die Absicht Wirlandners, Keynes' neue Wirtschaftslehre statt des alten marxistischen Ansatzes zur konzeptionellen Grundlage zu machen. Was aber offensichtlich nicht gelang, war eine Verbindung von modernen Ansätzen der Theorie mit Empirie. Überraschend ist dies insofern nicht, als es an Ökonomen mit einer entsprechenden Ausbildung fehlte. An den österreichischen Universitäten wurde ein solches Wissen damals – und auch noch längere Zeit danach – nicht vermittelt. Und Wirlandner selbst war als einer der maßgeblichen Akteure der Arbeitnehmerseite in den Entscheidungsprozessen der Wirtschaftspolitik wohl stark in Anspruch genommen, sodass er selbst nur wenig Zeit jener Grundlagenarbeit widmen konnte, die der ersten WwA in der AK eigentlich aufgetragen war.⁷

Keiner der Namen der Mitarbeiter der ersten WwA findet sich im Personalstand der 1957 wiedergegründeten Abteilung. Ihre weitere Laufbahn führte sie in die Politik (Ernst Winkler) oder zurück in die Wirtschaftspoli-

sche Abteilung der AK. Wenn Wirlandner für sich selbst theoretische Ambitionen mehr oder weniger abgesagt hat – er wurde 1955 Kammeramtsdirektor-Stellvertreter mit Zuständigkeit für den Gesamtbereich der Wirtschaftspolitik, 1960 Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank –, so hat er die Wichtigkeit der wirtschaftspolitischen Grundlagenarbeit immer unverändert hoch geschätzt und für deren Fortsetzung in der AK die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen,⁸ unter denen der zweite Anlauf zur Gründung einer wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung als professioneller *think tank* der Arbeiterbewegung schließlich zu einem großen Erfolg wurde.

Die Vorgeschichte hat selbst eine Vorgeschichte. Bei der Gründung der Arbeiterkammerorganisation 1921 wurde ein „Statistisches Büro“ eingerichtet, mit dessen Leitung Benedikt Kautsky betraut wurde.⁹ Die offiziellen Publikationen des Büros waren statistischen Inhalts („Statistisches Jahrbuch“, Lohnstatistiken auf der Grundlage eigener Erhebungen). Kautsky verfasste aber auch zahlreiche empirische Untersuchungen und theoretische Abhandlungen für Sammelbände und Zeitschriften. Theoretisch stand Kautsky auf dem Boden des Marxismus in der revisionistischen Version des „organisierten Kapitalismus“ (Rudolf Hilferding). Mitarbeiter des in der Zeit des sog. Ständestaates von Hans Bayer geleiteten Statistischen Büros waren nach der Wiedererrichtung der Kammer nach dem Weltkrieg in deren statistischer Abteilung beschäftigt. Als selbstständige Einheit existierte die Statistische Abteilung bis 1999, die eigene Erhebungen für eine Lohnstatistik und eine Haushaltsstatistik durchführte. Beide Statistiken wurden in den 90er-Jahren eingestellt.

2. Österreichs Wirtschaft nach der Wiederaufbauphase: rasches Wachstum und Vollbeschäftigung

Die Situation der österreichischen Wirtschaft zur Zeit der Gründung der neuen WwA hatte sich gegenüber der ersten Hälfte der 50er-Jahre grundlegend verändert. 1955 hatte Österreich durch den Abschluss des Staatsvertrags seine – nicht ganz volle – Souveränität wiedererlangt, die Teilung des Bundesgebiets in vier (*de facto* zwei) Besatzungszonen war zu Ende.

Nach der Rezession 1952/53 wuchs die Wirtschaft in einem nach heutigen Maßstäben geradezu atemberaubenden Tempo: durchschnittlich pro Jahr 6,3% 1953/1962, mit Spitzenwerten von mehr als 10% 1954 und 1955. In diesem Zeitraum stieg die Beschäftigung um 420.000, die Arbeitslosenrate ging von 8,7% 1953 auf 2,5% 1961 zurück. Mit dem Unterschreiten der Schwelle von 3% war zu Beginn der 60er-Jahre der Zustand der Vollbeschäftigung erreicht, was nur wenige Politiker und Funktionäre für möglich gehalten hatten, als Stefan Wirlandner zehn Jahre zuvor vor

dem 2. ÖGB-Bundeskongress über „Vollbeschäftigung als realisierbares Ziel in der Marktwirtschaft“ referierte. Man begann von einer allgemeinen Arbeitskräfteknappheit zu sprechen.

War zu Beginn der 50er-Jahre noch die Existenzsicherung bzw. die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln die primäre Aufgabe der Wirtschaftspolitik gewesen, so war diese nun zur Selbstverständlichkeit geworden. Für die Arbeitnehmer war nun das Wachstum des Sozialprodukts und die Sicherung eines angemessenen Anteils der Arbeitnehmer an diesem Zuwachs die wichtigste Zielsetzung.

Nach der Überwindung von Not und Knappheit war Mitte der 50er-Jahre das von der Kriegswirtschaft übernommene System der Bewirtschaftung aufgehoben worden, viele der zahlreichen Kontrollen z. B. des Außenhandels und des Devisenverkehrs wurden abgeschafft. Damit war auch klar geworden, dass das Lenkungssystem der Nachkriegszeit nicht in ein System der allgemeinen Wirtschaftsplanung übergeführt wurde, wie z. B. AK-Präsident Mantler noch gefordert hatte. Österreichs Wirtschaft war eine Marktwirtschaft mit starken staatlichen Elementen (Interventionen, verstaatlichte Unternehmungen und Banken) – ein Wirtschaftssystem, für welches der damals aufkommende Begriff der *mixed economy* gut passte.

Die Wirtschaftspolitik der damaligen Großen Koalitionsregierung war in der ersten Phase der Normalisierung von dem von der ÖVP gestellten Finanzminister Reinhard Kamitz geprägt. Wichtige Maßnahmen des sog. Raab-Kamitz-Kurses waren drei Einkommensteuersenkungen, die Kapitalmarktgesetze (Schillingeröffnungsbilanz-, Bankenrekonstruktions-, Nationalbanküberleitungs-Gesetz), die Einführung der vorzeitigen Abschreibung zur Stimulierung der Investitionen), darüber hinaus aber auch die Privatisierung von 40 Prozent des Aktienkapitals der Creditanstalt und der Länderbank. Die Orientierung der SPÖ war primär von sozialpolitischen Zielsetzungen bestimmt (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz 1956), wirtschaftspolitisch beschränkte sich ihre Initiative auf ein „Zehn-Milliarden-Investitionsprogramm 1955-1965“ für Investitionen in Eisenbahn, Post und Autobahnbau.¹⁰

Mit der neuerlichen Beschleunigung der Inflation nach vorübergehendem Rückgang des Preisniveaus 1953 wurde die Stabilisierungspolitik wieder aktuell. Dadurch boten sich für die Arbeitnehmerseite neue Möglichkeiten einer Mitwirkung an der makroökonomischen Politik. In dieser veränderten Situation gab sich auch die Sozialpartnerschaft eine neue institutionelle Struktur. 1957 wurde die „Paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen“ etabliert, bestehend aus Vertretern der Sozialpartner und Regierungsmitgliedern. In den 60er-Jahren übernahm die Paritätische Kommission immer stärker die Funktion der Koordination wirtschaftspolitischer Maßnahmen.

Soweit in groben Zügen die wirtschaftlichen Gegebenheiten, unter denen die neu gegründete WwA 1957 ihre Arbeit aufnahm.

3. Die Studien der WwA

3.1 Investitionen und Wirtschaftswachstum

Das Thema der ersten, bereits im Jänner 1958 veröffentlichten Studie war eine programmatische Ansage: „Investitionspolitik und Investitionsfinanzierung in Österreich“. Diese Thematik wurde später mehrmals wieder behandelt: 1963 unter der breiteren Perspektive „Wachstumsperspektiven der österreichischen Wirtschaft“ und neuerlich 1969 in der Studie „Investitionsstruktur und Wirtschaftswachstum“. Demselben Themenkreis sind auch die Studie „Forschung und Entwicklung in Österreich“ (1965) und „Kapitalmarktkonzept für Österreich“ (1965) zuzuordnen.

Alle Investitionsstudien der WwA gingen davon aus, dass das rasante Wachstum der österreichischen Wirtschaft in der Nachkriegszeit und der eindrucksvolle Aufholprozess gegenüber den westeuropäischen Industrieländern in entscheidender Weise einer im historischen und im internationalen Vergleich hohen Investitionsquote zu verdanken war. Zentraler Gegenstand aller Studien war die Struktur der Investitionen, verbunden mit der Frage, welche Veränderungen in der Investitionsstruktur am besten geeignet wären, die Aufrechterhaltung der im internationalen Vergleich guten Wachstumsleistung der österreichischen Wirtschaft mittel- und langfristig zu sichern. Immer wieder wurde auf die Bedeutung der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen verwiesen. Das Hauptaugenmerk der empirischen Analyse richtete sich aber auf die Industrieinvestitionen.

Die statistischen Daten über die Industrieinvestitionen waren noch längere Zeit äußerst dürftig.¹¹ Es gab aggregierte Daten für die verstaatlichte Industrie.¹² Für die private Industrie dienten die veröffentlichten Bilanzen der Kapitalgesellschaften als Basis, die mit den Beschäftigtenzahlen für die gesamte Branche hochgerechnet wurden. Im Zeitraum 1950/55 entfielen nach diesen Berechnungen 74% der Industrieinvestitionen auf die Privatindustrie (inkl. der von den staatlichen Banken kontrollierten Unternehmen) und 24% auf die Verstaatlichte. Insgesamt machten die Industrieinvestitionen 24% der gesamten Investitionen aus. Diese eigenen Berechnungen und Schätzungen sind als echte statistische Pionierleistungen anzusehen. Dasselbe Verfahren wurde für die eigenen Berechnungen der Studie aus 1963 angewendet.

Detaillierte Überlegungen wurden zur Frage der Finanzierung der Investitionen angestellt. In der ersten Hälfte der 50er-Jahre musste das schrittweise erfolgte Auslaufen der Investitionsfinanzierung aus ERP-Mitteln be-

wältigt werden, die bis 1950 fast zur Hälfte zur Finanzierung beigetragen hatten. Dies gelang relativ problemlos, nicht nur durch die Inanspruchnahme des Bankkredits und des Kapitalmarkts, sondern auch durch eine starke Zunahme der Selbstfinanzierung (Gewinne und Abschreibungen).

Die Struktur der Industrieinvestitionen in der ersten Hälfte der 50er-Jahre wies in der verstaatlichten Industrie eine extreme Konzentration auf Eisen und Stahl und Kohlenbergbau (zusammen mehr als zwei Drittel) auf. In der Privatindustrie entfielen 20% der Investitionen auf die Textilindustrie, ein weiteres Viertel auf traditionelle Konsumgüter. Die Schlussfolgerung erscheint daher eher untertrieben, dass „die Zusammensetzung unseres Investitionsvolumens – vom Standpunkt der dauernden Behauptung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit – als eher ungünstig bezeichnet werden muss.“ Die Industrie „dürfte einen zu geringen Teil ihrer wirtschaftlichen Ressourcen auf den Ausbau jener Industriezweige aufwenden, von denen in Zukunft die Geltung Österreichs als Industriena-tion in steigendem Maße abhängig sein wird“. Als zukunfts-trächtige Bereiche werden neue Industriezweige „wie Atomenergie, elektronische Geräte und Petrochemie“ genannt.

„Dieses Zurückbleiben Österreichs an einigen wichtigen Frontabschnitten des industriellen Aufbaues ist durch die anarchische Methode der Selbstfinanzierung bedingt.“ Ohne näher ins Detail zu gehen, forderte die Studie eine „Investitionslenkung“ bei sonstiger Gefahr des „Zurückbleibens im wirtschaftlichen Wettlauf der Nationen“ (S. 11).

Auch in der umfassenderen gesamtwirtschaftlichen Sicht der Studie aus 1963 galt den Investitionen das Hauptaugenmerk der Strukturanalyse. Bei anhaltend hohem Anteil der Investitionen am Bruttonationalprodukt waren in der zweiten Hälfte der 50er-Jahre die Investitionen im Grundstoffbereich (ausgenommen der Kohlenbergbau) weiterhin stark gewachsen, aber auch in den „Wachstumsindustrien“ Maschinenbau, Fahrzeuge, Elektro und Chemie. Allerdings wurden die Fortschritte skeptisch beurteilt, denn es erschien den Autoren „fraglich, ob sich diese Industrien in eine aussichtsvolle Richtung entwickelt haben“, da neue Produkte vernachlässigt wurden und z. B. in der Maschinenbauindustrie „vorwiegend konventionelle Maschinentypen produziert (wurden)“ (S. 29).¹³ Als Problem wurde in diesem Kontext die „Methode der Selbstfinanzierung gesehen, die eine so hervorragende Rolle im privaten und verstaatlichten Sektor der österreichischen Wirtschaft spielt“, dabei aber „der Mobilität des Kapitals recht enge Grenzen (setzt)“ (S. 26).

Die mittelfristige Zukunft wurde vergleichsweise optimistisch beurteilt. Als wachstumsdämpfende Faktoren wurden das bereits weitgehend ausgeschöpfte konstante Arbeitskräftepotenzial und ein steigender Kapitalkoeffizient gesehen, ein Rückgang der durchschnittlichen Wachstumsrate auf etwa 4 Prozent (bis 1966) „als Rückkehr von einem für die Erreichung

hoher Wachstumsraten übernormal günstigen Ausgangspunkt zur Normallage“ (S. 47).

Wachstumspolitische Empfehlungen bezogen sich auf aktive Arbeitsmarktpolitik (siehe dazu den folgenden Abschnitt), eine beschleunigte Umschichtung der Arbeitskräfte vom schrumpfenden Agrarsektor zur Industrie und zu den Dienstleistungen, sowie eine Fiskal- und Kreditpolitik, die neben der konjunkturpolitischen Stabilisierung auch langfristige Ziele verfolgte. Damit gemeint waren eine Senkung des Zinsniveaus und eine Reform der steuerlichen Investitionsförderung. Der erhöhte Satz der vorzeitigen Abschreibung sollte nur noch selektiv für regionale Entwicklungsgebiete und für „Entwicklungsindustrien“ gelten. (S. 55) Der Schlüssel zu einer wirksamen Strukturpolitik wurde in der Einführung eines Systems der „Programmierung“ gesehen, nach dem Vorbild der französischen „Planification“. Die Wachstumsprogrammierung hätte die Aufgabe, alle Instrumente und Maßnahmen der Wachstumspolitik im Rahmen eines umfassenden Konzepts zu koordinieren und in der Umsetzung zu kontrollieren, organisiert nach dem „Prinzip der Freiwilligkeit und der Planung von unten nach oben“ unter Beteiligung von Unternehmer- und Arbeitnehmervertretern.

Im „Kapitalmarktkonzept für Österreich“ (1965) wurden Vorschläge zur Überwindung der Nachteile der Selbstfinanzierung (Innenfinanzierung) entwickelt. Der hohe Anteil der Selbstfinanzierung war nicht, wie von Unternehmerseite behauptet, Folge einer zu geringen Spartätigkeit, sondern wesentlich auch durch eine geringe Verschuldungsbereitschaft der Unternehmungen bedingt. In Österreich „spielen die Familienunternehmungen und die politischen Hemmnisse, die einer Verschuldung der verstaatlichten Industrie entgegengesetzt werden, eine große Rolle“. Verstärkt wurde diese Haltung „durch die hohen Anforderungen an die Kreditwürdigkeit, die vom Kreditapparat gestellt werden“. Die überdurchschnittliche Höhe des Zinsniveaus in Österreich wurde als Problem für Investitionen mit langer Nutzungsdauer gesehen. Die großzügigen Möglichkeiten der vorzeitigen Abschreibung verstärkten die prozyklischen Schwankungen der Investitionstätigkeit, begünstigten Investitionen in überbesetzten Wirtschaftszweigen und leisteten keinen Beitrag zur Gründungsfinanzierung.

Eine Lösung des Kapitalmarktproblems könne nicht durch eine „von der Laissez-faire-Mentalität inspirierten“ Politik des Abwartens erreicht werden. Empfohlen wurde eine schrittweise moderate Reduzierung der vorzeitigen Abschreibung, auf der anderen Seite die Schaffung günstigerer Formen der Fremdfinanzierung durch staatliche Haftungen für Investitionskredite, die von den Hausbanken der Unternehmungen gewährt wurden, und durch die Gründung einer „reinen Investitionsbank“, die auch direkte Kredite für risikoreichere Projekte vergab.

Die letzte hier näher behandelte Studie „Investitionsstruktur und Wirt-

schaftswachstum“ aus 1969 war mit einem veränderten Sachverhalt konfrontiert. Zwar war die Investitionsquote in den 60er-Jahren weiter auf über 25% des BNP gestiegen, gleichzeitig aber war das Wirtschaftswachstum mit durchschnittlich 4,3% niedriger als in den meisten westeuropäischen Ländern. Die Tendenz eines steigenden marginalen Kapitalkoeffizienten hatte sich beschleunigt fortgesetzt, in allen Bereichen war eine deutliche Zunahme zu verzeichnen. Die Wachstumsrate der Investitionen war allerdings in der ersten Hälfte der 60er-Jahre gegenüber den 50er-Jahren zurückgegangen. Das Nachhinken des BNP-Wachstums hinter der verringerten Zunahme der Investitionen wurde zweifach interpretiert: „Die Investitionen verloren sowohl an Schwungkraft (sie wuchsen langsamer) als auch an Stoßkraft (sie wurden weniger wachstumswirksam).“ Die nachlassende Wachstumswirkung der Investitionen wurde auf ihre ungünstiger werdende Struktur zurückgeführt, insbesondere auf eine Schwäche der Industrieinvestitionen, von denen die stärkste Wachstumswirkung ausging. Ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen sank in den 60er-Jahren beschleunigt (auf 15% 1967), während er in fast allen anderen westeuropäischen Ländern mehr oder weniger konstant zwischen 20 und 30% lag.

Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang auch die massive Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft, die mit einer 7-fachen Wachstumswirkung besser in der Industrie vorgenommen werden sollten. Auch sei der Anteil der Fahrzeuginvestitionen zu hoch, während viel zu wenige Ressourcen für wissenschaftlich-technische Forschungs- und Entwicklungstätigkeit aufgewendet würden.

Dieser „qualitative Aspekt“ der Investitionen und die Notwendigkeit eines weiteren Investitionsbegriffs, der die immateriellen Komponenten Forschung und Entwicklung mit einschloss, war bereits Gegenstand der Studie „Forschung und Entwicklung in Österreich“ (1965) gewesen, deren Pionierleistung auf diesem Gebiet von Resch (2017) bereits ausführlich dargestellt worden ist.

Die Investitions- und Wachstumsstudien der WwA enthielten nur wenige explizite Bezüge auf die wirtschaftswissenschaftliche Literatur der Zeit. Der nachfrageseitige Aspekt der Keynes'schen Theorie blieb eher im Hintergrund, war dort allerdings stets präsent. Schon von der Themenstellung waren die empirischen Analysen der Studien auf die Angebotsseite ausgerichtet, dabei dem theoretischen Ansatz der postkeynesianischen Wachstumstheorie (insbes. Harrod [1939], Domar [1946]) verpflichtet. Explizit trifft dies am stärksten auf die Studie aus 1969 zu. Das verfügbare Datenmaterial ermöglichte es, die Zunahme des BNP auf die Investitionen zu beziehen, der marginale Kapitalkoeffizient wurde zunächst so interpretiert, als ob der Zuwachs zur Gänze den Investitionen zuzurechnen sei, mit qualifizierenden Modifikationen etwa durch Berücksichtigung der Arbeits-

kräfteentwicklung oder des technischen Fortschritts in ergänzenden Schritten. Die empirischen Analysen der Branchenstrukturen orientierten sich an den aktuellen Publikationen der UNO (Economic Survey of Europe) und OECD. Von den Theorien der langfristigen Wachstumsentwicklung wurden die Werke von W. A. Lewis (1956) und W. W. Rostow (1961) zitiert. Damals ambitioniert, aus späterer Sicht überholt erscheint der Versuch einer mittelfristigen Wachstumsprognose durch Trendextrapolation von Parabelfunktionen („Wachstumsperspektiven der österreichischen Wirtschaft“, S. 62ff).

3.2 „Probleme des österreichischen Arbeitsmarktes“ (1962)

Bemerkenswerterweise widmete sich nur eine Studie der WwA ausführlich dem Arbeitsmarkt. Wenn 1961 die Arbeitslosenrate im Jahresdurchschnitt auf 3% gesunken war, so war die Studie bemüht, Behauptungen einer globalen Arbeitskräfteknappheit zu relativieren. Als die zwei großen Schwachstellen des österreichischen Arbeitsmarktes wurden die hohen saisonalen Schwankungen und die beträchtlichen regionalen Unterschiede der Arbeitslosenraten identifiziert. Während in Wien und in Vorarlberg die Arbeitslosigkeit unter 2% betrug, war sie in Niederösterreich, Steiermark und Kärnten mehr als doppelt so hoch, und im Burgenland erreichte sie sogar mehr als 10%. Die niedrige Arbeitslosenrate im Bundesdurchschnitt dürfe nicht dazu verleiten, in den Bemühungen nachzulassen, durch gezielte regionalpolitische Entwicklungsarbeit langfristig eine Verbesserung der Beschäftigungslage in den strukturschwachen Gebieten herbeizuführen.

Die Unternehmerseite sah in der großzügigen Zulassung ausländischer Arbeitskräfte das unmittelbar wirksame Mittel zur Beseitigung der Arbeitskräfteknappheit. Auf Drängen der Bundeswirtschaftskammer hatte der ÖGB für 1962 einer Vereinbarung zugestimmt, der zufolge die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte auf bis zu 48.000 erhöht werden konnte. Die Zulassung von Ausländern könne dazu beitragen, „die saisonalen Spannungen in einzelnen Wirtschaftszweigen – vor allem im Baugewerbe und im Fremdenverkehr zu mildern“ (S. 37). In der Studie wurde gleichzeitig davor gewarnt, in der Ausweitung der Ausländerbeschäftigung eine dauerhafte Lösung des österreichischen Arbeitskräftepotenzials zu sehen. Es gäbe in Österreich noch ein großes Potenzial in der Landwirtschaft und in den strukturschwachen Regionen, das durch Mobilitätsförderung besser ausgeschöpft werden könnte. Als ein entscheidender Faktor wurden weiters die berufstätigen Frauen bezeichnet. „Eine zuverlässige Prognose, ob die Zahl der berufstätigen verheirateten Frauen mit steigendem Realinkommen des Familienerhalters allmählich abnehmen oder weiterhin zunehmen wird, ist äußerst schwierig.“ Die permanente hohen Stel-

lenandrangszahlen für Frauen deuteten auf eine weitere Zunahme hin (S. 38).

Der dritte Teil der Studie beschäftigte sich mit dem „Grenzgängertum in den westlichen Bundesländern“. Anfang der 60er-Jahre waren rund 8% der Vorarlberger Arbeitskräfte in der Schweiz und in Deutschland tätig, in Salzburg war der Anteil minimal. Die Unternehmer machten die Lohnnebenkosten für das große Ausmaß des Lohngefälles verantwortlich. Die Studie sah die Abwanderungstendenz der Vorarlberger auch im Strukturproblem der Vorarlberger Industrie begründet: im Übergewicht der Textil- und Bekleidungsindustrie, die eine Niedriglohnindustrie war. Es gäbe Anzeichen für einen beginnenden Strukturwandel, der allerdings nur langfristig eine Entschärfung bringen könnte. Während sich die Unternehmenseite von der verstärkten Anwerbung von Gastarbeitern aus Jugoslawien und aus der Türkei eine Lösung ihres Arbeitskräfteproblems erwartete, empfahl die Studie mehr Bemühungen um österreichische Arbeitskräfte aus strukturschwachen Regionen und eine Wohnbaupolitik, die die Lebenshaltungskosten im Inland verbilligte (genossenschaftlichen Wohnbau statt „Häusle baue“).

3.3 Eigentumsverhältnisse in der österreichischen Wirtschaft und Industriepolitik

Mit der Untersuchung „Das Eigentum an den österreichischen Kapitalgesellschaften“ begann die lange Serie der Eigentumsstudien der WWA.¹⁴ In der ersten Studie aus 1962 (mit Ergebnissen für das Jahr 1961) wurden nur Unternehmungen in der Rechtsform von Kapitalgesellschaften (AG, GesmbH) erfasst. Am gesamten Kapital von 24,5 Mrd. Schilling betrug der Anteil des Bundes 42,8%, weitere 10,7% standen im Besitz von Ländern und Gemeinden. 9,8% der Gesellschaften standen im Besitz von Banken und Sparkassen, 15,6% hatten private Eigentümer, 19,3% waren in ausländischem Eigentum. Allerdings bildeten diese Anteile nicht die Eigentumsstruktur der gesamten Wirtschaft ab, da große Unternehmensgruppen und Einzelunternehmen damals noch nicht die Rechtsform der Kapitalgesellschaft hatten, z. B. der Schöller'sche Industriekonzern oder die Vorarlberger Textilindustrie. Die Bedeutung des österreichischen Privateigentums kam nicht seinem wirklichen Umfang entsprechend zum Ausdruck, wie in der Studie selbst vermerkt wurde. Die Studie beschrieb nur vereinzelt Veränderungen in der Eigentumsstruktur, z. B. im Bereich der Konzernunternehmungen der Creditanstalt-Bankverein, enthielt sich dabei weitgehend einer Bewertung. Ausländisches Eigentum wurde allerdings überwiegend kritisch bewertet. In der Zeit der Ersten Republik „trug die starke Überfremdung zur Verschärfung der Wirtschaftskrise bei“ (S. 21). Aktuell wurden positive und negative Auswirkungen einander ge-

genüberegestellt. Positiv waren u. a. die Einführung neuer Verfahren und Produkte und die Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung durch Spezialisierung, negativ die Gewinnverschiebung durch willkürliche Verrechnungspreise, die Benachteiligung österreichischer Produktionsstandorte gegenüber dem Stammhaus in Krisenzeiten. „Eine breite Streuung ausländischer Investitionen bedeutet dagegen eine gewisse Garantie gegen diese Missstände.“

Viel umfassender war die Studie „Auslandskapital in der österreichischen Wirtschaft“ (1970), das Ergebnis jahrelanger Dokumentations- und Recherchearbeit. Im Unterschied zur Studie aus 1961 wurde auch die Eigentümerschaft für Personengesellschaften erhoben. Der Anteil der in Auslandsbesitz stehenden Unternehmungen am gesamten Kapital der Unternehmungen betrug nach den Ergebnissen der Erhebung 1969 25%. Bei den Beschäftigtenanteilen ergab sich eine etwas andere Verteilung: Auf den ausländisch kontrollierten Bereich entfielen 18,7% der Beschäftigten, auf verstaatlichte Industrie und Konzerne der verstaatlichten Banken 26,2%, und 55% auf Unternehmungen in inländischem Privateigentum.

Die Studie enthält detaillierte Darstellungen der Eigentumsverhältnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen sowie eine Analyse der Rolle des ausländischen Kapitals in der österreichischen Wirtschaft. Neu überdacht werden müsse die Forderung nach inländischer Kontrolle der „Schlüsselindustrien“ der österreichischen Wirtschaft, da die Inhalte dieses Begriffs in rapider Wandlung befänden. Eine österreichische Präsenz in einigen dieser Schlüsselindustrien wurde für notwendig erachtet. Bei Verkäufen zukunftsträchtiger Unternehmungen sollten die Verstaatlichtenholding ÖIAG und die verstaatlichten Banken sich um „österreichische Lösungen“ bemühen. Die Wirtschaftspolitik insgesamt müsse sich der zunehmenden Bedeutung multinationaler Konzerne annehmen, mit dem Ziel, „die Vorteile der Auslandsinvestitionen zu erhöhen und die Nachteile zu vermindern“ (S. 226).

Die Studie „Gemeinwirtschaft und wirtschaftliche Dynamik“ (1969) beschäftigte sich mit der Entwicklung der Gemeinwirtschaft (staatliche Unternehmungen in den Bereichen Infrastruktur, Industrie und Finanz) in Europa und in Österreich. Während der staatliche Unternehmenssektor in den meisten westeuropäischen Ländern expandierte, sei in Österreich eine Stagnation eingetreten. In Anbetracht der großen Bedeutung der staatlichen Unternehmungen seien davon negative Effekte auf die Dynamik der gesamten österreichischen Wirtschaft zu befürchten. Die bisher hauptsächlich in der Grundstoffherzeugung tätigen Unternehmungen müssten sich in die wachstumssträchtigeren Finalbereiche weiterentwickeln, wozu es in der Chemie und im Anlagenbau erste Erfolge gäbe. Die wichtigste Aufgabe der Verstaatlichtenholding ÖIG sollte „in der überfälligen Zusammenlegung und Koordinierung branchengleicher Unterneh-

mungen bestehen,“ worin sie aber bisher an regionalen, politischen und persönlichen Sonderinteressen gescheitert sei (S. 32). Eine weitere Aufgabe der ÖIG wurde in der Beschaffung der Mittel für notwendige Stärkungen der Kapitalbasis gesehen, auch im Sinne einer planvollen Gestaltung der Investitionen.

3.4 Lebensstandard und Einkommensverteilung

Fast alle Studien über Lebensstandard und Einkommensverteilung hatten eigene Erhebungen der Wiener Arbeiterkammer als Grundlage. Bereits in der Zeit zwischen den Weltkriegen hatte die AK Wien Primärerhebungen für eine eigene Haushaltsstatistik¹⁵ und eine Lohnstatistik¹⁶ durchgeführt, die nach 1945 wieder aufgenommen wurden.¹⁷

Die Untersuchungen über die Entwicklung des Lebensstandards (1959, 1960) konnten an die Studie Benedikt Kautskys „Die Haushaltsstatistik der Wiener Arbeiterkammer 1925 bis 1934“ (1937) anknüpfen. Das Hauptinteresse der Untersuchungen galt den Veränderungen der Struktur des Konsums der Haushalte als Indikator der Veränderung des Lebensstandards der Arbeitnehmer. Dessen langfristige Steigerung zeigte sich in der Abnahme des Anteils der Nahrungs- und Genussmittel (von 57,5% 1925 auf 34,5% 1958), der eine Zunahme des Anteils der „sonstigen Ausgaben“ (die Ausgaben für Verkehr, Gesundheits- und Körperpflege, geistige Zwecke, Erholung, Urlaub, Unterhaltung, die als „Wohlstandsanzeiger“ interpretiert wurden) von 19,3% auf 40,2% gegenüberstand. Insgesamt etwa konstant blieb in diesem Zeitraum der Anteil der Ausgaben für Miete und Wohnung und Bekleidung. Der damaligen Tradition entsprechend wurden auch die Ernährungsgewohnheiten detailliert untersucht, durch penible Berechnungen der Anteile von 22 Nahrungs- und Genussmitteln (z. B. Getreideerzeugnisse, Milch, Fette, Fleisch, Fisch Gemüse und Obst frisch und trocken, Zucker, Kaffee, Bier etc.) am Verbrauch von Wiener Arbeiter- und Angestelltenhaushalten und am „Nahrungsmittelverbrauch pro erwachsenen Mann“. Sogar noch detaillierter war die Untergliederung der Nahrungsmittelausgaben in der Studie aus 1960. Hier wurde auch der „Kalorienverbrauch pro Tag und Vollperson nach sozialer Stellung“ berechnet, getrennt nach pflanzlichen und tierischen Kalorien.

In der Untersuchung der Entwicklung von 1952 bis 1957 war die Frage, wie die rasche Zunahme der Reallöhne in diesem Zeitraum sich in den Verbrauchsgewohnheiten niederschlug. Unterschieden wurde in dieser Untersuchung nicht nur zwischen Arbeiter-, Angestellten- und Pensionistenhaushalten, sondern auch nach Haushaltsgröße und Einkommensstufen. Ein wichtiges Ergebnis der Studie war auch, dass in der unteren Einkommensstufe die Familieneinkommen deshalb so niedrig waren, weil die Frauenarbeit nur eine geringfügige Rolle spielte, während in der oberen

Einkommensstufe die Fraueneinkommen einen wesentlichen Beitrag leisteten. „Mit Ausnahme gewisser gehobener Angestelltenschichten ... beruht der verhältnismäßige Wohlstand der meisten Familien mit höheren Einkommen weitgehend auf der Berufsarbeit der Ehefrauen“ (1960, S. 4).

Eine weitere Studie dieses Typs war eine Untersuchung über die „Lebensverhältnisse der Arbeiter in der österreichischen Montanindustrie“ (in den verstaatlichten Unternehmungen in Oberösterreich, Steiermark und in Niederösterreich), die in Anlehnung an eine gleichartige Untersuchung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) entstand.

Der Anteil der Ausgaben für Wohnungsmiete (inkl. Instandhaltung) nach den Ergebnissen der Wiener Haushaltsstatistik für 1957 betrug 3% bei Arbeitern und 3,4% bei Angestellten, in beiden Fällen ein Rückgang gegenüber 1952. Auch die Kosten für Beheizung, Beleuchtung und Wohnungseinrichtung (ca. 9% 1957) waren tendenziell sinkend. Die niedrigen Kosten von Wohnungsmiete und Instandhaltung waren maßgeblich durch Gesetzgebung und Wohnbaupolitik bestimmt und Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Die Wiener Arbeiterkammer führte zu dieser für die Arbeitnehmer so wichtigen Frage eine Sondererhebung durch, die auf einer repräsentativen Stichprobe von mehr als 5.000 Haushalten beruhte. Liest man die Zusammenfassung am Ende dieser Studie (1961), so scheint das Ergebnis den gewaltigen Rechenaufwand kaum zu rechtfertigen – es wurde eine Vielzahl einfacher und multipler Korrelationsberechnungen für die Merkmale Einkommenshöhe, Haushaltsgröße einerseits und Wohnungsgröße, sowie Einkommenshöhe und Mietzins, alles noch einmal getrennt für Arbeiter, Angestellte, Beamte und Pensionisten durchgeführt, um zur Feststellung zu gelangen, dass „die Wohnungsgröße und der Mietaufwand nur in einem ganz schwach ausgeprägten Verhältnis zur Höhe des Einkommens und zur Zahl der Haushaltsmitglieder stehen“. Wenn die Ausgaben für Mietzins in drei Viertel aller erfassten Haushalte weniger als 6% betragen, so zeige dies, dass „die Mietzinsregulierung für die überwiegende Zahl der unselbständigen Einkommensbezieher von eminenter sozialpolitischer Bedeutung (ist)“. Dafür sei in Kauf zu nehmen, dass gleichzeitig die niedrigen Mietzinse auch einer verhältnismäßig kleinen Schicht von Empfängern hoher Einkommen zugutekommen (S. 223).

Die letzte Studie auf Basis der AK-eigenen Haushaltsstatistik war die Studie „Armut in Wien“ (1974). Auf der Grundlage der Verbrauchsstruktur wurden ein Mindeststandard und ein gehobener Mindeststandard berechnet. Von Armut betroffen waren fast nur kinderreiche Haushalte mit einem einzigen Einkommensbezieher. Für diesen Familientypus erreichte das Einkommen eines größeren Teils der Arbeiter nicht den gehobenen Mindeststandard. Die Armutsstudie des WwA war die erste auf diesem Gebiet in Österreich. Dennoch blieb die öffentliche Resonanz gering.

Auf der AK-eigenen Lohnstatistik beruhte die Studie „Die langfristige

Entwicklung von Löhnen und Gehältern in Wien“ (1964). Gegenstand der Untersuchung war die Verteilung der Löhne und Gehälter im Zeitraum von 1926 (Arbeiter) bzw. 1937 (Angestellte) bis 1960. Als wichtigstes Ergebnis in der Gesamtsicht ergab sich eine Nivellierungstendenz in Form einer Annäherung von Männer- und Frauenlöhnen, Zeit- und Akkordlöhnen, Fach- und Hilfsarbeiterlöhnen, bei den Angestellten eine Annäherung der verschiedenen Verwendungsgruppen. Die Nivellierungstendenz war jedoch nicht kontinuierlich, sondern bis 1953 beobachtbar. Danach setzte als Folge der Rückkehr zu Branchenlohnverhandlungen eine Entnivellierung ein, welche die vorherige Angleichung teilweise wieder rückgängig machte. Wie auch alle anderen von Erwin Weissel verfassten Studien enthält diese Pionierarbeit eine große Fülle von Detailergebnissen, die hier nicht referiert werden können.

Die Folgestudie über die „Lohnentwicklung in der Wiener Industrie in den sechziger Jahren“ (1974) zeigte eine viel weniger einheitliche Entwicklung der Lohnstrukturen, z. B. eine weitere Annäherung von Frauen- und Männerlöhnen beim Akkordlohn, während andere Relationen konstant blieben. Bei Betrachtung der Gesamtheit der Arbeiter und Arbeiterinnen holte der untere gegenüber dem mittleren und oberen Lohnbereich etwas auf, während das Verhältnis der beiden letzteren etwa konstant war.

Die vom Institut für Wirtschaftsforschung erstellten Zeitreihen für eine österreichische Volkseinkommensrechnung dienten als Grundlage für die Studie „Der Lohnanteil am österreichischen Volkseinkommen 1913 bis 1967“ (1970). Wenn die Lohnquote in langfristiger Betrachtung eine markante Zunahme aufwies, so musste bei der Interpretation dieser Tendenz die Veränderung in der Struktur der Erwerbstätigkeit berücksichtigt werden. Parallel zu Anstieg der Lohnquote von 51% 1913 bzw. 57,2% 1924 auf 67,3% 1967 war auch der Anteil der unselbstständig Beschäftigten von 64% auf 73,1% gestiegen. Sieht man von dem Sprung der Lohnquote nach oben nach dem Ersten Weltkrieg ab, so zeigte sich, dass die berechneten Kennzahlen (Lohn-Einkommensrelation) weder für die Gesamtwirtschaft noch für den gewerblich-industriellen Sektor einen Trend in eine bestimmte Richtung aufwiesen. Die erheblichen kurz- und mittelfristigen Schwankungen der Lohnquote können nur zum Teil durch die Konjunktur bzw. den Investitionszyklus erklärt werden. Langfristige Konstanz der funktionellen Einkommensverteilung war die wesentliche, wenn auch verkürzte implizite Botschaft der Studie.

3.5 Wettbewerb

Die 1963 veröffentlichte Studie „Der Graue Markt in Österreich“ war die erste ihrer Art, die den seit den späten 50er-Jahren zunehmenden Missstand der Gewährung großer Rabatte auf fiktive Listenpreise („Bruttoprei-

se“) von dauerhaften Konsumgütern wissenschaftlich analysierte. Die Studie beruhte auf der Auswertung von über 10.000 Fragebögen von Arbeitnehmern in ganz Österreich über die Beschaffungswege für dauerhafte Konsumgüter. Durch diese Erhebung wurde die allgemein gängige Praxis der Preisnachlässe an individuelle Käufer umfassend dokumentiert. Für zwei Drittel aller Barkäufe wurden solche Preisnachlässe gewährt, die bei Elektrogeräten bis zu 50 Prozent gingen. Kritisiert wurde an dieser Praxis vor allem die Beeinträchtigung der Markttransparenz, darüber hinaus auch die Benachteiligung von Ratenkäufen. Die Voraussetzung für die „Rabattkonkurrenz“ war ein Kartellgesetz, das sowohl Preisbindungen auf der Einzelhandelsstufe als auch sog. „unverbindliche Empfehlungen“ der Erzeuger für Verbraucher zuließ. Die Beseitigung des Missstandes könne durch ein vom Handelsminister zu erlassendes generelles Verbot der vertikalen Preisbindung und Preisempfehlung erreicht werden.

3.6 Agrarstudien

Auch in diesem Bereich hat die WwA mehrere Studien erstellt, zuerst über Teilmärkte wie Milchwirtschaft, Viehwirtschaft und Fleischversorgung usw. 1968 wurde mit der Studie „Die Landwirtschaft in der Industriegesellschaft“ eine umfangreiche Untersuchung über die Produktions- und Einkommensverhältnisse der österreichischen Landwirtschaft vorgelegt.

Der Rückgang des Anteils der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen setzte Anfang der 50er-Jahre ein, als zwangsläufige Begleiterscheinung der Industrialisierung. Gleichzeitig partizipierten die Bauern am raschen Wirtschaftswachstum durch steigende Einkommen. Die Studie zeigte auf, dass trotz zunehmenden Betriebsgrößen die Struktur immer noch kleinbetrieblich geprägt war, was eine rationelle, international konkurrenzfähige Produktion unmöglich machte. Dazu kam ein Kapitaleinsatz, der in weiten Bereichen zu einer Überkapitalisierung führte. Um die Landwirtschaft bei der Integration in den industriellen Entwicklungsprozess zu unterstützen, wurden u. a. Maßnahmen zur Verbesserung der Größenstruktur, stärker wachstumsorientierte Zielsetzungen bei den staatlichen Förderungsmaßnahmen und eine Verlagerung auf Produkte, die den Konsumentenwünschen besser entsprachen, vorgeschlagen.

— — —

An dieser Übersicht über die Studien der WwA in den Jahren 1957 bis 1973 fällt auf, dass im Bereich der Budget- und Steuerpolitik keine Untersuchungen veröffentlicht wurden. Wie noch zu zeigen ist, bilden die Studien nur einen Teil der publizistischen Tätigkeit der Abteilung ab. Zahlreiche kleinere Arbeiten wurden in der von AK und ÖGB gemeinsam herausgegebenen Monatszeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ veröffentlicht.

Die Budgetpolitik bildete spätestens seit der Gründung des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt in der WwA, aus der wesentliche Beiträge zu den Budgetstudien kamen, die der Beirat gleich nach seiner Einsetzung in Angriff nahm.

4. Der Stilwandel in der Wirtschaftspolitik und die Rolle der WwA

Nach dem starken Wachstumsschub in der Periode 1954-1961 schwächte sich das Wachstum des BNP in den 60er-Jahren deutlich ab (nur noch 4,3% 1962-1967) und sank sogar unter den westeuropäischen Durchschnitt. Österreich hatte im Wohlstandsniveau in den 50er-Jahren stark aufgeholt, das BNP pro Kopf war aber immer noch um fast ein Viertel unter demjenigen Westdeutschlands und fast 15 Prozent unter dem westeuropäischen Durchschnitt. Es war unbestritten, dass weiterhin ein Aufholbedarf im Pro-Kopf-Einkommen bestand.

Auch die Institutionen und Methoden, mit denen in Österreich Wirtschaftspolitik gemacht wurde, erschienen im Vergleich zu westeuropäischen und erst recht US-amerikanischen Standards veraltet. „Ab dem Ende der 50er-Jahre hatte sich in der ganzen westlichen Welt die Ära der Technokratie durchgesetzt.“¹⁸ Es hatte eine „Professionalisierung“ der Wirtschaftspolitik stattgefunden, deren Diskussionen in der Begriffswelt der keynesianischen Makroökonomie geführt wurden, und in der zunehmend wissenschaftlich ausgebildete Experten den Ton angaben. Die konservative Richtung in Österreich wollte am alten, nicht-technokratischen Politikstil festhalten. Es fehlte allerdings eine konzeptionelle Grundlage. Die in Deutschland erfolgreiche Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“ war für die Wirtschaftspolitik des Raab-Kamitz-Kurses wegen der traditionell wettbewerbsfeindlichen und protektionistischen Haltung der Wirtschaftskammer in Österreich nicht wirklich brauchbar.¹⁹

In dieser Konstellation erlangte die WwA der AK Wien strategische Bedeutung für die Position der Arbeitnehmerseite in der Wirtschaftspolitik. Ein *think tank* dieses Typs, wenn auch nur aus wenigen Personen bestehend, bedeutete einen Vorsprung gegenüber den anderen Teilnehmern an den Entscheidungsprozessen der Wirtschaftspolitik, denn weder die für Wirtschaftspolitik zuständigen Ministerien noch – zumindest in den frühen 60er-Jahren – die Wirtschaftskammer verfügten über einen professionellen Expertenstab, auf den sie sich stützen konnten.

Dazu kam, dass vor dem Hintergrund der – wie sich zeigen sollte – vorübergehenden Wachstumsschwäche der österreichischen Wirtschaft die Dringlichkeit einer Neuorientierung ständig zunahm. In dieser Situation konnte die Arbeitnehmerseite trotz der Wahlniederlagen der SPÖ und

trotz des Endes der Großen Koalition gerade in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung (1966/70) die wirtschaftspolitische Diskussion dominieren und einen erheblichen Teil ihrer Konzepte und Forderungen umsetzen.

Gemeinsam mit den Wirtschaftsexperten des ÖGB hatten die in der WwA tätigen Ökonomen bereits 1961 die Initiative zur Schaffung eines wirtschaftspolitischen Diskussionsforums, des sog. Kautsky-Kreises ergriffen. Weitere Mitglieder kamen aus Kreisen der sozialdemokratischen Beamtenschaft, des Managements bzw. der leitenden Angestellten von verstaatlichten Unternehmungen und Banken, aus der Nationalbank und aus dem Wirtschaftsforschungsinstitut. Diese Zusammensetzung ergab eine produktive Mischung aus Theoretikern und Praktikern, wobei die Grenzen damals weit weniger scharf gezogen waren als heute. Es gab damals noch den Typus des Bankdirektors, der sich über das Geldwesen auch theoretische Gedanken machte und darüber schrieb, den Manager eines verstaatlichten Unternehmens, der über Strukturpolitik und ihren Beitrag zum Wirtschaftswachstum reflektierte. Andererseits war die Mathematisierung und Formalisierung der Wirtschaftstheorie damals deutlich geringer und diese für eine Anwendung auf konkrete Fragen der Wirtschaftspolitik daher wesentlich besser geeignet als heute. Unter maßgeblicher Beteiligung der WwA erarbeitete der Kautsky-Kreis ein Grundsatzpapier, das 1962 als Broschüre „Währungsstabilität und Wirtschaftswachstum“ veröffentlicht wurde.

Die in der WwA-Studie „Wachstumsperspektiven der österreichischen Wirtschaft“ (1963) vorgestellte wachstumspolitische Konzeption ging über die keynesianische Konzeption einer globalen Steuerung makroökonomischer Aggregate hinaus. Die planerischen Elemente der verschiedenen Bereiche der Wirtschaftspolitik sollten zu einem System der gesamtwirtschaftlichen Planung (in der Studie als „Programmierung“ bezeichnet) zusammengefügt werden. Das bevorzugte Modell war die in Frankreich praktizierte „Planification“, ein System, in dem branchenmäßige und sektorale Teilplanungen unterschiedlicher Intensität zu einem fünfjährigen Gesamtplan der makroökonomischen Entwicklung zusammengefasst wurden. Eine Schlüsselrolle kam den öffentlichen Infrastrukturinvestitionen und den Investitionen der verstaatlichten Industrie zu. Auf Initiative von Arbeiterkammer- bzw. Gewerkschaftsseite unternahm eine Experten-Gruppe der Sozialpartner im Februar 1963 eine Studienreise nach Paris, um sich vor Ort über die Tätigkeit des Commissariat Général du Plan zu informieren.²⁰

Die Wachstumsabschwächung und die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Kontrolle der Inflation und der Erstellung der Budgets veranlasste Wirtschaftskammer und die ÖVP-Seite der Bundesregierung zu einem Einlenken in der Frage der wirtschaftspolitischen Koordinierung. Die Forderung nach „Programmierung“ wurde zwar abgelehnt, als Kompromiss

aber 1963 der „Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen“ neben dem Preis- und dem Lohnunterausschuss als dritte Unterkommission der Paritätischen Kommission etabliert. Als Expertengremium konstituiert und mit der Erarbeitung von Analysen und Empfehlungen in Fragen der makroökonomischen Politik beauftragt, wurde der Beirat rasch zu einer treibenden Kraft für einen neuen, technokratischen Stil der Wirtschaftspolitik.²¹ In seinen Arbeitsgruppen (Budgetpolitik, Kapitalmarkt, Arbeitskräftepotenzial), die sich aus Experten der Verbände, der Ministerien, des Instituts für Wirtschaftsforschung, der Banken und der Nationalbank zusammensetzte, waren die ausgearbeiteten Konzepte der WwA oft ein beträchtlicher Startvorteil. Z. B. gelang es der AK, über die Arbeitsgruppe Budgetpolitik des Beirats Einfluss auf die Budgetpolitik der Regierung zu nehmen, ähnlich auch in der Kapitalmarktpolitik und in der Arbeitsmarktpolitik.

Auch am Wirtschaftsprogramm der SPÖ (1968) hatten die Ökonomen der WwA einen maßgeblichen Anteil. Um dem SPÖ-Programm zuvorzukommen, beauftragte die Regierung den damaligen Staatssekretär Stephan Koren²² mit der Erstellung eines nach ihm benannten „Planes“, der ebenfalls dem neuen Stil der Wirtschaftspolitik entsprechen sollte. Schon durch die Bezeichnung erweckte der Koren-Plan intern einigen Widerspruch. Im Wahlkampf für die Nationalratswahl 1970 spielte er kaum noch eine Rolle, während die SPÖ ihr Wirtschaftsprogramm intensiv nutzte, um Wirtschaftskompetenz zu demonstrieren.

Während Koren noch 1967 gegen eine „Überbewertung der Strukturprobleme“ argumentiert und für die Überwindung der Wachstumsschwäche eine „Dämpfung des Kostenauftriebs“ gefordert hatte, lag der Schwerpunkt der Maßnahmen seines Planes bei der Strukturpolitik. Zur Förderung der in den 60er-Jahren stagnierenden Industrieinvestitionen wurden neue Instrumente angekündigt: eine staatliche Investitionsbank, die Gründung eines „Entwicklungs- und Erneuerungsfonds“, der Haftungen und Zinsenzuschüsse gewähren konnte, steuerliche Förderung der Unternehmenskonzentration, eine Erhöhung der Forschungsförderung, ein neues Kartellgesetz zur Förderung des Wettbewerbs, ein mehrjähriges Investitionsprogramm des Bundes, aktive Arbeitsmarktpolitik u. a.

Dies bedeutete insgesamt eine ziemlich markante Neuorientierung der Wachstums- und Strukturpolitik im Sinne der in den Studien der WwA entwickelten Konzeption, besonders, was die zuvor abgelehnte selektive steuerliche Investitions- und Forschungsförderung betraf.

Der schon vor 1966 einsetzende Wandel in Stil und Inhalt hin zu einer technokratischen Wirtschaftspolitik hatte sich in der Ära der ÖVP-Alleinregierung beschleunigt fortgesetzt. Auf politischer Ebene waren AK und ÖGB die treibenden Kräfte dieser Veränderung, in fachlicher Hinsicht war der Anteil der WwA beträchtlich. Der größte Widerstand kam aus den traditionell-konservativen Teilen von ÖVP bzw. Wirtschafts- und Landwirt-

schaftskammer. Aber auch in der SPÖ war die Zustimmung für die Neuorientierung in Stil und Inhalten nicht einhellig. Auf theoretischer Ebene gab es Vorbehalte und Misstrauen gegenüber dem Keynesianismus bei marxistisch orientierten Funktionären. Die politische Führungsschicht betrachtete bis zum Wechsel an der Parteispitze von Bruno Pittermann zu Bruno Kreisky 1967 die Sozialpolitik als ihre eigentliche Domäne. In der Wirtschaftspolitik richtete sich ihr Hauptaugenmerk auf den staatlichen Unternehmenssektor (Bahn, Post, Verstaatlichte Industrie, Elektrizitätswirtschaft). Forderungen zugunsten dieser Bereiche wurden gegen wirtschaftspolitische ÖVP-Interessen „abgetauscht“. Aus dieser Perspektive war der Anspruch auf Mitgestaltung von Bereichen wie Kapitalmarkt-, Investitions- und Wettbewerbspolitik ungewohnt und nicht selten auch irritierend. Dies änderte sich grundlegend, als Bruno Kreisky zum Parteiobmann gewählt wurde und die SPÖ offensiv Kompetenz in wirtschaftspolitischen Fragen demonstrierte.

Wesentliche Teile des Koren-Plans wurden in den letzten Jahren der ÖVP-Alleinregierung umgesetzt, in denen Koren das Finanzministerium leitete (1968-1970).²³ Darauf und auf eine unerwartet kräftige Aufschwungstendenz der Konjunktur konnte 1970 die SPÖ-Alleinregierung aufbauen.

5. Der wirtschaftspolitische Diskurs in den 60er-Jahren²⁴

Der Stilwandel in der Wirtschaftspolitik verdankte seine Dynamik nicht zuletzt auch einer Eigendynamik des öffentlichen Diskurses. Ein relevanter Teil dieses Diskurses fand damals auf einer Ebene statt, die es heute nicht mehr gibt, nämlich in den „intellektuellen Zeitschriften“, wie ich sie nennen möchte.²⁵ Die Verbände gaben Fachzeitschriften von hohem Niveau heraus, die sich hauptsächlich mit Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik beschäftigten – Arbeiterkammer und ÖGB gemeinsam die Monatszeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ (A&W), die Wirtschaftskammer die „Wirtschaftspolitischen Blätter“. Die führende intellektuelle Zeitschrift dieser Zeit war zweifellos das monatlich erscheinende, von dem Schriftsteller Friedrich Torberg herausgegebene „FORVM“, dem 1966 Günther Nening als Herausgeber nachfolgte.²⁶ Auch die Parteien leisteten sich damals „theoretische Organe“ von hohem intellektuellen Niveau: Die Sozialisten hatten „Die Zukunft“, die ÖVP „Die österreichischen Monatshefte“. Eine zentrale Rolle im wirtschaftspolitischen Diskurs spielte die wöchentlich erscheinende Wirtschaftszeitschrift „Finanznachrichten“, herausgegeben von Horst Knapp, der auch einen großen Teil des Inhalts dieser Zeitschrift selbst bestritt.

Die interne Diskussion auf der Arbeitnehmerseite wurde vor allem in

A&W und in der „Zukunft“ ausgetragen. Zentrale allgemeine Frage war darin die Alternative Marx versus Keynes. Die positive Einschätzung von Keynes durch Stefan Wirlandner und den auch dem Marxismus verpflichteten Eduard März wurde von anderen sozialistischen Ökonomen nicht geteilt – Gegner des Keynesianismus waren u. a. Benedikt Kautsky²⁷ und auch Hans Bayer.²⁸ Um einen Ausgleich der Gegensätze durch eine Synthese von Marx und Keynes bemühte sich in zahlreichen Artikeln in A&W Johannes Kasnacich-Schmid.²⁹ Diese Diskussion wurde in den 60er-Jahren nicht mehr fortgesetzt.

Beiträge für A&W nach dem Krieg kamen auch von emigrierten ehemaligen AK-Mitarbeitern, die nicht nach Österreich zurückgekehrt waren.³⁰ Die Seiten von A&W standen auch externen „bürgerlichen“ Autoren offen. Artikel für A&W verfassten u. a. die Professoren Hans Mayer, Wilhelm Weber und August M. Knoll (Universität Wien), der damalige ÖVP-Finanzminister Margaretha zum Budget, und andere.

Wichtiger für die Durchsetzung eines neuen Stils und neuer Inhalte in der Wirtschaftspolitik waren die von Verbänden und Parteien unabhängigen Zeitschriften „Finanznachrichten“ und FORVM. Die Mitglieder der WwA veröffentlichten zahlreiche Artikel in diesen Zeitschriften und konnten so ihre in den Studien erarbeiteten Konzepte einem breiteren Kreis von Interessenten bekannt machen,³¹ während die andere Seite von dieser Möglichkeit nur sehr spärlich Gebrauch machte. Dass die Diskussionen über eine neue Wirtschaftspolitik in dieser Zeit über den Kreis der ökonomischen Fachexperten hinaus ein intellektuelles Interesse auf sich lenken konnten, zeigt sich daran, dass das FORVM 1966 eine Zeit lang eine eigene Abteilung für Artikel zu ökonomischen Themen einrichtete.³²

Einen großen Einfluss auf die Meinungsbildung hatte Horst Knapp, zunächst als Herausgeber und Hauptautor der Finanznachrichten, später nicht zuletzt auch durch seine Kommentare im Fernsehen. Ebenso wie der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts Franz Nemschak³³ unterstützte Knapp die Forderung nach einem Gesamtkonzept für die Wirtschaftspolitik zur besseren Koordinierung der einzelnen Maßnahmen³⁴ und nach einem strukturpolitischen Konzept.³⁵ Er plädierte dafür, den Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen möglichst frei arbeiten zu lassen und kritisierte die Wirtschaftskammer, als diese 1965 an Stelle eines Experten ihren Generalsekretär in den Beirat entsandte, um die Verbandsinteressen stärker zur Geltung zu bringen.³⁶ Knapp bezweifelte die marktwirtschaftliche Orientierung der ÖVP und der Wirtschaftskammer, aus deren Reihen Forderungen nach einer Verschärfung des Gewerberechts und nach Erhöhung des Zollschatzes kamen,³⁷ und unterstützte die Maßnahmen zur Beseitigung des „Grauen Marktes“ und zur Schaffung eines echten Preiswettbewerbs.³⁸ In den Finanznachrichten veröffentlichte er Artikel von WwA-Ökonomen, die für eine mittelfristige Budgetplanung eintraten.³⁹

Wenn Horst Knapp für planvolle Wirtschaftspolitik im Rahmen einer von Technokraten erstellte Gesamtkonzeption eintrat, so folgte er andererseits nicht der Forderung nach „Programmierung“ bzw. der Einführung eines Systems der Planifikation nach französischem Vorbild, die er wegen ihres Dirigismus ablehnte.

Liest man die Beiträge in den alten Jahrgängen der Zeitschriften, die es heute überhaupt nicht oder in dieser Art nicht mehr gibt, so fällt einem auf, wie viel Mühe der verbalen Argumentation die Autoren der Beiträge aufwendeten, um Thesen und Zusammenhänge plausibel zu machen und dadurch die LeserInnen von der Richtigkeit einer Idee zu überzeugen, auch Gegenargumente zu widerlegen. Vier und mehr Zeitschriftenseiten wurden dafür offenbar ohne Weiteres als leseverträglich betrachtet. Es fand ein wirklicher verbaler Diskurs über Fragen der Wirtschaftspolitik statt, in dem auch die Kunst der Formulierung und die Eleganz der Ausdrucksweise eine Rolle spielten.

6. Die neue Wirtschaftspolitik und die Ökonomik der „Arbeiterbewegung“ nach 1970

Vom Standpunkt der WwA aus betrachtet erschien 1970 das Ausmaß des Wandels in der Wirtschaftspolitik wie ein Glas, das man als halb voll oder halb leer bezeichnen konnte. Erwartungen, dass die sozialistische Alleinregierung nun darangehen würde, es voll zu machen durch eine schrittweise Umsetzung des Wirtschaftsprogramms 1968, sich nicht erfüllten. Dies galt nicht nur hinsichtlich der Einführung der Programmierung, sondern auch für die Mehrzahl jener Maßnahmen, von denen keine so stark systemverändernden Wirkungen ausgegangen wären.

In der Investitionspolitik wurde die indirekte Förderung nicht nur nicht zurückgenommen, sondern zusätzlich zu den bestehenden Möglichkeiten (vorzeitige AfA, Investitionsrücklage) ein Investitionsfreibetrag eingeführt. Als Begleitmaßnahme zur Einführung der Mehrwertsteuer wurde sogar noch zusätzlich eine befristet gültige Sonderabschreibung von 25 Prozent eingeführt. Die überkommene Form der Sparförderung durch steuerliche Freibeträge wurde weiter ausgebaut.⁴⁰

In der direkten Förderung der Investitionen wurden die Finanzierungsvolumina der neuen Instrumente (EE-Fonds, Investkredit Bank) in den 70er-Jahren deutlich erhöht. Die Erhöhung der Förderungswirkung durch Schwerpunktsetzung in „Zukunftsbereichen“ wurde jedoch nicht erreicht, wie eine Studie der WwA aus 1977 feststellte.⁴¹

In der verstaatlichten Industrie wurde die Unternehmenskonzentration innerhalb des Konzerns vorangetrieben (Fusionen von VÖEST und Alpine, Böhler und Schöller Bleckmann, usw.), wobei heftige innere Wider-

stände überwunden werden mussten. Wenn diese Maßnahmen dazu beitrugen, „dass die österreichischen Stahlindustrie die Krise am Weltstahlmarkt in ihrer fusionierten Form wesentlich besser überstanden hat, als dies den Einzelunternehmungen möglich gewesen wäre“,⁴² so war dies allerdings noch keine definitive Lösung der Strukturprobleme, wie sich später zeigen sollte.⁴³

Legistische Fortschritte im Sinne des Wirtschaftsprogramms 1968 wurden im Bereich der Gewerbeordnung, des Kartellrechts und des Konsumentenschutzes erzielt.

Das Resümee der WwA über zehn Jahre SPÖ-Regierung anerkannte die Erfolge in der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik, war aber ziemlich ernüchternd in Bezug auf Verteilungs- und Strukturpolitik. In der Verteilungspolitik seien auch die begrenzten Spielräume nicht genutzt worden. Auf der „Mikroebene“ habe „die Regierung bei weitem nicht alle Spielräume ausgeschöpft und zum Teil Maßnahmen gesetzt, gegen die ernste Bedenken erhoben werden müssen. ‚Sachzwänge‘ für solches Handeln sind zwar nicht generell auszuschließen, können aber nur in den allerwenigsten Fällen geltend gemacht werden.“⁴⁴

Die Bedingungen für die planvolle Umsetzung einer konzeptiven Wirtschaftspolitik waren in den erst drei Jahren der SPÖ-Regierung insgesamt sehr günstig. Österreichs Wirtschaft erlebte den letzten größten Wachstumsschub der Nachkriegszeit mit einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme des BNP von 5,2% im Zeitraum 1967/74, was ein weiteres Aufholen gegenüber den westeuropäischen Ländern bewirkte. Mit dem (ersten) Ölpreisschub 1973 trat allerdings eine dramatische Wende ein. Schon vorher war das System der festen Wechselkurse von Bretton Woods zusammengebrochen, eine Serie von Auf- und Abwertungen der europäischen Währungen war die Folge. Priorität nach der Ölpreiserhöhung hatte zunächst die Inflationsbekämpfung. Die Rezession 1975, die erste seit 1952, brachte dann die Zäsur im Wirtschaftswachstum. Ab diesem Jahr war der Kampf um die Vollbeschäftigung Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik.

Im Unterschied zur ersten DM-Aufwertung 1969 hatte Österreich bei der DM-Aufwertung gegenüber dem US-Dollar 1973 mitgezogen (zuvor schon 1971). Damit begann die Ära des Austrokeynesianismus, der originellen Kombination von expansiver Fiskal-, stabilitätsorientierter Einkommens- und Hartwährungspolitik, mit der es Österreich nahezu bis zum EU-Beitritt gelang, den Zustand der Vollbeschäftigung zu erhalten.⁴⁵ Der Austrokeynesianismus lag jedoch nur zur Hälfte auf der wirtschaftspolitischen Linie der WwA. Anfänglich bestand hier eine beträchtliche Skepsis, vor allem wegen des nicht unbeträchtlichen Risikos der Hartwährungspolitik. Die Architekten der Hartwährungspolitik waren Finanzminister Androsch, Heinz Kienzl und Stephan Koren, der als Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs und später als Nationalbankpräsident diese Politik unterstützte.

Was das Konzept einer gesamtwirtschaftlichen Planung (Programmierung), ob nach französischem oder anderem Vorbild, betrifft, so ist zu bezweifeln, dass es unter den Ökonomen der Arbeitnehmerseite jemals überwiegende Zustimmung hatte. Es war kein Geheimnis, dass der 4. Plan Frankreichs 1963 aufgegeben werden musste, weil die Inflation außer Kontrolle geraten war, und der 5. Plan (1966/69) in der Praxis keine große Bedeutung mehr hatte.⁴⁶ Wenn „aus den Blümenträumen einer längerfristigen Planung der österreichischen Wirtschaft kaum etwas geworden ist“,⁴⁷ so hielt sich die Enttäuschung darüber bei den Skeptikern in Grenzen. Für die „Arbeiterbewegung“ im Sinn einer hundertjährigen Tradition bedeutete der Abschied von der Vorstellung einer geplanten Wirtschaft einen Bruch. Für Eduard März, der sich immer als Marxist verstand,⁴⁸ war die keynesianische Wirtschaftspolitik, der sein voller Einsatz als Ökonom galt, ein Zwischenschritt. Die Programmierung hatte die Funktion, die allmähliche Transformation der *mixed economy*, die immer noch ein Wirtschaftssystem vom Typ des Kapitalismus war, zu einem sozialistischen Wirtschaftssystem zu befördern – dies alles in sehr langen Zeithorizonten und im Rahmen eines liberal-demokratischen politischen Systems. Das Aufgeben des Konzepts machte diese Perspektive hinfällig.⁴⁹

Dem ersten Bruch folgte etwas später ein zweiter, nicht weniger einschneidender: der Beinahe-Kollaps der verstaatlichten Industrie 1985/86. Aus einer marxistischen Perspektive waren Staatsunternehmungen nicht nur Instrumente der Wachstums- und Strukturpolitik bzw. der politischen Neutralisierung eines Teils des Kapitals in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Die wichtige Rolle der Staatsunternehmungen konnte dabei auch noch als Element der Sozialisierung im Sinne der älteren sozialdemokratischen Tradition eines „organisiertem Kapitalismus“ (Rudolf Hilferding⁵⁰) verstanden werden. Auch dieser Ansatzpunkt einer Systemtransformation fiel in den 80er-Jahren weg.

Den Zeitraum meiner Darstellung der so erfolgreichen Tätigkeit der WwA als „erster *think tank* für die Arbeiterbewegung“ habe ich daher mit der Pensionierung ihres ersten Leiters Eduard März 1973, oder jedenfalls kurz danach, begrenzt, da es in der späteren Zeit die Perspektive einer Transformation des Wirtschaftssystems, die der Ideologie der „Arbeiterbewegung“ zugrunde lag, eigentlich nicht mehr gab. Erkannt hat dies Horst Knapp in seinem Beitrag zur „Zwischenbilanz“ über zehn Jahre Wirtschaftspolitik der SPÖ-Regierung. Knapp anerkannte die Erfolge des „eigenständigen österreichischen Weges“ in der Konjunktur- und Stabilitätspolitik. Wenn man vielleicht in der hohen Priorität für Vollbeschäftigung etwas „speziell Sozialistisches“ sehen könne, so könne man schwerlich „die Punze des Sozialistischen auch dem Weg aufprägen, auf dem dieses Vollbeschäftigungsziel zu verwirklichen getrachtet wurde“.⁵¹ Für die

Orientierung der Wirtschaftspolitik falle die „Affinität zu einer bestimmten nationalökonomischen Lehrmeinung stärker ins Gewicht“ als zur Ideologie einer Partei.

7. Und heute?

Die Rolle von *think tanks* im wirtschaftspolitischen Diskurs hat seit den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts noch weiter zugenommen. Die anderen Interessenvertretungen, v. a. die Wirtschaftskammer und die Industriellenvereinigung, bis zu einem gewissen Grad auch die Ministerien, insbes. das Finanzministerium, haben „aufgerüstet“ und sich den Erfordernissen einer technokratisch geführten Diskussion angepasst. Sie sind dabei zum Teil andere Wege gegangen, indem sie neue Institute geschaffen haben oder in größerem Ausmaß extern Studienaufträge an das Institut für Höhere Studien, das Institut für Wirtschaftsforschung und andere vergeben haben, um ihre Positionen zu untermauern. Auch die AK hat in den letzten Jahrzehnten zunehmend externe Studienaufträge an Institute vergeben, insbesondere für Fragestellungen, welche die Kapazität einer Abteilung von der Größe der WwA, deren Personalstand sich seit den 70er-Jahren nur wenig verändert hat, übersteigen.

Seit 1975 verfügt die WwA mit der Zeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“ über ein eigenes Publikationsorgan mit quartalsweisem Erscheinen, in dem Arbeiten aus der Abteilung veröffentlicht werden, das aber auch für Beiträge von außen offensteht. Große Aufmerksamkeit wird auch dem Rezensionsteil gewidmet, in dem laufend über Neuerscheinungen informiert wird. Daneben gibt es die Reihe „Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“, in der bis heute über 160 Hefte erschienen sind. Seit mehr als 20 Jahren veranstaltet die WwA wissenschaftliche Tagungen, auf denen allgemeine und spezielle Fragen der Wirtschaftspolitik mit österreichischen und internationalen Ökonomen und Ökonominen diskutiert werden. Die Schriftenreihe, in der die Referate veröffentlicht werden, zählt heute bereits 19 Nummern.

Trotz der vielfältigeren und besseren Publikationsinstrumente ist es heute im Vergleich zu den 60er- und 70er-Jahren schwieriger geworden, Studien und ihre Ergebnisse öffentlichkeitswirksam bekannt zu machen, besonders aber, sie in eine Diskussion im Kreis von Ökonomen einzubringen, die heute viel weniger stattfindet als in den ersten Jahrzehnten der WwA.

Wahrscheinlich ist auch in den Massenmedien heute schwerer, mit Botschaften durchzukommen, vor allem dann, wenn sie sich nicht auf eine – meist triviale – Kurzformel reduzieren lassen. Eine auf verbale Darstellungen angewiesene Ökonomie wie die keynesianische kommt ohne längere

Argumentation nicht aus, aber Massenmedien wollen alles auf einen Satz reduzieren. Der Zug zur Oberflächlichkeit ist anscheinend unaufhaltsam – man vergleiche Fernsehkommentare von Horst Knapp mit heutigen „Wirtschaftskommentaren“. Berichte über ökonomische Studien in den Massenmedien gehen nur wenig auf die Inhalte ein, dafür stempeln sie einfach ab, „von wem etwas kommt“. Wie das Beispiel des von der Industrie finanzierten eco-Instituts zeigt, sind sie bei verschleierte Abhängigkeit großzügiger.

Dass es einen Expertendiskurs in der Wirtschaftspolitik in Österreich heute viel weniger gibt als in den ersten zwei Jahrzehnten der WwA, ist meines Erachtens darauf zurückzuführen, dass die „intellektuellen Zeitschriften“ heute nicht mehr existieren.⁵² Es fehlt daher an einer Zwischenebene zwischen den technischen Fachzeitschriften (dazu gehört auch „Wirtschaft und Gesellschaft“) und den Massenmedien, wo es zu einer echten Diskussion über komplizierte Inhalte kommt.

Im Unterschied zu den 60er- und teilweise auch noch den 70er-Jahren, in denen der Keynesianismus in seinen verschiedenen Versionen die theoretische Grundlage des wirtschaftspolitischen Diskurses bildete, ist der *mainstream* der heutigen ökonomischen Wissenschaft extrem diskursfeindlich, um nicht zu sagen „autistisch“. Sogenannte „heterodoxe“ Richtungen werden an den Universitäten diskriminiert, manchmal in Nischen zugelassen. In die Zwangsjacke der sog. „allgemeinen Gleichgewichtstheorie“ gepresst, hat die Makroökonomie ihre Relevanz für die Wirtschaftspolitik weitgehend eingebüßt. Ökonomie solcherart verstanden als „mathematische Naturwissenschaft“ leistet dem Missbrauch Vorschub. Ein Beispiel für Willkürlichkeit und Beliebigkeit von Studienergebnissen sind die sog. „nichtkeynesianischen Effekte von Budgetkonsolidierungen“.

Die Universitäten kultivieren eine Pseudoempirie: Viele scheinbar empirische Arbeiten sind nur Vorwand für Anwendung einer Methode, womit man akademische *credits* verdient, aber kein wirkliches Interesse an der ökonomischen Fragestellung verbindet.

Welche Lehren kann man für einen heutigen *think tank* aus der erfolgreichen Anfangszeit gewinnen?

- Eine intensive Einbindung in die laufenden Entscheidungsprozesse bzw. in das Tagesgeschäft der Wirtschaftspolitik ist für einen *think tank* nicht passend. Das zeigt ein Vergleich der 1957 gegründeten WwA mit dem ersten Versuch einer solchen Abteilung 1950, deren Mitglieder bald in die Wirtschaftspolitik oder in die Politik wechselten.
- Eine gewisse Distanz zum Tagesgeschäft der Wirtschaftspolitik ist notwendig, andererseits aber auch Tuchfühlung mit der Praxis. Mit der Pflege der „reinen Lehre“, schon gar nicht der heutigen, ist der Institution, die den *think tank* erhält, nicht gedient.

- Tuchfühlung mit der wirtschaftspolitischen Praxis wird am besten ermöglicht durch eigene Beteiligung an Beratungsgremien, auch international, heute auch solchen auf europäischer Ebene.
- Unentbehrlich sind heute auch Kooperationen mit *think tanks* befreundeter Institutionen in anderen Ländern.
- Autonomie ist unabdingbar, die Frage ist allerdings: wie viel?
- Ebenso unabdingbar ist eine Anbindung an die Arbeitnehmerinteressen, die sich schon aus den Themenstellungen ergibt. Dabei sollte es aber nicht von vornherein eine Bindung an die jeweilige „Beschlusslage“ des eigenen Verbands geben, sondern eine gewisse Gedankenfreiheit zu eigener Interpretation, worin das „Arbeitnehmerinteresse“ besteht.
- Eine solide theoretische Basis ist notwendig, welche die *state of the art*-Kriterien erfüllt. Selbstgestrickte Theorien, mit denen man immer recht hat, sind in der Argumentation mit Kooperationspartnern und mit der Gegenseite nicht hilfreich. Die Bandbreite der ökonomischen Theorien ist heute beträchtlich, sie bieten genügend Ansatzpunkte für eine praxisorientierte Ökonomie.
- Schließlich: Eigenproduktion, vor allem in Form eigener Studien ist wichtig, sie sind der Ausweis für fachliche Kompetenz.

Anhang 1

Studien der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung 1958 bis 1974

Investitionspolitik und Investitionsfinanzierung in Österreich (Beilage Nr.3 von A&W, 12. Jgg., 1958).

Die Abgabenbelastung von Wiener Arbeitnehmerhaushalten in den Jahren 1953 und 1956 (Beilage Nr.7 von A&W, 12. Jgg., 1958).

Die Lage der österreichischen Michwirtschaft.

Die österreichische Getreide- und Mühlenwirtschaft.

Spargewohnheiten und Sparneigung von Wiener Arbeitnehmerhaushalten 1958 (Beilage Nr. 7 von A&W, 13. Jgg., 1959).

Der Lebensstandard von Wiener Arbeitnehmerfamilien im Lichte langfristiger Familienbudgetuntersuchungen (Beilage Nr. 8 von A&W, 13. Jgg., 1959).

Lebensstandard und Konjunktur. Die Verbrauchsgewohnheiten von Wiener Arbeitnehmerfamilien in den Jahren 1952 und 1957 (Beilage Nr. 6 von A&W, 14. Jgg., 1960).

Mietaufwand und Wohnverhältnisse in Wiener Arbeitnehmerhaushalten (Nr. 7 von A&W, 15.Jgg., 1961).

Viehwirtschaft und Fleischversorgung (1961).

Das Eigentum an den österreichischen Kapitalgesellschaften (1962).

Schriftenreihe der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte (Verlag des ÖGB)

Probleme des österreichischen Arbeitsmarktes (August 1962).
 Wachstumsperspektiven der österreichischen Wirtschaft (März 1963).
 Der graue Markt in Österreich (Juli 1963).
 Die Lage der österreichischen Obst- und Gemüsewirtschaft (September 1963).
 Die langfristige Entwicklung von Löhnen und Gehältern in Wien (März 1964).
 Forschung und Entwicklung in Österreich (Mai 1965).
 Lebensverhältnisse der Arbeiter in der österreichischen Montanindustrie (1965).
 Kapitalmarktkonzept für Österreich (1966).
 Die Landwirtschaft in der Industriegesellschaft (1968).
 Beiträge zu einem Energiekonzept (1968).
 Lebensalter, Arbeitszeit und Lohn (1969).
 Armut in Wien (1974).

Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft

Band 1: Volkswirtschaftliche Bedeutung der Löhne.
 Oskar Grünwald, Eduard März, Gemeinwirtschaft und wirtschaftliche Dynamik.
 Theodor Prager, Investitionsstruktur und Wirtschaftswachstum.
 Band 2: Jaroslav Krejci, Volkseinkommensvergleich Österreich – SSR.
 Jiří Kosta, Versuch eines Strukturvergleichs der österreichischen und der tschechoslowakischen Wirtschaftsentwicklung.
 Band 3: Maria Szécsi, Der Lohnanteil am österreichischen Volkseinkommen 1913 und 1967.
 Band 4: Theodor Prager, Forschung und Gesellschaft.
 Hans Reithofer, Familienleistungen in internationaler Sicht.
 Felix Butschek, Der österreichische Wachstumsrückstand.
 Band 5: Karl Mayerhofer, Probleme der österreichischen Landwirtschaft – Der milchwirtschaftliche Außenhandel.
 Band 6: Theo Thiemeyer, Kapitalakkumulation und Vermögensbildung.
 Erwin Weissel, Die Lohnentwicklung in der Wiener Industrie in den sechziger Jahren.
 Oskar Grünwald, Ferdinand Lacina, Auslandskapital in der österreichischen Wirtschaft (Europa Verlag, Wien 1970).

Anhang 2

Studien der ersten Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung 1951-1954

Winkler, Ernst, Um das Brot des Volkes – Die Getreideversorgung Österreichs 1950.
 Reichard, Edmund, Die Brücke zur Welt – Österreichs Außenhandel gestern – heute – morgen“.
 Robinson, Joan, Grundprobleme der Marx'schen Ökonomie, aus dem Englischen übersetzt und kommentiert von Stefan Wirlandner.
 Winkler, Ernst, Blick in die Wirtschaft. Das Investitionsprogramm 1950/52.

Forchheimer, Karl, Keynes' neue Wirtschaftslehre.

Auf dem Weg zur Mitbestimmung: Produktivitätssteigerung und Wirtschaftsdemokratie.

Krywult, Josef, Arbeiterschaft und Steuerpolitik.

Zöllner, Otto, Der Osthandel.

Hruby, Roman, Die Kosten der Lebenshaltung 1945/52. Systematik und Entwicklung.

Müller, Hans, Die Entwicklung der Arbeitseinkommen 1945/52.

Die wirtschaftliche Integration. Agrar Pool – Montan Union – Zahlungsgemeinschaft.

Mittel und Wege der Vollbeschäftigungspolitik, mit Beiträgen von Karl Trasti, Hans Bayer,

P. Battara, Alfred Braunthal, Rudolf Meidner, Ernst John, Benedikt Kautsky, Anton

Schopf, Max Weber und Stefan Wirlandner.

Anmerkungen

¹ AK Jahrbuch (1951) 177.

² Siehe dazu ausführlich Feichtinger (2016). Ich danke an dieser Stelle Frau Susi Wirlandner dafür, dass sie mir die Möglichkeit geboten hat, in den unpublizierten Erinnerungen ihres Vaters Einsicht zu nehmen.

³ Bei diesem handelte es sich allerdings um eine nicht gedruckte, sondern hektografierte (vervielfältigter Maschinschrifttext) Veröffentlichung mit der beachtlichen Auflage von 3.500 Exemplaren (AK Jahresbericht 1951, S. 177). Der Monatsbericht der AK bestand weitestgehend in einer Wiedergabe der aktuellen Ausgabe der Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, versehen mit Kommentaren aus AK-Sichtweise.

⁴ Siehe die Liste der erschienenen Hefte im Anhang. Bemerkenswerterweise listet der Katalog der Studienbibliothek der AK Wien nur 10 Titel. Nicht angeführt ist die 1953 in der Reihe erschienene Broschüre „Die Entwicklung der Arbeitseinkommen 1945/52“ von Hans Müller – dies ist der gelegentlich verwendete Deckname von Stefan Wirlandner (auch z. B. für einen Bericht über die Bad Ischler Wirtschaftswissenschaftliche Tagung 1951 – Müller [1952]). Dieses Heft ist in der AK-Bibliothek nicht vorhanden.

⁵ Wirlandner (alias Hans Müller [1953]) wandte sich mit seiner Untersuchung gegen die Behauptung der Kommunisten, dass die Reallöhne 1951/52 unter dem Niveau von 1945 lagen.

⁶ Zum Autor siehe Chaloupek (2016) 28f.

⁷ Als einzige größere Arbeit dieser Art entspricht Wirlandners richtungsweisendes Referat „Vollbeschäftigung als realisierbares Ziel in der Marktwirtschaft“ beim 2. Bundeskongress des ÖGB 1951 dieser Aufgabenstellung (veröffentlicht in: Arbeit & Wirtschaft 5/5 und 6 (Dez. 1951/Jän. 1952).

⁸ Die gilt auch für Wirlandners Nachfolger als Direktor-Stellvertreter (später Direktor) der Wiener Arbeiterkammer, Dr. Josef Staribacher.

⁹ Siehe zum Folgenden ausführlicher bei Chaloupek (2006).

¹⁰ Butschek (1985) 123ff.

¹¹ Die gesamte Wirtschaftsstatistik litt bis 1955 unter dem empfindlichen Manko, dass die USIA-Betriebe (Betriebe unter sowjetischer Verwaltung in der sowjetischen Besatzungszone) eine Beteiligung an den Erhebungen des Statistischen Zentralamtes verweigerten. Auch alle Zahlen für die Industrie bis zum Jahr 1955 erfassen die USIA-Betriebe nicht. Eine auf Erhebungen beruhende gesamtösterreichische Wirtschaftsstatistik konnte – teilweise rückwirkend – erst nach dem Staatsvertrag erstellt werden.

¹² In der Studie aus 1958 ohne die früheren USIA-Betriebe.

¹³ Auch eine Untersuchung von Kurt Rothschild (1961, S. 140f) beurteilte die Wachstumschancen der österreichischen Industrie mit Skepsis. In einem Vergleich mit Deutschland

wird gezeigt, dass die von den weltweiten Nachfragetrends begünstigten Branchen in Österreich einen deutlich geringeren Anteil an der Industrieproduktion haben.

- ¹⁴ Außer den beiden hier behandelten Studien Ederer, Wehsely, et al. (1985); Beer, Ederer, Goldmann, et al. (1991) – letztere von der Abteilung Industriepolitik.
- ¹⁵ Statistik und Lebenshaltungskosten (1928).
- ¹⁶ Löhne der Wiener Arbeiterschaft (1925), Löhne der Wiener Arbeiterschaft (1926).
- ¹⁷ Ähnliche Erhebungen gab es auch von den meisten Arbeiterkammern in den Bundesländern.
- ¹⁸ Butschek (1985) 140.
- ¹⁹ Rothschild (1989).
- ²⁰ Auch das niederländische Modell einer gesamtwirtschaftlichen Planung wurde als mögliches Vorbild für Österreich diskutiert. Während das niederländische „Planungssystem“ eigentlich damals schon auf Globalsteuerung der großen Aggregate reduziert war, wies das französische Modell durch seinen sektoralen Ansatz eine deutlich stärkere Interventionstiefe auf. Die Präferenz für das französische Modell ist bei dem damals gegebenen hohen Anteil von staatlich kontrollierten Unternehmungen und Banken in Österreich unschwer zu erklären.
- ²¹ Marin (1982).
- ²² Stephan Koren war nach dem Krieg Industriereferent am WIFO, später Professor an der Universität Innsbruck. Nach seiner Tätigkeit als Staatssekretär im Bundeskanzleramt war Koren von 1968 bis 1970 Finanzminister in der Regierung von Josef Klaus. Anschließend war er 1970 bis 1978 Nationalratsabgeordneter und Klubobmann der ÖVP. 1978 übernahm Koren schließlich das Amt des Präsidenten der Oesterreichischen Nationalbank (bis 1988).
- ²³ Siehe dazu AK Wien, Der „Koren-Plan“ in der Dokumentation (1970). Die harte Kritik der AK wurde vor allem damit begründet, dass die finanzielle Ausstattung der neuen Instrumente zu gering war. Der Grund dafür lag in den Schwierigkeiten der Budgeterstellung für 1969 und 1970.
- ²⁴ Literaturverweise in diesem Abschnitt werden nur beispielhaft und in abgekürzter Form angeführt und nicht in das Literaturverzeichnis am Ende dieses Beitrags aufgenommen.
- ²⁵ Sicherlich ist die Rolle der Massenmedien (Tageszeitungen, Rundfunk und Fernsehen) nicht als gering einzuschätzen. Ihre Untersuchung würde jedoch einen Aufwand erfordern, der die Möglichkeiten meines Beitrags weit übersteigt.
- ²⁶ Seit 1966 nannte sich die Zeitschrift „Neues FORVM“.
- ²⁷ A&W 5/8 (1952).
- ²⁸ A&W 4/11 (1951). Hans Bayer (1903-1965) wurde nach der Gleichschaltung der Arbeiterkammern durch den Austrofaschismus als Leiter der Statistischen Abteilung der Wiener Arbeiterkammer eingesetzt. Er war von 1933 bis 1956 Professor an der Universität Innsbruck. Nach dem Krieg trat Bayer für Sozialisierungsmaßnahmen ein und befürwortete einen streng planwirtschaftlichen Ansatz in der Wirtschaftspolitik; siehe Bayer (1947).
- ²⁹ A&W 4.Jgg. 1951/9, 6.Jgg 1953/6.
- ³⁰ So etwa legte Hans Mars (zu seiner Person siehe Chaloupek [2016] S. 27f) in mehreren Artikeln (A&W 6/3-11 [1953]) die Grundzüge der Keynes'schen Lehre dar. Otto Leichter (zu seiner Person ebdt. S. 19) berichtete über die Wirtschaftspolitik in den USA.
- ³¹ Zahlreiche Beiträge von Eduard März, Erwin Weissel, Ernst Veselsky und anderen in den Jahren 1961 bis 1969. Die AK-Ökonomen gehörten auch zu jenen sozialdemokratischen Autoren des Neuen FORVM, die sich dem Versuch des damaligen SPÖ-Vorsitzenden Bruno Pittermann widersetzen, eine Art „Genehmigungspflicht“ für Veröffentlichungen in „parteilichen“ Organen einzuführen.
- ³² Seither schrieb Horst Knapp auch für das Neue FORVM.

- ³³ FORUM X (1963).
- ³⁴ Am Beginn des Wahlkampfes für die Nationalratswahl 1970 ermahnte Knapp die ÖVP „den Korenplan in den Mittelpunkt der Bilanz (ihrer Alleinregierung) zu stellen“; in: Finanznachrichten (8. August 1969).
- ³⁵ Wirtschaftspolitische Blätter 13 (1966) 411ff.
- ³⁶ Finanznachrichten 41 (1965).
- ³⁷ Finanznachrichten 33-34 (1963).
- ³⁸ Finanznachrichten 50 (1965).
- ³⁹ Siehe die Beiträge von Ernst E. Veselsky (Finanznachrichten 29/30 und 48 [1965]) und Hans Reithofer (Finanznachrichten 36 [1965]).
- ⁴⁰ Siehe dazu im einzelnen Haas (1980). Die Einkommensteuerreformen 1973 und 1975 enthielten einige Maßnahmen, die eine Besserstellung der Arbeitnehmer bzw. eine Umverteilung zugunsten der mittleren und unteren Einkommen bewirkten (z. B. Kinderabsetzbetrag statt Freibetrag bei der Einkommensteuer), auf die hier allerdings nicht näher eingegangen werden kann. Zur steuerlichen Investitionsförderung bis zur Steuerreform 1988 siehe Chaloupek (1988).
- ⁴¹ „Der EE-Fonds hat seine Zielsetzung, die Beschleunigung des industriellen Strukturwandels durch die Unterstützung neuer Vorhaben und die bewusste Entwicklung von Wachstumsproduktion nur in bescheidenem Umfang realisiert. Vorwiegend wurden Haftungen für Investitionen in traditionellen Branchen vergeben.“ Auch die Kreditvergabe der Investkredit lasse „keine ausgeprägte Schwerpunktsetzung im industriellen Bereich erkennen.“ (Haas, Wehsely [1977] 244f).
- ⁴² Lachs (1980) 141.
- ⁴³ Zu den Strukturreformen in der verstaatlichten Industrie siehe Grünwald (2017).
- ⁴⁴ Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der AK Wien (1980) 131.
- ⁴⁵ Chaloupek, Marterbauer (2008).
- ⁴⁶ Chaloupek (1982) 229.
- ⁴⁷ Kienzl (1979) 152.
- ⁴⁸ Siehe dazu Butschek (2015), Kernbauer (2015). Zum Ausdruck kommt März' Synthese aus pragmatischer Wirtschaftspolitik und sozialistischer Langfristperspektive im Untertitel seines Buches „Österreichs Wirtschaft zwischen Ost und West“ (1965): „Eine sozialistische Analyse“.
- ⁴⁹ Für den „keynesianischen Marxisten“ Theodor Prager (1980, S. 173), der noch bis 1982 in der WWA tätig war, war die Wirtschaftspolitik der SPÖ-Regierung „ein Managementwechsel ohne aufregende Folgen“.
- ⁵⁰ Siehe dazu William Smaldone (2011).
- ⁵¹ Knapp (1980) 151.
- ⁵² Dem Namen nach gibt es die meisten noch, doch ihre Resonanz ist minimal.

Literatur

- AK Wien, Löhne der Wiener Arbeiterschaft, Statistische Veröffentlichungen 1925 (Wien 1925).
- AK Wien, Löhne der Wiener Arbeiterschaft, Statistische Veröffentlichungen 1926 (Wien 1926).
- AK Wien, Statistik und Lebenshaltungskosten, Statistische Veröffentlichungen 1928 (Wien 1928).
- AK Wien, Der „Koren-Plan“ in der Dokumentation (hektographiert, Wien 1970).
- AK Wien, Jahrbuch 1951 (Wien 1952).
- Bayer, Hans, Sozialisierung und Planwirtschaft (Wien 1947).

- Beer, Elisabeth; Ederer, Brigitte; Goldmann, Wilhelmine; et al., Wem gehört Österreichs Wirtschaft wirklich? (Wien, München, Zürich 1991).
- Bundesministerium für Finanzen (Hrsg.), Der Koren-Plan. Das wirtschaftspolitische Konzept der Bundesregierung (Wien, o. J. [1968]).
- Butschek, Felix, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (Wien 1985).
- Butschek, Felix, Im Wandel der Zeit, in: Chaloupek (Hrsg., 2015) 39-52.
- Chaloupek, Günther, Planung im Wachstumszyklus, in: Wirtschaft und Gesellschaft 8 (1982) 225-233.
- Chaloupek, Günther, Die Diskussion zur indirekten Investitionsförderung in Österreich, in: Wirtschaft und Gesellschaft 14 (1988) 153-156.
- Chaloupek, Günther, Marxismus und österreichische Wirtschaftspolitik: Benedikt Kautsky als ökonomischer Theoretiker der Arbeiterkammer, in: Chaloupek, G.; Rosner, P.; Stiefel, D., Reformismus und Gewerkschaftspolitik. Band 1 der Schriftenreihe „Die Ökonomik der Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen“ (Graz 2006) 35-74.
- Chaloupek, Günther, Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang. 50 Jahre Kautsky-Kreis als Diskussionsforum für Wirtschaftspolitik 1960-2010 (Graz 2011).
- Chaloupek, Günther (Hrsg.), Eduard März als Wirtschaftshistoriker und Wirtschaftspolitiker, Band 1 der Schriftenreihe „Die Ökonomik der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit“ (Wien 2015).
- Chaloupek, Günther, Die Emigration von Ökonomen nach den USA und nach Großbritannien und der Einfluss der Rückwanderer auf Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsdenken, in: Mesch (Hrsg., 2016) 13-44.
- Chaloupek, Günther; Kurz, Heinz; Smaldone, William, Rudolf Hilferding: Finanzkapital und organisierter Kapitalismus, Band 6 der Schriftenreihe „Die Ökonomik der Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen“ (Graz 2011).
- Chaloupek, Günther; Marterbauer, Markus, Was bleibt vom Austro-Keynesianismus? Dauerhafte Wirkungen der postkeynesianischen Wirtschaftspolitik in Österreich 1970-1995, in: Hagemann, Harald; Horn, Gustav; Krupp, Hans-Jürgen (Hrsg.), Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. Festschrift für Jürgen Kromphardt (Marburg 2008) 45-67.
- Domar, Evsey D., Capital expansion, rate of growth, and employment, in: Econometrica 148 (1946) 137-147.
- Ederer, Brigitte; Wehsely, Hans; et al., Eigentumsverhältnisse in der österreichischen Wirtschaft, Sonderheft von „Wirtschaft und Gesellschaft“ (Wien 1985).
- Feichtinger, Johannes, Keynes-Rezeption vor dem „Austro-Keynesianismus“ der Ära Kreisky. Die Arbeiterkammer als wirtschaftspolitischer Think Tank in der Nachkriegszeit, in: Mesch (Hrsg., 2016) 73-110.
- Grünwald, Oskar, Wie ich zur Arbeiterkammer kam, in: Chaloupek (Hrsg., 2015) 63-72.
- Grünwald, Oskar, Die Arbeiterbewegung und Strukturveränderungen in der verstaatlichten Industrie, in: Mesch, Brait (Hrsg., 2017) 91-116.
- Haas, Erich, Steuerpolitik – alles beim Alten?, in: Wirtschaft und Gesellschaft 6 (1980) 185-202.
- Haas, Erich; Wehsely, Hans, Die direkte Investitionsförderung 1948-1976, in: Wirtschaft und Gesellschaft 3 (1977) 229-263.
- Harrod, Roy, An essay in dynamic theory, in: Economic Journal 49 (1939) 14-33.
- Kautsky, Benedikt, Die Haushaltsstatistik der Wiener Arbeiterkammer 1925 bis 1934, in: International Review for Social History, Supplement (Leyden 1937).
- Kernbauer, Hans, Ein Dritter Weg zwischen Markt- und Planwirtschaft. Wirtschaftspolitische Überlegungen von Eduard März, in: Chaloupek (Hrsg., 2015) 53-62.
- Kienzl, Heinz, Wirtschaftsplanung in Theorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie, in: Wirtschaft und Gesellschaft 5 (1979), Sonderheft, 145-154.

- Knapp, Horst, Weg: österreichisch – rote Markierung: blass, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 6 (1980) 145-157.
- Koren, Stephan, Wirtschaftspolitik ohne Illusionen, in: *Die Presse* (23./24. September 1967) 5.
- Lachs, Thomas, Zehn Jahre Wirtschaftspolitik der SPÖ, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 6 (1980) 133-143.
- Lewis, W. Arthur, *Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums* (Tübingen 1956; engl. Originalausgabe 1954).
- Marin, Bernd, *Die Paritätische Kommission* (Wien 1982).
- März, Eduard, *Österreichs Wirtschaft zwischen Ost und West* (Wien 1965).
- Mesch, Michael (Hrsg.), *Wie kam der Keynesianismus nach Österreich?*, Band 2 der Reihe „Die Ökonomik der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit“ (Wien 2016).
- Mesch, Michael; Brait, Romana (Hrsg.), *Der Wandel des industriepolitischen Leitbilds der Arbeiterbewegung*, Band 3 der Reihe „Die Ökonomik der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit“ (Wien 2017).
- Müller, Hans, Keynes und die ökonomische Theorie, in: *Arbeit & Wirtschaft* 5 (1952) 17f.
- Müller, Hans, *Die Entwicklung der Arbeitseinkommen 1945/52* (Wien, o. J. [1953]).
- Prager, Theodor, Managementwechsel ohne aufregende Folgen, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 6 (1980) 173-184.
- Resch, Andreas, Theodor Prager und die AK-Studie „Forschung und Entwicklung in Österreich“ (1965), in: Mesch, Brait (Hrsg., 2017) 55-78.
- Rostow, W. W., *The Stages of Economic Growth* (Cambridge 1960).
- Rothschild, Kurt, Wurzeln und Triebkräfte der österreichischen Wirtschaftsstruktur, in: Weber, Wilhelm (Hrsg.), *Österreichs Wirtschaft gestern heute – morgen*, Erster Band (Berlin 1961) 1-159.
- Rothschild, Kurt, Ziele, Ereignisse und Reaktionen: Reflexionen über die österreichische Wirtschaftspolitik, in: Abele, Hans; Nowotny, Ewald; Schleicher, Stefan; Winckler, Georg (Hrsg.), *Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik* (Wien 1989).
- Smaldone, William, Rudolf Hilferding, „Organisierter Kapitalismus“ und die Politik der Weimarer Sozialdemokratie, in: Chaloupek, Kurz, Smaldone (2011) 51-70.
- Wirlandner, Stefan, Vollbeschäftigung als realisierbares Ziel in der Marktwirtschaft, in: *Arbeit & Wirtschaft* 5/5 und 6 (Dez. 1951/Jän. 1952).
- Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der AK Wien, Editorial. Zwischenbilanz, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 6 (1980) 127-131.

Zusammenfassung

Die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien wurde 1957 gegründet und ist der erste think tank eines Interessenverbandes in Österreich. Der Artikel gibt einen Überblick über die Tätigkeit der Abteilung in den ersten zwei Jahrzehnten ihres Bestehens. In dieser Zeit erstellte die Abteilung eine große Zahl von Studien zu Themen der Wirtschaftspolitik, die zu den Kernbereichen der Arbeitnehmerinteressen zählen: Wachstum und Investitionen, Arbeitsmarkt, die Eigentumsstruktur der österreichischen Unternehmungen, Lebensstandard und Einkommensverteilung, Wettbewerbspolitik. In zahlreichen Fällen gaben die Studien den Anstoß für Reformen und Modernisierungsschritte. Die Arbeiterkammer konnte dadurch in wichtigen Bereichen die Diskussionsführerschaft erlangen. Mitglieder der Abteilung engagierten sich in laufende wirtschaftspolitische Debatten durch Beiträge in anderen Zeitschriften. Diese Zeitschriften, vor allem die „Finanznachrichten“ und das „Neue FORVM“ bildeten eine wichtige Ebene des intellektuellen Diskurses der 60er- und 70er-Jahre, in denen sich ein neuer, technokra-

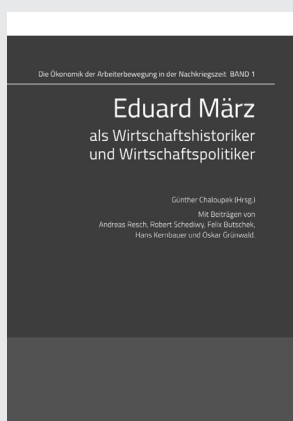
tisch geprägter Stil der Wirtschaftspolitik durchsetzte. Der Artikel versucht auch eine Bilanz von Erfolgen und Enttäuschungen in den zwei Perioden der Einparteien-Regierungen (ÖVP 1966/70, SPÖ 1970/83), sowie abschließend einige Lehren aus den Erfahrungen der Anfangszeit für die heutige Situation zu ziehen.

Abstract

Established in 1957, the economics department of the Chamber of Labour of Vienna is the first think tank of an Austrian interest association. The article gives an overview of the department's activities during its first two decades. In this period, the department produced a large number of studies on subjects which were in the core areas of the interests of labour in economic policy: growth and investment, employment, ownership in the Austrian economy, standard of living and income distribution, competition policy. Many impulses for reform and modernization of economic policies in key areas came from publications of the department, enabling the Chamber to secure a position of first mover in public debates. Members of the department also engaged actively in economic policy debates by publishing articles in other periodical journals, which constituted an important level of intellectual discussion during the 1960s and 1970s when a new technocratic style of economic policy making emerged. The article describes the changing balance of successes and also disappointments during two periods of one-party government (ÖVP 1966/70, SPÖ 1970/83). It concludes with an attempt to draw lessons from the early experience for the present environment.

OGB VERLAG

www.ogbverlag.



Eduard März als Wirtschaftshistoriker und Wirtschaftspolitiker

Dr. Günther Chaloupek (Hrsg.), ehemaliger Leiter des Bereichs Wirtschaft der AK Wien,
Wirtschaftshistoriker

Mit Beiträgen von

Andreas Resch, Robert Schediwy, Felix Butschek, Hans Kernbauer und Oskar Grünwald.

Die Ökonomik der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit Band 1

96 Seiten / ÖGB-Verlag / 2015

ISBN 978-3-99046-140-2 / EUR 19,90

Eduard März (1908-1987) war einer der profiliertesten Ökonomen in Österreich in der Zweiten Republik. Als Ökonom war er einem umfassenden wissenschaftlichen Ansatz verpflichtet, in dem Theorie, Geschichte und Politik gleich gewichtet waren. Nach seiner Rückkehr 1953 aus der Emigration und seinem Eintritt in die Wiener Arbeiterkammer engagierte sich März drei Jahrzehnte in der österreichischen Wirtschaftspolitik und hat bis heute sichtbare Spuren hinterlassen. In der AK baute er den ersten modernen think tank im Rahmen einer Interessenvertretung auf. Er war auch Verfasser von Standardwerken zur Wirtschaftsgeschichte.



BESTELLUNG IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21



BÜCHER

Lohnpolitik und Gewerkschaften seit Beginn der Krise

Rezension von: Torsten Müller, Thorsten Schulten, Guy Van Gyes (Hrsg.),
Lohnpolitik unter europäischer „Economic Governance“.

Alternative Strategien für inklusives Wachstum, VSA-Verlag, Hamburg 2016,
322 Seiten, broschiert, € 29,80, ISBN 978-3-899-65704-3;

Steffen Lehndorff, Heiner Dribbusch, Thorsten Schulten (Hrsg.), Rough waters.
European trade unions in a time of crises, Europäisches Gewerkschaftsinstitut (EGI),
Brüssel 2017, 316 Seiten, broschiert, ISBN 978-2-874-52440-0.

Im Zentrum des von Torsten Müller (EGI), Thorsten Schulten (WSI) und Guy Van Gyes (Universität Löwen) herausgegebenen Sammelbandes zur Lohnpolitik in den EU-Mitgliedsländern stehen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und der im Zuge der Krise eingeführten neuen wirtschaftspolitischen Steuerung der EU auf die Entwicklung von Löhnen und KV-Systemen. Die AutorInnen der Beiträge unterziehen erstens die auf der neoklassischen Theorie beruhende wirtschafts- und lohnpolitische Konzeption der EU-Kommission einer kritischen Überprüfung und bewerten zweitens die Folgen der Austeritätspolitik, der neoliberalen Strukturreformen auf den Arbeitsmärkten und des neuen lohnpolitischen Interventionismus anhand empirischer Untersuchungen. Drittens präsentieren und diskutieren sie die potenzielle Rolle der Lohnpolitik und der KV-Systeme für ein alternatives, inklusives und wohlfstandsorientiertes wirtschaftliches Entwicklungsmodell für Europa.

Ziel dieses alternativen wirtschaftspolitischen Konzepts ist es, „die EU in eine intelligente, nachhaltige und integrative Wirtschaft zu verwandeln, die durch ein hohes Beschäftigungs- und Produktivitätsniveau sowie einen ausgeprägten sozialen Zusammenhalt gekennzeichnet ist“, wie die EU-Kommission (2010, S. 5) selbst formuliert hat. Grundlegend ist die Einsicht, dass die zunehmende Ungleichheit in den europäischen Gesellschaften die wirtschaftliche Entwicklung hemmt und nur ein inklusives Konzept eine neue, wohlfstandsorientierte ökonomische Prosperität hervorbringen kann. Die Kernthese des Bandes lautet deshalb, „dass die Neuausrichtung des europäischen Wachstumsmodells in Richtung auf einen nachhaltigen und inklusiven Wachstumspfad nur dann gelingen kann, wenn die Institutionen, die soziale Ungleichheit verringern können, systematisch gestärkt werden. Hierzu gehört nicht zuletzt auch eine europaweit koordinierte Stärkung der Lohn- und Tarifpolitik“ (S. 17).

Lohnpolitischer Interventionismus

Kollektive Arbeitsbeziehungen (sozialer Dialog auf makroökonomischer und Betriebsebene, überbetriebliche KV-Verhandlungen, nationale Koordination der kollektivvertraglichen Lohnpolitik) bildeten bis zum Einsetzen der Krise 2008/09 wichtige Merkmale der kontinentaleuropäischen, der nordeuropäischen und der mediterranen Kapitalismusvariante.¹

Die neue wirtschaftspolitische Steuerung der EU legt einseitigen Fokus auf Austerität, neoliberal ausgerichtete Strukturreformen, vor allem bezüglich der Arbeitsmärkte, und preisliche Wettbewerbsfähigkeit. In besonders zugespitzter Weise betrifft diese Fokussierung die neun finanziell von der Troika bzw. vom IWF und der EU unterstützten Länder (GR, CY, I, E, P, R, H, LV, IRL). In Hinblick auf die Bekämpfung der makroökonomischen Ungleichgewichte innerhalb des Euro-raums wurde diesen Ländern eine Strategie der inneren Abwertung diktiert, die deflationär wirkte und die Schulden-, Wachstums- und Beschäftigungsprobleme verschlimmerte.

Im Gegenzug zur Gewährung finanzieller Leistungen verpflichteten sich die betroffenen Länder zu fiskal-, lohn-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmenpaketen je unterschiedlicher Zusammensetzung: v. a. zur Durchführung weitreichender Haushaltsreformen und Austeritätsprogramme, zu umfassenden Reformen im Bereich des Arbeitsmarkts und der sozialen Sicherung² sowie zur Umsetzung einer Strategie der inneren Abwertung, welche lohnpolitische Interventionen des Staates und Änderungen des Kollektivverhandlungssystems beinhaltete.³

In diesen Ländern zeigte sich die potenzielle Reichweite des neuen europäischen Interventionismus im Bereich der Lohn- und Kollektivvertragspolitik bereits deutlich: Die Vereinbarungen zwischen den nationalen Regierungen der neun EU-Länder, die finanzielle Hilfe von der Troika bzw. vom IWF und der EU erhielten, mit den jeweiligen Unterstützern enthielten hinsichtlich Lohn- und Kollektivvertragspolitik

- erstens Lohnstopps und -kürzungen im öffentlichen Dienst,
- zweitens das Einfrieren bzw. die Senkung des nationalen gesetzlichen Mindestlohns und
- drittens Veränderungen der gesetzlichen Grundlagen des Kollektivvertragsystems, welche auf Dezentralisierung der Kollektivvertragsverhandlungen und generell die De-Kollektivierung und Deregulierung der Lohnfindung hinauslaufen.⁴

Im Bereich der Lohn- und Kollektivvertragspolitik brachte die neue wirtschaftspolitische Steuerung der EU also einen Paradigmenwechsel mit sich, nämlich von der Akzeptanz der Tarifautonomie hin zu einem europäischen Interventionismus in den nationalen Lohnpolitiken und in den nationalen Kollektivverhandlungssystemen.⁵

Aus der Perspektive der GD Wirtschaft und Finanzen sind kollektive Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften Hemmnisse für die Marktkoordinierung und damit für das Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum. Der kollektivvertragliche Deckungsgrad soll demgemäß verringert, KV dezentralisiert, Mindestlöhne ge-

senkt und der Einfluss der Gewerkschaften auf die Lohnsetzung vermindert werden.

Mit dieser lohnpolitischen Linie wird die Position von Arbeitgeberverbänden sowie Gewerkschaften untergraben und eine Verlagerung hin zu Arbeitsmärkten gefördert, in denen kollektive Arbeitsbeziehungen nur eine untergeordnete Rolle spielen, was dem traditionellen Standpunkt der EU über ihre wesentliche Rolle widerspricht.⁶

Auswirkungen auf die KV-Systeme

Krise und Krisenpolitiken führten, wie Maarten Keune im Kapitel 8 über die Beeinträchtigung der lohnpolitischen Steuerungskapazität in der EU darlegt, zu zahlreichen Veränderungen der KV-Systeme und kollektiven Lohnbildungsmechanismen in den EU-Ländern, v. a. zu(r)

- weiteren Dezentralisierung der kollektiven Lohnverhandlungen;
- rückläufiger KV-Deckungsrate;
- einseitigen Festlegung von Löhnen und Gehältern im öffentlichen Sektor.

Unorganisierte Dezentralisierung bedeutet, dass Branchen-KV gar nicht mehr zustande kommen oder ihre Rolle als Rahmen für dezentrale Verhandlungen auf Betriebsebene verlieren. In Bulgarien und Griechenland gibt es in vielen Wirtschaftsbereichen keine Branchen-KV mehr, und sie wurden nur z. T. durch Betriebs-KV abgelöst. Und in Irland wurde die Praxis branchenübergreifender nationaler KV 2009 im Zuge der Krise aufgegeben und durch Betriebs-KV ersetzt.

Weitere Formen der unorganisierten Dezentralisierung bildeten die Einschränkung der rechtlichen Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) von Branchen-KV und die geringe Nutzung dieser Möglichkeit in der Praxis: Acht Länder vollzogen derartige Veränderungen (BG, D, GR, IRL, I, P, R, SK).

Eine dritte Form der Dezentralisierung bestand in der Abschaffung des Günstigkeitsprinzips, demgemäß die Standards von KV auf tieferer Ebene jene auf höherer Ebene nur verbessern dürfen. Eine solche Abkehr fand seit 2008 in drei Ländern statt (GR, E, P). Die Beseitigung des Günstigkeitsprinzips untergräbt in systematischer Weise Branchen-KV.

Zwischen der Dominanz von Branchen-KV und der Existenz von AVE einerseits und der Höhe des Deckungsgrads von KV andererseits ist in der EU ein enger Zusammenhang festzustellen. Insofern ist es nicht überraschend, dass als Konsequenz der angeführten Interventionen in die nationalen KV-Systeme die KV-Deckungsrate in einigen Ländern zwischen 2008 und 2013 stark sank: in Portugal von 82% auf 67%, in Spanien von 80% auf 57%, in Griechenland von 61% auf 42% und in Rumänien von 98% auf 35%.⁷ Schulten et al. weisen im Kapitel 11 über den Stellenwert der AVE darauf hin, dass für Portugal die KV-Deckungsrate auf der Grundlage ausschließlich jährlich erneuerter KV den aussagekräftigeren Indikator darstellt. Er kann als Maßstab dafür herangezogen werden, inwieweit v. a. Löhne und Gehälter durch KV geregelt werden. Lag der Deckungsgrad aktueller KV 2008 noch bei 56%, so fiel er ab 2011 dramatisch und erreichte 2013 nur noch 8% (S. 289).

Die skizzierten Veränderungen in den KV-Systemen haben Auswirkungen auf deren lohnpolitische Steuerungskapazität und auf die Lohnverteilung.

Abnehmende Steuerungskapazität

Ein KV-System als Steuerungsform stellt eine Alternative zur Steuerung durch den Markt und zur Steuerung durch den Staat dar. Ein umfassendes System von Branchen-KV kann eine Reihe wichtiger wirtschafts- und sozialpolitischer Funktionen erfüllen:

- Branchen-KV bewirken eine gewisse Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen einer Branche. Wettbewerbsverzerrungen durch einen Lohnwettlauf nach unten werden unterbunden.
- Durch Branchen-KV erfolgt ein überbetrieblicher Interessenausgleich zwischen ArbeitnehmerInnen und Unternehmen.
- Branchen-KV begünstigen *High-road*-Strategien von Unternehmen und Volkswirtschaften, indem sie Anreize für Investitionen in das Humankapital der MitarbeiterInnen, in Produktinnovationen und die Entwicklung qualitativ hochwertiger Waren und Dienstleistungen bieten sowie den Strukturwandel innerhalb und zwischen Branchen antreiben.
- Makroökonomisch sehr bedeutsam ist die Funktion der Branchen-KV als automatische Stabilisatoren: Aufgrund der längerfristigen Geltung (einschließlich ihrer Nachwirkung) und der i. d. R. jährlichen Anpassung tragen Kollektivverträge in Rezessionen zur Stabilisierung der nominellen Konsumnachfrage bei.
- Überbetriebliche KV erleichtern die horizontale und vertikale Koordination der kollektiven Lohnsetzung mit dem Ziel einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik. Empirisch besteht in der EU ein enger Zusammenhang zwischen Verhandlungszentralisierung und Verhandlungskoordinierung.⁸ Eine am mittelfristigen Trend der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität und der Inflationsrate ausgerichtete Lohnpolitik⁹ verstetigt die Lohnentwicklung und damit die Konsumnachfrage und trägt zur Stabilisierung der Erwartungen der Unternehmen bei.
- Koordinierte Lohnverhandlungen wiederum ermöglichen die Internalisierung von negativen externen Effekten von Lohnerhöhungen.¹⁰
- Lohnkoordination und darauf beruhende gesamtwirtschaftliche Steuerungsfähigkeit der Lohnpolitik bilden ferner die Voraussetzung für eine sozialpartnerschaftliche Abstimmung zwischen Wirtschafts-, Lohn- und Sozialpolitik auf nationaler Ebene.
- Weiters stellt die nationale Koordination der Lohnverhandlungen eine notwendige Voraussetzung für eine europaweite Koordinierung der Lohnpolitik dar.
- Die Friedensfunktion des KV besteht darin, dass die von den Vertragspartnern ausgehandelten Arbeitsbedingungen für einen gewissen Zeitraum außer Streit gestellt und Arbeitskampfmaßnahmen hintangehalten werden. Durch Branchen-KV werden Konflikte von den einzelnen Betrieben ferngehalten.

Die beschriebenen Auswirkungen der Krise und der Krisenpolitiken auf die KV-Systeme haben somit die Steuerungskapazität der KV- und Lohnpolitik vermindert und die Effektivität eines für die Wirtschaftspolitik wichtigen Instruments weiter reduziert.

Überbetriebliche Kollektivverträge vermindern Ungleichheit

Keune nennt mehrere Kanäle, über die das KV-System die Verteilungssituation in einem Land beeinflussen kann:

- KV sorgen für eine gewisse Abschwächung des dem Kapitalismus innewohnenden, strukturellen Machtungleichgewichts zwischen Lohnabhängigen und Unternehmen. Das gilt auch für KV auf Betriebsebene, aber in noch stärkerem Maße für überbetriebliche KV. Letztere sind langfristig besser geeignet, die im Finanzkapitalismus strukturell angelegte Umverteilung von Arbeit zu Kapital einzuschränken als dezentrale KV.
- Branchen-KV bilden eine bessere institutionelle Voraussetzung für die volle Beteiligung der Beschäftigten am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt, da sie die gesamtwirtschaftliche Lohnkoordination mit dem Ziel einer im Hinblick auf die funktionelle Einkommensverteilung neutrale, produktivitätsorientierte Lohnpolitik erleichtern.
- Branchen-KV wirken egalitär, weil sie Mindestlöhne festlegen, welche die Verteilungssituation der Beschäftigtengruppen mit der geringsten Verhandlungsmacht verbessern. AVE verstärken diese Wirkung. Ein System von Branchen-KV mit hohem Deckungsgrad wirkt egalitär, weil es die Verteilungssituation auch der Beschäftigten in jenen Branchen, in denen unqualifizierte Berufstätige überwiegen und die Gewerkschaften wenig verankert sind, verbessern.
- Umfassende Systeme von Branchen-KV stellen weiters einen förderlichen institutionellen Rahmen für solidarische Lohnpolitik dar, die folgende Ziele verfolgt:
 - gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit;
 - gleiche jährliche Anhebung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne im Ausmaß von mittelfristigem Produktivitätsfortschritt und Teuerungsrate in allen Branchen;
 - überproportionale Anhebung des kollektivvertraglichen Mindestlohns der jeweils untersten Lohngruppe in den einzelnen Branchen;
 - Komprimierung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstruktur durch Festlegung von gesamtwirtschaftlichen Mindestlohnzielen, die auf dem Wege der Branchen-KV mittelfristig realisiert werden sollen, was überproportionale Anhebungen in den Branchen mit den niedrigsten kollektivvertraglichen Mindestlöhnen impliziert.

Unorganisierte Dezentralisierung der KV-Verhandlungen und abnehmender Deckungsgrad bedeuteten also, dass die institutionellen Voraussetzungen für solidarische und egalitäre Lohnpolitik erodierten, was die Ungleichheit in den betreffenden Ländern beförderte.¹¹

Keune zieht folgendes Resümee über die Auswirkungen der Krise und der Krisenpolitiken auf die KV-Systeme: Sie schränkten zum einen das verfügbare Instrumentarium an Steuerungsmechanismen in den einzelnen Ländern ein und verschärften zum anderen die soziale Ungleichheit und untergruben sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt.

Ein inklusives Entwicklungsmodell für Europa

Im abschließenden Kapitel skizzieren die Herausgeber eine inklusive wirtschaftliche und soziale Entwicklungsstrategie für Europa, die im Unterschied zu dem neoliberalen Konzept der EU-Kommission einen Ausweg aus der Krise bieten könnte. Im Zentrum dieser alternativen Strategie stehen die Verringerung der Ungleichheit und ein Anstieg der Realeinkommen für die große Mehrheit der Bevölkerung. Die Umsetzung dieser Strategie muss auf nationaler Ebene erfolgen, bedarf jedoch auch einer Neuausrichtung der europäischen Politik und einer europaweiten Koordinierung. Der sozialen Integration muss der Vorrang gegenüber der Marktintegration eingeräumt werden. Erstere soll europaweit geltende soziale Mindeststandards festlegen und die Spielräume für höhere soziale Standards auf nationaler Ebene wieder erweitern. Europaweite Koordination muss Sorge tragen, dass ökonomische und soziale Ungleichgewichte abgebaut und nationale *Beggar-thy-neighbour*-Strategien durch europäische Regeln unterbunden werden. Ohne eine Neuausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik, so die Autoren, könne es den Gewerkschaften nicht gelingen, ihre Lohnpolitik dauerhaft der transnationalen Marktkonkurrenz zu entziehen.

Der Lohnpolitik kommt im Rahmen der angestrebten inklusiven Entwicklungsstrategie eine Schlüsselrolle zu. Erforderlich sind:

- mittel- und längerfristig die Rückkehr zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik;
- kurzfristig eine expansivere Lohnpolitik, welche die Abnahme der Lohnquote zumindest teilweise rückgängig macht;
- eine solidarische Lohnpolitik in dem Sinne, dass die Lohnunterschiede zwischen den Branchen wieder reduziert, die Einkommen von NiedriglohnpfängerInnen überproportional angehoben werden – bspw. durch Mindestlohnpolitik (siehe oben) – und die prekäre Beschäftigung zurückgedrängt wird;
- eine europaweite Koordination der Lohnpolitik mit dem Ziel einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik, um den derzeitigen Lohnsenkungswettbewerb zu beenden.

Die Hauptaussage dieses Fazits im Kontext des Sammelbandes lautet, dass die Wiederherstellung und Stärkung von Branchen-KV-Systemen, AVE und anderen lohnpolitischen Institutionen zu den Kernelementen einer inklusiven Entwicklungsstrategie für Europa zählen, weil ohne sie eine Lohnpolitik entsprechend den obigen Grundsätzen gar nicht umgesetzt werden kann.

Im Einzelnen nennen die Autoren drei institutionelle Voraussetzungen für einen koordinierten Ansatz expansiver und solidarischer Lohnpolitik in der EU:

- Eine europaweit koordinierte Mindestlohnpolitik hat die Aufgabe, angemessene Löhne für aller ArbeitnehmerInnen sicherzustellen, vorzugsweise durch eine Anhebung aller Branchenmindestlöhne auf 60% des jeweiligen nationalen Medianlohns.
- Eine hohe Deckungsrate der KV erfordert ein umfassendes System von Branchen-KV und AVE. Letzteres bedeutet, dass die Sozialpartner eine unterstützende Regulierung durch den Staat benötigen. Das wird nur erreich-

bar sein, wenn die EU-Kommission eine derartige Stärkung des sozialen Dialogs auf nationaler Ebene konsequent und nachhaltig vorantreibt und einfordert. Mit einer wirtschaftlichen *High-road*-Strategie für Europa wäre dies ausgezeichnet vereinbar.

Eine inklusive Entwicklungsstrategie auf der Grundlage einer ausgeglicheneren Einkommensverteilung erfordert schließlich deutlich stärkere Gewerkschaften.¹² Dabei obliegt es den Gewerkschaften selbst, ihre organisatorischen Machtressourcen systematisch und nachhaltig auszubauen, insbesondere den nach unten weisenden Trend des Organisationsgrades zu drehen. Aber es liegt auch in der Verantwortung der Gesellschaften, der nationalen Regierungen und der EU-Kommission, betonen die Autoren, für die Abschaffung gewerkschaftsfeindlicher Regelungen zu sorgen und den Wiederaufbau und die Stärkung der Gewerkschaften zu ermöglichen und zu unterstützen.

Die Gewerkschaften seit Beginn der Krise: Machtressourcen und Revitalisierungsstrategien

Die Entwicklung der Gewerkschaften und ihrer Machtressourcen in den EU-Ländern v. a. seit dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise ist das Thema des zweiten hier erörterten Sammelbandes, der von Steffen Lehdorff (Universität Duisburg/Essen), Heiner Dribbusch (WSI) und Thorsten Schulten herausgegeben wurde. Elf Länderbeiträge (F, E, I, GR, H, PL, A, D, NL, GB, S) befassen sich mit den jeweiligen strukturellen, organisatorischen, institutionellen und gesellschaftlichen Machtressourcen der nationalen Gewerkschaften. Aus den Länderbeiträgen geht hervor, dass sich in der EU die in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmenden wirtschaftlichen Divergenzen und das politische Auseinanderdriften auch in den Entwicklungspfaden der nationalen Arbeitsbeziehungen und der Gewerkschaften sowie deren Machtressourcen niederschlagen.

Im finanzdominierten Kapitalismus verloren die europäischen Gewerkschaften in all ihren Ressourcenkategorien an Macht.¹³ Dies traf auch für die Gewerkschaften in jenen EU-Ländern zu, wo sie durch den Fortbestand der in der Zeit des Fordismus geschaffenen Arbeitsmarktinstitutionen und durch ihre Einbindung in den Wettbewerbskorporatismus bzw. durch den Abschluss von Sozialpakten (noch) über ein hohes Maß an institutioneller Macht verfügten. Der Grad der Erosion gewerkschaftlicher Machtressourcen variierte von Land zu Land je nach den Machtverhältnissen zwischen Gewerkschaften, Unternehmen und nationalen Regierungen, der wirtschaftlichen Entwicklung und dem institutionellen Kontext. Bis zur Krise überlagerten pfadabhängige Entwicklungen die generellen Trends zur Dezentralisierung der kollektiven Festsetzung von Löhnen und Arbeitsbedingungen sowie zur Machtverschiebung zulasten der Arbeitnehmerinteressenvertretungen.

Im Zuge der Wirtschaftskrise erlitten die Gewerkschaften der finanziell unterstützten Länder aufgrund der Vereinbarungen zwischen den nationalen Regierungen und der Troika weitere Machteinbußen durch die dort enthaltenen institutionellen Demontagen. Und auf europäischer Ebene wurden mit der neuen wirtschaftspolitischen Steuerung seit 2010 Regelungen verankert, welche die institu-

tionelle Macht der Gewerkschaften schwächen bzw. – im Falle weiterer Eingriffe in die Tarifautonomie – zu unterminieren drohen.

In ihrem zusammenfassenden Übersichtsartikel argumentieren die Herausgeber, dass die Beziehung zwischen den institutionellen Machtressourcen auf der einen Seite und der Rolle der Gewerkschaften als politisch autonome Akteure – eine ihrer gesellschaftlichen Machtressourcen – auf der anderen Seite in allen Ländern zu einer großen Herausforderung für die nationalen Gewerkschaften geworden ist. Die wirtschaftliche Krise, die Krisenpolitiken und die zunehmenden politischen Klüfte in den Gesellschaften haben diese Herausforderung im letzten Jahrzehnt noch weiter vergrößert.

Die erste Schlussfolgerung der Autoren aus den stark unterschiedlichen Ländertendenzen bezieht sich auf die institutionellen Machtressourcen und lautet, dass die Gewerkschaften dann in der Lage sind, die Fragmentierung des Kollektivverhandlungssystems einzuschränken und eine desorganisierte oder destruktive Dezentralisierung der KV in eine organisierte überzuführen, wenn sie Machtressourcen ausspielen oder entwickeln können, die über ihre Verbindungen zu etablierten politischen Akteuren und ihre institutionelle Verankerung hinausgehen.

Die zweite Schlussfolgerung ist nicht neu: Eine Kombination von organisatorischen und gesellschaftlichen Machtressourcen ist ein notwendiges Element jeder gewerkschaftlichen Revitalisierungsstrategie. Das praktische Problem besteht oft darin, dass selbst Gewerkschaften, die (auch) innerhalb einer breiten sozialen Bewegung agieren, sich der Entscheidung zwischen „Einflusskoalition“ und „Protestkoalition“ nicht entziehen können. Diese Gratwanderung wird am Beispiel der spanischen Gewerkschaften besonders deutlich: Während Gewerkschaftsführer bestrebt waren, keine Gelegenheit zu versäumen, als Partner im bestehenden politischen System anerkannt zu werden, kooperierten bedeutende Teile der Gewerkschaften mit sozialen Bewegungen, die das politische System radikal verändern wollen.

Mitgliederlogik und Einflusslogik müssen freilich nicht unvereinbar sein. Die Länderbeiträge für Österreich und die Niederlande zeigen, dass diese beiden Logiken einander wechselseitig unterstützen können. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn „Einflusslogik“ nicht als gleichbedeutend mit „Institutionenlogik“ verstanden wird.

Die dritte und wohl wichtigste Schlussfolgerung lautet, dass die Gewerkschaften dann, wenn die Regierung etablierte neokorporatistische soziale Dialoge abschafft oder nicht mehr wahrnimmt und/oder sozialdemokratische oder sozialistische Parteien relevanter Größenordnung als Bündnispartner nicht mehr zur Verfügung stehen, gar nicht umhin können zu versuchen, unabhängige politische Akteure zu werden. Letzteres schließt die Bemühungen ein, die organisatorischen Machtressourcen zu regenerieren oder zu stärken, also v. a. die Zahl der Mitglieder zu erhöhen und diese zu mobilisieren, ebenso wie die Entwicklung gesellschaftlicher und diskursiver Machtressourcen, insbesondere das Potenzial, den politischen Diskurs und das politische Handeln zu beeinflussen:

„(I)f unions don't find a way to develop the capacities of politically autonomous actors, their long-standing institutional power resources are in a permanent and increasing danger of being dismantled, or of losing their effectiveness within a

seemingly undamaged shell“ (S. 29). „(U)nions’ societal agenda-setting power is more and more required for the defence or recovery of trade unions’ everyday core business, that is, the improvement of working conditions“ (ebd.).

Sowohl für Fachleute der Arbeitspolitik als auch für SozialwissenschaftlerInnen, die sich für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in der EU interessieren oder auf diesem Gebiet forschen, sind beide Bände eine höchst empfehlenswerte Lektüre.

Michael Mesch

Anmerkungen

- ¹ Siehe dazu zusammenfassend Mesch (2015a).
- ² Filipić, Beer (Hrsg., 2012).
- ³ Heimberger (2014).
- ⁴ Schulten, Müller (2014) 281, Tab. 1.
- ⁵ Schulten, Müller (2013).
- ⁶ Siehe dazu insbesondere Europäische Kommission (2002, 2004).
- ⁷ J. Visser, ICTWSS Data base. version 5.1. Amsterdam: Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies (AIAS), University of Amsterdam. September 2016.
- ⁸ Visser (2011) 41.
- ⁹ Zur sog. Benya-Formel siehe Mesch (2015b).
- ¹⁰ Siehe dazu Mesch (1993, 1999/2000).
- ¹¹ Zum Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktinstitutionen und Ungleichheit siehe Jaumotte und Osorio Buitron (2015a).
- ¹² Siehe Jaumotte und Osorio Buitron (2015b).
- ¹³ Vgl. Urban (2014) 305.

Literatur

- Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission. Der europäische soziale Dialog. Determinante für Modernisierung und Wandel (= COM (2002) 341 endg., Brüssel 2002).
- Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission. Partnerschaft für den Wandel in einem erweiterten Europa – Verbesserung des Beitrags des sozialen Dialogs (= COM (2004) 557 endg., Brüssel 2004).
- Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission. Europa 2020. Eine Strategie für nachhaltiges, intelligentes und integratives Wachstum (= KOM (2010) 2020 endg., Brüssel 2010).
- European Commission, Directorate-General for Employment, Social Affairs and Inclusion, Industrial Relations in Europe 2010 (Luxemburg 2011).
- Filipiĉ, Ursula; Beer, Elisabeth (Hrsg.), Sozialer Aderlass in Europa: Arbeit und soziale Sicherung unter Druck (= Sozialpolitik in Diskussion Bd. 13, Wien 2012).
- Heimberger, Philipp, „Innere Abwertung“ in Südeuropa: Erwartungen, Ergebnisse und Folgen, in: Wirtschaft und Gesellschaft 40/2 (2014) 235-262.
- Jaumotte, Florence; Osorio Buitron, Carolina, Inequality and Labor Market Institutions (= IMF Staff Discussion Note 15/14, IWF, Washington, D. C., 2015a).
- Jaumotte, Florence; Osorio Buitron, Carolina, Union power and inequality (= Vox, 22.10. 2015b); online: <http://voxeu.org/article/union-power-and-inequality> (zuletzt abgerufen am 20.12.2017).
- Lehndorff, Steffen (Hrsg.), Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen – revisited. Zehn Länderstudien (Hamburg 2014).

- Marterbauer, Markus; Mesch, Michael; Zuckerstätter, Josef (Hrsg.), Nationale Arbeitsbeziehungen und Lohnpolitik in der EU 2004-2014. Von der Tarifautonomie zum EU-Interventionismus (= Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK Wien, Bd. 18, Wien 2015).
- Mesch, Michael, Zentralisierung der Lohnsetzung, Reallöhne und Beschäftigung, in: Wirtschaft und Gesellschaft 19/4 (1993) 451-459.
- Mesch, Michael, Vom Wettbewerbskorporatismus zur transnationalen Koordination der Lohnpolitik in der EU?, Teil 1, in: Wirtschaft und Gesellschaft 25/4 (1999) 387-422; Teil 2, in: Wirtschaft und Gesellschaft 26/1 (2000) 7-63.
- Mesch, Michael, Nationale Arbeitsbeziehungen und Lohnpolitik in der EU: Eine Einführung, in: Marterbauer, Mesch, Zuckerstätter (Hrsg., 2015a) 9-68.
- Mesch, Michael, Benya-Formel gleich produktivitätsorientierte Lohnpolitik, in: Wirtschaft und Gesellschaft 41/4 (2015b) 593-600.
- Schulten, Thorsten; Müller, Torsten, Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen *Economic Governance* auf Löhne und Tarifpolitik, in: Wirtschaft und Gesellschaft 39/3 (2013) 291-322.
- Schulten, Thorsten; Müller, Torsten, Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen *Economic Governance* auf Löhne und Tarifpolitik, in: Lehndorff (Hrsg., 2014) 273-301.
- Urban, Hans-Jürgen, Zwischen Krisenkorporatismus und Revitalisierung, in: Lehndorff (Hrsg., 2014) 302-325.
- Visser, Jelle, Variations and trends in European industrial relations in the 21st century's first decade, in: European Commission (2011) 17-53.

Staat im Ausverkauf

Rezension von: Tim Engartner, Staat im Ausverkauf. Privatisierung in Deutschland, Campus, Frankfurt am Main/New York, 268 Seiten, broschiert, € 23,80; ISBN 978-3-593-50612-8.

Dass auch „dieses Buch die Privatisierung nicht stoppen wird“, ist wohl die ernüchterndste Eingangsthese im neuesten Werk von Tim Engartner, Professor für Sozialwissenschaften an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Anschaulich erörtert wird diese These anhand des finanziellen und personellen Übergewichts der Lobbyisten des freien Marktes und anhand deren simplen, aber erfolgreichen Strategien zur Unterwanderung der staatlichen Institutionen in Deutschland.

Die besonderen Stärken des Bandes liegen in der Vielfalt der Branchenuntersuchungen und in der Vielfalt der dargestellten Lobbyingstrategien. Vereint sind die Strategien, so der Autor, in ihrem Ziel, öffentliches Eigentum in privates zu verwandeln und den Einfluss des Staates zugunsten einer Wirtschaftsverfassung zu minimieren. Die Öffentlichkeit und die Politik lassen Privatisierungen demnach zu, obwohl die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Verbesserungen für KundInnen oder SteuerzahlerInnen nicht eintreten. Am Ende sind steigende Kosten und der Ausschluss von NutzerInnen festzustellen.

Engartner gliedert das Buch in Branchenanalysen, wobei die Bereiche Bildung, Verkehr, Sicherheit, kommunale Dienste, Altersvorsorge und Gesundheit einer Analyse unterzogen werden. Der Autor fokussiert auf volkswirt-

schaftliche und verteilungspolitische Effekte, etwaige betriebswirtschaftliche Auswirkungen werden ausgeklammert.

So unterschiedlich die Branchen sind, so unterschiedlich sind die Auswirkungen. Von stillgelegten Bahnhöfen, teuren Tickets, Altersarmut, Lohn- und Sozialdumping bis hin zur Privatisierung von Staatsaufgaben reicht dabei das Spektrum der Analyse. Atypisch in der Analyse ist das Kapitel über das Bildungssystem, da es zusätzlich Einblicke über die intensiven Versuche der Verfechter der Markdoktrin im Bereich der Meinungsbildung gewährt.

Freie Lehre?

Um den Neoliberalismus – entgegen aller sachlichen Befunde – als einzige Alternative für eine Wohlsstandsoptimierung darstellen zu können, werden schon frühzeitig, so Engartner, Maßnahmen gesetzt: in Schulen, Kindergärten und auf Universitäten. Inhaltlich mischen, nicht zuletzt unter dem Schlagwort „Bildungspartnerschaft“, Privatunternehmen bei vielen Bildungseinrichtungen mit. Es werden Mitarbeiter als Experten in Schulen geschickt, Materialien verteilt oder als *Download* beworben. Das führt dazu, so der Autor weiter, dass Finanzkonzerne, fast ohne staatliche Qualitätskontrolle, den Jüngsten den freien Markt, Autohersteller den Klimaschutz und die Lebensmittelindustrie die Ernährungspyramide erläutern. Mitunter werden bereits Zwölfjährige darüber informiert, wie sie bei Finanzanlagen eine Risikodiversifikation durchführen und wie sie privat für das Alter vorsorgen können. Selbst die liberalsten Auslegungen sickern derart ins Klassenzimmer.

SchülerInnen lernen im „Das kleine 1x1 der Marktwirtschaft“ der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, dass der Artikel 14 des Grundgesetzes, wonach Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll, zwar „zugegeben [...] gut gemeint sei“, es aber „nun wirklich nicht von einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung zeugt“. Gleichmaßen wird festgehalten, dass „Deutschland gerade deshalb aus den Fugen gerät, weil wir [...] krampfhaft versuchen, die Schicksale von 80 Millionen Menschen in ein einziges, nämlich das vom Staat vorgegebene Korsett zu zwängen.“ Wirtschaftsliberale Denkschule wird derart als suggestiver Unterrichtsinhalt dargeboten.

Die Zahl der privaten Träger und Erhalter von Bildungseinrichtungen wächst stetig. Mittlerweile ist jede Zehnte der insgesamt 34.000 allgemeinbildenden Schulen unter in privater Trägerschaft. Durch das Verdrängen des Staates wird nicht nur schon bei SchülerInnen der Nährboden für eine wirtschaftsliberale Denkweise aufbereitet, auch verteilungspolitisch zeigen die Privatisierungen Auswirkungen. Trotz des sogenannten Sondereisverbotes werden SchülerInnen bei der Schuleinschreibung selektiert. Ein höherer Prozentsatz von Kindern, deren Eltern überdurchschnittlich viel verdienen, geht auf Privatschulen. Gleiches gilt bei Eltern, die einen höheren Bildungsabschluss haben. Auch mit der Standortwahl und der Höhe des Schulgeldes fördern Privatschulen die Homogenität der Schülerschaft. Die Aufgaben der Inklusion und Integration bleiben dabei dem staatlichen Bildungssystem überlassen.

In einem weit größeren Ausmaß geschieht der liberale und privatisie-

rungsfreudige „Wissenstransfer“ in den Hochschulen. Durch Konzerne finanzierte Lehrstühle, zur Verfügung gestellte Forschungs- und Drittmittel sowie das Besetzen der Hochschulräte wird die Freiheit der Wissenschaft und Lehre zunehmend in Frage gestellt. Hochschulen, die nicht bereit sind, auf das von der Wirtschaft geforderte Wissen zu fokussieren, geraten in immer deutlichere Finanzierungsnöte.

Dies ist insofern von hoher Relevanz, als der (intellektuelle) Gegenpol zur Doktrin des Marktes ausgehungert wird. Das äußert sich in einem Überhang an Studien von diversen Sachverständigen, Beiräten, Experten, Hochschulen, Stiftungen und *think tanks*, die versuchen die Privatisierungsvorhaben auf ein vermeintlich belastbares Fundament zu stellen. Bei diesen Untersuchungen nehmen finanzstarke Unternehmensstiftungen, wie etwa die Bertelsmann Stiftung, maßgeblichen Einfluss. Dabei lässt die wissenschaftliche Güte genau dieser Studien, so der Autor, oft zu wünschen übrig.

Dieselbe Strategie wird auch beim Unterwandern weiterer staatlicher Institutionen, insbesondere den politischen, angewandt. Lukrative Nebentätigkeiten bzw. Beratungshonorare für Entscheidungsträger gehören ebenso zur Vorgehensweise, so Engartner, wie Gesetzestexte, die von Anwaltskanzleien oder von strategisch platzierten Leihbeamten ausgearbeitet werden. Gewerkschaften, NROs, KonsumentInnen- und VerbraucherInnenorganisationen können dabei ebensowenig finanziell oder personell mithalten wie die öffentliche Hand.

Dieser Notstand erleichtert die Verbreitung der Marktdoktrin als Voraussetzung für eine materielle Privatisie-

rung von Volksvermögen. Die in der Publikation enthaltenen Branchenuntersuchungen geben dabei ein gutes, zum Teil auch erschreckendes Bild vom Grad der Durchdringung der Ökonomisierung der Daseinsvorsorge wieder.

Privatisierungsfiasko

Das Beispiel Deutsche Bahn (DB) zeigt eindeutig, dass sich der Konzern von der Staatsaufgabe, dem Sicherstellen der Mobilität für die Gesamtbevölkerung, entfernt. Obwohl die Bankenkrise 2008 den geplanten Börsengang verhindert hat, sind die Auswirkungen jetzt noch spürbar. Statt den Unternehmensschwerpunkt auf Züge für PendlerInnen und SchülerInnen zu legen – das sind die HauptkundInnen der Bahn –, agiert die DB als weltumspannender Logistikkonzern mit waghalsigen Zukäufen. Die Gewinne der DB werden von den 7,5 Mrd. Euro teuren Akquirierungen im Güter- und Personenverkehr aufgefressen. Das Ergebnis sind verspätete Züge, geschlossene Bahnhöfe, eingestellte Linien, teurere Fahrkarten, verkommen- de Infrastruktur und sogar Mängel bei der Bahnsicherheit.

Dennoch wird die Liberalisierung weiter vorangetrieben, und dies, obwohl noch stärker liberalisierte Länder (etwa Großbritannien) vor einem noch größeren Privatisierungsfiasko und Milliardendebakel stehen. Katastrophale Unfälle, Insolvenz des Infrastrukturbetreibers (inklusive teurer Wiederverstaatlichung), Milliardenaufwände für „Berater“, explodierende Fahrkartenpreise, enorme Profite und Managerboni bei den (neuen) Betreibergesellschaften zulasten der KundInnen und der Beschäftigten sind das Ergeb-

nis der Zerschlagung von British Rail. Von echtem Wettbewerb kann in Großbritannien schon längst keine Rede mehr sein, vielmehr bilden sich Gebietsmonopole. Laut Engartner kommen mehrere Kostenrechnungen zu dem Schluss, „dass eine Umstrukturierung und Sanierung der Staatsbahn durch die öffentliche Hand bedeutend preiswerter gewesen wäre. Schließlich wurde der britische Haushalt mit den Kosten für die Rückübernahme der Infrastruktur von Railtrack mit 500 Mrd. Pfund Sterling belastet“.

In jenen Ländern, wo die Politik statt auf Liberalisierung auf staatliche Lenkung, KundInnenwünsche und Kooperation setzt, ist der Bahnbetrieb klar effektiver und effizienter. So fahren in der Schweiz relativ weitaus mehr Personen mit der Bahn und kostet diese insgesamt bedeutend weniger als jene in Deutschland. Während in Deutschland jeder zurückgelegte Tonnen- und Personenkilometer mit 7 Cent unterstützt wird, sind es in der Schweiz nur 2,4 Cent. Nicht minder verantwortlich für den Erfolg der Schweizer Bahn ist deren Infrastruktur und Bahnstrategie. Strecken- und Bahnhofsschließungen, wie etwa in Deutschland, sind in der Eidgenossenschaft unbekannt. Vielmehr genießt der Regionalverkehr hohe Priorität und wird gezielt gefördert. Auf diese Weise ist keine Börsen-, sondern eine Bürger- und Flächenbahn entstanden.

Rendite für Konzerne statt Rente im Alter

Anhand der sogenannten „Riesterrente“, einer staatlich subventionierten Zusatzversicherung zur bestehenden Altersvorsorge, erläutert Engartner, dass Privatisierungen der Gesund-

heits- und Altersvorsorge zu einem verteilungspolitischen Desaster führen. Statt einer Rente und Absicherung für alle führt sie lediglich zu einer Rendite für wenige. Erfolgreich wurde von Unternehmen und Verbänden der Banken- und Versicherungsbranche darauf hingearbeitet, die staatliche Versorgung zurückzufahren und stattdessen die Unternehmen zum Zug kommen zu lassen.

Think tanks platzierten dabei „wissenschaftliche“ Prognosen, in denen sie die staatliche Umlagenfinanzierung schlecht- und das privatwirtschaftlich organisierte Kapitaldeckungssystem schönredeten. Bei diesen *think tanks*, wie dem „Deutschen Institut für Altersvorsorge“ oder der „Initiative neue Marktwirtschaft“, handelt es sich um Vereinigungen, die allesamt am Tropic der Deutschen Bank oder ähnlichen Kapitalverwertern hängen.

Finanzielle Verflechtungen der Politik mit den privaten Rentenunternehmen trugen ebenso dazu bei, Einschnitte bei der staatlichen Altersvorsorge durchzusetzen. Dies selbst dann, wenn simpelste Gegendarstellungen zu dem Schluss kamen, dass die Prognosen über einen Zeitraum von 50 (!) Jahren unhaltbar und dass die Produkte eine miserable Rendite aufweisen. Eine 35-jährige Frau, die im Alter über ihre eigenen eingezahlten Beiträge und staatlichen Zulagen hinaus noch die Inflation ausgleichen und eine bescheidene Rendite von 2,5 Prozent erhalten möchte, müsste demzufolge das geradezu biblische Alter von 109 Jahren erreichen. Bei einer derzeitigen statistischen Lebenserwartung von 88 Jahren für Frauen erscheint dies eher unrealistisch.

Wie bei allen Privatisierungen, so Engartner, stehen den Rentenverlie-

tern auch Gewinner gegenüber. Mehr als 16 Millionen private Rentenverträge wurden abgeschlossen. Der Gesamtumsatz der Versicherungsbranche stieg, nicht zuletzt wegen der staatlichen Förderung, zwischen 2009 und 2015 um 400 Mio. Euro auf 1,4 Mrd. Euro an.

Postraub und kommunale Dienste

Die vom Autor als „Postraub“ bezeichnete Privatisierung der Deutschen Post zeigt gerade bei der Versorgung, dass staatliche Aufgaben nicht „automatisch“ von Privaten besser erledigt werden können. Die Privatisierung war von einer unglaublichen Schließungswelle zulasten der flächendeckenden Versorgung begleitet. Statt den 29.000 Postfilialen der alten Bundesrepublik (1983) bestehen derzeit nur noch 13.000 private Postagenturen auf dem gesamten Gebiet des vereinigten Deutschland. Von den 3,3 Mrd. D-Mark (1,7 Mrd. Euro), die die Bundespost noch 1987 in den deutschen Bundeshaushalt überwiesen hat, ist nichts übrig geblieben. Übrig bleiben allerdings die Beschäftigten. Lohn- und Sozialdumping, etwa bei den PaketzustellerInnen, sind die unmittelbaren Folgen der Privatisierung. Subunternehmerkonstruktionen führten zu Stundenlöhnen von weniger als 4 Euro. Die Akkordarbeitsschemen für diesen extrem niedrigen Stundenlohn sahen einen – faktisch nicht einhaltbaren – Zeitplan von drei Minuten je Paket vor; dies sowohl im ländlichen Raum als auch in Ballungszentren. Das führte zu einem enormen Druck auf die ZustellerInnen.

Ähnliches ist bei Ausgliederungen von kommunalen Aufgaben festzustellen. Bei ausgegliederten Reinigungs-

diensten (etwa für öffentliche Gebäude) wurde ebenfalls der Druck auf ArbeitnehmerInnen erhöht. Dies äußert sich in einer drastischen Reduktion der Anzahl der Beschäftigten, sinkenden Löhnen und enormem Druck auf die ArbeitnehmerInnen. Oft rechnen sich die Ausgliederungen nicht, zum Teil wird die Gebäudereinigung wieder vollständig rekommunalisiert.

Daseinsvorsorge unter dem Hammer

Engartners Analyse legt den Fokus auf die volkswirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der bisherigen Privatisierungen oder – wie bei der Bahn – die Vorbereitung auf eine ebensolche. Betriebswirtschaftliche Rentabilitätsrechnungen werden gänzlich ausgeklammert und damit auch ein Untersuchungsansatz, der in der Lage wäre, eine Erklärung für die Privatisierungseuphorie zu liefern. Die Analyse ist jedenfalls von der Hypothese getragen, dass betriebsinterne Optimierungen nicht in der Lage sind, die katastrophalen volkswirtschaftlichen und verteilungspolitischen Effekte zu kompensieren.

Alles in allem zeigen die Branchenuntersuchungen, dass Privatisierungen – auch in anderen EU-Ländern – ein wahrer Kostentreiber zulasten der SteuerzahlerInnen, der Beschäftigten, der Daseinsvorsorge und des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind. Als primäre Ursache sieht der Autor die Unterfinanzierung des Systems. Es bedarf daher der Einsicht, „dass ein Steuersystem, das Arbeit diskriminiert und

Kapital privilegiert, nicht nur die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft, sondern auch den Privatisierungsdruck erhöht“. Keinesfalls sollte daher der Weg weitergegangen werden, über ineffiziente und ineffektive Privatisierungen die Daseinsvorsorge auf „dem Altar des Marktes“ zu opfern.

Gregor Lahounik

Literatur

- Baum, Josef; Litzka, Johann; Weninger-Vycudil, Alfred, Zukunftsfähige Straßeninfrastruktur, Kosten und Lösungen für baufällige Landes- und Gemeindestraßen, in Verkehr und Infrastruktur 58 (2016); online: https://www.arbeiterkammer.at/service/zeitschriftenundstudien/zeitschriften/verkehrundinfrastruktur/Zukunftsaehige_Strasseninfrastruktur.html.
- Haidinger, Bettina, Grenzenlose Mobilität – Grenzenlose Ausbeutung, Arbeitsbedingungen in Europas Transportwirtschaft (2016); online: https://www.arbeiterkammer.at/service/zeitschriftenundstudien/zeitschriften/verkehrundinfrastruktur/Grenzenlose_Mobilitaet_-_Grenzenlose_Ausbeutung.html.
- Gütermann, Fjodor, Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnpersonenverkehrs in Österreich, in Verkehr und Infrastruktur 50 (2013); online: https://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/VerkehrundInfrastruktur/Liberalisierung_des_Eisenbahnpersonenverkehrs.html.
- Engartner, Tim, Die Privatisierung der Deutschen Bahn. Über die Implementierung marktorientierter Verkehrspolitik (2008).

Pioniere von Industrie 4.0

Rezension von: Christoph E. Mandl,
Auf der Suche nach Industrie-4.0-
Pionieren. Die vierte industrielle
Revolution im Werden, ÖGB-Verlag,
Wien 2017, 164 Seiten, broschiert,
€ 34,90; ISBN 978-3-990-46271-3.

Geschrieben als eine Art Reisebericht, umfasst das Buch von Christoph E. Mandl neun Kapitel. In acht davon wird jeweils ein digitales Vorzeigewerk von Firmen aus unterschiedlichen Branchen und Ländern vorgestellt. Dabei gelingt es dem Autor, ein recht vielfältiges, detailliertes und gut begreifliches Bild der Digitalisierungstendenzen in der verarbeitenden Industrie zu zeichnen.

Die Inhalte mäandern zwischen den jeweils am interessantesten wirkenden Aspekten, was dem Lesefluss und der Geschichte dient, die Vergleichbarkeit der Erkenntnisse aber einschränkt. So wird einmal die Geschichte der Gründer, dann jene der Firma, dann jene des Firmensitzes oder der Standortwahl thematisiert. Interessant aber sind sie alle, die Firmen, die Beweggründe zur Digitalisierung, die technologischen Möglichkeiten, kurz: die Erfolgsstorys. Aus der Perspektive der österreichischen LeserInnen ist es bedauerlich, dass das Buch kein österreichisches Beispiel enthält.

Mandl diskutiert im Vorwort und im neunten Kapitel das revolutionäre Potenzial der Digitalisierung in der Produktion und skizziert die Aspekte, welche ein Werk oder eine Firma für die Industrie-4.0-Vorreiterrolle qualifizieren. Relevant für die Rolle des Vorreiters ist demnach die Vernetzung von Automa-

tisierungstechnologie mit Software zur Datenerfassung und Steuerung. Es reicht also weder der reine Automatisierungsansatz durch bspw. den Einsatz von Industrierobotern noch die Verwendung extensiver Digitalisierungssoftware (z. B. *Enterprise-Resource-Planning* – ERP), sondern es bedarf der durchgängigen Verknüpfung beider Aspekte. Diese allgemein gängige, jedoch etwas vage Definition lässt eine Vielzahl von potenziellen Kandidaten zu.

Besucht wurden: Nowy Styl, einer der drei größten Möbelhersteller Europas; Festo, ein deutscher Anlagen- und Werkzeugbauer, spezialisiert auf Pneumatik, also mechanische Verarbeitungstechnik, basierend auf Druckluft; Horizons Optical, spanischer Hersteller individualisierter Brillen; Avinent Digital Health, spanischer Hersteller individualisierter medizinischer Implantate; das Siemens-Werk in Amberg, wo Speicherprogrammierbare Steuerungen produziert werden; das Electrolux Herd- und Ofenwerk in Rothenburg; das BMW-Werk in Spartanburg (South Carolina, USA) sowie jenes des Werkzeugmaschinenherstellers DMG Mori in Bayern.

Es ist nicht Ziel des Buches, allgemeingültige, empirisch fundierte Aussagen treffen zu können. Dennoch lassen sich aus den angeführten Beispielen ein paar Thesen und Kernaussagen herauslesen:

Triebkräfte

Treibende Kräfte sind weder Kosten, noch Produktivität, sondern Qualität und Individualisierung. Die Beweggründe zur konsequenten Neuausrichtung und Digitalisierung des Produktionsprozesses lassen sich, dem Buch

nach, durch die zunehmende kombinatorische Komplexität und die dadurch steigende Produktvielfalt sowie dem daraus resultierenden Wunsch, Losgröße 1 zu Kosten der Massenfertigung verwirklichen zu können, erklären. Die Produktvielfalt beträgt rasch einmal 10^{40} , wie im Falle der Ventilbestückung von Festo. Auch wenn sich 80% der Nachfrage auf 20% der Produkte beschränken, so gilt es doch, von der Serienfertigung bis zur Einzelproduktion alle Stücke spielen zu können: auch die weitgehende Personalisierung der Produkte wie in den Beispielen von Horizons Optical und Avinent Digital Health für individuelle 3D-gedruckte Brillenfassungen zur optimalen Positionierung maßangepasster Gleitsichtgläser bzw. für individuell angefertigte Implantate inklusive 3D-Modell und -Simulation sowie Bohrschablonen zur Operationsplanung.

Außerdem dienen die Werke auch als Schaufabriken einerseits für den hausinternen Digitalisierungsprozess (andere Werke sollen dem Beispiel folgen: z. B. BMW-Spartanburg, Siemens-Amberg, Electrolux) und andererseits zur Vermittlung von Kompetenz in Richtung KundInnen („Mit unseren Produkten gelingt die Digitalisierung der Produktion“: z. B. Festo, Siemens-Amberg).

Aspekte der Umsetzung

In Relation zu der Größe der Werke arbeiten vergleichsweise wenige Menschen in der Fertigung, manuelle Tätigkeiten nehmen ab und werden durch Planung, Instandhaltung und Wartung ersetzt. Die Herausforderungen bei der Umsetzung liegen nicht nur bei der Umschulung der MitarbeiterInnen, sondern auch bei der Auswahl des

bestgeeigneten Maschinenherstellers sowie bei der Integration von Mensch, Maschine und Software – eine Kompetenz, die nach der Auffassung von Nowy Styl unbedingt im Haus bleiben sollte. Bei Avinent Digital Health sind es die ÄrztInnen, welche als KundInnen erst lernen müssen, mit dreidimensionalen Bildern umzugehen, wodurch sich ihre Arbeitsweise völlig verändert.

Herausfordernd ist es außerdem, über ausreichend Kompetenz in der Planung und die notwendige Akzeptanz in der Fertigung zu verfügen. Hier berührt das Buch einen sehr interessanten Aspekt, welcher jedoch erst im Epilog und nicht in der Beispielbeschreibung angesprochen wird. Die Chance, praktische Beispiele und Erfahrungen zu betrieblicher Mitbestimmung im Zuge des Digitalisierungsprozesses zu nennen und abzufragen, wurde somit kaum genutzt.

Vernetztes Denken

Handwerkliches Geschick ist immer weniger gefragt, stattdessen die Fähigkeit des vernetzten Denkens sowie Kommunikation und IT-Anwendungsfähigkeiten. Bei Nowy Styl können heute bei gleicher Belegschaft dreimal so viele Büromöbel pro Tag produziert werden wie vor der Umstellung. Auch bei Siemens gab es bei konstanter Beschäftigung eine Vervielfachung des Outputs, und auch dort gibt es kaum noch einfache Tätigkeiten wie das Bestücken von Leiterplatten oder das Löten. Beschäftigte, die früher gelötet haben, sind nunmehr mit der Überwachung des automatisierten Lötprozesses befasst.

Die Komplexität im Bereich der Wartung, aber auch im Bereich der Weiterentwicklung und Steuerung des Ge-

samtsystems der Fertigung nimmt deutlich zu. Die enorm gestiegene Vernetzung aller Akteure, sowohl Menschen als auch Maschinen, führt dazu, dass Änderungen oder auch Weiterentwicklungen in einem Bereich der Fertigung Auswirkungen haben können, die unter Umständen nicht mehr überblickbar sind. Hinzu kommt, dass diese vernetzten Systeme aus Mensch und Maschine immer sensibler auf Fehler reagieren.

Erfolgsfaktor Maschinenwartung

Deutlich personalintensiver ist die Instandhaltung. Diese entwickelt sich auch zu dem Bereich mit dem größten Know-how-Engpass, insbesondere was die Instandhaltung elektronischer Steuerungen und deren Sensorik anbelangt. Preis der Automatisierung ist, dass ein Störfall in aller Regel zum Stillstand der Montagestraße führt. Probleme können nicht mehr bis zur Behebung umgangen werden. Auch die Logistik der Ersatzteile für die Instandhaltung ist, laut Festo, deutlich komplizierter als die Logistik der Roh- und Zulieferteile für die Fertigung der Ventile selbst.

Wenn das Know-how zur Integration der Maschinen mit dem IT-System internalisiert werden soll, um es wie im Falle von Nowy Styl als Wettbewerbsvorteil nutzen zu können, muss die Wartungsabteilung personell aufgestockt werden. Auch die Wartungsarbeiten, welche ursprünglich bei externen Dienstleistern lagen, wurden integriert. Die Wartungsabteilung ist bei Nowy Styl daher die einzige, die personell aufgestockt wurde, und zwar um das Fünffache, von 2 auf 10 Personen. Denn ohne Redundanzen im System und den fein und vollständig automa-

tisch orchestrierten Produktionsablauf sind Ausfälle extrem wirkungsmächtig und daher schnell sehr teuer.

Zusammenarbeit

Während die Führungskräfte und die Fachkräfte die großen Vorteile bei Kosten, Liefertreue, Qualität und Schutz der MitarbeiterInnen (Ergonomie) sehen, reduziert sich für jene, die mit kollaborativen Robotern zusammenarbeiten, der Handlungsspielraum. Zwar seien kollaborative Roboter, wie sie bei BMW in Spartanburg eingesetzt werden, verlässlicher, aber eben auch unflexibler als der Mensch. Für Fachkräfte nehmen die Anforderungen durch die Digitalisierung und Automatisierung deutlich zu, so die Einschätzung. Die Zusammenarbeit verlagert sich von der manuellen zur intellektuellen Zusammenarbeit. Routinearbeit findet in der Interaktion zwischen Mensch und Maschine statt.

Polarisierung vs. Verdrängung

Hohe Qualifikationsanforderungen treten bei der virtuellen Planung (z. B. Erstellung des *Virtual Twin*) neuer Fertigungslinien auf, geringere jedoch bei der Fertigung selbst, insbesondere dann, wenn die Produkte wie im Falle von Electrolux relativ einfach herzustellen sind.

Genau das Gegenteil ist bei Avinent Digital Health der Fall, einem Unternehmen welches sich von einem Automobilzulieferer zu beschriebenen Erzeuger hochkomplexer und individualisierter Implantate für Mund, Kiefer und Gesicht entwickelt hat und seither beinahe ausschließlich hoch qualifizierte MitarbeiterInnen (z. B. biomedizinische Ingenieure) beschäftigt.

Maschinen können in Korrelation, Menschen in Konsequenzen denken. Maschinenintelligenz bezieht sich heute noch auf die Anwendung von Algorithmen, also eine mathematische Intelligenz. Die Unternehmen benötigen freilich auch Kreativität, vernetztes Denken und vor allem Konsequenzdenken. Wichtig ist, dass eine Fabrik, trotz aller Digitalisierung und Automatisierung, menschlich und damit lernfähig bleibt.

In Bezug auf weibliche Beschäftigte lassen sich zwei Anekdoten in dem Buch finden, welche wie auch alle anderen Aussagen keine Verallgemeinerung zulassen und dennoch interessant sind:

Bei Nowy Styl wurde sowohl die Projektleitung zur Errichtung der neuen digitalen Fabrik als auch die Werksleitung erstmals in die Hände von Frauen gelegt.

Bei Electrolux wird am Ende des Produktionsablaufs der Garraum mit Isoliermaterial umwickelt, dann werden die Elektrik und Elektronik montiert und schließlich verkabelt. Auffallend dabei ist, dass die erste Hälfte der Fertigungslinie ausschließlich mit Männern besetzt ist, wogegen in der zweiten Hälfte der Fertigungslinie ausschließlich Frauen arbeiten. Dies wird mit dem Umstand erklärt, dass für den ersten Arbeitsschritt das Anheben des Herdes erforderlich ist, was die Muskelkraft der Arbeiterinnen überforderte, während bei der elektrischen Montage und Verkabelung die Geschicklichkeit der Frauen gefragt sei.

In Hinblick auf die bereits automatisierten Bereiche, wie etwa das Schweißen und Kleben mutmaßt der Autor, dass Roboter bisher eher die Muskelkraft erfordernden Tätigkeiten von Männern automatisiert haben als die

Geschicklichkeit einfordernden Tätigkeiten von Frauen. Im konkreten Beispiel ist dies eine interessante Beobachtung. Ergänzt werden kann dies um den Verweis auf Erhebungen, wonach Frauen branchenübergreifend tendenziell eher Routinetätigkeiten ausüben, was wiederum ein höheres Automatisierungsrisiko birgt.

Abschließend sei die Antwort der befragten Mitarbeiterinnen im Werk von Nowy Styl zur Einschätzung der Veränderung im Zuge der Digitalisierung präsentiert: Besser gefallen hätte es ihnen schon in der alten Fabrik, aber zurück würden sie dennoch nicht wollen.

Resümee

Zum Schluss lässt sich sagen, dass es Mandl mit seinem induktiven Ansatz gelungen ist, ein paar, die Diskussionen zu Industrie 4.0 bereichernde Beispiele anregend zu beschreiben. Diese Beispiele erlauben ein besseres Verständnis des gegenwärtigen Wandels. Der Autor erhebt nicht den Anspruch, schon heute zu wissen, wie revolutionär dieser Wandel schlussendlich sein wird. Damit ist eine nüchterne Betrachtungsweise möglich. Leider hat Mandl wenig Augenmerk auf die Veränderungen der Arbeitsorganisation und die Rolle der betrieblichen Mitbestimmung gelegt. Das Buch folgt somit dem technikzentrierten Ansatz, bei dem die Technik an sich und vielleicht noch die Menschen, welche die Technik entwickeln, weniger aber die Umsetzenden und Anwendenden im Vordergrund stehen. Wer gut geschilderte Beispiele und Anwendungsfälle zur aktuellen Realität des Kunstbegriffs „Industrie 4.0“ sucht, ist mit diesem Buch sicherlich sehr gut bedient.

Fridolin Herkommer

Markt und Gewalt

Rezension von: Heide Gerstenberger,
Markt und Gewalt. Die Funktionsweise
des historischen Kapitalismus, Verlag
Westfälisches Dampfboot, Münster 2017,
739 Seiten, broschiert, € 49,90;
ISBN 978-3-89691-125-4.

Viele hatten und haben gute Gründe, Kapitalismus für eine Plage zu halten, für einen Irrweg auf der Suche nach einer besseren Welt. Und doch war Kapitalismus, so die Autorin, eine der großen Hoffnungen der Menschheitsgeschichte. Weil kapitalistische Aneignung – in der vorliegenden Untersuchung in einer lediglich alltagspraktischen Bedeutung benutzt – durch Konkurrenz auf Märkten organisiert ist, galt und gilt sie als ein historisch fortschrittliches Gegenmodell zu Wirtschaftsformen, die auf direkter Herrschaft über Arbeitskräfte und auf räuberischer Aneignung basieren.

An deren Stelle tritt im Kapitalismus der Vertrag, somit eine versachlichte Beziehung zwischen Rechtssubjekten. Eine oberflächliche Betrachtung der historischen Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften legt die Annahme nahe, dass die innere Dynamik kapitalistischer Ökonomie dazu drängt, direkte Gewalt aus dem „Marktgeschehen“ zu verdrängen. Wo diese dennoch unübersehbar wo und ist, wird sie als Ausdruck einer niedrigeren Entwicklungsstufe kapitalistischer Entwicklung oder aber als Abweichung verstanden.

Das Ergebnis der im Folgenden zu berichtenden Analysen des historisch konkreten Kapitalismus widerspricht dieser Annahme. Es lässt sich in der

These zusammenfassen, da es keine dem Kapitalismus eigene Entwicklungstendenz gibt, welche die Versachlichung wirtschaftlicher Beziehungen vorantreibt. Wo immer eine derartige Entwicklung eintrat, ist sie politisch durchgesetzt worden. Das ist nur konsequent, denn was Kapitalismus konkret bedeutet, wurde und wird politisch entschieden. Die Auseinandersetzung mit der historischen Realität des Kapitalismus zwingt uns dazu, das analytische Konzept der politischen Ökonomie tatsächlich ernst zu nehmen.

Kapitalismus gilt als welthistorischer Fortschritt gegenüber früheren Wirtschaftsweisen. Die institutionelle Form dieses Fortschritts ist der Vertrag, also eine von Rechtssubjekten getroffene freiwillige Vereinbarung. Verträge gab es lange vor der historischen Durchsetzung kapitalistischer sozialer Verhältnisse. Im Kapitalismus regulieren Verträge, so die Autorin, aber nicht nur internationale politische Verhältnisse und die Bewegungsformen des wirtschaftlichen Alltags, sie stehen auch im Zentrum der Legitimation dieser Wirtschaftsform.

Das Erfordernis, die Resultate der Funktionsweise von Märkten zu rechtfertigen, entstand erst, als von zeitgenössischen Obrigkeiten gefordert wurde, Märkte ihren eigenen Funktionsmechanismen zu überlassen. Solange Obrigkeiten Preise für Lebensmittel und Löhne festsetzten, wirtschaftlich relevante Privilegien verliehen und privilegierten Vereinigungen das Recht zusprachen, ihrerseits wirtschaftliche Verhaltensvorschriften zu erlassen, traf Kritik an materiellen Zuständen die jeweils zuständigen Obrigkeiten. Diese beanspruchten Legitimation aufgrund von Erbfolge, Gottes Willen, sozial begrenzten Wahlen oder fürstlichem Auf-

trag. Kritik an den Resultaten ihrer Entscheidungen äußerte sich in Bittschriften oder Revolten.

Im Verlauf des 18. Jahrhunderts ist Kritik an der herrschaftlichen Regulierung von Märkten gewachsen. In bürgerlichen Revolutionen wurde sie praktisch umgesetzt. Von da an waren Märkte, auch wenn Regierungen äußere Rahmenbedingungen setzten, gewissermaßen auf sich selbst gestellt. Und das galt auch im Hinblick auf ihre Legitimation. Wer propagierte, dass auf die obrigkeitliche Regulierung wirtschaftlicher Transaktionen verzichtet werde, musste behaupten, dass Konkurrenz ihre eigene Legitimation in sich trägt.

Eben dies hat Adam Smith, so die Autorin weiter, mit seiner Bemerkung über die Zutaten zu einem befriedigenden Abendessen 1776 unternommen. Wenn nicht nur der Schlachter, der Bäcker und der Brauer, sondern auch die Nachfragenden ihren Interessen folgen, so ist Konkurrenz die Folge. Von ihr sollte in Zukunft erwartet werden können, was bislang von Obrigkeiten erhofft worden war: eine befriedigende Versorgung. Die von Smith beschriebenen Transaktionen gaben das Argumentationsmuster für die Rechtfertigung des Systems vor, nämlich die Realisierung eigener Interessen erfolgt über den Markt, also über die Konkurrenz.

Zu seiner Zeit war das nicht etwa gängige Alltagseinsicht, sondern eine noch durchaus ungewöhnliche Behauptung. Immerhin, so die Autorin, hatte es sich gerade erst durchgesetzt, dass von „*interest*“ nicht mehr nur als von Zins gesprochen wurde, sondern als von einer Ursache menschlicher Verhaltensweisen. Und nicht nur dies. Das Eingeständnis, materielle Vorteile

zu verfolgen, galt nun nicht mehr als gesellschaftlich herabwürdigend. Genau besehen, so die Autorin, hat die zitierte Bemerkung über die Zutaten zum Abendessen nicht wirklich viel mit Kapitalismus zu tun. Denn von den Arbeitskräften, die maßgeblich an der Herstellung von Lebensmitteln beteiligt waren, ist nicht die Rede. Die Rechtfertigung einer Gesellschaft, in welcher Marktteilnehmer ihre Interessen verfolgen, ließ sich eben am besten bewerkstelligen, wenn die Lehrlinge und Gesellen, die Tagelöhner und sonstigen Hilfskräfte theoretisch unberücksichtigt blieben.

Und doch hat die Argumentationsfigur, die Smith nutzte, das Muster für eine bis heute dominante Legitimation des Kapitalismus vorgegeben. Denn es sind Tauschverhältnisse, die bei der Beschaffung von Lebensmitteln zum Tragen kommen. Und jedem derartigen Tauschverhältnis liegt – unausgesprochen – ein Vertrag zwischen zwei Rechtssubjekten zugrunde. Nichts anderes, so die für alle kapitalistischen Gesellschaften grundlegende Rechtfertigung, geschieht in Arbeitsverhältnissen. Ebenso wie für alle anderen Zweckverträge ergibt sich ihre Rechtfertigung nicht aus ihrem materiellen Ergebnis, sondern aus ihrer Voraussetzung, nämlich der Vertragsfreiheit.

KritikerInnen des Kapitalismus verweisen darauf, dass Arbeitsverträge nicht nur die gegensätzlichen Interessen der Beteiligten auf Dauer stellen, sondern auch die Ungleichheit in den Möglichkeiten, eigene Interessen zu realisieren. Beides erklärt sich aus den Zuständen, die außerhalb der Funktionsweise von Märkten liegen, nämlich aus der fundamentalen Ungleichheit in der Verfügung über Eigentum. Nur wenn dieser Sachverhalt theore-

tisch außer Acht bleibt, kann der Tausch von Arbeit gegen Geld als freiwilliger Vertrag gelten. Diese theoretische Ausklammerung der fundamentalen Ungleichheit, so die Autorin, ist dem Zivilrecht kapitalistischer Staaten inhärent. Sie ist unter „staatlich zwangsbewehrten Schutz“ gestellt. Das Recht schafft die Ungleichheit nicht, schützt sie aber.

In der Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften wurden Verträge zunehmend üblich. Diese Entwicklung veränderte jedoch auch die Menschen, denn sie führt dazu, dass die für Verträge typische Instrumentalisierung des jeweils anderen zur Erzielung der eigenen Interessen auch auf andere soziale Beziehungen übertragen wird.

Im Zeitalter des globalisierten Kapitalismus wurden die Bereiche, in denen Verträge Beziehungen „regieren“, enorm ausgeweitet. Sie umfassen jetzt Verträge zwischen Konzernen und Staaten, deren systematisch ungleiche Voraussetzungen auf Seiten der Vertragspartner ebenso unberücksichtigt bleiben, wie dies bei Arbeitsverträgen der Fall ist. Auch sind an die Stelle der bisherigen Verpflichtung staatlicher Verwaltungen zu bestimmten Leistungen neuerdings vielfach Verträge mit privaten Firmen getreten. Anders als in klassischen Konzeptionen von Verträgen handelt es sich in diesen Fällen oft um die Begründung längerfristiger Beziehungen mit wenig konkretisierten Verpflichtungen.

Dass die grundlegenden Defekte kapitalistischer Ökonomien, so die Autorin, eine bessere Zukunft für alle verhinderten, wurde historisch rasch offenbar. Diese Defekte sind nicht zu beseitigen, doch wurden sie sozialpolitisch gemildert. Und dennoch nährten die „dreißig glorreichen Jahre“ nach

dem Zweiten Weltkrieg in metropolen kapitalistischen Ländern noch einmal die Erwartung einer durch Wirtschaftspolitik möglichen Vermeidung von Krisen.

Inzwischen hat die reale Entwicklung des globalisierten Kapitalismus nicht nur diese Erwartung, sondern auch die Hoffnung auf eine allgemeine Verbesserung von Lebensumständen mittels fortwährenden Wirtschaftswachstums widerlegt. Zusätzlich widerlegt hat sie die Annahme, dass die Einführung technisch anspruchsvoller Produktionsverfahren unausweichlich zu einer allgemeinen Verbesserung der Lebensbedingungen führe.

Dagegen ist nachdrücklich deutlich geworden, dass direkte Gewalt als Mittel der Aneignung nicht nur in den Anfängen kapitalistischer Entwicklung eingesetzt wurde, sondern bis heute eingesetzt wird. Zwar war diese Praxis nach der historischen Etablierung kapitalistischer Verhältnisse in einigen Ländern zunächst an Ränder gedrängt worden, an geografische und an soziale. Das war aber nur insoweit Folge ökonomisch rationaler Kalkulation, als das Erfordernis einer wachsenden Zahl von Arbeitskräften für industrialisierte Produktion in den Grenzen damaliger Arbeitsmärkte den Forderungen organisierter Arbeitskräfte Nachdruck verlieh. Seit die Globalisierung des Kapitalismus frühere Grenzen von Arbeitsmärkten sprengt, ist direkte Gewalt erneut in den Binnenräumen des Kapitalismus präsent.

Das ist nicht unausweichlich. So nachdrücklich die genauere Betrachtung des historisch realen Kapitalismus die These bestätigt, dass Eigner von Kapital sich der Tendenz nach aller Mittel zur Erzielung von Profit bedienen, deren Einsatz ihnen nicht erfolg-

reich verwehrt wird, so eindeutig hat sich auch gezeigt, dass Öffentlichkeiten und Regierungen solche Praxis unterbinden können.

Im globalisierten Kapitalismus haben sich die Bedingungen für derartige Reformen geändert. Die potenziell globale Konkurrenz um Arbeitsplätze erschwert die Durchsetzung von Forderungen, die auf eine Veränderung materieller und politischer Verhältnisse zielen. Dies veranlasst vielfach gefährvoll revoltierende Formen der Opposition. Auch ist von Staatsgewalt wenig zu erhoffen, wenn Regierungen gewaltförmige Praktiken von Kapitaleignern dulden und sich Angehörige von Regierungen und Staatsverwaltungen womöglich selbst an kriminellen Formen der Aneignung bereichern.

Allerdings erleichtert Kommunikationstechnologie die weltweite Verbreitung von Informationen über gewaltförmige Aneignung. Zwar gibt es – abgesehen von der medialen Vermittlung einzelner Ereignisse – keine globale Öffentlichkeit, wohl aber gibt es zuvor nicht dagewesene Möglichkeiten, sich zu informieren. Auf dieser Basis arbeiten inzwischen sowohl national als auch international viele Einzelne und zahlreiche Gruppierungen.

Wie für die Konventionen, die von internationalen Organisationen beschlossen werden und für die Urteile, die von nationalen und internationalen Gerichten gefällt werden, kann für jede einzelne von NROs aufgestellte Forderung gezeigt werden, dass die Wirkung ihrer Realisierung begrenzt bleiben wird – sei es, weil sich Verbote umgehen lassen, sei es, dass sie sich durch andere Praktiken ersetzen lassen. Und doch hat jede einzelne Aktivität, so die Autorin, die das Leben einer gewissen Anzahl von Menschen verbessert,

nicht nur ihre Berechtigung, sondern auch eine Bedeutung für die Welt.

In dieser Untersuchung findet sich nichts über die Geschichte der Banken, nichts über Unternehmensformen, Konzentrationsprozesse und Krisen, es gibt nur knappe Hinweise auf Finanzmärkte und auf die Relevanz technischer Entwicklungen. Unberücksichtigt bleiben auch die politischen Dominanzstrukturen auf internationalen Märkten, die aufholende wirtschaftliche Entwicklung in manchen Staaten und die Stagnation in anderen. Und gesondert diskutiert werden auch weder die weltweite Verteilung äußerster Armut noch die Schäden, die den ökologischen Voraussetzungen des Lebens zugefügt werden.

Damit ist bereits deutlich, dass die im Untertitel benutzte Formulierung „historischer Kapitalismus“ nicht etwa den Versuch ankündigen soll, eine Gesamtdarstellung der Strukturen, Entwicklungsbedingungen und Ausprägungen des Kapitalismus vorzulegen. Annonciert wird stattdessen wissenschaftliche Polemik, die Behauptung nämlich, dass sich die konkreten historischen Ausprägungen kapitalistischer Gesellschaften nicht an die Eigenschaften hielten, die ihnen dominante Geistesströmungen und wissenschaftliche Analysen zugeschrieben haben.

Die hier vorliegende Untersuchung beschränkt sich darauf, die Annahme zu kritisieren, dass die Praxis direkter Gewalt gegen Personen im Kapitalismus sehr viel seltener praktiziert wird als in früheren Wirtschaftsweisen, weil sie ökonomisch kontraproduktiv sei. Bestritten wird hier also nicht, so die Autorin, dass sich direkte Gewalt gegen Personen unter vielen konkreten Bedingungen als ökonomisch kontraproduktiv erwiesen hat und weiterhin

erweist. Gegenstand der vorliegenden Untersuchung sind weder betriebswirtschaftliche Lehrsätze noch Erkenntnisse der Technik des Personalmanagements, sondern die sowohl in populären Geistesströmungen als auch in wissenschaftlichen Analysen verborgene Gewissheit, dass es die Funktionsgesetze kapitalistischer Ökonomien selbst sind, die zu Verzicht auf Gewalt drängen. Genau genommen sind Gegenstand der Kritik somit die geschichtsphilosophischen Elemente, welche in marxistischen ganz ebenso

wie in liberalen Theorien des Kapitalismus tradiert wurden.

Das Buch kann nur aufs Wärmste all jenen Menschen empfohlen werden, die Interesse an der Funktionsweise des historischen Kapitalismus zeigen.¹

Josef Schmee

Anmerkung

- ¹ Kritisch anzumerken bleibt, dass ein sorgfältiges Lektorat dem Buch nicht geschadet hätte.

Louise Sommer: Ökonomin in bewegten Zeiten

Rezension von: Ute Lampalzer, „... die ökonomische Theorie in einen breiteren Rahmen stellen ...“. Das Lebenswerk von Louise Sommer (1889-1964), Metropolis, Marburg 2014, 358 Seiten, broschiert, € 44,80; ISBN 978-3-731-61113-4.

Der Name Louise Sommer ist jenen Ökonomen bekannt, die sich einmal intensiver mit Merkantilismus und Kameralismus beschäftigt haben. Fast hundert Jahre nach dem Erscheinen ist ihre zweibändige Studie „Die österreichischen Kameralisten in dogmengeschichtlicher Darstellung“ (1920/1925) immer noch die umfassendste und wichtigste Darstellung und Bewertung der ökonomischen Schriften von Becher, Hörnigk, Schröder, Justi und Sonnenfels, die nicht nur als Meilensteine der frühen deutschen Wirtschaftswissenschaft gelten, sondern auch die Wirtschaftspolitik der habsburgischen Erbländer maßgeblich und nachhaltig geprägt haben.

Über die Autorin dieses Standardwerkes war bis vor Kurzem kaum etwas bekannt. Erst im Zuge der systematischen Erforschung der Beiträge von Frauen zur Entwicklung der Wissenschaften machte ein Beitrag auf Louise Sommer aufmerksam.¹ Mit dem Buch von Ute Lampalzer, ursprünglich eine Dissertation an der Universität Hamburg, liegt nun eine umfassende Monografie über Leben und Gesamtwerk der aus Österreich stammenden Ökonomin vor.

Louise Sommer wurde 1889 als Tochter des Textilindustriellen Oskar Sommer in Wien geboren. Sie ent-

stammte einer Familie jüdisch-böhmischer Herkunft. Seit 1910 studierte sie an der Universität Wien Staatswissenschaften, allerdings nur als Gasthörerin, da Frauen erst 1919 als ordentliche Hörerinnen an der juristischen Fakultät zugelassen waren. Nach Studien an verschiedenen anderen europäischen Universitäten promovierte sie 1921 an der philosophischen Fakultät der Universität Basel mit der Arbeit über die österreichischen Kameralisten, die aus ihren Wiener Studien hervorgegangen war. 1926 habilitierte Sommer an der Universität Genf, an der sie dann 20 Jahre als Privatdozentin tätig war.

Parallel dazu unterhielt sie bis 1938 enge Beziehungen zu ihrer Heimatstadt Wien, wo sie u. a. die Funktion einer Pressereferentin des österreichischen Nationalkomitees der internationalen Handelskammer innehatte. In dieser Zeit erschienen mehrere kleine Beiträge in österreichischen Tages- und Wochenzeitungen.

Louise Sommer war keine Emigrantin, die dem häufigsten Typus dieses Begriffs entspricht,² da sie lange vor der nationalsozialistischen Herrschaft aus beruflichen Gründen ihren Wohnsitz in der Schweiz genommen hatte, von wo sie erst 1947 in die USA emigrierte. Trotz intensiver Bemühungen konnte sie dort an keiner Universität eine dauerhafte Anstellung erlangen und musste für befristete Lehraufträge (u. a. auch wieder in Genf) häufig Institution und Aufenthaltsort wechseln. Sommer starb 1964 in Washington, D.C.

Ihre wichtigsten Lehrer an der Universität Wien waren Carl Grünberg, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsgeschichte, und besonders Karl Pribram, zu dessen Forschungsinter-

sen und Lebensweg sich bei Louise Sommer bemerkenswerte Parallelen finden. Wie noch zu zeigen sein wird, ist Sommers (wie auch Pribrams) Zugang zur Ökonomie durch eine Kombination aus Elementen der Historischen Schule und der Österreichischen Schule geprägt, bei gleichzeitiger Reflexion auf die philosophischen Grundlagen der Wissenschaft. In Basel empfing Sommer nachhaltige Anregungen für ihre späteren Schriften von dem auf Handelspolitik spezialisierten Julius Landmann.

Sommers erstes und mit zusammen über 600 Seiten umfangsreichstes Buch bietet weit mehr als eine Darstellung der Werke der sogenannten österreichischen Kameralisten.³ Der selbstständige erste Band gibt eine vergleichende Charakteristik der Merkantilismen der wichtigsten europäischen Staaten und behandelt auch die Beziehungen zwischen den theoretischen Denkmodellen der frühen Ökonomen und der Entwicklung des sozialphilosophischen Denkens seit Beginn der Neuzeit. Der Merkantilismus ist Teil eines neuen Denkens, des „Geistes der Neuzeit“, mit seiner Hinwendung zum Rationalismus und zu einer voluntaristischen Sicht von Wirtschaft und Gesellschaft.

„Wie die Welt und das Naturgeschehen einem Vernunftschema eingegliedert wird, so bricht sich auch die Vorstellung Bahn, dass die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen der Menschen zueinander mit ihren Zielen und Zwecken restlos durch die Verstandeskraft begriffen und deshalb auch nach menschlichen Vernunftbegründungen gemeistert werden, menschlichen Willensäußerungen unbedingt dienstbar gemacht und untergeordnet werden könnten“ (Sommer [1920], S. 90).

Die österreichischen Merkantilisten waren keine Ökonomen im heutigen Verständnis, sondern befassten sich mit einer Vielfalt von Themen, die bei Becher bis zur Alchemie reichten, sie waren zugleich Staatstheoretiker, Philosophen, politische Ratgeber des Herrschers, in einigen Fällen Betreiber eigener kommerzieller Projekte. Der zweite Band von Sommers Buch bietet auf 500 Seiten detaillierte Darstellungen und Analysen der ökonomischen Theorien der österreichischen Merkantilisten nicht nur im Kontext von deren expliziten oder impliziten staats- und gesellschaftstheoretischen Auffassungen, sondern auch der wirtschaftspolitischen Empfehlungen.

Während der Zeit ihrer Lehrtätigkeit an der Universität Genf publizierte Louise Sommer vor allem zu zwei Themenbereichen: zu wissenschaftstheoretischen und methodologischen Fragen und zur internationalen Handelspolitik. Für den erstgenannten Themenbereich kam die entscheidende Anregung von Karl Pribrams 1912 erschienenem Buch „Die Entstehung der individualistischen Sozialphilosophie“.

Gegenstand dieser Studie ist – ähnlich wie im ersten Teil von Sommers Kameralistenbuch – die Entstehung des modernen wirtschaftlichen Denkens aus der mittelalterlichen und der frühneuzeitlich-merkantilistischen Wirtschaftslehre. Die Herausbildung einer individualistischen Sozialphilosophie und deren schließlicher Triumph mit Adam Smiths „Wealth of Nations“ sieht Pribram in ursächlichem Zusammenhang mit der Infragestellung der universalistischen Philosophie der Scholastik durch den Nominalismus bzw. dessen individualistische Erkenntnistheorie, für welche eine vom Bewusstsein des konkreten Individu-

ums unabhängige Realität nicht denkbar ist und welche alle Gattungsbegriffe als bloße Namen ansieht. Den polaren philosophischen Begriffen Universalismus und Nominalismus korrespondieren auf der Ebene von Wirtschaft und Gesellschaft die Begriffe Kollektivismus und Individualismus. Auf aktuelle Kontroversen bezogen, ergriff Pribram eindeutig Partei für den individualistischen Ansatz der Österreichischen Schule gegenüber dem universalistisch-kollektivistischen Denken der Historischen Schule.

Sommer analysierte den sog. Methodenstreit zwischen diesen Schulen, der sich in veränderter Form in allen Perioden der nationalökonomischen Theoriesgeschichte und auch in anderen Wissenschaften wiederfindet, mit dem Ansatz Pribrams. Sie betrachtete beide Methoden, die deduktiv-analytische und die induktiv-empirische, als legitim und notwendig, zwischen denen der „Idealtypus“ Max Webers vermitteln und so den gegensätzlichen Dualismus auflösen könne (Zitat bei Lampalzer, S. 184).

Die zweite große Buchpublikation Louise Sommers betraf die „Neugestaltung der Handelspolitik“ (1935). Seit den 20er-Jahren hatte sie mehrere Aufsätze zu diesem in der Zwischenkriegszeit intensiv diskutierten Themenbereich veröffentlicht, die in der Literatur vielfache Beachtung gefunden hatten. Darin kritisierte sie den Fortbestand protektionistischer Praktiken in der Handelspolitik als „neomerkantilistisch“ und einer vergangenen Epoche angehörend, mit der modernen Weltanschauung unvereinbar (S. 217). Während Sommer für die Wiederbelebung der Meistbegünstigungsklausel eintrat, solange die Verhandlungen im Rahmen von Weltwirtschaftskonferen-

zen für eine Rückkehr zu möglichst freiem Handel noch realistisch erschienen, änderte sie ihre Position, als das Scheitern dieser Bestrebungen offenkundig wurde, und trat für ein Präferenzsystem ein.

Der in den 20er-Jahren noch dominante Wirtschaftsliberalismus strebte eine Rückkehr zu einem „Normalzustand“ in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen an, wie sie vor dem Ersten Weltkrieg bestanden hatten. Im Bereich der Handelspolitik erwies sich dies als noch schwieriger als die Rückkehr zum Goldstandard, wie sich in mehreren erfolglosen Handelskonferenzen zeigte. Die Große Depression brachte das endgültige Ende dieser Bestrebungen mit der Sistierung der Goldparität und der Einführung von Importzöllen durch Großbritannien 1931/32. Es entstanden in der Folge durch präferenzielle Zollverträge blockartige Handelsbündnisse („Großraumwirtschaften“) mit britischer Dominanz im Rahmen des Commonwealth, sowie auf dem Kontinent ein französisch-westeuropäischer und ein mitteleuropäischer Handelsblock unter der Vorherrschaft der faschistischen Staaten Deutschland und Italien. Ökonomische Aspekte wurden bei dieser Blockbildung zunehmend den politischen untergeordnet.⁴

Sommer begründete ihr nunmehriges Eintreten für Blockbildung durch Präferenzzölle mit einem Wandel im Zeitgeist und Veränderungen in den staatsideologischen Auffassungen. „Aktuell sei nicht der Liberalismus die leitende Ideologie, sondern der Etatismus. ... Beim Etatismus herrsche ein Denken in Kollektiven vor. Im Gegensatz zum Liberalismus betone der Etatismus die Bedeutung der Staatsindividualitäten im Rahmen der internationa-

len Wirtschaftsbeziehungen“ (S. 229). Sommer befürwortete das Präferenzzollsystem ohne kritische Stellungnahme zu den zugrunde liegenden Ideologien, die sie als gegeben annahm. In ihrer Monografie entwickelte Sommer ein Modell, das mit Kennzahlen der Außenhandelsstatistik eine optimale Kombination von Handelspartnerländern ermitteln sollte.

Der Zeitgeist „als nahezu allumfassendes Phänomen“, den Sommer als eine Art letzte Instanz in Fragen der Weltanschauung betrachtete, war nicht erst in den 30er-Jahren der internationalen Arbeitsteilung und dem Freihandel gegenüber kritisch bis feindlich eingestellt. Diese Haltung war nicht auf Deutschland beschränkt, sie reichte von Sombarts „Gesetz der abnehmenden Tendenz des Außenhandelsanteils“ bis zu Keynes, der 1930 vermutete, dass die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung in der großindustriellen Produktion ausgeschöpft seien.⁵ Dennoch bleibt die neutrale Position Louise Sommers insofern schwer verständlich, als sie sich auch gegenüber der Blut-und-Boden-Rhetorik Edgar Salins und der Autarkiepropaganda des Tat-Kreises offensichtlich einer kritischen Stellungnahme enthielt.⁶

Nach dem Zweiten Weltkrieg publizierte Louise Sommer nur noch einige wenige Artikel, sowie Rezensionen vor allem italienischer ökonomischer Literatur in der „American Economic Review“ und in der „Econometrica“. In ihrer Korrespondenz schrieb sie von einem Buchprojekt zur Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen, das jedoch nicht mehr zur Ausführung gelangte.

Einige Fragen zum Leben Louise Sommers bleiben auch nach Lampal-

zers Monografie offen, etwa: warum Sommer sich nach dem Zweiten Weltkrieg zur Emigration in die USA entschloss, obwohl sie damals bereits 57 Jahre alt war und sich der Probleme eines beruflichen Neubeginns in ungewohnter Umgebung bewusst sein musste; oder warum sich in dem als Anhang beigegebenen Verzeichnis der erhaltenen Dokumente und Korrespondenz kein Hinweis über einen Briefwechsel mit ihrem Mentor Karl Pribram befindet.

Lampalzers Buch liefert eine überzeugende und ausführliche Begründung für die hohe Wertschätzung Louise Sommers als „ausgezeichneter Wirtschaftswissenschaftlerin“, in deren Schriften sich „klassische Gelehrsamkeit“ mit „präziser moderner ökonomischer Theorie“ verbindet.⁷ Was dem Buch wahrscheinlich gutgetan hätte, wäre eine Kürzung des Textes der ursprünglichen Dissertation um die zahlreichen Wiederholungen innerhalb der einzelnen Kapitel und um manche Literaturzitate von Autoren, deren Einfluss auf Sommer wenig relevant erscheint.

Die Monografie über Louise Sommer kommt zur rechten Zeit, denn „für die heutige Volkswirtschaftslehre wäre ein Denken im Sinne von Louise Sommer in vielerlei Hinsicht wünschenswert“ (S. 284) – nicht nur im Sinne von Offenheit bei der Wahl zwischen verschiedenen Methoden, sondern auch zur Bewusstmachung von wissenschaftstheoretischen und weltanschauungsmäßigen Voraussetzungen ökonomischer Theorie, über die intensiver zu reflektieren sich in der heutigen Krise der ökonomischen Theorie lohnen würde.

Günther Chaloupek

Anmerkungen

- ¹ Hagemann (2002), siehe auch Hagemann (2018). Es gibt keinen Artikel über Louise Sommer im „Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933“ (1999).
- ² 1938 hatte sich Sommer in einem Brief an Fritz Machlup (abgedruckt bei Lampalzer S. 292) nach Möglichkeiten einer Emigration in die USA erkundigt, in dem sie sich „als tschechoslowakische Staatsbürgerin, noch nicht als Emigrant im engeren Sinne“ bezeichnete.
- ³ Nur Sonnenfels stammte aus einem österreichischen Kronland, die anderen kamen aus anderen Staaten des deutschen Reiches.
- ⁴ Zacchia (1976).
- ⁵ Keynes (1973) 193.
- ⁶ Für Sommers Mentor Karl Pribram (1933, S. 240) verwandelte sich „die Autarkieidee in die Frage nach den Vor- und Nachteilen“ einer Politik, „den innerhalb eines Territoriums erzeugten Gütern den unbedingten Vorzug zu geben“.
- ⁷ Hagemann (2002).

Literatur

Hagemann, Harald, Louise Sommer, in: Keintzel, Brigitta; Korotin, Ilse (Hrsg.), *Wissenschaftlerinnen aus Österreich* (Wien 2002) 690-695.

Hagemann, Harald, Louise Sommer, in: Dimand, R. W.; Dimand, M. A.; Forget, E. L. (Hrsg.), *A Biographical Dictionary of Women Economists* (Cheltenham und Northampton, MA, 2018).

Keynes, John M., *The Collected Writings*, Bd. XIII, *The General Theory and after*, hrsg. von D. Moggridge (London und Basingstoke 1973).

Pribram, Karl, *Die Entstehung der individualistischen Sozialphilosophie* (Leipzig 1912).

Pribram, Karl, *Die vier Begriffe der Weltwirtschaft und ihre Problematik*, in: Spiethoff, A. (Hrsg.), *Festgabe für Werner Sombart zur siebzigsten Wiederkehr seines Geburtstags* (München 1933) 211-240.

Sommer, Louise, *Die österreichischen Kameralisten in dogmengeschichtlicher Darstellung* (Original: Wien, erster Teil 1920, zweiter Teil 1925; fotomechanischer Neudruck in einem Band: Aalen 1967).

Sommer, Louise, *Neugestaltung der Handelspolitik. Wege zu einem innereuropäischen Präferenzsystem* (Berlin und Wien 1935).

Zacchia, Carlo, *International Trade and Capital Movements 1920-1970*, in: Cipolla, Carlo M. (Hrsg.), *The Fontana Economic History of Europe*, Bd. 5/2 (Glasgow 1976).

Widerstand und Kollaboration in Europa 1939-45

Rezension von: István Deák,
Kollaboration, Widerstand und
Vergeltung im Europa
des Zweiten Weltkriegs, Böhlau,
Wien 2017, 367 Seiten, gebunden,
€ 34,99; ISBN 978-3-205-20218-9.

Über Kollaboration, Anpassung, Widerstand und Vergeltung während des Zweiten Weltkriegs in Europa liegen eine riesige Zahl wissenschaftlicher Publikationen zu einem der vier Themen in einem bestimmten Land vor und einige allgemeine Studien über Kollaboration und Widerstand. Die Publikationsdichte zu den vier Verhaltensformen ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. Während die Geschichte Frankreichs, der Niederlande, Dänemarks und Norwegens in den Kriegsjahren sehr umfassend bearbeitet ist, gibt es beispielsweise in Russland und Weißrussland kaum Schriften zur Kollaboration.

Der in Budapest geborene Historiker István Deák, emeritierter Professor an der Columbia University, Autor zahlreicher Studien zur Geschichte Mittel- und Osteuropas im 20. Jahrhundert, schließt im vorliegenden Band einige Lücken der Geschichtsschreibung und legt mit ihm die erste umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung der vier eingangs angeführten, eng miteinander verbundenen Themen vor.

Das Werk befasst sich mit dem Verhalten der jeweiligen nationalen Regierungen bzw. Verwaltungen, der lokalen Behörden, der ortsansässigen Bevölkerung, von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und der Individu-

en in den deutsch besetzten Gebieten und in den verbündeten Staaten des Dritten Reichs. Sie hatten sich zu entscheiden zwischen aktiver Kollaboration, mehr oder weniger passiver Hinnahme und Anpassung sowie aktivem Widerstand gegen die Besatzer bzw. gegen die Kollaborateure.

Deák zeigt, welche vielfältigen Formen Kollaboration und Widerstand annehmen konnten. Er weist darauf hin, dass viele Handlungsentscheidungen ambivalente Folgen hatten und Kollaboration und Widerstand nicht selten Hand in Hand gingen. Schwarzmarktaktivitäten etwa schwächten einerseits die Kontrolle der Besatzer über die Bevölkerung, gingen andererseits aber vor allem zulasten der Ärmsten. Einige hochrangige Beamte der französischen Eisenbahn waren gleichzeitig Kollaborateure und Widerständler. Nur ihre hohe Position versetzte sie in die Lage, im Juni 1944 das Transportsystem wirksam zu stören und so die deutsche Verteidigung zu schwächen.

Handlungsentscheidungen

Die Entscheidung einer Person für Kollaboration, Anpassung oder Widerstand hing stark von den individuellen Umständen, von der Zeit und vom Ort ab:

Von September 1939 bis Juni 1941 akzeptierten die meisten der Betroffenen die unaufhaltsam erscheinende deutsche Expansion. Mit dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion änderte sich die Situation grundlegend. Das „Unternehmen Barbarossa“ war ja nicht nur ein militärischer Feldzug, sondern auch ein Vernichtungskrieg und ein ideologischer Kreuzzug. Hitlers Hauptziel bestand darin, in dieser seiner Meinung nach finalen Aus-

einandersetzung das Judentum zu vernichten. Die Kommunisten in ganz Europa erhielten die Order, den „antifaschistischen Kampf“ aufzunehmen. Und Churchill weitete sein ambitioniertes Programm aus, mit den Agenten der SOE (Special Operations Executive) und den von ihnen unterstützten lokalen Freiheitskämpfern die deutsche Herrschaft hinter den Fronten zu bekämpfen.

Die Wende kam mit der deutschen Kapitulation in Stalingrad Anfang Februar 1943. Sie bewirkte bei vielen Millionen Europäern einen Haltungswandel, von Anpassung und Kollaboration hin zur Bereitschaft, aktiv zur Bekämpfung der Besatzer und Kollaborateure beizutragen. Der Widerstand verstärkte sich ab dieser Zeit wesentlich und immer mehr.

Deáks Darstellung bringt ganz klar zum Ausdruck, dass sich die Kriegs- und Herrschaftspraktiken des Dritten Reichs in West- und Südeuropa sehr stark von jenen in Ost- und Südosteuropa unterschieden. „In gewisser Weise war es so, als hätten parallel zwei verschiedene Kriege stattgefunden, nämlich im Westen ein konventioneller Krieg und im Osten ein Kolonialisierungskrieg, der zugleich auch eine Art rassistischen Kreuzzug gegen Juden, Slawen und andere Völker, die die Deutschen als minderwertig betrachteten, darstellte“ (S. 32).

Für zwei Bevölkerungsgruppen bestand denn auch die Option zur Kollaboration gar nicht: für Juden und für Polen. Den von Hitler zur Vernichtung verurteilten Juden bot sich nur sehr selten die Möglichkeit, sich kollektiv zum Widerstand zu formieren, etwa zum Aufstand im Warschauer Ghetto im Frühjahr 1943. Das Titelbild des Buches zeigt die litauische jüdische Parti-

sanin Sara Ginaite bei der Befreiung von Wilna im Juli 1944. Sie und ihr Mann konnten Ende 1943 aus dem Ghetto fliehen und schlossen sich einer Gruppe jüdischer Partisanen an.

In Jugoslawien bildete sich Widerstand bereits im Frühjahr 1941, und zwar in Reaktion auf den Terror des kroatischen Ustascha-Regimes gegen die serbische Minderheit. Dominant unter den Widerstandsgruppen wurden die Kommunisten unter Titos Führung. Sie gewannen insbesondere nach dem Seitenwechsel Italiens im September 1943 rasch an Zulauf und militärischer Stärke. Titos Partisanen kämpften nicht nur gegen die ausländischen Besatzer, sondern auch und in erster Linie für einen revolutionären gesellschaftlichen Wandel. In Jugoslawien überlagerten sich somit Krieg und Bürgerkriege. Angesichts dieser Umstände und des zutiefst ideologischen Charakters der Auseinandersetzungen war Anpassung als Verhaltensweise in Jugoslawien fast unmöglich. Um zu überleben, musste man sich für die eine oder andere Seite entscheiden oder gegenüber beiden Seiten den Eindruck erwecken, kooperationswillig zu sein.

Da manche Länder in Osteuropa innerhalb weniger Jahre zwei, drei oder gar vier Okkupationen zu erleiden hatten, musste sich die dortige Bevölkerung, wie Deák anhand des Beispiels der Bewohner Lembergs verdeutlicht, mehrmals zwischen Kollaboration, Anpassung und Widerstand entscheiden. Und der deutsch-sowjetische Krieg zwang die Osteuropäer in eine schreckliche Entscheidungssituation: Auf welche Seite sollten sie sich im Konflikt der beiden totalitären Großmächte schlagen?

In der Ukraine veranlassten die Schrecken der sowjetischen Herr-

schaft, die Millionen Opfer gefordert hatten – insbesondere die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, welche die große Hungersnot 1931/32 (Holodomor) nach sich zog, und der stalinistische Terror –, viele Menschen dazu, die Soldaten der Wehrmacht als Befreier zu begrüßen. Doch bald wurde klar, dass die Deutschen die verhassten Kollektivwirtschaften nicht aufzulösen beabsichtigten und auch die Ukrainer Ziel des Vernichtungskrieges der Nazis gegen die Ostslawen waren.

In der Ukraine sowie im Großteil Ost- und Südosteuropas gab es somit – relativ gesehen – viel weniger Anpassung, und die Lage war äußerst kompliziert. Viele junge Ukrainer kämpften als Partisanen nicht nur gegen die deutschen Besatzer, sondern auch gegen kommunistische Partisanen. Und der bewaffnete antisowjetische Widerstand währte regional bis Anfang der 1950er-Jahre.

Deák ergänzt seine Überblicksdarstellung an einigen Stellen um Perspektiven von unten, also um Fallbeispiele konkreten Widerstandshandelns: Im Unterkapitel „Der Sonderfall Polen“ stellt er drei berühmte Widerstandskämpfer – Władysław Bartoszewski, Jan Karski und Witold Pilecki – vor. Und im 7. Kapitel „Freiheitskämpfer oder Terroristen?“ zeigt er anhand von drei Beispielen (Novi Sad im Jänner 1942; Via Rasella in Rom im März 1944; Oradour-sur-Glane im Juni 1944) die Dilemmata der Widerstandsbewegungen: Die Angriffe von Partisanen lösten jeweils äußerst brutale Reaktionen der Besatzer aus, denen Zivilisten in großer Zahl zum Opfer fielen.

Nur eine Minderheit der Bevölkerung in den von Deutschen besetzten Gebieten und in den verbündeten Staaten entschied sich für aktive Kollaboration,

und dies in der Regel nicht aus ideologischen Gründen. Meist ging es den betreffenden Personen darum, die Anwesenheit der Besatzer zur Verfolgung ihrer individuellen und/oder kollektiven Ziele auszunutzen.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung versuchte, sich mehr oder weniger passiv anzupassen, um schlicht und einfach möglichst unbeschadet zu überleben.

Widerstand

Der Hauptgrund dafür, dass sich EuropäerInnen in einem vergleichsweise riesigen Ausmaß am Widerstand beteiligten, liegt darin, dass es sich beim Zweiten Weltkrieg – anders als beim Ersten – um einen ideologischen Konflikt handelte. Das galt wie gesagt in besonderem Maße für den Krieg in Ost- und Südosteuropa.

Was waren die Ziele des Widerstands? In Westeuropa strebten die Widerstandsorganisationen die Befreiung von den Besatzern bzw. Kollaborateuren an, die Wiederherstellung der Unabhängigkeit, die Bestrafung der Verräter und nach der Ablösung der alten gesellschaftlichen Eliten weitreichende politische, soziale und wirtschaftliche Reformen, die zu einer gerechteren Gesellschaft und höherem Wohlstand für alle führen sollten. In Ost- und Südosteuropa war die Situation, wie oben festgehalten, weit komplexer.

Deák weist auf die enorme Bandbreite der Formen des Widerstands hin: Sie reichte von rein symbolischen Handlungen bis zur aktiven Mitwirkung in kämpfenden Partisaneneinheiten.

Dem Zwischenziel des Widerstands, zumindest einen Teil des betreffenden Landes aus eigener Kraft zu befreien

und dort Regierungsstrukturen zu errichten, dienten all die Instrumente der Untergrundarbeit, von Flugzettelaktionen und dem Drucken von Zeitungen über den Betrieb von Piratensendern und politischen Aktionen bis zu gelegentlichen bewaffneten Überfällen und groß angelegtem bewaffneten Widerstand in geeigneten Gebieten (Großstädten, Gebirgen, ausgedehnten Wald- und Sumpfgebieten). Der Behinderung der deutschen Rüstung und der Unterstützung der Armeen und Luftwaffen der Alliierten dienten Sabotageaktionen, insbesondere die Unterbrechung von Eisenbahnstrecken, die Übermittlung kriegswichtiger Informationen an die Alliierten, die Rettung von abgeschossenen Flugzeugbesatzungen usw.

Immer wieder aufs Neue hatten sich die Widerstandsbewegungen die ethische Frage nach den „akzeptablen Nebenwirkungen“ ihrer Aktivitäten zu stellen: Der Tod wie vieler Menschen konnte akzeptiert werden? Denn die Hauptopfer des Widerstands waren in der Regel weder die Besatzer noch die Angehörigen des Widerstands, sondern war die Zivilbevölkerung.

1943/44 beherrschten Partisanen in Russland, der Ukraine, Weißrussland, Polen, Jugoslawien, Albanien, Griechenland und Italien mehr oder weniger ausgedehnte Waldgebiete, Gebirgsgegenden und kleine Städte.

Der Traum vieler europäischer Widerstandskämpfer, ihr Land vor dem Eintreffen der alliierten Truppen aus eigener Kraft von der deutschen Okkupation bzw. den Kollaborateuren zu befreien, erfüllte sich in Griechenland, Albanien und Jugoslawien, allerdings nur deshalb, weil sich die Wehrmacht Ende 1944 zurückzog.

Welche militärische Bedeutung die

europäischen Widerstandsbewegungen hatten, lässt sich, so Deák, fast nicht abschätzen. Die Erfolge des militärischen Widerstands in Russland, der Ukraine, Weißrussland, Polen und Jugoslawien sind jedenfalls nicht von der Hand zu weisen. Die Bekämpfung dieser Partisanen zwang die Deutschen, Großverbände aus der Ostfront herauszulösen. Und in allen von Partisanen kontrollierten Zonen mussten Zigtausende Soldaten zur Bewachung von Transport und Eisenbahnstrecken eingesetzt werden.

Am europäischen Widerstand gegen das Dritte Reich und dessen Verbündete und Kollaborateure waren Sozialisten, Radikale, Anarchisten, Kommunisten, Liberale, Christdemokraten, Konservative und Monarchisten beteiligt, wobei die politische Zusammensetzung der nationalen Widerstandsbewegungen von Land zu Land und auch zeitlich unterschiedlich war. Die demokratische Arbeiterbewegung hatte in vielen Ländern und Regionen wesentlichen Anteil am Widerstand.

In den Kapiteln 7 und 8 bietet Deák knappe Überblicksdarstellungen der Widerstandsbewegungen in West- und Nordeuropa bzw. des Widerstands und der Bürgerkriege in Ost-, Südost- und Südeuropa. Selbstverständlich können die länderweisen Ausführungen aufgrund der Längenbeschränkungen keine detaillierte chronologische Geschichte von Widerstand, Repression und Vergeltung enthalten. Der Autor verweist hier auf die mehr oder weniger umfangreiche Sekundärliteratur.

Vergeltung

1943 bis 1945 und in den Folgejahren fand in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern und in

den mit dem Deutschen Reich verbündeten Staaten eine beispiellose Welle der Säuberung statt. Das Ausmaß der Vergeltung und der Säuberungsmaßnahmen waren eine Konsequenz des ideologischen Charakters des Zweiten Weltkriegs.

„Millionen wurden zum Zielpunkt der Vergeltung, und Millionen waren die Initiatoren und Exekutoren entsprechender Aktionen“ (S. 35). „Die positiven und negativen Konsequenzen dieser Säuberungen nach dem Krieg wirkten lange nach und sind bis heute noch nicht hinreichend aufgearbeitet“ (S. 41).

Wenig bekannt ist das gewaltige Ausmaß der wilden Vergeltungen in den letzten Kriegsjahren in Frankreich und Italien, durch spontane Einzelaktionen oder die Urteile willkürlich eingerichteter Standgerichte.

Im Machtbereich der Roten Armee und in Titos Jugoslawien richtete sich währenddessen systematischer staatlicher Terror nicht nur gegen tatsächliche oder angebliche Kollaborateure der Invasoren, sondern auch gegen die alte Oberschicht und gegen die bürgerlichen Eliten.

Von den Nürnberger Prozessen überschattet, kam es in fast ganz Europa zu juristischen Abrechnungen und politischen Säuberungen. Unter denjenigen, die wegen Landesverrats, Kollaboration oder Kriegsverbrechen hingerichtet wurden, fanden sich neben Staatschefs, Regierungsmitgliedern und Parlamentsabgeordneten Tausende von hohen Offizieren, Polizeichefs, Bürgermeister, Politikern und Journalisten. Hunderttausende landeten in Gefängnissen und Internierungslagern. Millionen verloren durch Berufsverbote, Umsiedlungen oder andere Maßnahmen ihre Existenz. Die gewal-

tigen und gewaltsamen ethnischen Säuberungen der unmittelbaren Nachkriegsjahre in Ost- und Südosteuropa, die sich vor allem gegen deutsche und ungarische Minderheiten, aber auch gegen Polen in der Ukraine, Ukrainer in Polen und gegen viele andere richteten, betrafen oft Personen und Gruppen, die in ihrer Region gesellschaftliche und wirtschaftliche Eliten gebildet hatten, waren somit gleichzeitig Teil des von oben verordneten Klassenkampfes. Zweifellos bildete die Summe alldessen eine der größten gesellschaftlichen und demografischen Erschütterungen, räumlichen und Machtverschiebungen des „Zeitalters der Extreme“¹ in Europa.

Abschließend fragt sich Deák, was die Säuberungen und die Prozesse erreicht haben. Mit dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg wurde erstens das Konzept der individuellen und kollektiven Verantwortung in die internationale Rechtsprechung aufgenommen. Ein zweiter herausragender Erfolg war, dass die Amerikaner trotz der Abscheulichkeit der Verbrechen des NS-Regimes nicht bloße Vergeltung üben wollten, sondern auf einem ordentlichen Strafverfahren bestanden. Und drittens gelang es 1949, ein internationales Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten auszuhandeln.

Die langfristig negativste Auswirkung der Abrechnungen nach Kriegsende war, dass sie die ethnischen Säuberungen,² die vor allem Ost- und Südosteuropa seit dem 19. Jahrhundert heimsuchten, nochmals beschleunigten. Im Gegensatz zu den meisten materiellen Schäden des Kriegs lassen sich „die Ausrottung, Deportation oder Flucht vieler Millionen Juden, Deutschen, Polen, Ukrainer und Ungarn,

die von den ethnischen Mehrheiten in den jeweiligen Staaten nicht mehr geduldet wurden“ (S. 317), nicht rückgängig machen. Dieser säkulare Prozess, im Zuge dessen sich Ost- und Südosteuropa „seiner wertvollsten Minderheiten entledigte“ (ebd.), so der aus Mitteleuropa stammende Deák, habe diese Regionen wirtschaftlich, kulturell und moralisch um Jahrzehnte zurückgeworfen.

Von den Politikern, welche in den Ländern des europäischen Westens die Nachkriegsordnung und den politischen Kurs in der „goldenen Ära“ bis 1973 maßgeblich beeinflussten, gehörten viele zu jenen, die im Widerstand tätig gewesen waren oder die unter der Repression des NS-Regimes bzw. seiner Verbündeten zu leiden gehabt hatten. Es waren gerade diese Politiker, welche die Weichen stellten in Richtung auf eine gemischte Wirtschaftsordnung, keynesianisch inspirierte Wirtschaftspolitik, den Ausbau des Sozialstaats und von Mechanismen des gesellschaftlichen Ausgleichs, insbesondere die Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen auf gesamtwirtschaftlicher, Branchen- und Betriebsebene, welche den sozialen Frieden und die Beteiligung der Arbeit-

nehmerInnen am Produktivitätsfortschritt sichern sollten, womit sie zu Architekten des fordistischen Kapitalismus wurden.

István Deák hat eine beeindruckende Überblicksdarstellung der zusammenhängenden Phänomene Kollaboration, Anpassung, Widerstand und Vergeltung während des Zweiten Weltkriegs in Europa vorgelegt, welche sich zweifellos als Standardwerk etablieren wird. Wenn ein Aspekt etwas zu kurz gekommen ist, so die Perspektive von unten, die den LeserInnen noch plastischer vor Augen geführt hätte, was es konkret bedeutete, Widerstand gegen ein skrupelloses totalitäres oder autoritäres Regime Widerstand zu wagen.

Martin Mailberg

Anmerkungen

- ¹ Hobsbawm, Eric J., *The Age of Extremes. The Short Twentieth Century, 1914-1991* (London 1994).
- ² Brandes, D.; Sundhaussen, H.; Troebst, St. (Hrsg.), *Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts* (Wien u. a. 2010). Siehe die Rezension in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 36/3 (2010) 438ff.

Betreff: Erhöhung der Abonnementpreise

Die Abonnementpreise wurden zuletzt Anfang 2008 neu festgelegt und waren somit zehn Jahre unverändert. Aufgrund der gestiegenen Kosten sehen wir uns veranlasst, einige Abonnementpreise per 1. Jänner 2018 zu erhöhen. Der Preis für das Jahresabonnement beträgt nunmehr € 39,– und für das Auslandsabonnement € 65,– (Versandkosten sind in diesen Beträgen bereits eingeschlossen). Der Preis für das Studentenabonnement bleibt unverändert bei € 19,90.

„Wirtschaft und Gesellschaft“ erscheint 2018 bereits im 44. Jahrgang. Die stetige Entwicklung, die unsere Zeitschrift seit ihrer Gründung genommen hat, ist undenkbar ohne das starke und anhaltende Interesse unserer LeserInnen, um deren Aufmerksamkeit wir uns auch in Zukunft bemühen werden.

Ihnen sei bei dieser Gelegenheit gedankt.

Die Redaktion

Jahresregister 2017

Begutachtete Artikel		Nummer	Seite
René Böheim, Alina Steidl	Kollektivvertragliche Bestimmungen zur betrieblichen Weiterbildung in Österreich	2	205
Stefan Ederer, Josef Baumgartner, Marian Fink, Serguei Kaniovski, Christine Mayrhober, Silvia Rocha-Akis	Effekte eines flächendeckenden Mindestlohns in Österreich	3	343
Benjamin Ferschli, Jakob Kapeller, Bernhard Schütz, Rafael Wildauer	Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich 2014/2015	4	499
Britta Gehrke, Brigitte Hochmuth	Rettet Kurzarbeit in Rezessionen Arbeitsplätze?	1	99
Stefanie Gerold, Michael Soder, Michael Schwendinger	Arbeitszeitverkürzung in der Praxis. Innovative Modelle in österreichischen Betrieben	2	177
Helmut Hofer, Gerlinde Titelbach, Stefan Vogtenhuber	Polarisierung am österreichischen Arbeitsmarkt?	3	379
Maximilian Unger, Stella Zilian, Wolfgang Polt, Wilfried Altzinger, Timon Scheuer, Karim Bekhtiar	Technologischer Fortschritt und Ungleichheit: eine empirische Analyse der Entwicklung in Österreich 2008-2014	3	405
Weitere Hauptartikel			
Georg Adam	Die Arbeitsbeziehungen in liberalisierten Wirtschaftsbereichen in Österreich im Vergleich	1	65
Kurt Bayer	Wie könnte „gute“ Globalisierung aussehen?	2	243
Günther Chaloupek	Ein <i>think tank</i> für die Arbeiterbewegung. Die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der AK Wien in ihren ersten zwei Jahrzehnten	4	587
Pirmin Fessler, Martin Schürz	Länderunterschiede in der Vermögensungleichheit in Europa	1	41
Matthias Firgo, Peter Mayerhofer	Wissensintensive Unternehmensdienste als Motor des Produktivitätswachstums? Eine theoretische und empirische Bestandsaufnahme	1	11
Philipp Heimberger	Die Struktur der österreichischen Staatsausgaben im europäischen Ländervergleich	4	569

Weitere Hauptartikel		Nummer	Seite
Stefan Vogtenhuber, David Baumeegger, Lorenz Lassnigg	Überqualifikation und Verdrängung am österreichischen Arbeitsmarkt im Zeitverlauf	4	535
Martina Zandonella	Auswirkungen prekärer Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die politische Kultur in Österreich	2	263
Editorials			
Wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik (messbar) machen		1	3
Mindestlohnpolitik		2	165
Zu den wirtschaftspolitischen Herausforderungen für die kommende Bundesregierung		3	327
60 Jahre Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Arbeiterkammer Wien: Ein programmatischer Ausblick		4	487
Kommentar			
Erich Hödl	Resource productivity and economic wealth. A theoretical criticism of Europe 2020 growth policy	2	297
Bücher			
Étienne Balibar	Europa: Krise und Ende? (Josef Schmee)	1	144
Hanno Beck	Globalisierung und Außenwirtschaft. Eine praktische Einführung mit vielen Beispielen und Übungsaufgaben (Werner Hauser)	1	148
Frank Bsirske u. a. (Hrsg.)	Gewerkschaften in der Eurokrise. Nationaler Anpassungsdruck und europäische Strategien (Michael Mesch)	1	123
Marie-Janine Calic	Südosteuropa. Weltgeschichte einer Region (Martin Mailberg)	3	474
Noam Chomsky	Requiem for the American Dream. The 10 Principles of Concentration of Wealth & Power (Martin Schürz)	3	458
Sebastian Conrad, Jürgen Osterhammel (Hrsg.)	Geschichte der Welt 1750-1870. Wege zur modernen Welt (Martin Mailberg)	2	318
István Deák	Kollaboration, Widerstand und Vergeltung im Europa des Zweiten Weltkriegs (Martin Mailberg)	4	650
Tim Engartner	Staat im Ausverkauf. Privatisierung in Deutschland (Gregor Lahounik)	4	631
Gilbert Faccarello, Heinz D. Kurz (Hrsg.)	Handbook on the History of Economic Analysis (3 Bde.) (Matthias Schnetzer)	3	439

Bücher		Nummer	Seite
Heide Gerstenberger	Markt und Gewalt. Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus (Josef Schmee)	4	640
Harald Hagemann, Georg Erber, Niels Geiger, Johannes Schwarzer, Oliver Zwiessler	Wachstums- und Investitionsdynamik in Deutschland (Günther Chaloupek)	1	137
Edith Hall	Die alten Griechen. Eine Erfolgsgeschichte in zehn Auftritten (Felix Butschek)	3	480
Max Haller in Zusammenarbeit mit Anja Eder	Ethnic Stratification and Economic Inequality Around the World. The End of Exploitation and Exclusion? (Thomas Benedikter)	3	461
Michael Hartmann	Die globale Wirtschaftselite – Eine Legende (Julia Hofmann)	2	308
Gustav A. Horn	Wirtschaftliche Krisen bewältigen: Neue Erkenntnisse aus den jüngsten Krisen (Markus Marterbauer)	1	133
Ute Lampalzer	„... die ökonomische Theorie in einen breiteren Rahmen stellen ...“. Das Lebenswerk von Louise Sommer (Günther Chaloupek)	4	645
Steffen Lehndorff, Heiner Dribbusch, Thorsten Schulten (Hrsg.)	Rough waters. European trade unions in a time of crises (Michael Mesch)	4	621
Christoph E. Mandl	Auf der Suche nach Industrie-4.0-Pionieren. Die vierte industrielle Revolution im Werden (Fridolin Herkommer)	4	636
Branko Milanović	Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht (Michael Ertl)	3	444
Rudolf Mosler, Walter J. Pfeil (Hrsg.)	Mindestlohn im Spannungsfeld zwischen Kollektivvertragsautonomie und staatlicher Sozialpolitik (Josef Zuckerstätter)	3	466
Torsten Müller, Thorsten Schulten, Guy Van Gyes (Hrsg.)	Lohnpolitik unter europäischer „Economic Governance“. Alternative Strategien für inklusives Wachstum (Michael Mesch)	4	621
Martin Myant, Sotiria Theodoropoulou, Agnieszka Piasna (Hrsg.)	Unemployment, internal devaluation and labour market deregulation in Europe (Michael Mesch)	1	123
Wolfgang Reinhard	Die Unterwerfung der Welt. Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415-2015 (Martin Mailberg)	1	158

Bücher		Nummer	Seite
Sandra Richter, Guillaume Garner (Hrsg.)	„Eigennutz“ und „gute Ordnung“. Ökonomisierungen der Welt im 17. Jahrhundert (Andreas Weigl)	1	155
Alexander Schellinger, Philipp Steinberg (Hrsg.)	Die Zukunft der Eurozone. Wie wir den Euro retten und Europa zusammenhalten (Rainer Bartel)	2	305
Michael Schneider, Mike Pottenger, John E. King	The Distribution of Wealth – Growing Inequality? (Bernhard Schütz)	3	449
Irene H. Schöne	Fair Economics. Nature, Money and People Beyond Neoclassical Thinking (Edoardo Beretta)	1	151
Daniel Vaughan- Whitehead (Hrsg.)	Europe's Disappearing Middle Class? Evidence from the World of Work (Miriam Rehm)	3	452
Fritz Weber	Vor dem großen Krach. Österreichs Banken in der Zwischenkriegszeit am Beispiel der Credit- Anstalt für Handel und Gewerbe (Felix Butschek)	2	312
Martin Westlake	The European Economic and Social Committee – the House of European Organised Civil Society (Thomas Delapina)	3	470